

Germ.sp.

104

hb

Germ. sp.

Daenell

104 hb.

<36636742530017

<36636742530017

Bayer. Staatsbibliothek



REGENS.-EXPL.

Leipziger Studien aus dem Gebiet
der Geschichte.

Herausgegeben
von

W. Arndt, K. Lamprecht, E. Marcks.

Erster Band.

Erstes Heft.

Die
Kölner Konföderation
vom Jahre 1367
und
die schonischen Pfandschaften.

Hansisch-dänische Geschichte 1367—1385.

Von

Ernst Robert Daenell.



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1894.

Die Sammlung der Leipziger Studien aus dem Gebiet der Geschichte soll zunächst ein Bedürfnis derjenigen Seminare an der Leipziger Hochschule befriedigen, die sich mit geschichtlichen Studien beschäftigen. Unter den Arbeiten, die aus diesen Seminaren hervorgehen, befinden sich solche, die es sich verlohnt einem größeren Leserkreise in ihrem ganzen Umfange zugänglich zu machen. Sie möglichst gemeinsam, zugleich als ein Zeugnis einheitlicher Anschauungsweise und sich ergänzender Studienrichtung der Dozenten, zu veröffentlichen, ist die eigentliche Aufgabe dieser Sammlung. Indes soll auch andern Arbeiten, welche nicht der unmittelbaren Thätigkeit der Leipziger Seminare entstammen, immerhin aber mit denselben in irgendwelchem Zusammenhange stehen, ein Platz in der Sammlung eingeräumt werden können.

Die Studien erscheinen in zwanglosen Heften, deren jedesmal eine gewisse Anzahl zu einem Bande zusammengefaßt werden soll. Jedes Heft ist einzeln käuflich.



Leipziger Studien

aus dem Gebiet der Geschichte

Herausgegeben

W. Arndt, W. Lamprecht, E. Mecks

Erster Band, erster Heft

H. G. Lohmeyer, Die Ägypter und die semitischen
Völker in Ägypten



Leipzig

Verlag von B. G. Teubner

1894

Leipziger Studien

aus dem Gebiet der Geschichte.

Herausgegeben

von

W. Arndt, K. Lamprecht, E. Marcks.

Erster Band, erstes Heft:

E. R. Daenell, Die Kölner Konföderation und die schonischen Pfandschaften.



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1894.

Die
Kölner Konföderation
vom Jahre 1367
und
die schonischen Pfandschaften.

Hansisch-dänische Geschichte 1367—1385.

Von

Ernst Robert Daenell.



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1894.

Hervorgegangen aus dem Historischen Seminar an der Universität
Leipzig, Abteilung von Professor Lamprecht.



Meinem lieben Vater.

Memorandum

V o r w o r t.

Die vorliegende Arbeit habe ich unternommen, sowohl um den Versuch zu wagen, die Lücke, welche hier in der deutschen und besonders hansischen Geschichtsschreibung offenbar vorhanden ist, zu füllen, als auch im Hinblick darauf, daß manche m. E. unrichtige Vorstellungen über diese Zeit sich eingeschlichen haben. Gestreift ist die von mir behandelte Periode in ihrer ersten Hälfte in den Werken von Schäfer (die Hansestädte und König Waldemar von Dänemark. Jena 1879) und Reinhardt (Valdemar Atterdag og Hans Kongegjerning. Kjøbenhavn 1880), von beiden ganz kurz und unzureichend, ausführlich hingegen dargestellt von Denicke (die Hansestädte, Dänemark und Norwegen von 1369—1376. Halle 1880), der aber das vorhandene, schöne und reichliche Material so dispositionslos und vielfach unklar, auch unrichtig nicht zusammengearbeitet, sondern nur aneinander gestellt hat, daß seine Abhandlung stellenweise fast unlesbar ist. Für den zweiten Teil dieser Periode von 1376 ab liegt allerdings die kurze und schöne Darstellung von Erslev vor (Dronning Margrethe og Kalmarunionens Grundlaeggelse. Kjøbenhavn 1882). Auch zu dieser ließen sich Ergänzungen geben, überdies weicht meine Auffassung gelegentlich von der seinigen ab; doch vor allen Dingen: Für Erslev sind natürlich nicht die Hansetage und deren Verhandlungen, deren Zwiste und Zusammenwirken das Hauptsächliche, sondern Königin Margrethe und deren Schaffen. Schon in Folge dieses Gegensatzes ist mein Standpunkt ein anderer, als der seine. Neben diesem Hauptwerke fand ich für den zweiten Teil noch zwei knappe, inhaltsreiche Aufsätze episodenhafter Natur: Koppmann hat in der Einleitung zum Band IV der von ihm bearbeiteten Hanserecesse die Seeräuber und die Seebefriedung in den Jahren 1376 bis 1386 behandelt und Stieda in dem von ihm bearbeiteten Band V der hansischen Geschichtsquellen das Pfundgeld auch der Jahre 1376—1387. Alle diese Fäden galt es, um den Hauptfaden

herum und mit ihm zusammen zu spinnen. Indem aber das Thema formuliert wurde als: „Die Kölner Konföderation und die schonischen Pfandschaften“, ergab sich mit Notwendigkeit zweierlei: Die Vorgeschichte des Bündnisses und des Stralsunder Friedens mußte von dem springenden Punkte an gegeben, ebenso die Arbeit über das Jahr 1385 hinaus in dem Sinne abgerundet werden, daß ein ganz kurzer Ausblick auf die nächstfolgende Zeit und ihre wichtigsten Momente abschließend angefügt ward. Zweitens aber war es unerläßlich, Partien einzuflechten, welche die Stellung Dänemarks und der Städte zu anderen Mächten ins Auge fassen, woraus sich erst Erklärungen für das Verhalten beider Gegner in verschiedenen bedeutsamen Augenblicken gewinnen ließen. Auch der Fortschritt der demokratischen Bewegungen in Norddeutschland ward aus gleichem Grunde da in den Kreis der Betrachtung einbezogen, wo er zur Erklärung der städtischen Politik zu dienen schien. Für die nichthansischen Partien glaubte ich mich mehr auf die Hauptwerke der nordischen Litteratur stützen zu dürfen, auf Munch (*det norske Folks Historie* 2. Afd. I u. II, letzter Band 1863), auf Reinhardt und auf Styffe (*Bidrag till Skandinaviens historia* I. Stockholm 1859), ohne jedoch ein nochmaliges Prüfen derselben an der Hand des Materials, soweit es mir zu Gebote stand, zu vernachlässigen. Schliesslich wurden zwei Exkurse beigefügt, deren erster bestimmt ist, den schonischen Zoll auf seine rechnerischen Ergebnisse hin erschöpfend zu behandeln, während der zweite kurzgefaßt ein Abrechnungsgeschäft der Städte mit Wulf Wulflam aus den Jahren 1385 und 1386 zusammenstellt und erledigt.

Leipzig, November 1893.

Ernst Daenell.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Einleitung. Dänemark, die Hanse und die übrigen Ostseemächte von 1360—1371	1—21
Stellung Dänemarks 1360. Innere Politik Waldemars. 1. Wiederaufnahme der maritimen Herrschaftspläne. Eroberung Wisbys. 2. Zusammenstoß mit den deutschen Städten. 3. Greifswalder Konföderation. Zum ersten Male eine hansische Politik auf Schonen. 3. 4. Militärische und diplomatische Niederlage der Städte. Zwiespalt der Städte und Verhandlungen mit Waldemar. Übergriffe Waldemars. 4. 5. Die Kölner Konföderation eine Idee der preussischen, eine That der wendischen Städte. 5. 6. Fürstlich-aristokratische Koalition gegen Waldemar. Zusammenschluß mit der städtischen Konföderation. 6. 7. Bruch mit Waldemar. Er verläßt sein Reich. 8. Feldzug 1368. 9. Waldemars einziger Bundesgenosse Hakon schließt Frieden mit den Städten. 10. Bemühungen Waldemars in Deutschland, die Koalition durch Angriffe auf Mecklenburg zu sprengen. 10. 11. Feldzug der städtischen Heere 1369. Übergabe Helsingborgs. 11. 12. Verhandlungen zwischen dem dänischen Reichsrath und den Städten. Das Auftreten der Fürstenkoalition gegen Mecklenburg drängt sie zum beschleunigten Abschluß mit dem Reichsrath. 12. 13. Abschluß der Präliminarien zu Stralsund 1369 Nov. 30. Sieg der Mecklenburger bei Roggendorf 1369 Nov. 29. 14. 15. Der Friede von Stralsund 1370 Mai 24., wirtschaftlicher und politischer Teil. 15. 16. Das letzte Jahrzehnt hat die bisher lübische Politik zur allgemein hansischen für die Folgezeit werden lassen. 17. Die verbündeten Fürsten nach dem städtischen Sonderfrieden. König Albrecht von Schweden und Hakon von Norwegen. Friede zu Stockholm 1371 Aug. 14. 17. 18. Friede Herzog Albrechts mit Waldemar 1371 Aug. 14. 19. Waldemars Besuch in Preußen 1370. Annäherung an die Städte. 20. Besiegelung der Friedensurkunden mit dem Sekret 1371 Okt. 27. 21.	

Erster Teil.

Die Hanse, die schonischen Pfandschaften und Waldemar.

Erstes Kapitel. Die Verwaltung der schonischen Pfandschaften und das Verhalten Waldemars zur Hanse	25—55
Die Bestimmungen der Kölner Akte über die Kriegseroberungen. Bestimmungen des mecklenburgisch-schwe-	

dischen Bundesvertrages mit den fünf wendischen Städten. Verkehr der wendischen Städte mit dem Herzoge. Ihr Übergang zum Frieden mit Dänemark motiviert. 25. 26. Der Mitgenuß an den Abtretungen Dänemarks stand allen Städtegruppen der Konföderation zu. 27. Während des Krieges wurden die eroberten Schlösser durch wendische Hauptleute befehligt. 28. Sonderstellung Falsterbos. 29. Rückgabe der Eroberungen an Dänemark, die vier abgetretenen Schlösser blieben bis 1371 Okt. 27. in Händen der wendischen Städte. 31. Die Kosten der Verwaltung aus den abgetretenen schonischen Zollgefällen bestritten. Erhebung und Verwendung derselben 1368—1370 durch die wendischen vier Städte. 31. 32. Abtretung von Zöllen und Gefällen auf Schonen durch Dänemark. Recht der Miterhebung der anderen Gruppen. Henning von Putbus zu Falsterbo. 33. 34. Verwendung der Zollerträge 1371. Seebefriedung. 35. 36. Übertragung der Schlösser an Henning bis 1374 Jul. 25. Seine Besoldung. Der Kontrakt ein Werk Waldemars 37. Verlangen der preussisch-süderseeischen Partei 1373, die Hälfte der Zölle ungeschmälert durch Abzug der Hälfte der jährlichen Schlösserkosten erheben zu wollen. Forderung der wendisch-livländischen Partei, Lasten und Vorteile halb und halb zu teilen. 38. Allerdings sind die Schlösser für die preussischen Städte von viel geringerer Wichtigkeit, als für die wendischen. Berechtigung der wendischen Forderungen 39. Beschluß, bei ablehnender Antwort der Preussen auch die Zölle ganz allein für sich wieder einzunehmen. 40. Spaltung innerhalb der Konföderation. Waldemar fordert Mai 1374 die Schlösser zurück. 40. Seit seiner Rückkehr 1372 häufen sich die Klagen der Kaufleute wieder. 41. Die Bestätigung des Friedens mit dem Reichssiegel vollzieht er nicht. 42. Mißtrauen der Städte gegen Henning. Dessen Stellung zum König. 42. Die wendischen Städte vertreten das Bundesprincip, halten den König hin. 43. Nochmalige Forderung desselben, die Schlösser und Zölle herauszugeben, Juli 25. 1374. Formeller Verfallstermin der Kölner Konföderation in dieser Zeit, Gesichtspunkte Waldemars 1371, als er die Übertragung der Schlösser an Henning durchsetzte. 44. Unmöglichkeit 1374, die Schlösser Henning zu entziehen. Jährliche Kontraktverlängerungen mit verringertem Jahresgehalt. 45. Die Konföderation wird von wendischen und süderseeischen Städten für fortbestehend erklärt. 46. Der Aufstand zu Braunschweig Frühjahr 1374 fördert Waldemars Pläne, zwingt die wendischen Städte zur nachgiebigen Friedenspolitik. 47. Zustimmung einer preussischen Versammlung zu den wendischen Forderungen. Aufsaye Danzigs und Braunsbergs. 48. Die Süderseer treten zur Gegenpartei hinüber. Ihre Handelsbeziehungen zu Dänemark. 49. 50. Der Antrag der wendischen Städte auf Teilnahme beider Parteien an Lasten und Vorteilen der Pfandschaften zu halb und halb angenommen. 51. Abrechnung über die Zolleinkünfte der Jahre 1372—1374. Beschluß der wendischen Städte, von nun ab so lange den Zoll für sich allein zu erheben, bis ihre noch ungedeckten Auslagen für Schlösser etc. beglichen seien. 51. 52. Neue Werbung Waldemars 1375 Jun. 24. Gesandtschaft nach Dänemark. Kontraktverlängerung mit Henning. 52. 53. Verhandlungen mit Waldemar zu Gurre. Sein Tod Okt. 24. Heimkehr der Gesandtschaft. 54. 55.

Zweites Kapitel. Die letzten fünf Jahre Waldemars	56—59
---	-------

Waldemar sucht nach seiner Rückkehr die Spuren der Niederlage möglichst zu verwischen. Im Kriege gegen Holstein siegreich. Wiederaufnahme seiner inneren Politik in Jütland. Pläne zur Erwerbung Schleswigs und Niederwerfung Holsteins. 56. 57. Hebung und Ausbau der königlichen Macht. Monarchische Gedanken in der Nation, königstreue Partei im Reichsrath. 58. Diplomatische Erfolge Waldemars über die Städte. Würdigung Waldemars. Allgemeine Besorgnis vor der Zukunft. 58. 59.

Drittes Kapitel. Der dänische Thronstreit und die Hanse . . .	60—70
---	-------

Zwei Prätendenten auf den dänischen Thron. Herzog Albrecht stützt sich auf den Kaiser und die Holsteiner, hat eine Partei im dänischen Adel. Margrethe wirbt für ihren Sohn in Dänemark selbst. 60. 61. Die Majorität des Reichsrates für Olaf, Rücksicht auf die Hanse. Deren mögliche Erwägung über beide Kandidaturen. 62. Beide Parteien und der dänische Reichsrath wenden sich an die Hanse. Erstes Auftreten Margrethes in der Diplomatie. Gänzlich reservierte Haltung der Preussen. 63. Abwartendes und inhaltendes Auftreten der anderen Städte, die Süderseer folgen den Preussen, Rostock und Wismar ihrem Landesherrn. 64. Damit ist die Entscheidung den Dänen überlassen und Olafs Wahl sicher. Slagelse Mai 3. 1376. Handfeste. 65. Werbung Margrethes um die Zustimmung der Städte. 66. Schlussverhandlungen und Verträge von Kallundborg und Korsör. 67. Die Errungenschaften der Kölner Konföderation und des Stralsunder Friedens endlich vollgültig besiegelt. 68. Stellung des neuen dänischen Königs. 69. 70.

Zweiter Teil.

Die Hanse, die schonischen Pfandschaften und Margrethe.

Erstes Kapitel. Das Nachspiel des Thronstreites und die Hanse.	73—84
--	-------

Angriff Herzog Albrechts auf Dänemark. 73. Charakteristik des Kopenhagener Vergleichs. Bündnisse Margrethes. Beide Parteien ersuchen die Städte um Vermittlung. 74. Deren Verhalten in den Nyborger Verhandlungen. Passivität Lübecks. 75. Zunftunruhen. Die Verhandlungen zwischen beiden Parteien zu Nyborg. Die angeblich mecklenburgische Partei im Reichsrath ist im Grunde eine antimonarchische. 76. 77, ist im Zunehmen. 78. Neue Werbungen beider Parteien bei den Städten. 79. Neue Verhandlungen beider zu Rostock Sommer 1378. Teilnahme der Städte. 80. Kriegsstimmung. Sie entziehen Henning die schonischen Schlösser. Rüstungen und Bündnisse Albrechts. 81. Gefährlichste Lage des neuen dänischen Königtums. Tod Albrechts. Neue Verhandlungen. Teilnahme und Haltung der Städte. 82. Mecklenburg tritt vom Schauplatze zurück. Steigende Macht Margrethes. Hakons Tod. 83. Grenzkriege zwischen Norwegen und Schweden. Die Holsteiner in Schleswig. Margrethe wendet nach dem Zurückweichen der Mecklenburger sich gegen die Städte. 84.

Zweites Kapitel. Die Verwaltung der schonischen Pfandschaften und die Seebefriedung in den Jahren 1376—1381 . .	85—103
---	--------

Die wendischen Städte und die Zollerhebung 1375. Prinzipiell stets aufrecht erhaltene Anschauung des Rechtes aller Gruppen auf den Zoll. Die preussisch-süderseeische Partei überträgt endgiltig das Recht der Zollerhebung den wendischen Städten. 85—87. Regelung der Erhebung zu Skanör, Falsterbo, Malmö. Zollabrechnung über die Jahre 1376—1378. Die Seebefriedungen. 88. Seebefriedung Lübecks und Stralsunds 1376. 89. Bestreitung der Kosten. Pfundgeld. 90. Haltung Rostocks und Wismars in der Pfundgeld- und Seebefriedungsfrage. 91. Die Seeräuber werden von Mecklenburg und der mecklenburgischen Partei in Dänemark gehegt. 92. Klagen der Städte. Verheissungen des Reichsrates. 93. Anwachsen der Seeräuber 1377. 94. Seebefriedung Lübecks und Stralsunds 1378. 95. Unsicherheit auf Schonen. Die schonischen Schlösser. Antrag 1376, sie Henning zu entziehen. 96. Der Kontrakt mit ihm scheint für 1376/1377 nicht verlängert zu sein; dagegen ward er 1377 Jul. 25. auf ein Jahr erneuert. Nach 1378 Juli 25. gehen die Schlösser wieder in die Verwaltung der wendischen Städte über. 97. 98. Schlüsse daraus auf die Kriegsstimmung Albrechts und auf die Verlängerung der Konföderation. 98—100. Seebefriedung 1379. 100. Abrechnung über Pfundgeld und Zoll. Fortgang der Seebefriedung in der zweiten Jahreshälfte. Einstellung der Pfundgelderhebung 1380. 100—103. Weiterungen zwischen den preussischen und übrigen Städten. Seebefriedung für 1381. Verhandlungen darüber mit den Preussen. Wiedereinführung des Pfundgeldes ohne bestimmten Ablaufstermin. Schadloshaltung wegen der Friedeschiffe. Abrechnung über Zoll und Pfundgeld 1381. Die preussischen Städte leisten die geforderte Erklärung der Schadloshaltung. 103—105. Mögliche Gründe ihrer ablehnend gewesenen Haltung. Ihre Beschwerden über Schiffer und Kaufmann zu Bergen. 105. Verschiedene Behandlung der englischen Frage durch beide Gruppen. 106. Streit über den Verbrauch des schonischen Zolles 1380. 107. Diplomatischer Sieg der wendischen Städte über die preussischen. 108.

Drittes Kapitel. Die Verwaltung der schonischen Pfandschaften und die Seebefriedung von 1381—1385. Die Hanse und Margrethe	109—145
--	---------

Der Seeraub geht nach 1380 von mecklenburgischen in dänische Dienste über. Betrieb in grossem Massstabe. Teilnahme von Königin und Adel am Raube. 109—111. Friedenswünsche der Städte. Erste Schadenersatzverhandlung mit Dänemark und mit Margrethe 1381. Erster Seeräuberstillstand. 111—113. Wichtigkeit des Jahres 1381 in den Beziehungen der Städte zu Margrethe. Schädigungen des hansischen Kaufmanns in Norwegen seit Hakons Tode 1380. Versteckter Krieg mit beiden Waffen. Forderung der militärischen Besetzung der Schlösser. 113. 114. Auch diesmal der Zeitpunkt günstig gewählt. Aufstand in Lübeck. 115. Verhandlungen zu Nyköping resultatlos. 116. Neuer Seeräuberstillstand. 117. Keine Seebefriedung 1382. Alle Verhältnisse ungewiss. 118. Seebefriedung 1383. 119. Interessengegensatz dabei zwischen preussischen und wendischen Städten. 120. 121. Margrethe wünscht Verhandlungen. 122. Die

Schlösser in städtischen Händen. Schlechte Verwaltung. Ansprüche der neuen Hauptleute. Gehaltserhöhung. 122—124. Gegensatz beider Gruppen in der flandrischen Frage. 125. Seebefriedung für 1384. Hilfsangebot der Dänen. 126. Auf-
sage der Preußen an die wendischen Städte. 127. Größte Bestürzung bei diesen. Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Königin bevorstehend. 128. Sie lenkt ein. Die Drohung der wendischen Städte, die Friedeschiffe nicht auslaufen zu lassen, macht die Preußen gefügiger. Sie erklären aber die Konföderation für erloschen. 129. 130. Tagfahrt mit Margrethe, Beihilfe von Adligen zur Seebefriedung. Herabsetzung der eigenen Rüstung. 130. 131. Die Preußen beharren auf dem Erlöschensein der Konföderation. Verhandlungen mit Margrethe auf Schonen. 132. Bewegung in den Städten gegen sie. 133. Entgegenkommen der Mecklenburger. Einfall Albrechts von Schweden in Schonen. 134. Hatten die Städte die Möglichkeit, Dänemark die Schlösser vorzuenthalten? Neuer Aufstand in Lübeck. Politik der Lübecker und Stellung der preussischen Städte. 135. 136. Rücksicht Margrethes auf die preussischen Städte. Diese für Fortbestand der Konföderation, 137, wollen die Schlösser auch nach Himmelfahrt besetzt halten. Dennoch keine Einmütigkeit. 138. 139. Unbedingte Friedensstimmung. 140. Huldigung der Schoninger. 141. Werbung der Mecklenburger bei den Städten erfolglos, die wendischen geben die Schlösser zurück. Erlöschen der Konföderation. 142. Ausgang und Resultate der Pfandschaftenfrage. 143 ff.

Viertes Kapitel. Ausgang der hansisch-dänischen Streitfragen . 146—154

Schadenersatz und norwegische Privilegien sind schwebende Fragen. 146. Abrechnung über Pfundgeld und Zoll. Seebefriedung 1385. 147. Dänische Seebefriedung Scheinmanöver. 148. 149. Julitagfahrt zu Lübeck 1386. 150. Erledigung des Streites um Schleswig nur provisorisch. Wendung Margrethes gegen Schweden. Falköping. 150—152. Politische Passivität der Städte gegenüber ihren Erfolgen. Kläglicher Ausgang der Verhandlungen mit ihr 1386. Tod Olafs 1387. Schluss. 152 ff.

Exkurs I. Die rechnerischen Ergebnisse des schonischen Zolles 1368—1385 155—170

Einnahmen und Ausgaben zu Skanör und Falsterbo 1368. Verteilung des Restes. 155. Einnahmen und Ausgaben 1369 und 1370. 156. 157. Desgleichen 1371. 158. Material 1372—1374. Berechtigung eines Analogieschlusses. 158 f. Einnahmen 1372. 160. Desgleichen 1373 und 1374. Aufteilung der Erträge unter die vier Gruppen. Ausgaben. 161. Verwendung des Überschusses von 1372. Entschädigung der wendischen Städte. 162. Anweisungen auf den Zoll von 1375. Dessen Höhe. 163. Einnahmen und Ausgaben 1376. 164. Einnahmen 1377. 165. Desgleichen 1378. Restsummen beider Jahre. Ausgaben. 166. Abrechnung über die Einnahmen der Jahre 1379 und 1380. Desgleichen über die Jahre 1381 und 1382. 167. Desgleichen über die Jahre 1383 und 1384. 168. Tabelle über die Gesamthöhe der jährlichen Einnahmen und die Einzelsummen an jeder der drei Erhebungsstellen. 169. Tabelle über Einnahmen und Ausgaben. 170.

Exkurs II. Befriedigung der Forderungen Wulf Wulflams wegen der Schlösserverwaltung und Seebefriedung 1385 171—174

Verzeichnis der in den Anmerkungen abgekürzt
citirten Werke:

MGSS.	= Monumenta Germaniae historica, Scriptores.
SRD.	= Scriptores rerum Danicarum.
SRS.	= Scriptores rerum Suecicarum.
HR.	= Hanserecesse ed. Koppmann.
HU.	= Hansisches Urkundenbuch.
LU.	= Urkundenbuch der Stadt Lübeck.
H.Gesch.Bll.	= Hansische Geschichtsblätter.
SchHLU.	= Schleswig-Holstein-Lauenburgische Urkundensammlung.

Einleitung.

Dänemark, die Hanse und die übrigen Ostseemächte
von 1360—1371.

Als König Waldemar IV. 1360 durch kluge diplomatische und kriegerische Aktion Schonen¹ und bald darauf auch Halland und Blekingen, Landschaften, die er in der Bedrängnis seiner ersten Regierungsjahre an Schweden abgetreten hatte, zurückgewann, war ihm damit in zwanzigjähriger, harter Arbeit die Wiedervereinigung des zersplitterten, fast unter die Nachbarmächte aufgeteilten dänischen Reiches gelungen. Gleichzeitig aber hatte er es vermocht, das im Innern vernichtete Ansehen von Krone und Königtum wieder mächtig zu heben, und auch auf dieser Bahn eine seinem Volke oft geradezu unheimliche Energie und Diplomatie entfaltet. Güter und Ansprüche, deren die Krone verlustig gegangen war, wurden wieder eingefordert, eingeklagt und auf gütlichem wie gewaltsamem Wege zurückerworben. Durch solche Machterweiterungen wurden Adel und Geistlichkeit von dem kraftvoll sich hebenden, allseitig eingreifenden Königtum überflügelt, die Massen aber in starkem Maße zu finanziellen Leistungen herangezogen. Murrend fügte man sich, doch nicht überall; im eigenwilligen Jütland brach offener Widerstand los; doch der Krieg ward bald beendet durch einen Vertrag; und das Resultat der großen Reichsversammlung zu Kallundborg — ebenfalls 1360, doch vor dem Angriff auf Schonen — war Waldemars sogenannte Handfeste, in Wahrheit ein allgemeiner Landfriede, den König und Volk mit einander im Reiche aufrichteten, ein bedeutsames Zeichen, bis zu welchem Grade bereits Waldemar das Königtum wieder zum Träger von Ruhe und Ordnung

¹ SRD. VI p. 533 ad annum 1360: Rex Daciae Waldemarus optinuit Scaniam in manu forti et castrum Helsingburgh per resignacionem Magni regis Sueciae. Über den Wert dieser im folgenden öfter citierten Annales Danici ab anno 1316 ad annum 1389 als einer den Ereignissen der letzten Jahrzehnte am nächsten stehenden Geschichtsquelle cf. Erslev: Studier til Dronning Margrethes historie in der Hist. Tidsskr. 5. Raekke, III p. 333 ff.

im Reiche erhoben hatte¹. In der inneren wie äusseren Entwicklung machte sonach Dänemark rüstige Fortschritte, welche einer künftigen Machtentfaltung des Reiches eine ähnlich günstige Basis zu gewähren verhießen, wie Waldemars grosse gleichnamige Vorfahren inne gehabt.

Wie Waldemar bisher schrittweise vorgehend die richtigen Konsequenzen seiner Thaten gezogen, den heimischen Boden erst in jeder Hinsicht gefestigt hatte, um eine leistungsfähige Grundlage zu gewinnen für weitausgreifende politische Aktionen, so begann er nun, wieder in Anlehnung an seine Vorgänger, die gesammelte Kraft nach aussen zu bethätigen, seine Blicke übers Meer zu richten, vielleicht auf Estland, das er ebenfalls in der Not seiner ersten Jahre aufzugeben sich gezwungen gesehen hatte. Er nahm den Gedanken einer Ostseeherrschaft Dänemarks, diesen alten Lieblingswunsch dänischer Eroberungspolitik, den Beschaffenheit und Lage dem Inselreiche stets nahe gelegt, wieder auf. Wahrscheinlich gleichzeitig mit der Eroberung Schonens nahm er Besitz von Bornholm²; aber der kühnste Schritt auf der neuen Bahn mußte die Eroberung Gotlands sein, welches gewissermaßen die Zwischenstation auf dem Wege weiter übers Meer nach Estland bedeutete³. Im Hochsommer 1361 fiel die Insel, mit ihr das alte, reiche Wisby in die Hand des Königs, nachdem zuvor schon Oeland nebst Borgholm auf der Überfahrt von ihm unterworfen worden waren⁴.

Gewiß hatte Waldemar sich die möglichen, ja mehr als wahrscheinlichen Folgen seines kecken Angriffs klar gemacht, erwogen, wie viele Interessen er gegen sich aufrief. Freilich war von Schweden, das plötzlich Schonen, Bornholm, Oeland, Gotland sich entrissen sah, immerhin nur wenig zu besorgen; aber es gab an der Ostsee noch eine Macht, welche sich stark beunruhigt fühlte durch den Rückfall Schonens an Dänemark, welche den Handstreich auf Wisby ebenso wie Schweden geradehin als offene Kriegserklärung auffaßte, welche überdies durch die selbständige Entwicklung einer dänischen Seemacht, die eine naturgemäße Folge der neuerweckten maritimen Herrschaft sein mußte, in Besorgnis versetzt wurde, — die Hansestädte, und unter diesen

¹ cf. Erslev: Dronning Margrethe p. 10 ff., HR. I. p. 161.

² cf. Reinhardt: Valdemar Atterdag p. 277 f.

³ Fast die gleiche Ansicht finde ich ausgesprochen bei Reinhardt a. a. O. p. 292. Wenn dagegen als Motive für diese Handlungsweise Waldemars Waitz (Geschichte von Schleswig-Holstein), Dahlmann (Geschichte von Dänemark II) und andere, selbst Erslev (a. a. O.), nur Übermut, unüberlegte Tollheit, Verblendung, rohe Gewaltthätigkeit, geizige Gewinnsucht etc. vermuten, so ist das m. E. eine etwas enge Auffassung von dieses Königs Wollen und Wirken, die sich schwerlich durch seine sonstigen Thaten rechtfertigen läßt. Namentlich Denicke: Die Hansestädte, Dänemark und Norwegen von 1369—1376, p. 4 kann sich an abfälliger Beurteilung Waldemars hier und sonst nicht genugthun.

⁴ cf. Reinhardt a. a. O. p. 301. Schäfer: Die Hansestädte und König Waldemar p. 269 ff.

besonders die engere Gruppe der nach und in Dänemark hauptsächlich Handel treibenden wendischen Städte. Ihnen mußten die Nichtbestätigung ihrer schonischen Privilegien und der Handstreich gegen Wisby gleicherweise wie zwei Merkmale erscheinen, welche eine beginnende Emancipation Dänemarks vom städtischen Einflusse bedeuteten.

Handelsfrieden und Rechtssicherheit im fremden Lande war ein Angelpunkt jeder mittelalterlichen städtischen Politik, Aufrechterhaltung der beherrschenden merkantilen Positionen durch Behauptung der verliehenen Privilegien und Freibriefe ein anderer. Kaum war Waldemar Landesherr in Schonen, so sahen sich die Städte genöthigt, an ihn sich um Bestätigung ihrer schonischen Privilegien zu wenden. Er verweigerte sie weder, noch vollzog er sie, er hielt die Städte mit Verhandlungen resultatlos hin, ertheilte ihnen nur im allgemeinen Sicherheit in seinem Lande¹ und stellte sie plötzlich vor die vollendete Thatsache der Eroberung Gotlands und Wisbys. Dieser Handstreich gegen die altehrwürdige Metropole der Ostsee, eine ihrer hervorragendsten Genossinnen, mußte so von den Hansestädten beantwortet werden, wie er ausgeführt war, d. h. mit energischer Kriegsrüstung, zumal durch eine Stellungnahme der dänischen Macht auf dieser Insel der ganze Ostseehandel stets in Gefahr war, von dem Könige gehemmt und geschädigt zu werden, und die Städte sich bewußt sein mußten, von dem siegreichen Herrscher die Bestätigung der schonischen Privilegien jetzt, — wenn überhaupt, — nur unter noch viel größeren Opfern erlangen zu können, als sie selbst bei der friedlichsten Gesinnung hätten darbringen mögen. Die hansischen Politiker fanden, was im Augenblicke not that. Sechs Wochen nach Wisbys Unterwerfung schlossen die am meisten in Dänemark interessierten und gefährdeten Städte, — es waren Lübeck, Hamburg, Rostock, Wismar, Stralsund, Greifswald, Anklam, Stettin, Kolberg, Bremen und Kiel, — zu Greifswald am 8. September 1361 ein Kriegsbündnis mit den Königen von Schweden und Norwegen gegen den König von Dänemark mit dem Zweck, das verschobene Gleichgewicht zwischen den Ostseemächten wieder herzustellen und die eigene Stellung in Schonen zu festigen, weshalb sie sich für den Fall der Eroberung des Landes die ganze Sundküste desselben nebst den Schlössern Helsingborg, Skanör und Falsterbo von den Königen verpfänden ließen. Ebenso wenig vergaßen sie, ihre Privilegien in weitester Ausdehnung sich durch die Könige für Schonen bestätigen zu lassen. Ihr Bündnis erhielt willkommenen Zuwachs durch den Beitritt des Holsteiner Grafenpaares Heinrich und Klaus, welche stets die ersten und letzten im Felde waren, wo es galt, gegen Waldemar zu streiten².

¹ HR. III n. 16. 17; I n. 232. 233. 252. 254—256. LU. III n. 364.

² HR. I n. 260—263. cf. Schäfer a. a. O. p. 286 f.

So trat durch die Konföderation zu Greifswald zum erstenmal auf Schonen eine hansische — freilich noch keine allgemein hansische — Politik an die Stelle der bisherigen nur einzelstädtischen¹. Mit kluger Überlegung verzichtete Lübeck auf seine privilegierte Sonderstellung; die neuen, von Schweden erteilten Privilegien galten für alle beteiligten Städte. Lübeck festigte dadurch seine Stellung in Schonen, indem es die Basis derselben verbreiterte. Freilich sollten die Grundlagen für den neuen Bund, die neuverliehenen schonischen Privilegien, erst durch die Eroberung Schonens erkämpft werden. Und dieser Kampf des Jahres 1362 endete unglücklich. Es zeigte sich hier die Kehrseite eines umfassenden, aber lockeren Bündnisses. Die Einmütigkeit in den Operationen fehlte völlig, wogegen Waldemar mit geschlossener Macht stets bereit war zum Schlagen und den günstigsten Augenblick zu wählen wußte. Als die städtischen Kontingente Helsingborg auf Wunsch der Könige belagerten und deren Ankunft und Hilfe vergebens erwarteten, erlitt die hansische Flotte im Hochsommer 1362 eine äußerst empfindliche Niederlage; mit Mühe entrannen die Trümmer des Heeres in die Heimat, und schweren Schaden erfuhr auch der hansische Handel im Sunde, als die niederländischen Städte in Verhandlungen mit Waldemar traten. Dem militärischen Siege des Königs über die Hanse folgte 1363 ein diplomatischer, indem es ihm gelang, die nordischen Könige auf seine Seite hinüberzuziehen und damit die Städte zu isolieren. Im April 1363 heiratete Hakon Magnusson von Norwegen Waldemars Tochter Margrethe, ward der erste Schritt gethan auf dem Wege zur Union der drei skandinavischen Reiche. Bald wurde darauf Hakons Haltung gegen die Städte kühl und feindlich. Sie waren gezwungen, auch vor ihm auf ihrer Hut zu sein².

Zwischen den Städten und Waldemar war schon Ende 1362 zu Rostock ein Stillstand bis zum 6. Januar 1364 geschlossen worden; derselbe wurde am 21. Juni 1364 zu Stralsund bis zum 2. Februar 1368 verlängert und am 22. November 1365 in einen definitiven Frieden umgewandelt, worin Waldemar die Abgaben wesentlich erhöhte, den Städten nur eine eng begrenzte Anzahl von Privilegien zugestand, selbst von diesen einige, wie namentlich den Kleinhandel, nur auf sechs Jahre, und eine ganze Reihe von Fragen überhaupt ungelöst ließ. Denn seit der unglücklichen Schlacht bei Helsingborg begann die Koalition der Städte in sich zu zerfallen. Schwanken und Tasten, Unentschlossenheit und Verzagtheit hemmten ein kräftigeres Auftreten selbst der wendischen Hauptstädte, die zudem durch Waldemars höchst geschickte Diplomatie sich von ihren Freunden und Bundes-

¹ cf. Schäfer in der Einleitung zu den Hansischen Geschichtsquellen IV p. XXXIII.

² SRD. VI p. 533. HR. I n. 382. 383. LU. III n. 582, 596.

genossen, den niederländischen und preussischen Städten, dem nordischen Königspaar und dem Hochmeister entblößt sahen. Diese Situation wufste Waldemar trefflich auszunutzen. Von Verhandlung zu Verhandlung zog er resultatlos die Privilegienberatungen hin, Zug um Zug zwang er die Städte zum Nachgeben, fügte ihnen, da er alle definitiven Abmachungen umging, Schaden über Schaden auf See und in Schonen zu und bereitete ihnen auch sonst allerhand Verlegenheiten. Selbst nach dem endlichen Friedensschlusse des Jahres 1365 setzte er dies Verhalten im Einvernehmen mit seinem Schwiegersohne Hakon fort. Die Haltung der Städte bietet einen kläglichen Anblick. Waldemar fühlte sich als Herr der Lage und beutete sie rücksichtslos aus. Doch unterschätzte er offenbar, irregeleitet durch seinen glücklichen Sieg, durch die Differenzen innerhalb der Städte, die Leistungsfähigkeit der Gegner. Allerdings wuchs zunächst nicht innerhalb der wendischen Städte der Begehr nach entschiedenen Mafsregeln gegen den König, sondern bei den preussischen, denen wegen ihrer vorherrschenden Handelsverbindung mit Westeuropa zunächst nur an einer Befriedung des Sundes gelegen war. Sie gingen ein enges Bündnis zu Schutz und Trutz mit den süderseeischen Städten, Kampen an der Spitze, ein; sie wufsten in längeren Verhandlungen hin und her die wendischen Städte für den Bruch mit Dänemark und Norwegen geneigter zu stimmen; von ihnen ging der Gedanke aus, Martini 1367 zu Köln eine grofse Städteversammlung zu halten¹.

Waldemar blieb diesem Vorgehen der preussischen Städte gegenüber nicht gleichgültig. Noch während sie mit den wendischen Städten verhandelten, wandte er sich ebenfalls im Frühjahr 1367 an diese und warb um Verhandlungen. Und sie, noch immer nicht entschlossen, die Brücke friedlicher Verständigung mit dem Dänenkönige ganz abubrechen, gingen darauf ein. Als jedoch im Verlaufe derselben neue Klagen über Friedensbruch bei den Städten einliefen, als Waldemar durchaus nichts that, um die selbstgewünschten Verhandlungen zu beschleunigen und zum Abschlusse zu führen, da ward es auch den wendischen Städten klar, daß diesen zwischen Krieg und Frieden nun fast fünf Jahre schwankenden Zustand nur ein glücklicher Krieg werde wenden können. Nicht nur gingen sie jetzt bereitwillig auf die Wünsche der preussischen Städte ein, sie überboten dieselben noch durch die Inaussichtnahme einer energischen Kriegspolitik gegen die beiden Reiche des Nordens². Am 11. November 1367 traten in Köln bevollmächtigte Sendeboten der Städte

¹ HR. I n. 388 § 13. 391. 399. 400 §§ 2. 3. 402 §§ 1. 2. 403. 405 §§ 5. 6. 411. §§ 1. 2.

² HR. I n. 401. 402 §§ 14. 19. 404. 405 §§ 1. 12. 408 und n. 405 §§ 2. 3. 5. 406. 409 §§ 2—4. 411 § 2: si illi de mari meridiano et Pruteni — nollent plus facere ad propositum contra regem; quod super illo ipsis respondeatur, quod hoc nullo modo sit conveniens ipsis aut nobis.

Lübeck, Rostock, Stralsund, Wismar, Kulm, Thorn, Elbing, Kampen, Elborg, Harderwijk, Amsterdam, Briel zusammen; am 19. schlossen sie für sich und als Bevollmächtigte auch anderer nicht selbständig vertretener Städte¹ ein Kriegsbündnis gegen die Könige von Dänemark und Norwegen, die berühmte Kölner Konföderation. Ein gemeinsamer Feldzug für den nächsten Frühling ward beschlossen, der Kriegsplan in den ersten Hauptzügen entworfen, die Kontingente an Schiffen und Mannschaft genau festgesetzt, zur Deckung der Kriegskosten, wie schon 1361, die Erhebung eines Pfundgeldes bewilligt, — die energische Kriegspolitik der wendischen Städte riß die preussischen und süderseeischen Städte mit fort. Nur in einem Punkte erreichte sie nicht ihr Ziel. Die preussischen und niederländischen Städte waren wohl schliesslich bereit, mit den Herrschern von Mecklenburg, Schweden und Holstein auf ein Jahr sich zu verbinden, falls es den wendischen gelänge, ein Bündnis mit ihnen abzuschliessen, doch das ganze Risiko dieser Verbindung wälzten sie auf die wendischen Städte ab.

Verhandlungen mit den Fürsten waren der Konföderation bereits vorausgegangen und wurden nach deren Abschluß fortgesetzt². Inzwischen aber waren unabhängig von der städtischen Verbindung verschiedene Fürsten und Herren in ein Bündnis gegen Waldemar und Hakon getreten.

Nach der Annäherung der Folkunger an Waldemar, ihrem dadurch herbeigeführten Sturze in Schweden, der Wahl und Krönung des jungen Albrecht von Mecklenburg zum Könige von Schweden, war für diesen der Kampf gegen Waldemar und Hakon ein Kampf um die Behauptung des Thrones, worin sein Vater, der alte Albrecht von Mecklenburg, und das holsteinische Grafenpaar ihm fest zur Seite standen. Im Januar 1368 ward zwischen Holstein und Mecklenburg-Schweden ein förmliches Bündnis gegen Dänemark-Norwegen geschlossen. Diesem gesellte sich ein für Waldemar höchst gefährlicher Gegner im eigenen Lande, ein großer Teil der jütischen Aristokratie, welche sich noch immer nicht in Waldemars despotisches Regiment zu finden wufste³. Die Absicht der Fürsten ging auf nichts Geringeres als eine Aufteilung des dänischen Reiches: Schonen und Gotland sollte an Schweden, Seeland, Falster, Möen an

¹ Die zu Köln vertretenen Städte treffen Anordnungen auch für die nicht anwesenden livländischen und wendischen, die drei fehlenden preussischen, Dordrecht, Staveren und alle Städte von der Südersee, von Holland und Seeland; sie nennen sich ausdrücklich: plenipotentes legati suarum et aliarum quarundam civitatum, quarum vices habuerunt. HR. I n. 412. 413. 418.

² HR. I. n. 413. 479. § 26. — I. n. 402 §§ 5. 6. 405 § 14. 411 § 2. 420 §§ 6. 8. 421. §§ 13. 23. 24.

³ SchHLU. II. n. 213. 214. Huitfeld: Danmarckis Rigis Krönike I. p. 542 f. (ich citiere nach der Quartausgabe von 1650). HR. I n. 421 § 13. cf. Schäfer a. a. O. p. 440 ff.

Mecklenburg¹, Fünen, Langeland, Jütland an Holstein fallen. Ob sie allein diese Pläne durchzuführen im stande sein würden, war doch mehr als fraglich; denn Waldemar befand sich im Besitze eines großen Staatsschatzes, während sie nur bei recht dürftigen Mitteln gewesen zu sein scheinen. Auch hatte sich bereits 1367 Mecklenburg, um sein schwedisches Unternehmen zu stützen, der größten Geldmacht im Norden, den deutschen Städten, genähert und keine Zurückweisung gefunden, denn nun die Städte selbst mit Energie den Krieg rüsteten, mußte ihnen die Hülfe mächtiger Fürsten höchst schätzenswert sein². Die Verbindung des städtischen Kapitals mit den stets schlagfertigen Rittermassen der zwei leistungsfähigsten niederdeutschen Territorien entschied den beginnenden Krieg, warf Dänemark nieder. Wohl liefen die Pläne der Fürsten den städtischen Absichten durchaus zuwider. Dänemark würde durch sie in den recht- und friedlosen Zustand von 1340 zurückgeworfen worden sein, der gerade damals die Städte vermocht hatte, die Anfänge des jungen Waldemar zu fördern, denn ein allerdings schwaches, aber selbständiges Dänemark war für ihre Stellung, die friedliche und gedeihliche Entfaltung ihres Handels viel vorteilhafter, als ein Komplex unruhiger Fürsten- und Adelsherrschaften an Sund und Belten mit ihren selten endenden Seeräubereien. Sie befanden sich jetzt auf dem Punkte, das Bündnis mit der fürstlichen Koalition zu schließen, in Zwangslage: warteten sie, so gelang es vielleicht doch den Fürsten, ihre Pläne zu verwirklichen, schlugen sie auf eigene Faust los, so entbehrten sie voraussichtlich die Unterstützung der fürstlichen Kriegsmacht oder gerieten mit ihr in Konflikt; beides war gleich bedenklich. Unterlagen sie aber, so war es den Fürsten möglich gemacht, ihre dänischen Pläne nur um so nachdrücklicher durchzuführen; traten sie dagegen in Bündnis mit den Fürsten, so leisteten sie deren Vorhaben sogar noch Vorschub, gewannen jedoch zwei Vorteile, indem sie sich einerseits die für sie so wertvolle fürstliche Hilfe sicherten, andererseits die Möglichkeit sich offen hielten, im richtigen Augenblicke den weitergehenden fürstlichen Interessen und Absichten eine Schranke zu ziehen durch ein Abschwenken auf die dänische Seite. Es wäre ein egoistischer Schachzug der Städte, aber unmöglich war er nicht und hätte an ähnliche frühere Wendungen speciell der lübischen Politik in den nordisch-norddeutschen Wirren des letzten Jahrhunderts gemahnt. Die Konföderation unter Lübecks Führung wählte den letzten Weg. Am 2. bzw. 20. Februar 1368 ward ihr Bündnis mit der fürstlichen Koalition abgeschlossen; für die wendischen Städte auf zwei, die

¹ Gewiß auch Laaland, das in der Vertragsurkunde: SchHLU. II n. 213 nur durch Vergeßlichkeit fortgelassen.

² HR. I n. 411 § 2: si — meridionales et Pruteni vellent refutare dominos Magnopolenses et Hinricum comitem Holtzacie, ut respondeatur, — quod sine ipsis non possumus proficere in hoc facto.

preussisch-niederländischen entsprechend der Kölner Übereinkunft nur auf ein Jahr, vom 22. Februar 1368 — 14. April 1370, bzw. 1. April 1369¹.

Aber obgleich die Städte aufs eifrigste den Krieg rüsteten, wünschten sie doch den Schein vermieden, als ergriffen sie die kriegerische Initiative; sie brachen darum die Verhandlungen mit Waldemar nicht ab, spannten indes ihre Forderungen auf Schadenersatz so hoch, daß der König sie selbst beim besten Willen nicht hätte befriedigen können. Das führte den definitiven Bruch herbei, da Waldemar nichts als neue Verhandlungen vorzuschlagen wußte, und die Gewaltthätigkeiten fort dauerten. Als die Städte sich der Hilfe der fürstlichen Koalition sicher wußten, erfolgte am 5. Februar 1368 ihre Absage an Waldemar². Maßregeln, die deutschen Kaufleute aus Bergen, Tunsberg, Opslo abzuholen, waren längst beraten und angeordnet, desgleichen war der Besuch von Dänemark, Schonen und Norwegen verboten. Um sich gegen Diversionen der Freunde Waldemars vom Rücken her zu sichern, schlossen die Verbündeten Neutralitätsverträge mit Graf Adolf von Holstein und Herzog Erich von Sachsen-Lauenburg. Der Ausbruch des Krieges war nicht mehr zu hindern und ließ günstigen Verlauf erwarten³.

Gegenüber dieser Kette von Bündnissen, die sich allmählich immer beengender um Dänemark-Norwegen zusammenzog, ist Waldemar gewiß nicht unthätig gewesen. In der kurzen Zeit wird er noch sein möglichstes gethan haben, um die festen Plätze des Reiches in jeder Hinsicht zu verstärken und in kräftigen Verteidigungszustand zu setzen⁴. Dann räumte er plötzlich, noch ehe ein Angriff der Gegner erfolgte, mit seinem Schatze das Reich in der Erwartung, daß dieses festgefügt Widerstand leisten werde, bis er persönlich vom Rücken her in seinen auswärtigen Freunden oder durch sein Geld der fürstlichen Koalition Widersacher erweckt oder sie gesprengt habe, um dann vielleicht durch Besiegung der isolierten Hansestädte und starke Beschränkung ihres Handelsübergewichtes im dänischen Reiche sein Lebenswerk zu krönen. An einen schnellen und glücklichen Verlauf des Angriffs seiner Feinde dachte er nicht⁵. Zur Verwaltung des Reichs während seiner Abwesenheit bestellte er seine

¹ HR. I n. 427 §§ 1—3. 435—439. LU. III n. 662. HR. I n. 441. 442.

² HR. I n. 415. 421 § 13. 427 § 9. — n. 420. §§ 2. 11. 431. LU. III n. 648. 649. — HR. I n. 420 § 10. 429. 430.

³ HR. I n. 427. §§ 7. 8. 443. 444. III n. 25. — I n. 436 §§ 8. 9. LU. III n. 646.

⁴ Anders Schäfer a. a. O. p. 468. Dennoch scheint mir die Ansicht Reinhardts a. a. O. p. 429, der ich auch im Texte gefolgt bin, aus innern Gründen annehmbarer. Zeugnisse positiver Natur dafür oder dagegen lassen sich nicht erbringen.

⁵ Über Waldemars Flucht Schäfer a. a. O. p. 475: »es war eine ebenso kurzsichtige wie unkönigliche Handlungsweise.« Denicke a. a. O. p. 9: »um der ihm über den Kopf wachsenden Gefahr „unköniglich, aber

Ratgeber unter den Großen, an ihrer Spitze den ihm allezeit treu ergebenen Ritter Henning v. Putbus, einen rügensch Adligen¹, den er zum Reichshauptmann ernannte.

Um Ostern 1368 begann der Feldzug der Verbündeten; bald waren Kopenhagen, Falsterbo, Skanör, Malmö, Trelleborg erobert, damit die Stellung im Herzen Dänemarks gewonnen. Dann fielen Möen, Falster, Laaland, der größte Teil von Jütland; Fünen war noch seit Gerhards des Großen Tagen zum Teil in holsteinischem Pfandbesitz; Ende des Jahres hielt sich nebst zunächst nur unwichtigen Festen und Schlössern² am Sund nur noch das militärisch so wichtige Helsingborg. Zugleich machten die hansischen Schiffe Jagd auf die unter Waldemar neu erstandene dänische Flotte und fügten ihr wohl beträchtlichen Schaden zu³. Auch verfügten die Städte eine Art von Blockade über Dänemark und Norwegen mit dem Zwecke, Engländer, Schotten, Fläminger vom schonischen, überhaupt nordischen Handel auszuschließen, während er auch von ihrer Seite ruhte. Veranlassen mochte sie dazu die Besorgnis, jene möchten sich in die

schlau wie immer“ auszuweichen.“ Reinhardt a. a. O. p. 427 ff. Waldemar habe durch Rettung und Entfernung seiner Person den Fortbestand seines Landes zu sichern, das drohende Unglück von ihm abzuwenden gesucht med hans Snildhed og Evne, til at finde paa Udveje. Nitzsch, Nordalbingische Studien in den Preussischen Jahrbüchern 35 p. 230 f.: er habe sein Reich zunächst in dem Glauben verlassen, daß die verschiedenen Interessen seiner Gegner sich gegenseitig matt setzen würden. Fock: Rügensch-pommersche Geschichten III p. 202 nennt sie unmännlich und unköniglich. — Die sehr dürftigen zeitgenössischen oder zeitlich nächststehenden Berichte geben keine Aufklärung. Sie läßt sich aber finden durch die zutreffende Erwägung, daß der König die Flucht für den zum Heile des Reiches besten Ausweg hielt. Natürlich konnte er außer Landes, außerhalb der erdrückenden Umklammerung durch die städtisch-fürstlichen Heere viel wirksamer und erfolgreicher sich nach Helfern umthun. Das war augenscheinlich auch seine Absicht in den nächsten Jahren, das war überhaupt unter diesen Umständen die einzige Möglichkeit, die Wucht des feindlichen Angriffskrieges abzuschwächen. Man tadelt ihn mit Unrecht.

¹ cf. HR. I n. 491 § 5, wozu n. 469 § 17, II n. 48 § 6 u. 49 § 6.

² Wenn der Schluß, den Reinhardt a. a. O. p. 581 A. 41 macht, richtig ist: daß nämlich die Schlösser derjenigen Hauptleute, welche den Stralsunder Frieden 1370 mit abschlossen, für Dänemark behauptet wurden, so hätten sich bis zum Friedensschlusse gehalten 18 genannte Schlösser (HR. I n. 523). Nun haben aber die Hauptleute von manchen der genannten zuvor mit den belagernden Gegnern Neutralitätsverträge geschlossen; von allen auf diese Art aus dem Kriegszustande ausgeschiedenen haben wir aber gewiß nicht Kunde, da der Stand der Überlieferung über diese Feldzüge in Dänemark nicht besonders reichhaltig ist. M. E. läßt sich sonach nicht mit Sicherheit entscheiden, welche Schlösser sich einer Belagerung bis zum Friedensschlusse erwehrt. Nur das eine ist gewiß, daß in Westjütland, Seeland und Schonen ein nachhaltiger Widerstand geleistet ward. cf. Reinhardt p. 432–438.

³ Die Maßregel scheint mir ein Beweis dafür zu sein, daß Waldemar eine neue dänische Seemacht zu schaffen beabsichtigte, entsprechend seinen weitausgreifenden maritimen Plänen, und daß die Städte besorgt auf ihre Entwicklung blickten. Siehe Seite 2.

von ihnen geräumten Positionen und Verbindungen einnisten, worüber thatsächlich später die nach Bergen rückkehrenden Kaufleute Klage erhoben¹. Ihre schnellen kriegerischen Erfolge ließen die Städte bereits im Sommer 1368 sich so sicher in Dänemark fühlen, daß sie die Schonenreise nach Skanör und Falsterbo freigaben². Gleichzeitig verlor Waldemar seinen einzigen Bundesgenossen, König Hakon von Norwegen. Die Verwüstungen der niederländischen Flotte an den weitgestreckten norwegischen Küsten zwangen ihn noch 1368 zum Waffenstillstande, der dann mehrmals verlängert wurde, ehe Hakon in einen Frieden willigte.

So fiel in Dänemark Schlag auf Schlag reißend schnell gegen Waldemar. Seine nächsten und zuverlässigsten Freunde in Deutschland aber, Adolf von Holstein und Erich von Sachsen, waren zwischen seinen Gegnern eingeschlossen, durch Neutralitätsverträge gebunden und wagten daher nicht, mit kriegerischer Hilfe für ihn einzutreten. Übrigens starb Erich noch selben Jahres zu Kallundborg³. Dagegen ließ sich Magnus von Braunschweig zum Versprechen der Hilfeleistung bewegen⁴, und um Martini 1368 kam es zwischen den Mecklenburgern und den pommerschen Fürsten, bei denen sich Waldemar zunächst nach seiner Abreise aufgehalten und zu deren Fehde er wahrscheinlich den Anstoß gegeben hatte, bei Dammgarten zum Kampfe. Die Mecklenburger siegten. Beide Parteien versöhnten sich und schlossen sogar ein Bündnis⁵.

Indes versuchte der König, durch Diversionen von anderer Seite gegen Mecklenburg seinem bedrängten Reiche Luft zu machen, die Verbündeten zu trennen. Bis zum Spätherbst 1369 trat eine Koalition deutscher Fürsten auf, deren Pläne Waldemars Wünsche einer Hilfeleistung weit überboten, geradezu Teilnahme am Raube in Dänemark bezweckten, was in diesem Falle nur durch-

¹ HR. I n. 421 § 16. 469 § 22. 479 § 2. 510 § 11. 5. 11. 522 § 7. LU. III n. 730. — HR. III n. 311. II n. 41 § 4 und Diplomatarium Norvegicum VIII n. 184 die Klage des deutschen Kaufmanns zu Bergen, daß Engländer und Fläminger sich nach der Räumung Bergens durch ihn dasselbst festgesetzt, cf. HR. III n. 318 § 1: en le mesme temps vos marchantz lieges d'Engleterre entrèrent la dite ville de Norbergh, et fesoient lour marchandises, et teneront une estaple en la manire, qe les ditz Esterlyngs fesoient devant. In Bergen machte der deutsche Kaufmann nach seiner Rückkehr übrigens kurzen Prozeß mit den Engländern: HR. III. n. 318 § 1. II n. 89 § 3. In Schonen traten sie bereits vor dem zweiten Kriege als handeltreibend neben Flämingern, Schotten und Wallonen auf, aber allmählich wurden sie nach 1370 auch von diesen Märkten durch die Hanse ausgeschlossen. — cf. Schäfer: Einleitung p. XXXVI ff., Keutgen: Die Beziehungen der Hanse zu England im letzten Drittel des 14. Jahrhunderts.

² HR. I n. 467. 468. 469 § 6. LU. III n. 656.

³ Reinhardt a. a. O. p. 450. Schäfer a. a. O. p. 491.

⁴ Sudendorf: Urkundenbuch der Herzöge von Braunschweig und Lüneburg III n. 379.

⁵ HR. I n. 512 f—i p. 502 f.

zusetzen war durch Niederwerfung Mecklenburgs. Teilnehmer waren der junge Erich von Sachsen-Lauenburg, Sohn des verstorbenen, Adolf von Holstein, Magnus von Braunschweig, Otto von Brandenburg. Von 18 Fürsten und Herren zugleich empfing Herzog Albrecht Absagebriefe¹. Die Städte hielt Magnus von einer kriegerischen Hilfeleistung für Albrecht, wenn eine solche überhaupt von ihnen geplant gewesen wäre, durch die bestimmte Erklärung an Lübeck ab, daß seine Fehde mit diesem nicht im Interesse Waldemars, sondern aus anderen Ursachen geführt werde². Zwischen Lübeck und Mecklenburg bestanden überdies gerade Mißhelligkeiten, welche beider freundschaftliches Verhältnis trübten³.

So zog sich ein sehr bedrohlicher Bund gegen Mecklenburg zusammen. Es schien der vereinigten fürstlichen Macht erliegen zu müssen. Und trat dieser Fall ein, wußten dann die mit ihm verbundenen Städte zu versehen? Kam Dänemark in die Hände deutscher Fürsten, so drohte den Städten das Schicksal, aus den eben gewonnenen vorzüglichen Positionen am Sund herausgedrängt, in die Zustände der dreißiger Jahre zurückgeworfen zu werden, und auf heimischem Boden wie in Schonen das drückende Übergewicht des deutschen Fürstentums fühlen zu müssen. Diese drohenden Aussichten forderten Stellungnahme in irgend einer Form von ihnen. Sie ward ihnen wesentlich erleichtert durch die Fortschritte, welche ihre Heere in Dänemark bis zum Herbst 1369 gemacht hatten.

Diese waren im Winter 1368 im Felde geblieben, während die städtischen Räte sich mit den verbündeten Fürsten über die Fortsetzung des Krieges verständigt und ihn zum Frühjahr in vollem Umfange wieder aufgenommen hatten. Denn noch immer war Helsingborg unbezwungen, das letzte Bollwerk dänischer Herrschaft am Sund. Am 13. Juli schien sein Fall nahe bevorstehend, am 21. Juli schlossen seine beiden Befehlshaber mit Mecklenburg und den Städten einen Vertrag, demgemäß sie ihnen bis 8. September die Burg überliefern wollten. Zum Abschlusse desselben scheint Bestechung sie vermocht zu haben⁴.

¹ Sudendorf III n. 401. 402. 405. 410. Sch.HLU. II n. 217. 377. Rudloff: Pragmatisches Handbuch der mecklenburgischen Geschichte II p. 478 ff. HR. I p. 464 ff.

² Schreiben v. Sept. 17. 1369: LU. III n. 697. In gleichem Sinne scheint Markgraf Otto von Brandenburg an die Städte geschrieben zu haben. HR. II n. 49 § 1.

³ LU. III n. 706. 715. 716. 726. cf. HR. I p. 466.

⁴ HR. I n. 495 § 3. 497. III n. 307. Die beiden Schloßhauptleute Vikko Moltke und Hartwig Kale bekennen Sept. 29 von 800 M. Silber, in quibus ipsi domini de Lubeke et de aliis civitatibus maritimis nobis tenebantur obligati, 350 M. in Kopenhagen empfangen zu haben. cf. Schäfer a. a. O. p. 501 f. — Reinhardt a. a. O. p. 443 möchte beide nicht ohne weiteres zu Verrätern stempeln, meint, daß diese Geldzahlung sich auch anders erklären lasse, bleibt jedoch eine Vermutung darüber schuldig.

Damit waren die Städte vollkommen Herren des Sundes, ungehindert stand ihnen die Fahrt von Ost- zu Westsee offen. Der Reces, welcher unter dem Eindruck dieses Ereignisses am 21. Oktober, kurz ehe sich die umfassende Koalition gegen Mecklenburg erhob, vereinbart wurde, dachte an nochmalige Kriegsaufnahme im Jahre 1370 mit oder ohne fürstliche Hilfe, durch Brand und Verheerung, Raub und Kaperei dänischer Schiffe, Verbot der Zufuhr nach Dänemark und Hinüberwerfung eines fliegenden Corps von 200—300 Pferden, um gründlich auch ins Landesinnere die Verwüstung zu tragen¹. Dänemark wäre völlig zerschlagen worden. Aber inzwischen hatten bereits seit Beginn des Jahres 1369 diplomatische Fäden zwischen beiden feindlichen Mächten, zwischen dem dänischen Reichsrat und der Hanse, sich anzuspinnen begonnen.

Bei so durchschlagenden Erfolgen der Verbündeten in den ersten Kriegsmonaten schon des Jahres 1368 mochte dem dänischen Reichsrat, in dessen Händen die Regierung seit Waldemars Abreise lag und der von ihm für alle Fälle bevollmächtigt gewesen zu sein scheint², eine Verständigung mit den Gegnern als das Beste erscheinen, mochten leicht auch Waldemars deutsche Freunde vermittelnd einzuschreiten sich bemühen, um das Land vor dem Ruin, den Thron vor dem Sturze zu wahren. Die Städte erwarteten auch dergleichen diplomatische Intercession und beschlossen im Herbst 1368, falls ein Fürst um Zustandekommen von Verhandlungen zwischen Waldemar und ihnen sich bemühe, diese nur mit Zustimmung ihrer fürstlichen Bundesgenossen zu beschicken und auch nur, um zu erfahren, was man von den Gegnern jetzt bereits erlangen könne. Sie wollten also am Wortlaute des Bündnistraktats festhalten, welcher jedem der Kontrahenten eine einseitige Sühne mit dem Gegner verbot³.

Im Laufe des Winters ward seitens des dänischen Reichsrates nun wirklich der Versuch friedlicher Annäherung an die Städte gemacht. Der Reichsrat wandte sich an den jungen Erich von Sachsen um Vermittelung. Dieser fand sich dazu bereit und Magnus befürwortete sie in einem Schreiben an Lübeck⁴. Die Städte wiesen sie nicht zurück, nahmen aber wie bisher die durch ihr Bündnis gebotene Rücksicht auf die Fürsten. Diese gestatteten ihnen, den Räten der Herzöge von Lüneburg und Sachsen sicheres Geleit nach Dänemark zu geben und dänische Gesandte herüberzuführen; und seitens der Städte wurde im März 1369 Lübeck mit uneingeschränkter Vollmacht zu Verhandlungen betraut. Jedenfalls wünschten sie ein Zustande-

¹ HR. I n. 510 § 11 1—3.

² HR. I n. 524, cf. n. 513, urkundet der Reichsrat: mit hete, willen unde volborth unses heren — unde synes rikes.

³ HR. I n. 479 § 11. cf. LU. III n. 662.

⁴ HR. I n. 488.

kommen derselben, wohl wieder, um die Höhe der gegnerischen Anerbietungen kennen zu lernen. Auch mit Waldemar wollten sie endlich am 8. April einen Tag zu Demmin halten. Ob letzterer stattgefunden, ob in nächster Zeit überhaupt Verhandlungen mit Waldemar gepflogen wurden, ist nicht klar. Zu einer Verständigung mit dem Reichsräte dagegen vermochten sie auch im Juli sich noch nicht zu entschließen, sie beraumten einen neuen Tag zwischen fürstlichen und städtischen Vertretern einerseits und dänischen andererseits auf den August an¹.

Zwei Gesandte des Herzogs von Mecklenburg stimmten diesen Verabredungen bei². Noch zeigte sich hierin die Einmütigkeit der Verbündeten, aber die Bitte des Herzogs um Kriegshilfe in Deutschland gegen seine Feinde verschoben die Städte zur Beschlußfassung auf die nächste Tagfahrt, ein Zeichen, daß sie zunächst die Entwicklung der fürstlichen Wirren in Deutschland abwarten wollten, sich auch infolge der Erklärung des Herzogs Magnus nicht als zur Hilfeleistung verpflichtet erachteten, ein Zeichen auch, daß sie langsam von der Seite ihrer Verbündeten sich zurückzuziehen begannen³.

Im August verhandelten sie mit dänischen Gesandten und vereinbarten einen Vertragsentwurf und wahrscheinlich eine große Tagfahrt mit ihnen auf den 21. Oktober nach Stralsund. Hier vermochten die dänischen Räte widrigen Windes halber noch nicht vollzählig zu erscheinen, die Verhandlungen mußten bis zum Eintreffen der übrigen vertagt werden⁴. Die Versammlung stand unter dem Eindruck verschiedener Ereignisse: Mit Hakon war im August ein Friede geschlossen worden, Helsingborg war gefallen, andererseits aber fürchtete der dortige städtische Hauptmann Angriff oder Belagerung des Platzes durch die Dänen; eine Nachricht, welche mit dazu beigetragen haben mag, daß die Städte für 1370 erneute Aufnahme des Kampfes in Aussicht nahmen⁵; während die noch fehlenden dänischen Räte eintrafen und die Verhandlungen mit ihnen geführt wurden, zog sich aber nach dem 21. Oktober drohend und verderbenbringend die Fürstenkoalition gegen Mecklenburg zusammen

¹ HR. I n. 489 § 5. — n. 489 § 12. II n. 48 § 7, cf. I n. 479 § 11. — n. 495 §§ 1. 2.

² HR. I n. 495 §§ 1. 2.

³ HR. I n. 495 § 11. 510 §§ 1. 2. LU. III n. 697.

⁴ HR. III n. 41. 32.

⁵ HR. III n. 306. 1369 Sept. 28. Schreiben eines gew. Thideke Rosche an den Bürgermeister Jakob Pleskow und Ratsherrn Simon Schwerting zu Lübeck: vortmer schole gi veten, dat dat lut also gheyt, dat de Denen unde de Schoninghe dat hus bestallen villen. Mantels in H. Gesch. Bll. Jg. 1875 p. 151 f. bezweifelt, daß hier Helsingborg gemeint sei, und meint, die Burg sei gleich nach ihrem Falle an Gregor Schwerting übergeben, auch Schäfer a. a. O. p. 495 A. 2 erhebt Einwendungen, beide machen aber Koppmanns Annahme nicht unwahrscheinlich.

und bewog höchst wahrscheinlich die Städte zum beschleunigten Abschlusse eines Friedens mit dem Reichsrathe¹.

Wir sahen, welche Gründe die Städte veranlaßt haben mochten, auf die Friedenswünsche der Dänen einzugehen und sich mehr und mehr von ihren fürstlichen Verbündeten zu entfernen. Es gab eine doch nicht unansehnliche Partei unter ihnen, welche auf dieser Oktoberversammlung gegen die Fortdauer eines Bündnisses mit den Fürsten überhaupt ganz entschieden sich auflehnte unter Hinweis auf die Bedrängnis des Mecklenburgers². Indem nun am 30. November die Hanse mit dem Reichsrathe die Präliminarien abschloß, band sie diesem die Hände und deckte sich damit den Rücken; zugleich ließ sie sich vom Reichsrathe verbriefen, daß sie die Vereinbarungen noch nicht habe annehmen wollen, weil sie mit ihren nicht anwesenden Verbündeten — Herren wie Städten — darüber erst Rücksprache nehmen wolle³. Sie beschloß, den Ausgang der mecklenburgischen Händel zuvor abzuwarten, und kam doch ihrer Vertragspflicht gegen die Fürsten scheinbar nach; sie sicherte sich gegen den Vorwurf des Vertragsbruches durch Hinausschieben des definitiven Friedensabschlusses über den Ablaufstermin der mit den Fürsten gültigen Bundesverträge. Daß die Wirren in Deutschland so schnell sich beruhigen würden, wie es geschah, erwarteten

¹ HR. I p. 474 nimmt Koppmann zwei Versammlungen an, Okt. 21. und Nov. 30. Reinhardt a. a. O. p. 457, Schäfer a. a. O. p. 510, Denicke a. a. O. p. 18 folgen ihm. Jene Annahme scheint mir ganz unberechtigt. Der Ort ist der gleiche, Stralsund; die Differenz zwischen beiden Daten nicht erheblich und verschwindet, wenn wir berücksichtigen, daß nach HR. III n. 32 Okt. 21. ein Anfangsdatum, Nov. 30. dagegen, der Tag der Urkundenausfertigung und Besiegelung, ein Schlusdatum einer Versammlung war. Da die Dänen noch Okt. 21. nicht vollzählig zu Stralsund versammelt waren durch ghebreche windis, sundir wir hoffin ir kurzlich (HR. III n. 32), da die städtischen Boten derweile entrichtin alle tage der stete sachen, und die fehlenden Reichsräte allmählich eintrafen, da längere Verhandlungen vorausgingen, ehe die Parteien sich geeinigt hatten, wobei es den Städten gelang, noch gröfsere Vorteile zu erzielen, als die Dänen ihnen im August zugestehen wollen, (HR. III n. 41: aliquid in melius civitatum additum), bin ich geneigt, nur eine grofse von Okt. 21. bis Nov. 30. tagende Versammlung zu Stralsund anzunehmen und werde darin durch das Fehlen eines Recesses der sogen. Novemberversammlung, welches Koppmann beklagen zu müssen glaubt, noch bestärkt.

² HR. I n. 510 § 11. 1: eyn deyl van dessen steden duchte gud, were dat men wat tho handen hebben wolde, dat men syk myd den heren unverbunden lethe.

³ HR. I n. 516. III n. 41: Consules Lubicenses mittent dominis suas litteras et loquentur cum eis de placitis habitis. Suhm, Historie af Danmark XIII. p. 648 meint zu dieser Haltung der Städte: dette var klogh, thi de kunde frygte for, at Valdemar efter Saedvane kun søgte at adsplitte Forbundet, men det viste tillige den republikanske Selvfølelse og Stolthed. Das ist im ersten Teile unrichtig, da Waldemar mit diesen Verhandlungen nichts zu thun hat, im zweiten ebenfalls, da Suhm damit eine Vorstellung und Anschauung an die Städte heranträgt, die in diesem Zusammenhange völlig belanglos ist.

sie wohl nicht. Die Kriegsbewegung gegen Mecklenburg endete bereits am 29. November 1369 mit der Schlacht bei Roggendorf, einem glänzenden Siege Herzog Albrechts, dem am 19. Juni 1370 der Friedensschluß Albrechts mit Magnus folgte, am 22. Juni derjenige Herzog Erichs mit den Holsteiner Grafen¹. Am 1. Mai 1370 waren die bevollmächtigten Sendeboten von 23 Städten aller hansischen Drittel wieder in Stralsund versammelt. Auch edle Dänen waren in großer Zahl erschienen. Rostock und Wismar fehlten jedoch, gewiß aus Rücksicht auf ihre Landesherren, die den Krieg fortsetzten. Hier wurden am 24. Mai, einen Tag nach Himmelfahrt, die am 30. November vereinbarten Präliminarien als Friedensurkunden zwischen Reichsrat und Städten ausgefertigt².

Der Stralsunder Friede besteht aus zwei scharfgetrennten Komplexen von Vereinbarungen und Zugeständnissen, einem wirtschaftlichen, handels- und verkehrsrechtlichen, und einem politischen. In erster Hinsicht errang die Hanse in ihrer Gesamtheit im wesentlichen alle Forderungen, die seit einem halben Jahrhundert unablässig bald von dieser, bald von jener Stadt vorgebracht waren³. Freier Verkehr durch ganz Dänemark wie zuvor ward den deutschen Kaufleuten wieder gestattet, Befreiung vom Strandrechte im ganzen Reiche gewährt, das Verfahren mit gestrandeten Gütern — wie oft schon in früheren Urkunden — genau geregelt, auf Unterschlagung derselben sogar Todesstrafe gesetzt, eigene Vögte ihnen zu setzen gestattet zu Skanör und Falsterbo und an allen anderen Orten in Dänemark, wo sie Handelsniederlassungen, sogenannte Fitten, hatten⁴, welche die allgemeine Gerichtsbarkeit außer bei Blutbann und schwerer Körperverletzung über die gesamte Fittenbevölkerung haben sollten und Gäste nach Belieben in die Fitten aufnehmen durften. Klagen von Dänen gegen Deutsche sollten nur vor die deutschen Vögte gebracht werden. Eine Reihe von Verkehrsbestimmungen für Schonen wurden festgelegt, Anordnungen über die Münze und den Nachlaß in Dänemark Verstorbener, über Kleinhandel und Fischerei getroffen; die Zölle und Abgaben wurden meist wesentlich herabgesetzt gegen die von Waldemar geforderten, blieben aber in manchen Punkten doch höher, als sie bereits früher entrichtet waren. All diese Handelsgerechtigkeiten aber begründeten die Städte auf einen starken politischen Einfluß in Dänemark, auf politische Objekte, wobei sie sowohl die Erwägung leitete, volle Garantie für die Beobachtung derselben erst hierdurch erhalten zu können, als auch der Wunsch, den Schaden

¹ Sudendorf IV n. 31. 56. 57. SchHLU. II n. 222. Die Holsteiner Grafen hatten mit beigetragen zum Siege.

² HR. I n. 523—530. cf. n. 513—515. III n. 39. 40.

³ Schäfer, Einleitung p. XXXV.

⁴ Über »Fitte« cf. Schäfer, Einleitung p. XCVII ff.

der letzten Jahre und die Kriegskosten einigermaßen zu decken. Weil für sie der schonische Handel und die Sundschiffahrt von allerhöchster Wichtigkeit, beide durch eine militärische Beherrschung des Sundes und Schonens am besten gesichert schienen, ließen sie sich vom dänischen Reichsrat ausliefern die 4 wichtigsten Sund- und schonischen Schlösser Falsterbo, Skanör, Malmö und Helsingborg nebst sieben der dazu gehörigen Harden, außerdem zwei Drittel der gesamten Nutzungen, Gefälle, Einkünfte aus den vier Orten nebst Distrikten, deren ungestörte Erhebung ihnen ebenfalls durch den Besitz der vier Schlösser garantiert wurde. Nach 15 Jahren, Himmelfahrt 1385, sollte alles wieder an Dänemark zurückgeliefert werden. Würde während dieser Zeit dänischerseits eine der vereinbarten Bestimmungen gebrochen, so sollte den Städten als Entschädigung das Besatzungsrecht von Schloß Warberg zustehen, der Hauptburg, durch welche Halland beherrscht wurde. Da aber der Friede zunächst nur mit dem Reichsrat geschlossen war, des Königs Ratifikation aber erst ihn vollgültig machte, so wurde vereinbart, falls Waldemar die Regierung wieder aufnehme, solle er die Friedensbestätigung mit dem großen Siegel bis Michaelis 1371 vollziehen. Sei es bis dann nicht geschehen, so sei den Städten anheimgegeben, ob sie den Frieden noch halten wollten; danke er ab oder sterbe er, so sei bei der Person und Wahl des Nachfolgers die Zustimmung der Hanse entscheidend, und derselbe habe zunächst ihre Privilegien zu bestätigen¹.

Die Festsetzungen des Stralsunder Friedens sind für die Folgezeit im wesentlichen die Grundlage der hansischen Stellung auf Schonen geblieben bis auf die Tage Christians IV. Errungen waren sie für die gesamte Hanse, deren Teilnehmer wir Eingangs des Privilegs aufgezählt finden. Sie alle hatten gleichen Genuß daran; Sonderrechte einzelner Städte, wie Lübecks,

¹ Suhm a. a. O. p. 647 f. urteilt über diesen letzten Artikel: en Artikel, som viser Staedernes og den danske Adels Overmagt og Valdemars dybe Fornedrelse, Dahlmann a. a. O. II p. 40 sieht darin einen Ausdruck der innern Übelstände und einen tiefen Widerwillen der Mächtigen gegen ihren König, Nitzsch a. a. O. p. 233 meint, die Konföderation im Bunde mit dem dänischen Reichsrat habe das dänische Königtum matt gesetzt. Reinhardt a. a. O. p. 466 sucht in ihm die Keime für das spätere Übergewicht des Reichsrates über die Krone. — Das Richtige trifft Denicke a. a. O. p. 97 ff.: daß von einer Absetzung des Königs durch den Reichsrat nicht die Rede sein kann, wenn er die Verträge nicht besiegle, sondern, daß deren Ratifikation in des Königs souveränes Belieben gestellt ward. — Überhaupt tritt zu Stralsund der dänische Reichsrat nicht als Aristokratie, als selbständige Regierung des Landes auf und nicht auf seinen eigenen Vorteil ist er bedacht, sondern er erscheint und verhandelt als der treue Vertreter seines Königs zum Besten des Reiches und er glaubt das Resultat seiner Mühe, den so notwendigen Frieden, am glücklichsten durch jene Bestimmungen, denen er selbst deshalb beitrifft und zu deren Beobachtung er sich für sich selbst und den König verpflichtet, sichern zu können.

Stralsunds, Rostocks, die über diese hinausgingen, blieben ihnen jedoch unverkürzt¹.

Mit dem Stralsunder Frieden schließt ein Jahrzehnt feindlichen Verhältnisses der deutschen Städte zu Dänemark. 1361 fühlte sich Lübeck durch die Machtentfaltung Waldemars zunächst bedroht und empfand im Gefühl der eigenen Schwäche das Bedürfnis, seiner Stellung in Dänemark festen Rückhalt zu geben, deren Basis zu verbreitern. Darum suchte es die nächstgelegenen, mit ihm am meisten dort interessierten Städte für sich und sein Unternehmen zu gewinnen. Ausdruck dieses Strebens war die Greifswalder Konföderation, der Bund der wendischen Städte. Doch die kriegerische Kraft dieses Bundes erwies sich als zu schwach, das Bedürfnis einer nochmaligen Verbreiterung seiner Basis, eines umfassenden Bundes aller in Dänemark interessierten Städte machte sich geltend. Die Kölner Konföderation schloß die gesamten Städtegruppen von der Südersee bis Livland einmütig zusammen. Jetzt war man stark genug, und was nun mit Waffenmacht errungen, mußte natürlich für alle gemeinsam nutzbar sein. Diesmal gaben die wendischen Städte insgesamt nach. Aber wie sie die Leitung des Bundes inne hatten, so war ihr Verzicht wieder ein politischer Vorteil für sie, ein merkantiler für die anderen Gruppen. Durch Teilnahme aller an einem gemeinsamen Privileg, durch die daraus für alle entspringende Nötigung, es aufrecht zu erhalten und zu verteidigen, erreichten Lübeck und die wendischen Städte ihr Ziel. Sie selbst gewannen Stütze und Rückhalt an den gesamten, am dänischen Handel und Fischfang mitbeteiligten Städten, diese errangen eine Verbesserung ihrer Sonderprivilegien; beide Teile waren befriedigt. Wie in ein großes Bett lenkten Kölner Konföderation und Stralsunder Friede die vielfachen Sonderinteressen und dänischen Sonderprivilegien der Städte; was mit Waffen gewonnen, galt es nun, in friedlicher Thätigkeit zu nutzen, zu festigen, auszubauen.

Da der Stralsunder Friede den Bestand der dänischen Monarchie im früheren Umfange erhielt und abgeschlossen war ohne Rücksicht auf die verbündeten Fürsten, so sahen diese sich in ihren Plänen auf Dänemark gehemmt und getäuscht. Die Holsteiner berührte es weniger, aber die Mecklenburger, die sich bereits als Herren von Schonen und Dänemark betrachteten², waren desto mehr erbittert über die Inpfandnahme der Schlösser und Landschaften von Dänemark, die Zusicherung ihrer Rücklieferung an Dänemark nach Ablauf der vertragsmäßigen Frist und machten der Hanse den Vorwurf des Vertragsbruches. Mit vollem Rechte nach Sinn und

¹ cf. Schäfer: Einleitung p. XXXV u. CXXXIII. HR. I n. 513.

² LU. III n. 662. HR. I n. 438. 479 § 22. II n. 48 §§ 3. 4. n. 49 §§ 3. 4.

Bedeutung der Bundesakte, wenn auch die Hanse äußerlich den Schein gewahrt und den Frieden erst geschlossen hatte nach Ablauf der Bundesverträge, nach Ostern 1370. Daß sie dafür den Zorn der Fürsten zu erfahren besorgte, beweist der Beschluß der Maiversammlung 1370: Der Kaufmann solle keine dänischen Häfen aufsuchen, die in holsteinischen oder mecklenburgischen Händen seien¹. Denn nachdem die Hanse ihren Frieden gemacht, war damit auch den Kriegsunternehmungen vornehmlich der Mecklenburger der Boden entzogen; sie gerieten ins Stocken. Namentlich erwies sich König Albrecht von Schweden zum Frieden geneigt, denn er fühlte sich ganz verlassen, da sein Vater in Deutschland noch vollauf beschäftigt und das schwedische Landvolk, der gewaltthätigen Wirtschaft des mecklenburgischen Adels und seines Druckes auf die niederen Klassen überdrüssig, in Gährung war². Während die hansischen Boten ergebnislos mit Hakon zu Bohus tagten, suchte er durch ihre Vermittelung Unterhandlungen mit König Hakon anzuknüpfen. Sie fanden im Juli zu Lödöse statt, führten aber nur zur Vereinbarung einer neuen Tagfahrt auf den 10. August, und Hakon fand es immerhin geraten, sich gerüstet bereit zu halten³. Die neuen Verhandlungen scheinen stattgefunden und einen kurzen Stillstand zuwege gebracht zu haben. Anfang 1371 begann Hakon neue umfassende Kriegsoperationen von Südnorwegen und Westergotland aus und schob seine Truppen über Axawall gegen das Herz Schwedens vor. Der nun ausbrechende Aufstand des oberschwedischen Volkes kam ihm wirksam zu Hilfe. Die Insurgenten, geführt von schwedischen Großen, die für den 1365 gefangenen König Magnus eintraten, lagen im April vor Stockholm. Albrecht war inzwischen nach Deutschland gereist und als er, vielleicht verstärkt durch mecklenburgische Truppen, zurückkehrte, erschien auch Hakon mit seinen Truppen und bezog auf Norrmalm vor der Stadt Anfang August ein befestigtes Lager. Die Lage Albrechts war höchst bedenklich, doch ein für seine Person schimpflicher Schachzug besserte sie momentan. Er legte seine königliche Autorität in seines Adels Hände und gewann damit dessen Unterstützung zum größten Teile zurück. Dies macht es erklärlich, daß der Friede, der am 14. August 1371 vor Stockholm geschlossen ward, durchaus nicht so vorteilhaft für Hakon war, als man nach Lage der Umstände hätte erwarten müssen. Für die jetzt erfolgende Freigabe seines Vaters sollte er 12 000 Mark Silber Lösegeld entrichten und seine Rechte auf Schweden und Schonen

¹ HR. I n. 522 § 14.

² cf. Styffe: Bidrag till Skandinaviens historia ur utländska Archiver I p. LV und Munch: Det norske Folks Historie 2 Afd. I p. 826 f.

³ Diplom. Norweg. VI n. 272. Rydberg: Sverges traktater med främmande Magter II p. 402. Styffe a. a. O. p. LV. Diplom. Norweg II n. 410.

aufgeben¹. Magnus erhielt für Lebenszeit die Einkünfte aus Westergotland, Dalsland, Wermeland, ohne daß das staatsrechtliche Verhältnis des in diesen Landschaften eingesessenen Adels genau geregelt wurde². Mit dem Stockholmer Frieden aber ward das letzte staatsrechtliche Band zerschnitten, welches seit 52 Jahren Schweden mit Norwegen verbunden hatte. Dennoch blieben noch Beziehungen wirksam, welche nicht nur Norwegen, sondern auch Dänemark mit Schweden verknüpften und eine spätere Union der drei Reiche wesentlich erleichterten; es waren die zahlreichen Familienverbindungen des Adels der drei nordischen Reiche untereinander³.

Am gleichen Tage, am 14. August, schloß Albrechts Vater Frieden mit Waldemar, worin er ihm alle in Dänemark gewonnenen Schlösser zurückgab, während Waldemar ihm bei seinem Todesfalle ohne Hinterlassung männlicher Erben die Nachfolge seines Enkels in Dänemark zusicherte. Denn der König war söhnelos und successionsberechtigt die zwei Söhne seiner beiden Töchter Margrethe von Norwegen und der älteren, Ingeborg von Mecklenburg. Da Albrechts kriegerischer Anschlag auf Dänemark gescheitert war, suchte er nun sein Ziel in gutem Einvernehmen mit Waldemar zu erreichen. Und dabei konnte ihm dann gleichgültig sein, was zu Schweden, was zu Dänemark oder Mecklenburg gehörte, wenn nur die Throne dieser drei Reiche durch seine Familie besetzt waren⁴.

¹ Styffe a. a. O. p. LVI ff. und n. 44 p. 130. Munch a. a. O. p. 830 ff. SRS. I. 2. p. 273 f. HR. II n. 13. n. 40 § 22. Für jene 12000 M. war Hakon erbötig, an Albrecht Bohus zu verpfänden (cf. Rydberg a. a. O. p. 428); da er aber 1372 das Schloß gegen 6000 M. den Städten anbot, bleibt nur die Annahme, daß sein erstes Anerbieten abgelehnt ward. cf. HR. III n. 51. 52. II n. 89 § 6. Regesta diplomatae historiae Danicae 2. Ser. I. 1. n. 2784. — Nicht unterlassen möchte ich, an dieser Stelle auf den Aufruf der Oberschweden an ihre Brüder jenseits des Waldes hinzuweisen, dessen Wortlaut Rydberg a. a. O. p. 426 giebt.

² Men Frelset, som det heder, d. v. s. Frelsemaendene eller Herrerne i disse Landskaber skulde lyde under Kong Albrecht betont Munch a. a. O. p. 839. cf. Rydberg a. a. O. p. 426.

³ cf. Munch a. a. O. p. 839 ff. u. Erslev: Dronning Margrethe p. 139 f.

⁴ Reinhardt a. a. O. Tillaeg n. 12 p. 614 ff. cf. Schäfer a. a. O. p. 534 ff. Gleichzeitig etwa, meint Rydberg a. a. O. p. 432, sei ein uns verlorener Vertrag zwischen Waldemar und König Albrecht geschlossen, woraufhin letzterer seinen angenommenen schonischen Titel habe fallen lassen, der zum letztenmal 1372 Aug. 28. begegne. (Svenska Riksarkivets Pergamentsbref n. 1047). Das ist möglich, aber die halb kriegerischen, halb friedlichen Zustände während des nächsten Jahrzehnts lassen doch keinen sichern Schluß darauf zu, wenn es auch auffällt, daß Schweden sich am Kriege Mecklenburgs gegen Dänemark 1376 nicht beteiligte. Eher anzunehmen ist wohl, daß Albrecht in den nächsten Jahren überhaupt froh war, nach Beruhigung der ober-schwedischen Revolution Ruhe zu haben. Auch kann Waldemar kaum daran gelegen gewesen sein, an der schonischen Grenze einen festen Frieden aufzurichten, welcher ihn der Möglichkeit beraubte, auch über sie hinaus erwerbend vorzugreifen. 1374 April 28. beurkundet Karl IV auf Bitte Herzog Albrechts, ihm und seinem

Waldemars Versuche, seinem bedrängten Reiche Luft zu machen, waren also nicht ganz erfolglos geblieben, hatten wenigstens Mecklenburg abgehalten, festen Fuß in dänischen Landen zu fassen. Den Städten dagegen war es gelungen. Auch durch einen Besuch in Preußen und beim Hochmeister, der ihn höchst ehrenvoll aufnahm, vermochte Waldemar nichts zu erreichen. Weder ließen sich die preussischen Städte trotz schöner Schenkungen und Versprechungen von der allgemeinen Politik der Städte abziehen, noch war der Hochmeister geneigt, bei den Städten auf Milderung der Friedensbedingungen zu dringen¹. So blieb dem Könige nichts übrig, als Annäherung an die Städte. Auf seinen Wunsch aber, die Verhandlungen zu Stralsund 1370 persönlich zu führen, gingen sie augenscheinlich nicht ein, vielleicht weil ihnen die Abwesenheit des Königs vorteilhafter erschien². Erst ein volles Jahr später, am 25. Mai 1371, erschien Waldemar auf der Stralsunder Versammlung, doch zur Besiegelung der Friedensurkunden vermochte er sich nicht zu verstehen³. Der Termin, bis zu welchem er dieselbe vollziehen sollte, der 29. September, nahte heran, und wenn auch der Reichsrat nochmals im Mai erklärt hatte, falls Waldemar die Verträge nicht besiegele, sie dennoch unverbrüchlich halten zu wollen, und die Städte für die nächste Versammlung die völlige „Abrüstung“ in Aussicht nahmen⁴, so war es ihnen andererseits doch ein Bedürfnis, die Errungenschaften ihrer Kriegsarbeit endlich auch durch das Staatsoberhaupt sanktioniert zu sehen. So lange aber die Städte festhielten an allen gewonnenen Vorteilen, schien Waldemar auf eine Bestätigung derselben nicht eingehen zu wollen; sie mußten ihm erst noch verschiedene Zugeständnisse machen. Am 27. Oktober 1371 traf eine hansische Versammlung zu Stralsund in diesem Sinne

Sohne helfen zu wollen dartzu, das Sye bej dem Kunig-Reiche zu Schwedenn bleiben, mit worten unnd werck getrewlichenn als ein freundt etc. (cf. Styffe a. a. O. n. 52 p. 147). Die Urkunde möchte allerdings weniger aus dem Gedanken entsprungen sein, daß dem Könige von norwegischer oder dänischer Seite Gefahr drohe, als aus der Besorgnis, eine zweite Revolution seiner Unterthanen könne ihn den Thron kosten, womit sich natürlich der Wunsch verband, ihn möglichst zu sichern.

¹ HR. I n. 519—521 III n. 442.

² HR. I n. 520. 538. LU. III n. 728. Daß übrigens die abschließende Versammlung zu Stralsund 1370 Mai 1. und nicht Febr. 25., wie Koppmann HR. I p. 481. 482 will, stattfand, ist auch wahrscheinlich wegen der Rücksicht, welche die Städte auf den erst April 14. ablaufenden Bundesvertrag, siehe Seite 8 und 14, nehmen mußten. Ich schliesse mich der Ansicht Reinhardts a. a. O. p. 585 A. 96 sonst an.

³ HR. II n. 9 § 6. n 12: nobis bene videtur, quod rex nondum velit — placita sigillo proprio sigillare.

⁴ HR. II n. 12. n. 18 § 1. 1371 Okt. 27. ward die Pfundgelderhebung eingestellt. n. 11 § 6, bereits Mai 25. war die Schonenreise und der Verkehr nach Dänemark im ganzen Umfange wieder freigegeben worden. cf. n. 16.

eine Auseinandersetzung mit dem Könige. Nun besiegelte er die Verträge, aber nur mit dem Sekret¹, und versprach, die Besiegelung mit dem großen Reichssiegel zu vollziehen bis zum 25. Juli 1372. Mit dieser recht zweifelhaften Aussicht mußten sich die Städte zufrieden geben, aber schon dieses Entgegenkommen teuer bezahlen. Sie verzichteten auf das Besatzungsrecht des Schlosses Warberg, die vier schonischen Schlösser nahm der bisherige Reichsverweser Henning von Putbus in seine Verwaltung zu Händen der Städte bis zum 25. Juli 1374, und erhielt von ihnen zum Unterhalte derselben obendrein jährlich ein Viertel der ihnen abgetretenen Zollgefälle und die sämtlichen Hardeneinnahmen zugewiesen². Es war die weitüberlegene Diplomatie des Dänenkönigs, die mit ungemeiner Schnelligkeit die Städte bereits aus verschiedenen Positionen herausgedrängt hatte, die baldige Rückgewinnung anderer anbahnte³. Für die letzten Regierungsjahre Waldemars aber blieben die am 27. Oktober zu Stralsund getroffenen Vereinbarungen die Grundlage der hansischen Stellung in Dänemark und Schonen.

¹ cf. HR. II n. 134: mit *sime ynghezeghele*, dar de crone inne steyt.

² HR. II n. 18 §§ 10. 11. n. 19—26.

³ Siehe Seite 44 f.

The first thing I noticed when I stepped out of the car was the cold. It was a sharp contrast to the warm blanket I had been sitting under. I looked up at the sky, which was a pale, hazy blue. The air was crisp and clean, a welcome change from the stuffy atmosphere of the car. I took a deep breath, feeling the cool air fill my lungs. The sun was just beginning to rise, casting a soft, golden glow over the landscape. The trees were bare, their branches reaching out like skeletal fingers against the sky. The ground was covered in a thin layer of frost, glistening in the early morning light. I walked slowly, my boots crunching on the ice. The silence was profound, broken only by the occasional rustle of leaves or the distant call of a bird. I felt a sense of peace and solitude, a moment of quiet reflection in the midst of a new day.

It was a beautiful morning, and I was lucky to be out there. The world was waking up, and I was part of it. I felt a sense of purpose, a desire to see the world as it truly was. I walked on, my heart full of hope and dreams. The sun was higher now, and the light was brighter. The frost was melting, and the ground was becoming soft. I felt a sense of renewal, a sense of being alive and part of something greater than myself.

I had found what I needed. I had found a place where I could be alone and yet feel connected to the world. I had found a moment of peace in a world that was always so busy. I had found a sense of purpose and a desire to see the world as it truly was. I walked on, my heart full of hope and dreams. The sun was higher now, and the light was brighter. The frost was melting, and the ground was becoming soft. I felt a sense of renewal, a sense of being alive and part of something greater than myself.

I had found what I needed. I had found a place where I could be alone and yet feel connected to the world. I had found a moment of peace in a world that was always so busy. I had found a sense of purpose and a desire to see the world as it truly was. I walked on, my heart full of hope and dreams. The sun was higher now, and the light was brighter. The frost was melting, and the ground was becoming soft. I felt a sense of renewal, a sense of being alive and part of something greater than myself.

I had found what I needed. I had found a place where I could be alone and yet feel connected to the world. I had found a moment of peace in a world that was always so busy. I had found a sense of purpose and a desire to see the world as it truly was. I walked on, my heart full of hope and dreams. The sun was higher now, and the light was brighter. The frost was melting, and the ground was becoming soft. I felt a sense of renewal, a sense of being alive and part of something greater than myself.

I had found what I needed. I had found a place where I could be alone and yet feel connected to the world. I had found a moment of peace in a world that was always so busy. I had found a sense of purpose and a desire to see the world as it truly was. I walked on, my heart full of hope and dreams. The sun was higher now, and the light was brighter. The frost was melting, and the ground was becoming soft. I felt a sense of renewal, a sense of being alive and part of something greater than myself.

Erster Teil.

**Die Hanse, die schonischen Pfandschaften
und Waldemar.**

Erster Teil.

Die Kunst, die schönen Wissenschaften

und Naturwissenschaften.

Erstes Kapitel.

Die Verwaltung der schonischen Pfandschaften und das Verhalten Waldemars zur Hanse.

Als zu Köln sich die gesamten Städtegruppen zum Kampfe gegen Dänemark und Norwegen zusammenschlossen, trafen sie auch Bestimmungen darüber, was sie bei glücklich verlaufendem Kriege erwerben, und wie sie es mit diesen Eroberungen halten wollten. Jeder etwa erworbene Nutzen sollte nach Mannzahl aufgeteilt werden, an allen etwa zu gewinnenden Freiheiten oder Rechten alle Städte in gleichem Maße Genuß und Nutzung haben¹. Der Umfang dieser Gemeinsamkeit ward aber erläutert durch die folgende Festsetzung: die preussischen, süderseeischen, holländischen, seeländischen Städte und Kampen lehnten es ab, irgend ein aus einer Verbindung mit deutschen Fürsten erwachsendes Risiko, Kosten und Einbußen mit auf sich nehmen, an Burg- oder Landerwerbungen dieser participieren zu wollen; die wendischen Städte aber wünschten derart Erwerbungen zu machen, und die übrigen verzichteten auf jeden Mitgenuß an ihnen, allein unbeschadet des Kaufmanns Recht². Bürdeten sie den wendi-

¹ HR. I n. 413: Were ok, dat wy geneghen vromen worven in der twyer koninghe rike, den scholde wy ghelike delen na mantale; verworwe we ok gheneghe vryheyd edder recht in der vorgheuanten koninghe lande, der scholle wy alle ghelyke gheneten unde bruken. Doch zo schal unzer neen den anderen rekenen kost, schaden ofte verlus.

² HR. I n. 413: Vort hebbe wy up een ghedraghen, dat de van Prucen, van Kampen, van der Zuderzee, van Holland unde van Zeland nenen unrad ofte kost hebben schollen van dem koninghe van Zweden, van dem herteghen van Mekelenborch, van greve Hinrick van Holsten ofte van geneghen heren; mer wunnen de heren voreschreven borghe ofte land, der en schollen ze zik nicht underwinden de voreschrevenen stede; men moghen de stede van der Wendeschen zyden dar wat inne bedeghedinghen mit den heren thu erer behuf unde vromen, des schollen ze bruken thu erem willen, beholden dem kopmane zynes rechtes.

schen Städten somit alle Verantwortung eines solchen Bündnisses auf, so war es nur natürlich und billig, wenn die wendischen Städte dagegen den alleinigen Genuß der aus ihm etwa entspringenden Vorteile in Anspruch nahmen. Diese konnten recht mannigfache sein, und der Wortlaut der Konföderationsakte war ganz allgemein gehalten. Und allgemein und unbestimmt, waren auch die Festsetzungen des zwischen den fünf wendischen Städten Lübeck, Wismar, Rostock, Stralsund, Greifswald und den Mecklenburgern, vereinbarten Bundesvertrags. Es heißt nur: Was man in Schonen während der Zeit des Bündnisses gewinne, es sei an Schlössern, Landen, Renten, Gülten, Zöllen, Münzrechten oder anderes, das solle halb und halb den beiden Kontrahenten zufallen, und der städtische Anteil, nachdem sie Kriegskosten und Schaden daraus ersetzt hätten, an Mecklenburg zurückgeliefert werden¹. Auch die Kosten des Bündnisses nahmen die wendischen Städte allein auf sich, Geldvorschüsse und Kriegsbedarf aller Art überwiesen sie den Fürsten².

Nun beobachteten die Städte aber in der Folgezeit ein Verhalten gegen Mecklenburg, das keinesweges mit dem Sinne des Vertrags im Einklang stand. Ob sie bei Abschluß des Bundes mit den Mecklenburgern diese wirklich als die präsumtiven Herren der dänischen Lande angesehen, die nach dem fürstlichen Teilungsprojekt ihnen zufallen sollten, ist eine müßige Frage. Die von Mecklenburg und Schweden den Städten gemachten Koncessionen standen zunächst auf dem Papier, so lange nicht Dänemark Schonen abgetreten hatte. Die Städte verhielten sich ihren Bundesgenossen gegenüber politisch klug, verkehrten mit ihnen, als hielten sie sie für die künftigen Landesherren, und umgingen damit Differenzen mit ihnen, die sie durch eigenmächtiges Schalten in Dänemark wohl heraufbeschworen hätten, denn Herzog Albrecht betrachtete sich bereits als Landesherrn. Die Städte mochten wahrscheinlich nicht dieser Ansicht sein, denn der Anspruch des Herzogs entbehrte zunächst der staatsrechtlichen Grundlage — und erhielt sie nie, da durch den Friedensschluß der Städte mit Dänemark die fürstlichen Operationen lahm gelegt wurden. Gerade die wendischen Städte mögen es gewesen sein, die auf der Oktoberversammlung 1369 zu Stralsund gegen die Verlängerung des Bündnisses mit Mecklenburg waren ganz im Gegensatz zu ihrer früheren Haltung. Ihr Bundesgenosse war hart bedrängt; wurde er niedergeworfen, so standen auch ihre Errungenschaften auf dem Spiel. Sie mußten schnell sicher gestellt werden, und das war nur möglich, indem mit dem rechtmäßigen Eigentümer derselben, mit Dänemark, die Städte sich

¹ LU. III n. 662. HR. I n. 438.

² HR. I n. 440 A. §§ 11. 12. 15. B. § 1. n. 448. 479 § 22. 489 § 15. Die Bündnisurkunden hatten die wendischen Städte in Verwahrung cf. n. 479 § 26.

auseinandersetzen. Das Resultat dieser Verhandlungen war der Friede von Stralsund¹, die teilweise Verwirklichung der von dem nordischen Königspaar am 8. September 1361 den wendischen Städten als Äquivalent einer Verbindung mit ihnen in Aussicht gestellten Abtretungen und pfandweisen Übertragungen in Schonen².

Dänemark trat ab auf fünfzehn Jahre die Schlösser Helsingborg, Skanör, Falsterbo, Malmö³ nebst den sieben ihnen zugehörigen Harden und ihren Einkünften, sowie zwei Dritteln einer Reihe von Gefällen in Schonen, während das letzte Drittel für den König gerettet blieb, alles dem Wortlaut der Urkunden gemäß an die konföderierten Städte, nicht allein an die wendischen. Das Gelöbnis, zum Verfallstermine Dänemark diese Abtretungen wieder zustellen zu wollen, wurde von allen insgesamt geleistet und wahrscheinlich auch durch Sonderurkunden der verschiedenen Städtegruppen verbrieft. Ein Mitgenuss stand also hiernach allen Städtegruppen zu und widersprach auch keiner der früheren, zwischen den Städten in der Kölner Akte getroffenen Vereinbarungen. Wenn dort die Bestimmung lautete: an jedem in Feindesland etwa erworbenen vromen sollten alle konföderierten Städte na mantale participieren, so konnten jetzt preussische, süderseeische, livländische Städte mit Recht Anteil am Genuss der schonischen Gefälle fordern, die seither gemäß dem Bundesvertrag mit Mecklenburg—Schweden in die wendischen Städte geflossen waren, und mit gleichem Rechte konnten sie die Mithaltung der vier Schlösser von den wendischen ansprechen, denn auf Erwerb von borghe ofte land hatten sie nur verzichtet, wenn sie durch Übereinkommen mit den Fürsten gewonnen würden, keinesfalls aber, wenn sie von Dänemark in einem ohne Rücksicht auf die Verbündeten abgeschlossenen Separatfrieden abgetreten würden. Die Übertragung von Gefällen und Schlössern an sie alle zu gesamter Hand setzten sie denn auch im Frieden mit Dänemark durch⁴. Die wendischen Städte

¹ Siehe Seite 11 und 14.

² HR. I n. 260 cf.

³ Dafs die Besetzung der Schlösser durch die Städte eine militärische sein sollte, bestreitet niemand. Weniger klar ist dagegen, was eigentlich Denicke a. a. O. p. 87 f. in gleicher Frage sagen will. Er brauchte nur zu verweisen auf HR. II n. 18 § 15. n. 94 § 3. n. 240 § 11.

⁴ HR. I n. 524. 526. 529. III n. 40. 41. II n. 26. 2—10. Wenn es vor Einfügung von n. 526 in den Recels n. 522 § 21 heifst: *Composiciones — cum civitatibus maritimis*, so ist auf dieses Beiwort gar kein Gewicht zu legen, denn vor Wiedergabe von n. 524 heifst es einen Paragraphen zuvor nur: *cum civitatibus*, und beide Urkunden sagen inhaltlich genau dasselbe. Was überhaupt die Beiworte *maritimae* oder *by der zee* betrifft, so werden sie allerdings mit Vorliebe den wendischen Städten teils von ihnen selbst, teils von andern beigelegt schon im 13. Jahrhundert. 1361 Sept. 7. heifst es im Recesseingang I n. 259 von den wendischen Städten: *de stede by der zee*, wonach die preussischen angefügt werden als: mit den anderen steden by der zee; und daselbst § 2

vermochten dem mit berechtigtem Einspruche nicht zu begegnen, denn die im Bundesvertrage seitens Mecklenburg-Schwedens ihnen gemachten Koncessionen entbehrten einer staatsrechtlichen Grundlage und wurden überhaupt hinfällig, als die Städte von dem Bündnisse zu einem Sonderfrieden mit Dänemark abschwenkten. Genug, die wendischen Städte fügten sich beim Abschlusse des Friedens dem Verlangen der Übrigen¹.

Mit ziemlicher Sicherheit läßt sich die Frage, ob die während des Krieges von städtischen Truppen eroberten Burgen nur von Hauptleuten der wendischen Städte besetzt gehalten wurden, bejahen, denn Beweise dafür, obzwar wenig zahlreich, liegen gerade für die bedeutendsten vor. Am 10. August 1368 beschloß die Versammlung der vier wendischen Vororte über die Besetzung der bisher in Schonen eroberten Festen und Schlösser; wenn möglich, möchten die seitherigen Hauptleute auch nach Martini auf ihren verschiedenen Posten bleiben². Für alle Fälle aber sollten Neuwahlen auf der Oktoberversammlung zu Stralsund stattfinden. Diese war allgemein hansischen Charakters, aber dem Reces wurden Paragraphen angehängt, welche

soll eine Verordnung befolgt werden: in allen steden, beyde by der zee unde ock an Prutzen (cf. § 3). Die wendischen vier oder fünf Hauptorte umgehen für sich vielfach jene Bezeichnung. In dieser und späterer Zeit werden dann aber die Ausdrücke: *civitates maritimae* (z. B. I n. 296) ganz besonders, dann *communes civitates maritimae* (z. B. II n. 55) und *de ghemenen stede by der zee* (z. B. II n. 54) in Receseingängen und Briefunterschriften meist ganz unterschiedslos für alle gerade auf der Tagfahrt vertretenen Städte angewendet, wobei aber gelegentlich doch die Scheidung in *civitatum maritimarum* — *et aliarum infrascriptarum* (z. B. II n. 190) oder in *civitatum maritimarum et Pruscie* (II n. 74) oder in *civitatum maritimarum, necnon Pruscie, Lyvonie et de Mare* (!) *meridiano* (II n. 93) gemacht oder das *maritimae* oft ganz weggelassen wird und die Formel einfach lautet: *nuncii consulares civitatum infrascriptarum* (z. B. II n. 220). Auch fällt mir, um noch einmal zurückzugreifen, zum Jahre 1362 I n. 276 der Ausdruck: *consules civitatum nomine omnium civitatum hanze Teutunicorum et specialiter civitatum maritimarum*, auf. Dieses Schwanken der Bezeichnung aber beweist wenigstens, daß nicht ausschließlich ein bestimmtes Beiwort auch nur einer bestimmten Gruppe zugehörte, daß kein festes System durchgebildet war, nach welchem die beiden oben genannten Beiworte ausschließlich der wendischen Städtegruppe im engeren oder weiteren Sinne beigelegt wurden.

¹ Anders teilweise Denicke a. a. O. p. 90—95, der in diesen Partien dieselben Mängel aufweist, welche bis zum Schlusse die hervorstechenden bleiben: die Darstellung ist oft weitschweifig, unklar und dispositionslos. Verf. hat wesentliches und nebensächliches nicht geschieden und mit Anmerkungen gespart, wo sie den Text entlastet und die Übersichtlichkeit desselben gefördert hätten.

² HR. I n. 475 § 1: *commisum fuit domino Johanni Nachtraven, ut ipse ageret et negociaretur apud capitaneos civitatum predictarum jam in expeditione existentes, ut ipsi ita ordinent, quod illi, quibus jam munitiones et castra in terra Schanie sunt commissa, optineant ipsa et custodiant*. Der Beschluß wurde gefaßt auf einer Versammlung der vier wendischen Vororte, Nachtraven war Ratsherr zu Rostock cf. § 9.

Sonderberatungen der wendischen Städte enthalten¹. Unter anderem wurde darin auch die Neubesetzung der Kommandostellen zu Kopenhagen, Skanör, Malmö, Werpinge und in anderen Burgen zum Winter geregelt². Daß Kopenhagen von Hauptleuten und Söldnern der wendischen Städte besetzt gewesen, beweisen zwei weitere Beschlüsse. Am 24. Juni 1368 ward den Hauptleuten des Heeres Vollmacht gegeben, den dortigen Posten mit einem Befehlshaber zu versehen. Könnten sie über die Persönlichkeit nicht einig werden, so sollten sie losen, und zwar jede der wendischen Städte eine Stimme haben. Dem entspricht der Beschluß vom 13. Juli 1369, daß nach gemeldeter Einnahme Helsingborgs Lübeck, Stralsund, Rostock, Wismar und Greifswald Steinmetzen zur Niederbrechung des Kopenhagener Schlosses aussenden sollten³. Auch für Helsingborg und Skanör steht die Besetzung durch die wendischen Städte fest, wahrscheinlich ist sie auch für Helsingör⁴. Nicht so für Falsterbo. Noch am 17. Juni 1368 war das Haus in dänischen Händen⁵, am 24. Juni wurde die Schonenfahrt freigegeben; es muß also von Schloß Falsterbo nichts mehr zu befürchten gewesen sein. Zweifelhaft aber bleibt, ob es in städtische Hände übergegangen war. Wäre das der Fall gewesen, so wäre es wahrscheinlich neben Skanör in der Aufzählung der Schlösser genannt worden, welche neue Hauptleute für Winter 1368/69 empfangen sollten, ebenso am 1. Mai 1371, wo auch Malmö fehlt. Dieses Schloß mochte sich jedoch der bisherige Befehlshaber bereit erklärt haben, forthalten zu wollen, eine Vermutung, die auf das Fehlen Falsterbos nicht anwendbar ist, denn am 25. Mai 1371 richteten die Städte auf der Stralsunder Versammlung die Anfrage an den Reichsdrosten Henning von Putbus, wels sie sich von ihm mit Schloß Falsterbo zu versehen hätten, worauf er allen dorthin kommenden Kaufleuten Sicherheit an Leib und Gut versprach⁶. Das unklare Verhältnis, welches durch diese Worte angedeutet wird, zeigt zur Genüge, daß es sich nicht um eine Übertragung Falsterbos an Henning

¹ HR. I n. 479 §§ 22—44 enthalten die wendischen Sonderverhandlungen, eingeleitet mit: *Post hec civitates partis nostre etc.* cf. Schäfer a. a. O. p. 491. A. 4.

² HR. I n. 479 § 39: *Item decreverunt concorditer de capitaneis in castris Copmanhavene, Schonore, Ellenboghe, Werpinghe et in aliis sistendis.*

³ HR. I n. 469 § 11: *Umme enen hovetman up dat hus -- konen ze des nicht eendrachtich werden, zo schollen ze daromme loten, van gywelker stad een lot der stede van der Wendeschen syden, u. n. 495 § 3. cf. II n. 48 § 4. 49 § 4.*

⁴ HR. III n. 306, siehe Seite 13 Anm. 5. — I n. 496. 497. II n. 9 §§ 7. 10. n. 11 § 13. n. 18 § 15. cf. I n. 481. 489 § 22. — II n. 48 § 4. n. 49 § 4.

⁵ LU. III n. 656.

⁶ HR. II n. 11 § 4.

von seiten der Städte und namentlich nicht um eine letzthin geschehene handelte, sondern daß hier unregelte Beziehungen vom letzten Kriege her vorlagen. Wie sollten auch die Städte auf den Gedanken gekommen sein, sei es noch während des Krieges, sei es nach dem Friedensschlusse, gerade Falsterbo aus ihrer Gewalt und gerade in Hennings Hände zu geben? Es lagen ja durchaus keine Gründe dazu vor. Und waren dänische Beamte nach dem Friedensschlusse dort nötig, um das an König und Reich zurückgegebene ein Drittel der Zölle und Gefälle zu erheben, so ward damit noch keine bedingungslose Auslieferung Falsterbos notwendig. Nicht unmöglich ist die Annahme, der am 17. Juni 1368 genannte dänische Hauptmann habe namens des Reichsverwesers Henning mit den belagernden Städten etwa am 17. Juni oder früher schon einen Vertrag geschlossen, worin beide Teile sich Frieden gelobten, er vielleicht das Schloß öffnete, dagegen aber Forthaltung desselben durch Dänen ausbedang¹. Mit jener Anfrage, wie er sich hinsichtlich Falsterbos zu ihnen stellen wolle, mochten die Städte die Forderung verbunden haben, es auszuliefern, aber abschlägig beschieden sein. Als auf der Oktoberversammlung 1371 die Zolleinnahmen des laufenden Jahres zur Verteilung kamen, wurden drei Posten verrechnet, wie aus dem Zusammenhange hervor-

¹ Anders Denicke a. a. O. p. 136. 149. 213 f. Gegen seine mit: »Keine Frage jedoch, daß die Städte ihm (sc. Henning) das Schloß anvertrauten« eingeführte Auseinandersetzung lassen sich aber Einwände erheben: Als Schloßhauptmann zu Falsterbo wird Juni 17. 1368 ein Däne Magnusson erwähnt (LU. III n. 656), Juni 24. die Schonenfahrt nach Skanör und Falsterbo freigegeben (HR. I n. 469 § 7), Aug. 10. bei Absendung der Zollbeamten die Bestimmung getroffen, daß deren einer mit seinem Schreiber zu Skanör, der andere mit seinem zu Falsterbo wohnen solle, si poterit fieri pacifice et amice; sonst nur ein Schreiber zu Falsterbo (HR. I n. 475 § 5). Das ist beachtenswert! Okt. 6. fehlt in der Aufzählung der Schlösser Falsterbo (HR. I n. 479 § 39). — Jul. 16. 1369 erwähnt König Eduard III in einem Schreiben an Lübeck einen Macius Husted, Vout. de Falsterbuth (LU. III n. 690 cf. n. 730); natürlich konnte er sich mit Klagen nur an die augenblicklichen Herren in Schonen, also die Städte, wenden. Demnach standen sie 1369 in einem Herrschaftsverhältnis zu Falsterbo, und wir sahen, 1368 mindestens in einem Friedensverhältnis, ohne daß sie in beiden Jahren das Schloß besetzt hielten (HR. II n. 11 § 4). Englische Klageartikel v. 1375 beziehen sich auf dasselbe Jahr, auch in ihnen wird genannt Thomas Hounstede als seignour du chastel de Falsterbothe (HR. III n. 319 §§ 2—4). Auch 1370 und 1371 war Falsterbo nicht faktisch im Besitz der Städte (HR. II n. 11 § 4 Seite 35 Anm. 1 und Seite 34). 1374 fordert Henning von den Städten Ersatz umme de coste, de he hadde uppe deme huse to Valsterbode eer der tyd, dat he id van us annamede to holdende (HR. II n. 73 § 2). Die Forderung kann sich eigentlich nur beziehen auf 1370, denn 1368 und 1369 waren die Städte staatsrechtlich noch nicht Herren v. Falsterbo, setzte Henning dort nur, wenn er dort eine leitende Stellung hatte, Hauptleute mit Gutheißung der Städte (cf. HR. II n. 20), für Herbst 1371 aber stand er wahrscheinlich schon in direktem Kontraktverhältnis zu den Städten (siehe Seite 34 und Seite 35 Anm. 1) hinsichtlich Falsterbos.

geht, Kosten der Schlösserverwaltung, und zwar für Helsingborg, für die Söldner von Skanör und für einen gewissen Nikolaus Soldis, den man wohl nicht mit Unrecht als Hauptmann von Malmö ansehen darf¹.

Es findet sich keine Nachricht, daß die wendischen Städte nach dem Friedensschlusse mit Dänemark die von ihnen sonst besetzten Schlösser zurückgegeben haben. An der Thatsache, daß es geschah, läßt sich aber nicht zweifeln. Die von Dänemark abgetretenen Schlösser aber behielten sie allein bis zum 27. Oktober 1371 in ihren Händen², obwohl nach den Friedensurkunden den anderen Städtegruppen gleiches Recht auf die Besetzung derselben zustand. Diese aber scheinen es vorgezogen zu haben, sie von den wendischen Städten für die Gesamtheit verwalten zu lassen, teils weil diese nun schon in der Verwaltung verpfändeter Schlösser geübt waren, teils weil die Leitung von einer Centralstelle gewiß übersichtlicher und zweckmäßiger war.

Wie aber sollten die Kosten bestritten werden? Sie mußten natürlich, da die wendischen Städte nur als Vertreter der Gesamtheit fungierten, von ebender Gesamtheit getragen werden. Und eine Quelle, aus welcher sie naturgemäß genommen werden mußten, wenn man es nicht vorzog, von jeder Gruppe jährlich eine verhältnismäßige Beisteuer auf dem meist langwierigen und unerquicklichen Wege von Verhandlungen, Forderungen und Mahnungen einzuziehen, waren die von Dänemark abgetretenen Zoll- und anderen Gefälle. Das Praktische dieser Art der Kostenbestreitung hatten die wendischen Städte schon während des Krieges erkannt und wahrscheinlich auch durchgeführt³. Auf Grund ihres Vertrages mit Mecklenburg-Schweden hatten sie nach Freigabe der Schonenfahrt für den Hochsommer und Herbst 1368 mit der Erhebung aller Art Gefälle⁴ auf Schonen zu Skanör und Falsterbo begonnen. Am 10. August 1368 beschlossen die vier Vororte in dieser Frage, daß Lübeck und Wismar einen Ratsherrn und einen Schreiber nach Skanör, Stralsund ebenso je einen nach Falsterbo zur Zollerhebung senden solle. Jeder Ratsherr durfte zwei, jeder Schreiber einen Diener mitnehmen; die Unterhaltskosten für alle sollten dem Zoll entnommen werden. Wenn möglich, sollten sie an ihren Bestimmungsorten wohnen, sonst nur ein Schreiber zu Falsterbo, die anderen drei Beamten zu Skanör, dessen überragende Bedeutung sich hierdurch aus-

¹ HR. II n. 18 § 15. cf. n. 9 § 9.

² HR. II n. 18 § 3: de stede van Lubeke unde van der Wendeschen siiden, de de slote inne hebben.

³ HR. II n. 9 § 8.

⁴ HR. II n. 48 § 4: gulde, rente unde andere nut in deme lande tho Schone. cf. LU. III. n. 662.

spricht¹. Da nur zu Skanör und Falsterbo gesalzen werden durfte, so war es unnötig, für Malmö Bestimmungen zu treffen; in Helsingborg ist während der ganzen Zeit städtischer Herrschaft und überhaupt in diesen Zeiten kein Zoll erhoben worden, und wenn in den Urkunden davon gesprochen wird, so geschieht es nur summarisch, daß auch Helsingborg mitgenannt wird². Diese Burg war für die Städte die eigentliche militärische Stütze am Sunde und deshalb auch am stärksten armiert. Wie beschlossen ging die Zollerhebung vor sich, nur traten an die Stelle der Stralsunder Beamten solche aus Rostock³. Am 6. Oktober 1368 ward zwischen den wendischen Städten vereinbart, daß nach Rückkehr der Zöllner aus Schonen Lübeck einen Tag nach Rostock ansetzen solle, wo die Zolleinnahmen unter die wendischen Städte verteilt werden sollten⁴. Einen

¹ HR. I n. 475 § 5. Daß durch diesen Beschluß nicht geregelt wurde die Erhebung des Pfundgeldes auf Schonen, sondern anderer Gelder, die eben nur die Zoll- und anderen Gefälle sein konnten, hat m. E. zum erstenmale erkannt und richtig durchgeführt Denicke a. a. O. p. 138 ff. 147. Übrigens geht es schon aus dem Recess selbst hervor, wenn man § 5 und § 7 gegenüberstellt. In letzterem wird beschlossen, daß die Hauptleute der wendischen Städte mit denen der Preußen und Süderseer sprechen sollen, *ut illi una cum ipsis aliquos ordinent ad sublevandum pecuniam libralem, quia illa tangit ita bene illos sicut civitates Slavicales*. Hier ist vom schonischen Pfundgelde die Rede, dessen Erhebung nach gemeinsamem Beschlusse aller Städtegruppen geregelt werden soll. In § 8, der mit § 5 zusammengehört, werden die zu erhebenden Gelder als *thelonium* bezeichnet. Der Rückschluß eines *non tangit illos* aus § 7 ist nur möglich auf §§ 5 und 8, und schließlic würde, wollte man alle drei Paragraphen auf das Pfundgeld beziehen, ein Widerspruch darin liegen, daß nach § 7 erst auf Schonen eine Verabredung über die Erhebung getroffen werden soll zwischen wendischen, preussischen und süderseeischen Hauptleuten, daß aber gleichzeitig sie eigenmächtig von den wendischen Städten allein schon genau geregelt worden sei. So bleibt nur die Möglichkeit, die §§ 5 und 8 auf die durch den mecklenburgisch-schwedischen Bundesvertrag den wendischen Städten überwiesenen schonischen Zölle zu beziehen.

² cf. HR. I n. 524: *Alle der nut unde orbar, deze velt to Schonöre, to Valsterbode, to dem Elenborghen unde to Helsingborgh etc.* und II n. 135: *umme den tolne to Schonöre, Valsterboden, Ellenboghene unde Helsingborch*. Dagegen wird bei Bestimmungen über die Zollerhebung II n. 20 Helsingborg fortgelassen, ebenso II n. 158 § 3 und n. 240 § 11. Auch gelangen niemals aus Helsingborg Zollportionen zur Verrechnung.

³ HR. I n. 486.

⁴ HR. I n. 479 § 40. Wenn Denicke a. a. O. p. 139 f. zu erweisen sucht, daß die Variante e (I p. 437) der Wismarer Handschrift dieses Recesses ein ihrer Bedeutung nach falscher Zusatz sei, so scheint mir das nicht gerechtfertigt. Sie hat statt: *ubi tunc debet dividi pecunia de theloneo Schanie inter civitates*, das erweiternde und prägnantere *inter hujusmodi conföderacionis civitates*. Da der Recess ab § 22 Sonderberatungen und Beschlüsse der wendischen Städte enthält (siehe Seite 29 Anm. 1), da Nov. 8. der eingegangene Zoll verteilt wurde an die sämtlichen acht wendischen Städte, welche eine besondere Kriegsgruppe bildeten (I n. 486), kann das »*hujusmodi*« *conföderacionis* sehr wohl allein auf diese Gruppe bezogen werden.

Monat später, am 8. November, befanden sich Vertreter der vier Vororte dort; die Einnahmen gelangten — 2315 ℥ 14 ß 6 d — nach Abzug der Unterhaltskosten für das Zöllnerpersonal zur Verteilung nach Mannzahl an die wendischen Städte, nämlich an Lübeck, Stralsund, Rostock, Wismar, Stettin, Kolberg, Stargard und Greifswald¹. Für die Jahre 1369 und 1370 kennen wir die Höhe der Zollerträge leider nicht, die Erheber aber waren Lübeck und Stralsund, das nun wieder an Rostocks Stelle getreten zu sein scheint. Die Ausgaben dieser Jahre für Schlösser und Söldner überstiegen nicht unbeträchtlich die Einnahmen überhaupt. Eine Aufteilung des Zolls von 1369 unter die wendischen Städte, des von 1370 unter die konföderierten konnte nicht stattfinden. Zunächst hielten sich die vier wendischen Städte für ihre Auslagen bei Schlössern und Söldnern nach Möglichkeit schadlos, auch Greifswald forderte für Schloß Skanör, das es eine Zeitlang mitgehalten zu haben scheint, Ersatz. Rostock und Wismar zogen die von den Lübecker und Stralsunder Beamten über Verwendung der Zölle 1371 am 1. Mai zu Lübeck abgelegte Rechenschaft an ihren Rat; sie sahen sich getäuscht in der Hoffnung auf Gewinn².

Im Frieden zu Stralsund hatte Dänemark an die konföderierten Städte wegen des mannigfachen Schadens, den sie und ihre Bürger in den Jahren vor dem letzten Kriege erlitten hatten, auf 15 Jahre abgetreten zwei Drittel aller Einkünfte zu Skanör, Falsterbo, Malmö und Helsingborg³. Hatten für das Jahr 1370 noch die wendischen Städte allein den Zoll erhoben und unter sich verrechnet, so machten auf der Versammlung zu Stralsund am 25. Mai 1371 die anderen Städtegruppen das Recht ihrer Miterhebung geltend. Sie ward in diesem Sinne geregelt für die drei Plätze Skanör, Falsterbo und Malmö: Zu Skanör sollten die wendischen Städte einen und die preussisch-süderseeischen auch einen Erheber anstellen⁴. Der erhobene Zoll

¹ HR. I n. 485. 486. Koppmann nimmt an, daß es sich um eine Abrechnung über das Pfundgeld auf Schonen handele; irrtümlich, cf. Denicke a. a. O. p. 140 und siehe Seite 31 und 32 Anm. 1 u. 4, siehe auch im Exkurs I: der schonische Zoll 1368—1385, die einschlägigen Partien.

² Siehe im Exkurs I das Nähere.

³ Die nut unde orbar sind HR. I n. 524 spezialisiert als: dat sy van tollē, van schuten, van pramen, van waghēnen, van richten, van alle den boden, de wes plichtich synt to ghevende; dar to alle de nuth, de dar velt an dem mynsten unde an dem meysten. Zu Helsingborg gehörten die Einnahmen aus den sechs ihm anliegenden Harden, welche den Städten ebenfalls abgetreten. Über das komplizierte Bild des Handels zu Skanör und Falsterbo cf. Schäfer, Einleitung, an verschiedenen Stellen.

⁴ Unrichtig übersetzt Suhm a. a. O. p. 685: Die Preußen einen, die Süderseer auch einen. cf. HR. II n. 11 § 5. Auf die Variante aa der Kampener Handschrift (p. 22), welche auch den Süderseern zu Falsterbo neben den preussischen und wendischen Städten einen Erheber zuschreibt, ist kein Gewicht zu legen, weil es im selben Paragraphen bei Wiederholung derselben Bestimmungen für Skanör heißt: Des ghelikes schollen

sollte in eine gemeinsame Kiste gethan werden, zu der jeder Erheber einen Schlüssel haben sollte. Ebenso zu Falsterbo, nur daß hier auch Henning von Putbus einen Erheber einsetzen sollte. Warum hier gerade? Diese Angabe beweist, daß von dem Beamten nicht die Rede sein kann, welcher dänischerseits das fällige Drittel des Zolles zu vereinnahmen hatte, denn für Skanör und Malmö ist eine gleiche Bestimmung über die Erhebung des dänischen Anteils nicht getroffen. Sie ging ja auch die Städte nichts an¹. Wir kennen leider nicht die Höhe der zu Skanör und Falsterbo eingenommenen Einzelsummen, dann wäre ein sicherer Beweis zu erbringen, nur die Gesamthöhe der 1371 von den Städten an beiden Plätzen gemachten Einnahmen im Betrage von 3453 $\text{R} 14 \text{ S}$ ist bekannt. Wenn wir berücksichtigen, daß gerade in diesen Jahren, wo nach zehnjährigen Unruhen, Unsicherheiten und Kriegen endlich ein fester Friede gewonnen war, ein gewaltiges Zusammenströmen kaufmännischer Elemente auf der schonischen Landzunge stattgefunden haben wird, so erscheint jene Summe im Verhältnis zu anderen in späteren Jahren eingenommenen geringer. Wenn wir ferner berücksichtigen, daß die durchschnittliche Frequenz später zu Falsterbo etwa 1000 R für die Städte abwarf, und schließlich, daß Henning vom 27. Oktober ab die vier Schlösser übertragen wurden nebst Anweisung auf ein Viertel der den Städten zufallenden Zollanteile, so liegt die Vermutung nahe, daß die Städte über den unregelmäßigen Zustand zu Falsterbo mit Henning, der das Schloß nicht räumen zu wollen schien, in dem Sinne gütlich sich einigten, daß sie ihn gewissermaßen zu ihrem Beamten dafür machten, ihm zum Unterhalte des Schlosses ein Viertel der aus Falsterbo ihnen zufallenden Einkünfte, also etwa 250 R überwiesen. Das war in der augenblicklichen Lage der für sie günstigste Ausweg. Zugleich knüpften sie Henning dadurch finanziell an ihr Interesse, und diese eventuelle Thatsache wirft dann auch ein erläuterndes Licht auf die Verhandlungen zwischen Waldemar und den Städten am 27. Oktober wegen Übertragung aller Schlösser an Henning. Rostock und Wismar erhoben gegen die Einsetzung eines Erhebers durch Henning Protest, vielleicht weil Dänemark noch mit Mecklenburg im Kriege lag, ihrer Herrschaft also die Amtsführung eines Dänen in einem von ihr als Eigentum betrachteten Lande entschieden mißfallen mußte. Beide Städtegruppen traten also gleichberechtigt in die Zollerhebung ein. Über die Erhebung zu Malmö ward bestimmt, daß sie stattfinden solle durch zwei Schreiber, deren einer von Helsingborg gesandt, der andere von den beiden

de van Lubeke unde van der Wendeschen siden enen hebben to Schonöre, unde de van Prussen unde van der Zuderzee enen.

¹ HR. II n. 20 wird ausdrücklich ganz unabhängig von städtischer Begutachtung von solchen gesprochen zu Skanör, Falsterbo und Malmö, de den tollē dar upboren . . van des konynghes weghe.

schonischen Pfundgelderhebern Lübecks und Rostocks ernannt werden sollte. Unter diesen beiden sind wohl ebenfalls die Vertreter beider Gruppen zu denken ¹.

Ob nun wirklich die Erhebung auch durch Beamte beider erfolgt ist, läßt sich nicht sicher entscheiden. Es spricht manches dafür, wie dagegen ebenfalls gegründete Bedenken vorhanden sind. Zur Abrechnung auf die Oktoberversammlung 1371 ward der eingenommene Zoll gebracht von dem lübischen Erheber zu Skanör und dem stralsundischen zu Falsterbo, Johann Lange und Dietrich Krudener, zwei Männern, die dann jahrelang, Lange vielleicht bis 1385, der städtischen Zollerhebung auf Schonen vorgestanden haben. Von Malmö ward er wahrscheinlich übergeführt durch einen Rostocker Beamten, da Rostock auch in den folgenden Jahren die Erhebung zu Malmö versah. Diese Beamten also verrechneten den Zoll auf allgemein hansischer Versammlung; von einer Miterhebung durch preussisch-süderseeische Vertreter verlautet nichts ². Die den Städten zugefallene Summe wurde jedoch bis auf einen geringen Bruchteil von den wendischen Städten beschlagnahmt und aufgebraucht für ihre Forderungen wegen der Schlösserhaltung und der 1371 zur Befriedung der See durch Lübeck und Stralsund ausgerüsteten und abgelassenen Koggen, alles berechnete Anforderungen an den schonischen Zoll, da ihre Leistungen sämtlich im Dienste und zum Besten der Gesamtheit geschehen waren. Diese Vorsorge zum Besten des gemeinen Kaufmanns im Interesse ruhiger Handelsfahrt war durchaus notwendig gewesen, denn wie nach den Tagen Gerhards des Großen mochte sich viel herrenloses Volk, mancher dänische, mecklenburgische oder holsteinische Adlige mit seinem Schiffe in diesen kriegsunruhigen Jahren auf See herumtreiben und durch Kaperei einträglichen Gewinn suchen. Die Städte waren auch der Ansicht, daß mit der diesjährigen

¹ Siehe im Exkurs I zum Jahre 1371. Anders Denicke a. a. O. p. 150 f. Wenn er die Einsetzung eines Zollbeamten durch Henning zu Falsterbo und eines von Helsingborg aus zu Malmö zur Erhebung des dänischen Zollanteils geschehen läßt, so ist das wunderbar, da die Regelung dieser Angelegenheit die Städte, wie vorige Anm. gesagt, nichts anging. Wenn er das Fehlen einer gleichen Einrichtung zu Skanör mit der Nähe Falsterbos erklärt, »die vorläufig dort ein dänisches Zollamt unnötig machen mochte«, so möchte ich darauf verweisen, daß gerade der Hauptverkehr (cf. Exkurs I. Tabelle I) zu Skanör lag, das Umgekehrte der Einsetzung also wahrscheinlicher gewesen wäre. Siehe Seite 30 und Anm. 1. Im allgemeinen cf. HR. II n. 11 §§ 5. 10.

² Wenn es in der Übertragungsurkunde der Schlösser an Henning, HR. II n. 20 (cf. n. 19) heißt: *Ok schole de — stede (sc. Lübeck und Stralsund) in der Schonetyd uppe dessen — sloten, Schonöre, Valsterbode unde tho den Elenboghén, up gywelken enen man hebben, de den tollén dar upbore mid dem, de dar is van des konynghes wegghen, so liegt darin ausgesprochen, daß die vielköpfige Erhebung, wie sie 1371 Mai 25. eingeführt war, für 1372 fallen gelassen ward, oder für 1371 (cf. n. 18 § 15) bereits war. Ich möchte mich für letzteres entscheiden.*

Seebefriedung noch nicht genügt sei; sie dachten an neue Rüstungen für Sommer und Herbst 1372, aber eine Befriedung im Jahre 1372 scheint überflüssig geworden zu sein, seitdem Waldemar zurückgekehrt und zwischen ihm und Mecklenburg Friede und Freundschaft hergestellt war, wodurch dem Piratentum der Boden entzogen wurde¹.

Auf derselben Oktoberversammlung zu Stralsund übertrugen die Städte an Henning von Putbus bis zum 25. Juli 1374 die vier ihnen durch den Frieden ausgelieferten Schlösser. Zu ihrer Verwaltung und Instandhaltung empfing er die gesamten Einkünfte der den Städten abgetretenen Harden, ferner ein Viertel der jährlich den Städten zufallenden Zolleinnahmen und Nutzungen zu Skanör, Falsterbo und Malmö, deren Erhebung nun für die Jahre 1372 und 1373 so geregelt wurde, daß die dänischen Beamten an jedem der drei Orte die eine Hälfte, die städtischen Beamten die andere der Zölle und Nutzungen erhoben, wonach zwischen König und Drost eine Auseinandersetzung über die dänischerseits erhobene Hälfte des Zolles im Verhältnis von 2 : 1 erfolgte. Die Verwaltung in ihrem vollen Umfange, also auch namentlich die Besoldung der Hauptleute und Söldner, sollte Henning von den überwiesenen Einkünften bestreiten und den Städten nach Ablauf seiner Amtsdauer mit keinen Nachforderungen kommen. Um sich in der neuen Stellung einrichten zu können, empfing er als Angeld und zugleich als Gehalt bis zum 25. Juli 1372 600 ℥ lübisch. Seine jährliche Zolleinnahme belief sich auf etwa 925 ℥ lübisch, d. h. er stand sich in diesen zwei Jahren besser als bei seinen Kontraktverlängerungen nach dem 25. Juli 1374, wo er jährlich nur 1000 ℥ sundisch (= 666 ℥ 10 ß 8 d lübisch) als festes Gehalt bezog. Hauptleute oder Vögte sollte er nur nach Rat und Gutheissen der Städte auf den Schlössern einsetzen. Auf jedem der drei Schlösser sollte während der Schonenzzeit einem städtischen Zollbeamten mit seiner Bedienung auskömmliche Wohnung gegeben werden². Es waren dies wendische Zollbeamte, wie aus der nächsten Abrechnung über den Zoll hervorgeht und demgemäfs war die Erhebung des Zolls durch Beamte aller Gruppen, wie sie am 25. Mai in Aussicht genommen, nicht zur That geworden; wahrscheinlich weil sie von den Städten selbst nachträglich als zu umständlich und unpraktisch, ja eigentlich als unmöglich erkannt war und zudem die doppelten Kosten für den Unterhalt des Personals erfordert haben würde. Da die wendischen vier Städte bis zum 27. Oktober die Schlösser zu Händen der Gesamtheit bewahrt hatten, verpflichtete sich Henning, dieselben nach Ablauf seiner Amtsdauer, dem 25. Juli 1374, an Lübeck und Stralsund zurückzuliefern³. Es

¹ Siehe die Begründung im Exkurs I zum Jahre 1370. HR. II n. 18 § 6.

² HR. II n. 20 (cf. n. 19). Siehe auch darüber Exkurs I.

³ HR. II n. 20 (cf. n. 19): ratmanne van Lubeke unde van dem Stralessunde van der menen stede weghene.

setzt doch etwas in Verwunderung, daß die Städte es über sich gewannen, den dänischen Reichsdrosten, den besten Freund Waldemars, zu ihrem Statthalter zu machen, ihm die wichtigsten Errungenschaften ihrer Siege zu übertragen¹. Aber wohl zu beachten ist, daß der Vertrag seine Entstehung zunächst dem Willen des Königs verdankte, daß dieser an dessen Erfüllung die Besiegelung der Friedensurkunden knüpfte, die er dann nicht einmal in vollgültiger Form, doch immerhin so vollzog, daß die Sanktion des Staatsoberhauptes wenigstens gewonnen ward. Der König, welcher in ausgiebigster Weise die Mittel und Wege zu finden wußte, um zu einem Ziele zu gelangen, mochte glauben, so am leichtesten, vielleicht schon am 25. Juli 1374², in den faktischen Besitz der Schlösser und damit ganz Schonens wieder eintreten zu können. Und er sah es um so lieber, daß Henning die Schlösser übernahm, weil dieser bereits in Falsterbo Stellung gefaßt hatte, weil möglicherweise wegen dieses Schlosses sein Verhältnis zu den Städten bereits so geregelt war, wie es jetzt auf seine Gesamtverwaltung übertragen ward. Daß es dabei Henning nicht um ein größeres oder kleineres Gehalt, sondern dem dänischen Königtum um die Rückgewinnung der Schlösser zu thun war, beweist nicht nur der Umstand, daß Waldemar nach Ablauf des Termins die Schlösser einforderte, und als die Städte darauf nicht eingingen, Henning bereit war, sie auch gegen ein viel kleineres Gehalt weiter zu verwalten, sondern noch viel deutlicher die Forderung Margrethes 1381, die Schlösser wieder an Henning auszuliefern, und dessen Anerbieten, ihre Verwaltung selbst ohne jede Vergütung durch die Städte übernehmen zu wollen³.

Bis zu einem gewissen Grade mochte diese Regelung der Schlösserfrage auch den Beifall namentlich der wendischen Städte finden. Sie hatten mit Opfern und Kosten bisher die Schlösser für die Gesamtheit gehalten, sie waren Ende 1371 mit Forderungen noch im Rückstande, und ging das, wie vorausszusehen, so fort, dann kamen sie immer tiefer in Schaden und Unkosten. Daß die preussischen und süderseeischen Städte keineswegs geneigt waren, Verwaltung und Kosten mit zu übernehmen, mochten die wendischen bereits jetzt von ihnen selbst erfahren haben; zum scharf zugespitzten Streitpunkt ward diese Angelegenheit freilich erst in den folgenden Jahren.

¹ Denn cf. den Beschluß der Städte über den Posten zu Borgholm HR. I n. 299 § 15.

² Übrigens ist die Datierung bei Koppmann, HR. II p. 28, und ihm folgend bei Reinhardt a. a. O. p. 473, die Juli 25. 1373 den Kontrakt ablaufen lassen, unrichtig.

³ Richtig setzt Koppmann die Nummern 19 und 20 vor die mit Waldemar abgeschlossenen Verträge; daß der Gedanke von Waldemar ausging, scheint mir aus n. 19 Anfang, wobei ich das meiste Gewicht auf das Wort »schullen« lege, hervorzugehen. Siehe Seite 44 f. HR. II n. 240 § 11.

Jetzt aber, nachdem die Frage der Schlösserbewahrung geregelt war, konnte eine Halbierung und Verteilung der Zollerträge aus den Jahren 1372—1374 an die beiden Gruppen erfolgen, wenn die Nachforderungen der wendischen Städte gedeckt waren. Diese bezogen sich auf die Zolleinnahmen des Jahres 1372. Über sie ist möglicherweise Rechnungsablage durch die wendischen Erheber erfolgt auf der Versammlung zu Lübeck am 1. Mai 1373, denn ob 1372 überhaupt eine Versammlung der Städte stattgefunden hat, darüber wissen wir nichts näheres¹, und der Ursprung der Debatte, welche auf dieser Versammlung sich entspann, erklärt sich leicht daraus, daß man dort eine Abrechnung über den 1372 eingenommenen Zoll vorhatte, daß die wendischen Städte aber mit ihren hohen Nachforderungen die Hoffnungen der anderen auf eine Teilsumme zerstörten².

Die Gruppe der preussischen und süderseeischen Städte sprach sich auf der Maiversammlung 1373 zu Lübeck, vertreten durch Kulm, Elbing und Kampen, über Schlösser und Zölle dahin aus, daß sie ungeschmälert durch die Abzüge der jährlich notwendigen Verwaltungskosten die eine Hälfte der den Städten abgetretenen zwei Drittel der Zölle für sich einnehmen wollte. Den wendischen Städten, mit denen in enger Verbindung hier die livländischen auftraten, schob sie dagegen die gesamte finanzielle Bestreitung der Schloßverwaltung, sowie außerordentliche Auslagen dafür und schließlich auch alles — doch offenbar politische — Risiko, das aus den Pfandschaften im Verhältnis der Städte zu Dänemark erwachsen konnte, zu. Sie stützte sich also auf die Festsetzungen der Kölner Akte. Es war ein Verlangen, das die anderen Städte schon um seiner Unbilligkeit willen ablehnen mußten, ganz davon abgesehen, daß sie von Jahr zu Jahr mehr in Schaden und Kosten gekommen wären, wenn deren Bestreitung in vollem Umfange auf ihnen allein lastete. Sie suchten daher die Lösung des Streites durch einen Vorschlag herbeizuführen, welcher gleiche Pflichten und Rechte für beide Parteien festsetzte: Sie gestanden der preussisch-süderseeischen Gruppe die Miterhebung der Zölle zu, forderten dagegen, indem sie freilich ihre bisher alleinige Disposition über die Zollerhebung aufgaben, daß die preussischen und süderseeischen Städte nur vordem sollen heben und helfte in allen den sulven sloten unde tolln, während sie selbst, die wendischen und livländischen Städte, die andere Hälfte haben wollten. Kosten, Risiko, Schaden und Gewinn an Schlössern wie Zöllen sollten fortan laut Abtretungsurkunde vom 24. Mai 1370 zu halb und halb getragen werden. Wollte man einen andern Statthalter für die Schlösser bestellen, so solle das nur mit Übereinstimmung

¹ Es scheint zu Lübeck im April oder Anfang Mai eine Versammlung stattgefunden zu haben. HR. II n. 39.

² Siehe im Exkurs I zum Jahre 1372.

beider Parteien geschehen. Finde sich dazu kein geeigneter Mann, müßten sie also dieselben in eigene Verwaltung nehmen, so sollten beide die Kosten zu gleichen Teilen tragen und alle weiteren Maßregeln einmütig beschließen¹. Dieser Vorschlag der wendischen Gruppe lief den Forderungen und Wünschen der preussisch-süderseeischen völlig entgegen; seine Annahme durch sie schien doch mehr als zweifelhaft.

Eine bedenkliche Spaltung ging durch die Konföderation kaum nach geschlossenem Frieden. Finanzieller Eigennutz und Scheu vor politischen Verwickelungen hinderte die widerstrebende Partei, auf die berechtigten Wünsche der wendischen Städte einzugehen. Damit schien die Behauptung der Schlösser nicht mehr bei der Gesamtheit der konföderierten Städte, sondern nur noch bei den wendischen liegen zu sollen. Denn vielleicht regte sich bei der Gegenpartei sogar der Wunsch, die Schlösser überhaupt an Dänemark zurückzugeben. Wenigstens war das Interesse der preussischen Städte an der Behauptung derselben kein großes. Im Gesamtumfange des preussischen Verkehrs war der schonische nur sehr nebensächlich. Für den preussischen Handel war der Sund wesentlich nur Durchgangsstraße, nach England, Flandern und den Niederlanden², und gegen Seeräuber vermochten ihn da nicht Schlösser, sondern nur städtische Flotten zu schützen. Darum waren die preussischen Städte einer Rückgabe der Schlösser nicht abgeneigt, da sie ihnen keinerlei Nutzen boten; eventuell wollten sie ihr Anrecht auf dieselben bereitwillig den wendischen Städten abtreten, dagegen ungeschmälert die Hälfte der Zölle einziehen, ohne vorherige Abzüge für die Schlösserverwaltung. Das war zwar kein Widerspruch gegen den Wortlaut der Abtretungsurkunde, wohl aber ein logischer. Denn die Schlösser waren abgetreten an die Konföderation, um die Erhebung der Zölle zu sichern und zu decken. Entäußerte sich ein Teil der Städte seines Rechtes auf jene und wünschte damit alles Risikos und aller Kosten ledig zu werden, gleichwohl aber die durch sie garantierten pekuniären Vorteile zu genießen, so war der andere Teil, der die Schlösser behauptete, im vollen Rechte, zunächst eine Verwendung der Gefälle für seine Auslagen im Dienste der Gesamtheit zu fordern, dann erst in eine Aufteilung der übrig bleibenden Summe zu willigen. Freilich war auch an sich das Interesse der wendischen Städte an einer Behauptung der Schlösser ungleich größer, als das der preussischen, ja ihnen vielleicht das hervorragendste; und der Besitz derselben kam ihnen vorwiegend zu gute, denn sie deckten ihren Hauptmarkt Schonen. Dennoch, wenn sie die Schlösser zu Händen der Gesamtheit verwalteten und in diesem Sinne mit ihnen schalteten, so durften sie mit

¹ HR. II n. 53 § 12.

² cf. bei Hirsch: Danzigs Handels- und Gewerbsgeschichte, die einschlägigen Partien.

Recht auch von der Gesamtheit dafür eine Entschädigung beanspruchen. Begaben sich die preussischen Städte ihrer Rechte auf die Schlösser, so begaben sie sich auch ihres Anspruches auf den Zoll nach Ansicht der wendischen Städte, die ihn nicht mit Unrecht als sozusagen integrierenden Teil jener betrachteten. Es wäre in diesem Falle die Urkunde von 1370, welche Zölle und Schlösser an die Konföderation abtrat, hinfällig geworden, wenn die wendischen Städte allein in den Besitz der Schlösser eintraten; sie hätte sich ihrer inneren Bedeutung nach mit dem mecklenburgisch-wendischen Bundesvertrage von 1368 identifiziert.

Deshalb beschlossen sie, als Preussen und Süderseer ihren Vorschlag ad referendum nahmen, für den Fall einer ablehnenden Antwort das Inkrafttreten dieser Bundesakte¹. Bei ihrer energischen Haltung war es doch nicht unwahrscheinlich, daß die Gegenpartei lieber einen kleineren, als den von ihr gewünschten, als gar keinen Vorteil mitnehmen und sich fügen würde. Eine Versammlung von fünf preussischen Städten, es fehlte nur Braunschweig, zu Danzig am 12. Juni 1373 meldete den wendischen Städten, ihren Vorschlag betreffend, daß sie baldmöglichst sich mit den Süderseern darüber in Verbindung setzen und die beiderseitige Entscheidung dann umgehend mitteilen würden². Eine solche erfolgte 1373 nicht mehr; auf der Maiversammlung 1374 fehlten Vertreter süderseeischer Städte überhaupt, und die anwesenden preussischen waren nicht für sie bevollmächtigt, woraus zu schliessen ist, daß noch immer keine Verständigung über ein gemeinsames Vorgehen zwischen beiden eng befreundeten Gruppen stattgefunden hatte. Deshalb fiel die in Aussicht genommene Verhandlung über die schonischen Schlösser fort³. Eine Zollabrechnung über die Einkünfte der letzten zwei Jahre fand auch nicht statt, offenbar weil die strittige Frage seiner Verteilung noch ungeregelt war; man verschob sie auf die nächste Versammlung, den 25. Juli 1374⁴.

Da schlug nun mitten in diese gespannte Stimmung, welche den Bestand der Konföderation in Frage zu stellen drohte, die Forderung Waldemars, die Pfandschaften wieder auszuliefern.

Längst hatten die Städte Grund genug, sich über des Königs Beamte und Vasallen zu beklagen, ihm selbst zu mißtrauen. Viele Städte und städtische Kaufleute hatten auf der Maiversammlung 1373 Klage geführt über schwere Schädigungen und widerrechtliche Bedrückungen durch dänische Vögte, Beamte

¹ HR. II n. 53 § 12: Des bewarende sik de van Lubek unde ere partye wedder, wolden se hir nicht to de van Prucen unde ere partye, dat se denne der sake umme de slote unde umme den tollē, wo dat stan schal, na lude erer brieve by rechte bliven willen. — Anders Denicke a. a. O. p. 203 f.

² HR. II n. 62.

³ HR. II n. 70.

⁴ HR. II n. 73 § 5.

und Vasallen. Im Öresund und Grönsund waren Vergehen an schiffbrüchigem Gute verschiedentlich vorgekommen, wodurch Lübecks und Stralsunds Bürger geschädigt worden; Vasallen des Königs hatten zu Flensburg und Apenrade Wismarer Schiffe und Kaufleute geplündert. Interessant ist, daß diese Beschwerden erst 1372 auftauchten, also in dem Jahre, in welchem Waldemar zuerst wieder sein Reich betrat und die Regierung übernahm. Mochten die Städte vielleicht nicht mit Unrecht hinter solchem Treiben die stillschweigende Gutheißung des Königs vermuten, so wurde ihnen das Bestreben desselben, ihren errungenen Freiheiten und Rechten mehr und mehr entgegenzuwirken, offenbar, als im Winter 1372 an vielen Verkehrsplätzen des Reiches neue und mißbräuchliche Schatzungen und Verordnungen durch die königlichen Vögte und Beamten für den fremden Kaufmann erlassen wurden. Vogt und Rat zu Kopenhagen hatten von dem dort überwinternden deutschen Kaufmanne für die Winterlage übermäßig hohe Abgaben eingefordert, in welche dann beide gleichmäßig sich geteilt hatten¹. Derartige und ähnliche Auflagen mehr hatten auch die Behörden zu Kjöge, Malmö und an vielen anderen Orten des Reiches über den deutschen Kaufmann verhängt². Es war die Art Waldemars, die sich in diesen Maßregeln kund gab, die ihnen genugsam noch aus den sechziger Jahren in frischem Gedenken war. Es schien, als habe er seit seiner Rückkehr 1372 auf ganzer Linie den Kleinkrieg gegen die Städte wieder aufgenommen, wie sonst unbekümmert um Freiheiten und Rechte derselben. Um dem Treiben seiner Beamten einen gewissen Schein der Berechtigung zu geben, hatte er die versprochene Ratifikation der Friedensurkunden mit dem Reichssiegel bis zum 25. Juli

¹ Über die Winterlage der Deutschen zu Kopenhagen ist mir aus frühern Jahren bisher kein Beleg aufgefallen, (cf. HU. III p. 152 A. 3, p. 241 A. 4), obgleich sie ohne Zweifel ältern Datums ist.

² Es ist nicht nötig, diese Zölle ebenfalls mit der Winterlage in genannten Orten zusammenzubringen, aber auch nicht unwahrscheinlich. Über die Winterlage in dänischen Städten cf. für Malmö: HU. III n. 543 § 10 zu 1360 (cf. II n. 485. 486 zu 1329), für Roskilde ibid. I Anh. n. 1366 § 18 zu 1268. Dies roskilder Stadtrecht Erich Glippings galt nachmals in den meisten seeländischen Städten, unter denen ich als Handelsplätze besonders hervorhebe Kjöge und Holbeck. Über die Winterlage für Lund: ibid II n. 185 zu 1310, III n. 544 zu 1361, für Ripen ibid. II p. 193 A. 1 zu 1326 (cf. III A. zu II n. 454 A. 1 und III n. 183). Trotz dieser späten Erwähnung der Winterlage in dieser uralten Handelsstadt glaube ich nicht fehlzugehen, sie für eine der frühesten der deutschen, hier namentlich süderseeischen Kaufleute in Dänemark überhaupt zu erklären. Für Halmstadt cf. zu 1361 ibid. III n. 544. Unmöglich sind hiermit die Städte erschöpft, in welchen um diese Zeit der deutsche Kaufmann in größerer Anzahl Winters zu liegen pflegte. In Norwegen gehören, abgesehen von Bergen, Tunsberg und Opslo dazu. Über die Entstehung Roskildes als Handelsplatz cf. Ann. Lundens. MGSS. XXIX p. 193, über den Aufenthalt von Deutschen dort auch Ann. Erphesfurdens. MGSS. VI p. 539 zu 1134, Saxo Gramm. XIII MGSS. XXIX p. 83 zu 1132.

1372 nicht vollzogen, auch seither nicht daran gedacht, es zu thun. Anlässlich aller dieser Dinge und der von allen Seiten einlaufenden Klagen richteten die Städte von der Maiversammlung 1373 ein Schreiben an den König, worin sie ihn um endliche Besiegelung der Dokumente und Übersendung derselben nach Stralsund, wo die städtischen Ratifikationen längst bereit lagen, ersuchten, die mannigfachen Klagen und Bedrückungen durch seine Untergebenen ihm vorhielten und um unverzügliche Rückerstattung oder um Schadenersatz der geraubten Güter mahnten, auch ihn aufforderten, seine Beamten künftig zu besserer Beobachtung der städtischen Gerechtsame und Freiheiten anzuhalten¹. Eine Antwort Waldemars scheint trotz Bitte der Städte nicht erfolgt, auch keine Genugthuung geleistet zu sein. Im Einladungsschreiben Lübecks an die preussischen Städte zur Pfingstversammlung 1374 wurden als Verhandlungspunkte u. a. namhaft gemacht neue Schädigungen in Dänemark, worunter sowohl die schon bekannten verstanden werden konnten, wie namentlich, da diese bereits 1373 von den preussischen Vertretern mitberaten waren, neue seit jenem Termine dem Kaufmanne in Dänemark zugefügte².

Auch das Vertrauen der Städte zu Henning von Putbus war stark ins Schwanken gekommen. Sein Schreiber Gerhard von Dollahn war auf der Maiversammlung 1373 zu Lübeck vor den Städten erschienen und hatte sich beklagt, daß der König seinem Herrn die ihm von den Städten überwiesenen Einkünfte aus dem schonischen Zolle des Jahres 1372, die er zum Unterhalt der Schlösser verwenden sollte, entzogen habe. Er knüpfte daran im Namen Hennings die Bitte, ihm Ersatz dafür zu leisten, und formell ein Entlassungsgesuch aus seiner Stellung³. Über beide Punkte, Hennings Verhalten und Gesuch, mochten die Städte sogleich der richtigen Ansicht sein, daß es sich um keinen Raub des Königs wider Willen des Statthalters, sondern um ein zwischen beiden verabredetes Spiel handelte, und daß sein Entlassungsgesuch nichts weiter war als eine Formalität, die er selbst nötigenfalls nicht ernst genommen haben würde. Das gute Einvernehmen des Königs mit seinem Drostem dauerte auch bis an Waldemars Tod fort⁴, und bestärkte die Städte in

¹ HR. II n. 56, cf. n. 22.

² Schreiben v. März 11. 1374. HR. II n. 70: ad tractandum de . . . diversis bonis naufragis, mercatoribus civitatum noviter in Dacia et alibi ablati et impeditis.

³ HR. II n. 53 § 7: Dat me hern Hennynghe vordreghen wolde der slote to Schone. — Daß der 72er Zoll gemeint, versteht sich von selbst, da die Erhebung des 73er wie gewöhnlich erst ca. Juli 25. begann, die Klage des Drostens aber vom Mai selben Jahres ist.

⁴ Dahlmann a. a. O. p. 45: meint, der König habe sich an Henning rächen wollen durch Wegnahme der ihm zugesicherten Einkünfte. Die Annahme ist falsch und entspricht nicht dem wirklichen Verhältnisse beider zu einander. Suhm a. a. O. p. 724 erkennt die dauernd guten

ihrer Ansicht, daß in Hennings Hut die Schlösser für sie doch nicht ganz sicher gewahrt seien. Dieser Gedanke mochte mitgewirkt haben bei jener Maidebatte zwischen den beiden Städtegruppen. Den wendischen Städten lag daran, die preussisch-süderseeischen in gleicher Weise mitzuinteresssieren für die Behauptung der Schlösser, nur an die Erfüllung dieser Bedingung eine Halbierung der Zollerträge zu knüpfen; kurz, die wendischen Städte wollten nicht isoliert die Schlösserbehauptung vertreten, sie erstrebten in dieser Frage eine Einmütigkeit der Konföderation, um Waldemar von einem gewaltsamen Anschläge auf sie wirksamer zurückschrecken zu können. Gewiß hatten die Städte nicht den Willen, Henning seinen „Schaden“ zu vergüten, und ebenso scheuten sie sich, ihm die Schlösser zu entziehen, um nicht sogleich die gefürchtete Möglichkeit, er könne sie an Waldemar ausliefern, von sich aus heraufzubeschwören. Sie befanden sich, innerlich uneinig, in jeder Hinsicht in ungünstiger Lage und verschoben eine definitive Stellungnahme zu der so überraschend aufgeworfenen Frage. Deshalb verlautete auch nichts davon in dem Briefe an Waldemar¹. Als aber auf der Maiversammlung 1374 Henning selbst erschien, über neuen Raub des Königs am Zoll von 1373 klagte, und wieder um Entschädigung bat, und als er als Bote Waldemars dessen Wunsche endlich Worte gab und die Städte ersuchte, ihm die Schlösser wieder zurückzuliefern², da ward es diesen ganz offenbar, wie eng das Einvernehmen zwischen König und Drost, wie gefährlich für ihre Pfandschaften die Statthalterschaft Hennings sei. Sie lief am 25. Juli 1374 ab; wenn Waldemar jetzt schon seine Forderung stellte, so wünschte er, daß bis zum Ablaufstermin die Städte sich schlüssig werden möchten. Diese verschoben dagegen eine sofortige Antwort, weil nicht bevollmächtigte Vertreter aller Gruppen der Konföderation anwesend waren, — es fehlten ja gänzlich die Süderseer und Livländer, — auf die nächste Versammlung, welche auf den 25. Juli angesetzt wurde. Auf dieser erschien nochmals Henning und mit ihm Rikman

Beziehungen zwischen beiden an und sucht sie zu erklären aus dem Einflusse der schönen Geliebten Waldemars auf diesen, Tove lille, . . . maaske Datter af gamle Henning Podebusk, . . . hvorfor maaske kongen saa højt elskede og betroede dem; eine weithergeholte, unbeweisbare Vermutung. Schäfer a. a. O. p. 543 und Denicke a. a. O. p. 200 halten die That Waldemars für ein zwischen beiden abgekartetes Spiel und treffen damit das Richtige. Über Waldemars und Hennings Zusammenwirken siehe auch Seite 58. — Was übrigens Denickes Wendung: »Den verhafsten Städtern eins auszupudeln« hier bedeuten soll, ist mir unklar, da sie die Erhebung des Henning überwiesenen Zollanteils garnichts anging. Siehe Seite 36.

¹ Anders, als die Seite 42 bis hier angestellte Erwägung, Denicke a. a. O. p. 199 ff.

² HR. II n. 73 § 2. — § 1: Dat de stede dem konynghe wedder gheven wolden sin vederlke erve, alze de slote uppe deme lande to Schone. Die Bezeichnung derselben als »vederlke erve« verwundert ein wenig.

von der Lanken und forderten als Gesandte Waldemars Auslieferung seines väterlichen Erbes, der Schlösser und des Zolles¹.

Die Bitte Waldemars gerade zu diesem Zeitpunkte liefs den Städten keinen Zweifel an dem Zwecke seiner ganzen bisherigen Diplomatie ihnen gegenüber. Sie ermöglicht eine Antwort auf die Frage, weshalb Henning nur bis zum 25. Juli 1374 die Verwaltung der Schlösser übernehmen, der König aber die Statthalterschaft dieses Mannes bis 1385 ausgedehnt wissen wollte.

Jenes Datum war nach eigener Angabe der Städte der Ablaufstermin der Kölner Konföderation². Wann sie erlosch, konnte Waldemar sehr wohl erfahren haben, denn an der Versammlung zu Köln 1367 beteiligte sich auch der Gesandte eines Waldemar befreundeten Fürsten, wahrscheinlich Erichs von Sachsen, der, wenn er auch nicht alle Bestimmungen der Akte erfuhr, Kenntnis einiger wichtiger leicht gehabt haben konnte³. Wenn nun Waldemar in seinem Friedensschlusse mit den Städten am 27. Oktober 1371 die Übertragung der Schlösser an Henning durchsetzte, und scheinbar wünschte, daß die Übernahme durch ihn bis zum Ablaufstermin der Verpfändung erfolge, Henning dagegen sich nur bereit erklärte, sie bis zum 25. Juli 1374 verwalten zu wollen, so schien er dadurch seinen eigenen Willen zu bethätigen, einem etwaigen Mißtrauen der Städte in die Wahl gerade dieses Zeitpunktes vorzubeugen, sich erst in dem neuen Amte

¹ HR. II n. 77 § 3. Interessant, daß Waldemar hier auch noch die Auslieferung der Zölle verlangte.

² Es heifst in der Kölner Akte, HR. I n. 413 Schluß: Dit verbund . . . mid alle zynen articulen unde puncten schal stan vastliken dre jar lang na der tyd, dat wy ghemenliken mid den koninghen voreschreven verzonet werden. — Wenn man Okt. 27. 1371, als Waldemar den Stralsunder Frieden mit dem Sekret besiegelte, als dieser Bedingung genügend auffafst, so erlosch sie demnach 1374 Okt. 27. Wenn nun die Städte 1374 Mai 21., nachdem Waldemar zum erstenmale die Forderung der Rücklieferung der Schlösser gestellt, II n. 73 § 3 beschlossen: wente de ordinance, de to Colne ghemaked ward, to sunte Jakopes daghe (Jul. 25) neghest to komende udgheyd, dat malk spreke in sineme raede, oft me gycht vorlenghen wille; so läfst sich dieser Beschluß nur in Beziehung setzen zu § 1 desselben Recesses, jener Forderung des Königs, und zeigt deutlich genug, daß die Städte mit vollem Bewußtsein der drohenden Gefahr handelten, Waldemars Diplomatie durchschauten und mit gutem Grunde folglich den Ablaufstermin der Konföderation auf Juli 25., den Ablaufstermin v. Hennings Statthalterschaft, verschoben. — Anders Denicke a. a. O. p. 201, 215 f., der mit: »Nun es ist eben ein Irrtum« darüber hinweggeht. — Ich sehe nicht, daß irgendwo früher auf einen Zusammenhang zwischen Waldemars Forderung und dem Verfallstermin der Konföderation aufmerksam gemacht ist, halte ihn aber für sehr wahrscheinlich. Siehe auch Seite 45 A. 1.

³ HR. I n. 415. Allerdings sollten die zu Köln getroffenen Bestimmungen allgemein geheim gehalten werden, I n. 420 § 6: Debent hec celari concorditer in qualibet civitate, aber doch nur, bis das Bündnis mit den Fürsten perfekt geworden sei. Und bei der Menge der Mitwissenden überhaupt sollte der aufmerksame und thätige Gegner sich keine genaue Kunde über die Akte haben verschaffen können?

versuchen zu wollen, war aber von Waldemar instruiert, wie er sich in diesen Verhandlungen zu verhalten habe. Dafür spricht auch deutlich genug das spätere Einverständnis beider in der Schlösserfrage. Hatte nun der König seinen Reichshauptmann zwischen sich und die Städte eingeschoben, wußte er sich dessen sicher, und bahnte er die Rückgewinnung der Pfandschaften an, so hielt er andererseits die Bekräftigung des Friedens und der Privilegien mit dem großen Siegel immer noch zurück. Er wollte sie vielleicht in Vorschlag bringen und zu ihrer Vollziehung sich erbieten, wenn die Städte, wie vorauszusehen, nicht Lust zeigen würden, ohne weiteres auf die Schlösser zu verzichten.

Alle Verhältnisse waren in der Schwebe und wankten, jeden Augenblick mochten die Städte fürchten, nach dem 25. Juli 1374 aus ihren schonischen Positionen durch einen Gewaltakt des Königs geworfen zu werden. Ein solcher schien gleichfalls zu drohen, wenn die Städte zum Termin die Schlösser der Verwaltung Hennings entzogen und in eigene hätten nehmen wollen. Unbedenklich würde Waldemar alles daran gesetzt haben, das Vorhaben der Städte zu verhindern, um sich nicht die Früchte seiner diplomatischen Arbeit entgehen zu lassen. Für die Städte gab es nur den einen Ausweg, mit Henning den Kontrakt zu verlängern, ihn für möglichst kurze Fristen zu binden, sich im übrigen auf sein gegebenes Wort zu verlassen. Diesen Weg schlugen sie ein. Am 21. Mai bereits verhandelten sie mit ihm über Weiterbewahrung der Schlösser unter den gleichen Bedingungen. Er ließ es unbestimmt, erklärte, wenn er nicht dringende Verhinderung habe, auf der städtischen Versammlung am 25. Juli sich einstellen, andernfalls, wenn es dann noch der Städte Wille sei, die Schlösser bis zum 29. September halten zu wollen¹. Am 25. Juli schlugen sie ihm vor, er möge noch für ein Jahr die Schlösser halten, und erboten sich, ihm zum Unterhalt 1000 skilling sundisch, 500 zum Herbst, 500 bei Ablauf seiner Amtsdauer, zahlen zu wollen; dafür solle er an der Zollerhebung nicht mehr participieren². Henning machte die Annahme ihres Vorschlages von der Zustimmung des Königs abhängig. Für den Fall einer ablehnenden Antwort bevollmächtigten die Städte ihre gerade nach Schonen übersiedelnden Zollerheber, die vier Schlösser so lange in ihre Verwaltung zu nehmen, bis sie selbst geeignete Hauptleute dafür erwählt hätten. Immerhin glaubten sie nicht, durch Waldemar oder Henning abschlägigen Bescheid

¹ HR. II n. 73 § 2. Auch dies Anerbieten Hennings, nur bis Sept. 29. die Schlösser halten zu wollen, ist charakteristisch und beweist eigentlich, daß die Leiter der dänischen Politik den Okt. 27. als Verfallstermin der Konföderation kannten.

² Siehe im Exkurs I das Nähere.

zu erhalten, verschoben deshalb gleichzeitig eine Antwort auf die Bitte des Königs bis zum 24. Juni 1375¹.

Scheute sich Waldemar offenbar vor einer gewaltsamen Wegnahme der Schlösser, suchte er wohl zunächst noch auf friedlichem Wege zum Ziele zu gelangen durch fortgesetzte Schädigungen der Kaufleute, so drängten nun Zeit und Umstände die Städte, endlich ihren kleinlichen Zwist aufzugeben, aufs neue als festgeschlossene Einheit vor dem Dänenkönige zu erscheinen. Das Bundesprincip war bisher von den wendischen Städten vertreten worden. Sie drangen jetzt umsomehr auf eine Einigung, da der Verlust der Pfandschaften drohend nahe bevorstand. Jetzt handelte es sich nicht mehr nur um die finanzielle Auseinandersetzung mit einer widerstrebenden Städtegruppe, es galt, die von allen gemeinsam erworbenen Kriegserrungenschaften zu verteidigen, ganz besonders die unter allen Umständen fortdauernde Gültigkeit der Kölner Konföderation durch gemeinhansischen Beschluß scharf hervorzuheben. Hatten die wendischen Städte am 21. Mai 1374 den Wunsch ausgesprochen, man möge sie verlängern, so erklärten nach Sonderberatung am 25. Juli die versammelten wendischen und süderseeischen Städte, ihnen dünke der Bund noch bei ganzer Kraft, da der König der Städte Friedebriefe noch nicht besiegelt habe und da mit dem Könige von Norwegen auch noch kein vollkommener Friede geschlossen sei². Die Städte selbst dachten nicht an Krieg wie 1368. Denn das war ihnen jedenfalls klar, ihre Stellung hatte sich jener Zeit gegenüber wesentlich verschlechtert; wichtige Bundesgenossen würden ihnen gefehlt haben, die nun im Bunde mit Dänemark standen, Mecklenburg und vielleicht auch Schweden. Auch würde der Bund selbst sich nicht wieder so einmütig zusammengeschlossen haben, die Preußen hätten sich zurückgehalten wie 1361, denn die Schlösserbewahrung war ihnen ja überhaupt lästig, und sonst hatten sie über Waldemar nicht sehr zu klagen. Nimmt man auch nur an, Waldemar habe rücksichtlich des Erlöschungstermins der Konföderation die Auslieferung der Schlösser gefordert, nicht, er habe gespannten Blickes die städtischen Differenzen verfolgt, worüber eine Information ihm ziemlich leicht gewesen wäre und vielleicht auch erfolgte, so gab es gerade jetzt noch ein Ereignis, welches entschieden seine Wünsche fördern mußte, ein Ereignis, über dessen Tragweite der Freund Karls IV, sobald er es erfuhr, sich klar sein mußte.

Am 17. April war zu Braunschweig gegen den aristokratischen Stadtrat eine heftige Zunftbewegung ausgebrochen, welche Hinrichtung von zehn Ratsmitgliedern, Flucht und Verfestung der übrigen zur Folge gehabt hatte. Mit diesem Aufstande drang die revolutionäre Flut, welche bereits Jahrzehnte lang die deutschen

¹ HR. II n. 77 §§ 4. 6. cf. § 3.

² HR. II n. 77 § 8. 2.

Städte des Südens und Westens beunruhigt hatte, hart bis an die Grenzen der niederdeutschen reinaristokratischen Gemeinwesen. Es lag im Interesse der Selbsterhaltung nichts näher, als daß deren festgefügte Ratsaristokratien, voran das Haupt derselben, Lübeck, einem weiteren Umsichgreifen dieser popularen Bewegung in ihrem Bereiche kräftig steuerten, soweit ihre merkantile Herrschaft sich erstreckte. Höchst energisch waren deshalb die Beschlüsse, welche der Hansetag bereits am 21. Mai 1374 zu Lübeck faßte. Mit Ausschuß aus der Hanse, Abbruch allen Verkehrs ward der rebellischen Stadt gedroht¹. Dennoch mußte dies Ereignis den herrschenden Stadträten der norddeutschen Gemeinden zugleich klar machen, daß der Grund und Boden, auf dem sie standen, der alten, bisher geglaubten Festigkeit entbehrte. Diese Erkenntnis verbot ihnen energische, aktive Schritte, große, kostenreiche Aktionen in der hohen Politik, wies sie an auf den Weg jede Differenz möglichst vermeidender, hinhaltender, höflicher Diplomatie, die gelegentlich auch zum Nachgeben sich bequemen mußte. Nach solchen Gesichtspunkten gestalteten die Städte ihr Verhältnis zu Waldemar. Auch die Erneuerung der Kölner Konföderation hatte nur den Zweck eines reinen Defensivbündnisses; sie sollte Waldemar darauf hinweisen, daß die Städte über Wahrung ihrer Rechte wachten. Die Konföderation aber repräsentierte sich politisch durch die Gesamthaltung der schonischen Pfandschaften, für welche die wendischen Städte bei den von Dänemark her drohenden Ausichten in ihrem eigenen Interesse zu werben genötigt waren².

Bis zum 21. Mai 1374 hatte über den Vorschlag der wendischen Städte vom Mai 1373 noch keine Verständigung zwischen den preussischen und den süderseeischen Städten stattgefunden³. Allem Anscheine nach hielten die letzteren mit einer definitiven Zustimmung zu der bisher ablehnend gewesenen Haltung der Preußen zurück. Daß deren Vertreter am 21. Mai sich entgegenkommender geäußert hätten, ist nirgends gesagt; die Frage nach Mithaltung der Schlösser wurde gar nicht berührt, aber nach dem 21. Mai, nach Heimkehr der preussischen Boten, fand zu Kulm eine Partikularversammlung preussischer Städte, ausgenommen Danzig und Braunsberg, statt⁴. Die Gefahr, nicht

¹ HR. II n. 71. 72. 73 § 6. Es liegt nicht im Rahmen meiner Darstellung, auf diese nun beginnenden innerstädtischen Bewegungen näher einzugehen. Sie werden jedesmal nur herangezogen, wo sie zur Erklärung oder Erläuterung der jeweiligen politischen Haltung der Städte gegenüber Dänemark zu dienen scheinen. Über den Braunschweiger Aufstand und seinen Verlauf cf. Hänselmann in den Chroniken der deutschen Städte VI p. 313—409.

² Ich hoffe, daß nach diesen Ausführungen sich die dispositionslose Auseinandersetzung Denickes, a. a. O. bis p. 219, erledigt.

³ Siehe Seite 40.

⁴ Die Proteste beider Städte gegen das eigenmächtige Vorgehen der Kulmer Versammlung cf. HR. III n. 59 und 62. Nach II n. 77 § 8. 1.

nur die Schlösser, sondern mit diesen auch den Zoll an Waldemar zu verlieren, bestimmte die Versammelten, an Lübeck und Stralsund unterm Siegel Kulms Zustimmungserklärungen zu deren Vorschlag vom Mai 1373 zu senden¹, zudem den preussischen Vogt, der nach Schonen abreiste, zu beauftragen, daß er als Bevollmächtigter der preussischen Städte auf seiner Hinreise an den Stralsunder Rat, dann auf Schonen an die Beamten der anderen Städte mündlich die gleichen Erklärungen abgebe². Alles geschah. Kaum aber waren von dem Beschlusse der Kulmer Versammlung Danzig und Braunsberg in Kenntnis gesetzt, da erließen sie sogleich, letztere Stadt am 4. Juli, ebenfalls Briefe an Lübeck und Stralsund, worin sie nachdrücklich und heftig Protest gegen das eigenmächtige Vorgehen der Kulmer Versammlung einlegten. Danzig erklärte, keinesfalls die Schlösser mithalten, überhaupt nicht länger im Bunde bleiben zu wollen. Braunsberg wünschte durch jene Erklärungen sich in keiner Weise mitgebunden zu erachten³. Die preussische Städtegruppe wies in sich eine Spaltung auf; Grund genug, daß ihrerseits die Stralsunder Versammlung am 25. Juli 1374 nicht besandt wurde. Die zustimmende Erklärung der vier preussischen Städte kam den wendischen höchst gelegen. In ihrem Verhalten gegen die preussischen stützten sie sich fortan darauf und beschlossen am 25. Juli, Boten an sie zu senden, je einen von Lübeck, von Rostock und Stralsund mit der Erklärung, die Städte wollten sich an den Recessbeschuß vom Mai 1373 bezüglich der Schlösser und des Zolles halten, da ihn ja auch die Preußen durch Erklärungen unter Kulms Siegel an Lübeck und Stralsund und durch mündliche Werbung ihres von ihnen beglaubigten schonischen Vogtes Johann Westfal zu Stralsund und auf Schonen

und III n. 62 fand zwischen Jun. 15. und Jul. 1. 1374, wenn man ca. 3 Wochen auf Heimreise der preussischen Boten von der Lübecker Maiversammlung, Berufung einer Tagfahrt durch Kulm und Eintreffen der Vertreter der anderen Städte rechnet, eine Versammlung preussischer Städte zu Kulm statt: das Vorgehen Kulms war also nicht eigenmächtig, sondern stützte sich auf einen Städtebeschuß. Braunsberg erklärte Jul. 4., nicht anwesend gewesen zu sein, eben erst die Kulmer Beschlüsse erfahren zu haben. Demnach gehört das Schreiben zu 1374; anders Koppmann HR. III p. 55, der es ohne Grund zu 1375 zieht. Es ist jedoch nicht anzunehmen, daß Braunsberg erst nach Jahresfrist von der Kulmer Versammlung Kunde erhalten und den wendischen Städten abgeschrieben haben sollte; wie Danzig, das entweder zu Kulm überstimmt, wahrscheinlicher aber ebenfalls nicht vertreten war, (III n. 59) sandte es auch seinen Protest auf Jul. 25. 1374 an die Stralsunder Versammlung. Unrichtig Denicke a. a. O. p. 215 ff., aus dessen Darstellung übrigens auch keine Klarheit zu gewinnen ist.

¹ HR. III n. 62: *eyn brif . . von der stete wegen zcu Prusen under deme ingesegil der stat van deme Kolmen, sprechende, das wir dy slosse uf Schone mit uch halden willen.*

² HR. II n. 77 § 8.1.

³ HR. III n. 59 und 62. Siehe vor. Seite Anm. 4.

bei den süderseeischen Vögten gutgeheißen hätten¹. In mündlichen Verhandlungen sollte also nochmals mit den preussischen Städten in Preußen selbst die Frage der beiderseitigen Anteilnahme an Schlössern und Zöllen, sowie noch verschiedene andere Punkte endgültig geregelt werden. Man erkennt, welche Wichtigkeit hier wie später die wendischen Städte auf die Beteiligung der preussischen an ihren politischen Aktionen legten, gewiß weil sie eine reiche kapitalmächtige Gruppe und die einzige waren, die durch ein so imposantes Staatswesen und dessen militärische Kraft, wie den deutschen Orden, gedeckt wurde. Ob die Gesandtschaft überhaupt ausgeführt ward, ist unbekannt; die Preußen beharrten auf ihrer Weigerung.

Dagegen waren an anderer Stelle die Bestrebungen der wendischen Städte von einem wirklichen Erfolge gekrönt. Ihnen war es gelungen, die immer noch reservierte, unentschlossene Haltung der Süderseer zu überwinden. Auch sie sahen endlich ein, wie wichtig für ihre umfangreichen schonischen Interessen die Behauptung der Schlösser werden könnte.

Die Verbindung süderseeischer Städte mit Dänemark war eine sehr alte; lange vor dem Auftreten der wendischen Städte, bereits um das Jahr 800, bestand der Handels- und Verkehrsweg von den Maas- und Rheinmündungen aus über Bremen und Helgoland nach Ripen und weiter über Dänemark hin². Das Privileg von 1251 zeigt die Süderseer in einem bereits lange überlieferten und wohlregulierten Verkehr zu Skanör und in andern nicht näher genannten Orten Dänemarks³. Die wichtigsten derselben mögen neben ihren Hauptniederlassungen zu Skanör gewesen sein Kopenhagen und Dragör⁴, Malmö⁵ und Ripen⁶. Unzweifelhaft waren sie neben den wendischen Städten am meisten am schonischen und überhaupt dänischen Verkehr beteiligt. Das hatte jedoch einen stillen Konkurrenzkampf zwischen beiden Gruppen zur Folge, dessen Spuren sich um über ein Jahrhundert zurück erkennen lassen, und dessen Verlauf sich im Schicksale Skanörs und Falsterbos ausspricht. Das erste bekannte Privileg der Süderseer von 1251 ist zu einer

¹ HR. II n. 77 § 8. 1.

² Über das folgende cf. im allgem. Schäfer, Einleitung p. XXIII, XXVII, XXXVII, LXV ff. Die von ihm gegebenen Nachweise lassen sich durch eine Reihe wichtiger Angaben noch vermehren. Vorstehende skizzenhafte Notizen über süderseeisch-dänischen Verkehr entnehme ich meinen Excerpten, worüber siehe III. Kap. des II. Teils.

³ HU. I n. 411—413.

⁴ HU. II n. 680. III n. 157. II n. 701 und p. 213 A. 2. cf. H. Gesch. Bll. Jg. 1874 p. XXXV. HU. III n. 86. 87.

⁵ HU. II n. 559.

⁶ Die Bedeutung Ripens für den süderseeisch-dänischen Verkehr tritt ganz besonders für die früheren Jahrhunderte hervor, dennoch läßt auch das 14. Jahrhundert noch kaum ein Nachlassen desselben erkennen; cf. z. B. HR. III n. 298 § 3 zu 1368 und HU. III p. 292 A. 1 zu 1360. Über einige andere dänische Orte cf. HU. II n. 283. 286. 701.

Zeit erteilt, als Lübeck mit Dänemark in Fehde lag¹. 1326 traten sie rechtlich wieder auf gleiche Stufe mit Lübeck, das sie überflügelt hatte, als es ihnen gelang, von Waldemar III Rechte für Schonen zu erwerben, die denen Lübecks gleichkamen². Auch 1361, im ersten waldemarischen Kriege, nahmen sie eine Haltung an, die für die verbündeten wendischen Städte nachteilig war³. Skanör bewahrte seine altberühmte Bedeutung gegenüber dem aufstrebenden Falsterbo, wo fast ausschließlich die Fitten der wendischen Städte lagen, noch durch das 14. Jahrhundert hin, erst im 15. erlitt es durch Falsterbo einen schnellen und gänzlichen Niedergang. Dafs dieser nicht schon früher erfolgte, verdankten die Süderseer wohl zum grofsen Teil ihrer engen Verbindung mit den preussischen Städten. Diese in der Streitfrage über die Behauptung der schonischen Schlösser zu sprengen, gelang jetzt den wendischen Städten. Die süderseeischen begannen, auch in Rücksicht auf ihre eigene Stellung im dänischen Verkehr hier ein Zusammengehen mit den wendischen für am vorteilhaftesten zu halten, und neigten sich auf der Juliversammlung 1374 den schwerwiegenden Gründen dieser für die gemeinsame Weiterbewahrung der Schlösser zu⁴.

Da die nächste Versammlung der Städte erst auf den 24. Juni 1375 angesetzt war, die wichtigste preussische Stadt noch widerstrebt, war eine Zollaufteilung noch immer unmöglich. Die Versammlung beschlofs deshalb auch über den im Herbst 1374 fälligen Zoll, dafs er wie der vorjährige nach Abzug von 500 ℔ sundisch für Henning von den letztjährigen Erhebern versiegelt nach Stralsund übergeführt werden und dort liegen bleiben solle, bis eine Eintracht zwischen allen Städten über seine Verteilung festgestellt sei⁵.

Die Versammlung zu Lübeck am 24. Juni 1375 vereinigte endlich einmal wieder Vertreter aller vier Gruppen und brachte in zwei Richtungen eine Entscheidung der Schlösserfrage. Der Antrag Waldemars von 1374 auf Rückgabe der Schlösser und Zölle ward verworfen, dagegen beschlossen, die Festen für die Gesamtheit der Städte mittelst der Zollerträge verwalten zu lassen und dem Drost, wenn möglich, seinen Kontrakt nach dem 25. Juli, bis wann er also nach Wunsch der Städte 1374 doch die Weiterbewahrung angenommen, auf ein ferneres Jahr zu

¹ cf. Schäfer. Einleitung p. XXXIII A. 3.

² HU. II n. 449—452. cf. n. 283. 286.

³ Siehe Einleitung Seite 4.

⁴ Jul. 25. 1374 waren vertreten zu Stralsund wendische und drei süderseeische Städte, letztere durch ihre schonischen Vögte, die durch die Werbung des von den Preussen beglaubigten Joh. Westfal, siehe Seite 48, bereits in ihrer Haltung bestimmt sein mochten. Der Recesbschluß, welcher die Heranziehung der Preussen sich zum Ziele setzte, wird dementsprechend ausgegeben als ein »meenliken« von den Versammelten gefafst. (HR. II n. 77 § 8.)

⁵ HR. II n. 77 § 8. 5. 6. 8. 9. cf. § 3.

verlängern. Gehe das nicht, so wollte man sich nach einem anderen tüchtigen Manne umsehen, der die Schlösser für die Konföderation treulich bewahre. Es war ein Beschluß von drei Gruppen, nochmals widersprachen die Preußen, betonten nochmals, mit der Schlösserbewahrung nichts zu schaffen haben, aber doch ungeschmälert ihren Zollanteil einziehen zu wollen. Nachdem die anderen Gruppen wiederholt geäußert, daß die Kulmer Zuschrift und die Werbung des preussischen Vogtes, beide erlassen namens der preussischen Städte, für sie verbindlich seien trotz ihres Einwurfes, die Schreiben hätten nicht allgemeine Zustimmung unter ihnen gefunden¹, schritten sie über den Widerspruch der einen Gruppe hinweg zur definitiven Regelung der Frage im Sinne des wendischen Antrages vom Mai 1373. Die wendisch-livländische und die preussisch-süderseeische Partei sollte kommenden Herbst je einen Boten nach Schonen senden zu gemeinsamer Hebung des Zolles. Von diesem sollten dann zuvor die Verwaltungskosten der Schlösser abgezogen, der Rest gleich drüben geteilt werden zu halb und halb. Einem abermaligen Einspruche der Preußen gegen die vorangehende Bestreitung der Unterhaltungskosten aus dem Zolle begegneten energisch die anderen Städte mit der Erklärung: wenn die Preußen Mitgenuß an den Zollerträgen beanspruchten, müßten sie zur Mitbewahrung der Schlösser bereit sein. Murrend werden jene der Majorität sich gefügt haben, um nicht ihres Zollanteils überhaupt verlustig zu gehen².

Nach Regelung der Zollverteilungsfrage war somit endlich Raum für eine Abrechnung über die so lange in Stralsund zurückgehaltenen Zollerträge der letzten drei Jahre. Sie fand noch auf der Juniversammlung 1375 statt, und zwar beschlagnahmten die wendischen Städte allein die Einnahmen von 1372, was sie wegen ihrer Nachforderungen schon 1371 hatten verlauten lassen, dagegen wurden die Summen der beiden folgenden Jahre zwischen beiden Parteien zu halb und halb aufgeteilt; ja vielleicht nahmen die wendischen Städte, um nicht die mühsam errungene Eintracht sogleich wieder zu gefährden, die Besoldung Hennings für 1374/1375 und andere Kosten allein auf ihr Konto³.

¹ Wenn dies die Boten Thorns und Elbings auf der Lübecker Versammlung namens der preussischen Städte erklärten, so besagt es, daß inzwischen die Kulmer Partei durch die Danziger gesprengt war. Die Möglichkeit dieser That erklärt sich durch die überragende Bedeutung letzterer Stadt innerhalb ihrer Genossinnen. cf. Hirsch a. a. O. p. 38 f.

² HR. II n. 86 § 1.

³ HR. II n. 86 § 25. III n. 87. Siehe im Exkurs I die Ausgaben 1373 u. 1374. 1373 und 1374 ist der Zoll bereits faktisch auch durch beide Gruppen so erhoben worden, wie HR. II n. 86 § 1 festsetzte, gemäß dem Beschlusse n. 53 § 12: Desse twe partye . . . scholen half unde half wezen . . . an dem tollē . . . II n. 77 § 4 liefert den Beweis für die von beiden Parteien 1374 geschehene Erhebung, n. 77 § 6, in Bezug gesetzt zu § 4, den Beweis für 1373: § 4: uze radmanne, de wi dar senden den tollē up to bornde mid der stede vogheden (Beschluß der wendischen Städte,

Jedoch das fühlbare Deficit, welches infolge dieser und anderer Kosten die Abrechnung der Rostocker Versammlung am 15. Juli für sie feststellte, vermochte sie zu einem Beschlusse, der den eben mit der Gegenpartei getroffenen Vereinbarungen durchaus entgegen lief: so lange nämlich den Zoll erheben und unter sich, die vier Städte, teilen zu wollen, bis sie ihre sämtlichen im Interesse der Schlösser gemachten Auslagen gedeckt haben würden; erst dann, eher nicht, die anderen Städte, denen Miterhebung und Mitgenuß zustehende, wieder teilnehmen zu lassen¹. Schon 1375 scheinen sie ihren Willen durchgeführt zu haben; von Widerspruch hören wir nichts, die anderen Gruppen erkannten ihre Forderungen als berechtigt an². Eine Art Gewaltakt, eine widerrechtliche Usurpierung begingen damit die wendischen Städte nicht³. Hatten sie endlich unter Führung Lübecks ihr Ziel erreicht, war es ihnen gelungen, zunächst die Süderseer, dann auch die Preußen wieder mit sich zu vereinigen, die Behauptung der Schlösser, die auf ihre Schultern herabgleiten zu sollen schien, und der Zölle wieder auf die viel breitere Grundlage des ganzen Städtebundes zu stellen, so vermochte die nun neu gefestete Konföderation am 24. Juni 1375 mit mehr Würde, weniger scheuer Zurückhaltung Waldemar gegenüber zu treten.

Nach dem 25. Juli 1374 hatte der König die Städte nicht weiter gedrängt, vermutlich weil gerade jetzt sein Hauptaugenmerk auf die Erwerbung Schleswigs gerichtet war. Er brachte deshalb erst am 24. Juni 1375 aufs neue seinen Antrag auf Rückgabe der Schlösser und Zölle vor, und zwar wandte er sich brieflich an die Versammlung, ersuchte gleichzeitig den Bischof von Lübeck und einen gewissen Hartwich Tzabel⁴ um Fürsprache bei den Städten. Diese faßten daraufhin einen positiv ablehnenden Beschluß, schrieben jedoch in höflichster Form an Waldemar und baten, einen ihm bequemen Zeitpunkt zu Verhandlungen über die Schlösserfrage und andere Dinge am liebsten in Schonen anberaumen und mitteilen zu wollen⁵. Sie meinten ganz richtig, daß eine mündliche Ablehnung seiner Bitte den König weniger erzürnen und verletzen werde, sagten deshalb

deren Angehörige die erstgenannten, während letztere die süderseeischen und der preussische Vogt auf Schonen sind), und § 6, auf § 4 bezogen: De sulven, de den tollē overme jare to Schone upborden, dat de ene jarlink ok scholen upboren.

¹ HR. II n. 94 § 3. cf. III n. 87.

² Siehe im Exkurs I vor dem Jahre 1375.

³ Jenes meint Suhm a. a. O. p. 742: Man maae tilstae, at Lybek og de vendiske Staeder tilegnede sig Fortrin fremfor de andre.

⁴ Die Zabels waren ein sächsisches Geschlecht, gen. Hartwich ein Unterthan Erichs v. Sachsen-Lauenburg. cf. LU. IV n. 215. Warum Denicke a. a. O. p. 223 ihn zu einem mecklenburgischen Ritter stempelt, weiß ich nicht.

⁵ HR. II n. 86 §§ 1. 4. n. 87.

auch in ihrem Briefe kein Wort über ihre schon gefassten Beschlüsse, sondern hielten ihn geschickt hin. Auch wandten sie sich an Henning mit der Bitte, daß er für eine Zusammenkunft in Schonen zwischen ihren Boten und dem Könige wirke¹. Gleichzeitig ward die Zusammensetzung der nach Dänemark geplanten Gesandtschaft vereinbart; jede wendische Stadt sollte einen Ratsherrn senden, die livländischen Städte gaben für sich den anderen Vollmacht, seitens der Preußen und Süderseer sollten natürlich, wie es auch geschah, deren Vögte auf Schonen sich beteiligen. Ihr Zweck war, den König zu mahnen um die endliche, noch immer ausstehende Ratifikation der Privilegien mit dem großen Siegel, um schiffbrüchiges Gut und andere Gebrechen, die der Kaufmann in Schonen und Dänemark erleide, um Schädigung und Abstellung der Klagen des Kaufmanns auf Schonen und sonderlich zu Malmö, und um die gegen die Vertragsbriefe bisher den Städten vorenthaltene Hälfte von Helsingborg². Als Termin der Verhandlungen war wohl Ende September vereinbart worden. Die vier wendischen Vororte sandten je einen Ratsherrn nach Schonen; die sich zu Falsterbo mit den schonischen Vögten der anderen Städte und Johann Lange vereinigten³. Auch Henning von Putbus befand sich dort. Mit ihm schlossen die städtischen Vertreter Michaeli über weitere einjährige Bewahrung der schonischen Schlösser bis zum 25. Juli 1376 ab. Sein Gehalt blieb unverändert, 1000 sk sundisch nebst den Hardeneinkünften; Kostenansprüche und Schadenforderungen sollte er nachträglich nicht stellen; nur an Ratmänner Lübecks und Stralsunds sollten die Schlösser zurückgegeben werden dürfen, wenn deren Boten sie einforderten. Innehaltung des Vertrags gelobten außer Henning seine Vögte zu Skanör und Falsterbo durch Besiegelung, beide nebst dem von Helsingborg auch mit Hand und Mund⁴; der Vogt zu Malmö begegnet hier nicht, wahrscheinlich weil er sich den Städten recht unbeliebt gemacht

¹ HR. II n. 86 § 5.

² HR. II n. 86 §§ 2. 3. n. 88. Hier wird nur die Hälfte von Helsingborg genannt, n. 106 sogar die Hälfte von Malmö und von Helsingborg. n. 220 § 25 fehlt Malmö überhaupt. Auf irgendwie befriedigende Erklärung dieser merkwürdigen Angaben muß ich verzichten.

³ HR. II n. 105 § 1.

⁴ HR. II n. 105 §§ 1. 2. n. 106. Die Auszahlung des Geldes in zwei Raten fiel also fort, und er sollte das ganze Gehalt am Endtermin erhalten. cf. sonst die ähnlichen Bestimmungen in II n. 20. Merkwürdig ist, daß die offizielle Vertragsurkunde n. 106 als Datum Okt. 25. und als Ausstellungsort Skanör hat, da doch ihr Abschluß mit Henning zu Falsterbo Sept. 29. erfolgte. Wahrscheinlich wurde eine Besiegelung des Entwurfes hinausgeschoben, weil Henning, wie 1374, sein Verhalten vom Rate des Königs abhängig machte. Henning war nach n. 106 also nicht am Sterbebette Waldemars, er war den Städtern nachgereist, als sie von Gurre schieden, hatte sie in Helsingborg eingeholt (n. 105 § 4), dann mit ihnen zusammen den Weg nach Skanör gemacht, wo sie Okt. 25. waren (n. 106) und von wo sie nach Kopenhagen überfuhren (n. 105 § 7).

hatte. Am 21. März 1375 war nämlich heftige Klage der Kaufleute Lübecks, Rostocks, Wismars und anderer Städte, die zu Malmö zu liegen pflegten, über ihn an genannte Städte eingelaufen. Er hatte gegen Recht und Gewohnheit einen neuen Wegzoll nach Lund eingeführt und sich trotz der Vermittelung des Erzbischofs geweigert, ihn aufzuheben. Die Kaufleute baten ihre Städte, sich bei Henning für ihr Recht zu verwenden. Diese richteten am 24. Juni ein Schreiben an ihn, worin sie ihn aufforderten, kommenden Herbst keine neuen Vögte auf den Schlössern zu setzen ohne Rat und Gutheißung der städtischen Vögte, die also entgegen dem Vertrage von 1371 um ihre Meinung bisher nicht befragt waren¹.

Von Falsterbo zogen die Vertreter der fünf wendischen Hauptorte und Kampens, geleitet von Henning, hinüber nach Schloß Gurre in Nordostseeland, wo König Waldemar sich aufhielt. Er war erkrankt, aber die Verhandlungen mit ihm haben noch begonnen über all die mannigfachen Schädigungen, denen der hansische Kaufmann seit 1372 in Dänemark ausgesetzt gewesen, und die sich gerade in diesem Jahre außerordentlich noch gesteigert hatten in Beschlagnehmung schiffbrüchiger Güter und Beraubungen auf Schonen namentlich, über die Schlösserfrage und über die endliche Besiegelung der Privilegien. Doch die Krankheit des Königs verschlimmerte sich, es ging mit diesem kraftvollen, vielbewegten Leben schnell zu Ende. Eine Anzahl der höchsten Reichswürdenträger und bedeutendsten Reichsräte, darunter der Erzbischof von Lund, der Bischof von Roskilde, Henning von Putbus, Anders Jakobson und Tuve Galen, die zwei mächtigsten Adligen Schonens, Rikman von der Lanken und verschiedene Schloßhauptleute, war inzwischen an seinem Sterbelager versammelt; sie verabschiedeten die hansischen Gesandten mit dem Hinweis, daß bei dem gegenwärtigen Zustande des Königs Verhandlungen mit ihm völlig ausgeschlossen seien. Noch verhiels der König, dessen Stimmung angesichts des nahenden Todes versöhnlicher ward, den Boten: Werde er gesund, so wolle er gern die Vereinbarungen mit den Städten einhalten, und als sie nach Helsingborg übergesetzt waren, sandte er ihnen Henning nach und liefs die Städte bitten, ihm alle etwaigen Kränkungen zu vergeben; dem Reichsräte befahl er, bei Kap Skagen schiffbrüchig gewordenes Gut ihnen zurückzugeben, aber nur falls er sterbe. Charakteristisch für ihn! Bis zum letzten Augenblicke scheute er sich, etwas einmal Errungenes, sei es auch noch so gering, aus den Händen zu geben. Lebe er bis zum 24. Juni 1376, liefs er schliesslich den Städtern sagen, so wolle er auf versammeltem Reichstage ihnen die Privilegien besiegeln. In keinem Punkte fand er sich zu wirklichem Entgegenkommen bereit. Für den Fall seines Todes jedoch

¹ HR. II n. 104, cf. n. 20. n. 86 § 5.

gaben die anwesenden Reichsräte den aus Gurre scheidenden Boten von Reichswegen die Versicherung, daß sie alles den Städten von ihnen Besiegelte wie Ehrenmänner halten wollten. Auch unterdrückten sie die Besorgnis nicht, daß es nach ihres Herrn Tode schlimm um das Reich stehen werde, und erklärten, sich nötigenfalls gern nach dem Rate der Städte richten zu wollen. Die Boten beschlossen, dies zur Erwägung ihren Räten vorzutragen, überreichten zu Helsingborg dem Drost eine schriftliche Zusammenstellung ihrer Wünsche und Klagepunkte mit dem Vorbehalt, neue ihnen zu Ohren kommende noch hinzufügen zu dürfen. Am 1. November trafen sie in Kopenhagen ein. Viele Klagen über Wegnahme schiffbrüchigen Gutes mußten sie hören und Bitten um Verwendungsschreiben deswegen an den Reichsrat. Die Kunde vom Tode Waldemars hatte sich verbreitet. Am 24. Oktober war er zu Gurre verschieden. Mit großer eigener Besorgnis vor der Zukunft und der Entwicklung der Lage Dänemarks trennten sich die Boten, nachdem die von Lübeck, Rostock, Stralsund, Wismar und Greifswald eine vorläufige Tagfahrt ihrer Städte nach Wismar auf den 20. Januar 1376 angesetzt hatten¹.

¹ HR. II n. 105 §§ 3—10. Wegen § 3, der Versicherung der Reichsräte, cf. I n. 524. II n. 12. Zu § 7 möchte ich bemerken, daß gerade daraus, weil die Kaufleute um Briefe an den Reichsrat bitten, Nov. 1., auf ihre Kenntnis vom Tode Waldemars geschlossen werden darf. Reinhardt a. a. O. p. 498 f. meint, er sei damals noch nicht in Kopenhagen bekannt gewesen, und schließt daraus auf seine Verheimlichung durch die Reichsräte, was doch zum mindesten grundlos und unwahrscheinlich. Über Waldemars Todestag cf. Reinhardt a. a. O. p. 591 A. 173. Zu § 10: Das Fehlen Kampens ist ganz natürlich, es war Winter und die Stadt lag zu weit entfernt.

Zweites Kapitel.

Die letzten fünf Jahre Waldemars.

Die Bestrebungen Waldemars seit seiner Rückkehr, nachdem er Mecklenburg durch einen klugen Schachzug, der ihn nichts kostete, für sein und Dänemarks Interesse gewonnen, zielten alle darauf, die Spuren der großen Niederlage nach Möglichkeit bald zu verwischen. Zunächst wandte er sich gegen die Holsteiner¹. Nachdem der erste Versuch einer Annäherung an sie zur selben Zeit, als er mit den Städten Frieden schloß, fehlgeschlagen war², setzten die Grafen, obgleich Mecklenburg und die Städte, ihre Verbündeten, sich mit Waldemar ausgesöhnt hatten, mutig den Kampf fort. Der König ging nach Jütland, um seine hier verlorenen Positionen wieder zu gewinnen. Überall machte er Fortschritte, über Apenrade vordringend erstürmte er sogar — Ende 1372 oder Anfang 1373 — Flensburg³.

¹ cf. im allgemeinen über das folgende bzgl. Holsteins Reinhardt a. a. O. p. 473 ff. und Schäfer a. a. O. p. 536 ff.

² HR. II n. 28. 29.

³ HR. II n. 50. Schreiben v. Febr. 14. 1373 Lübecks an Lüneburg: dominus rex Danorum cum potencia gentis sue civitatem Flenseborgh, ut dicitur, cepit et sibi subjugavit. Das Gerücht davon war nach Lübeck gedrungen. In II n. 56, einem Schreiben vom Mai 7. 1373 wird das Ereignis als Zeitbestimmung eines anderen angewandt: tempore illo, quo civitatem Flenseburgensem expugnassetis. Unrichtig setzt Schäfer a. a. O. p. 540 die Einnahme der Stadt nach dem Friedensschlusse des Königs mit den Grafen, Jan. 24. 1373. Das wäre empörender Friedensbruch gewesen und hätte sofort neuen Krieg entfacht. Davon aber verlautet gar nichts. Viel wahrscheinlicher ist doch, daß der schnelle und für Waldemar so günstige Friedensschluß zum guten Teil gerade dadurch herbeigeführt wurde, weil es dem Könige gelungen war, sich in Besitz jener Stadt zu setzen, dadurch ein vorzügliches Friedensobjekt in seine Hände zu bekommen. — Reinhardt a. a. O. p. 477 setzt die Eroberung Flensburgs zu Ende 1372. — Über die Eroberung der Stadt cf. auch MGSS. XXI Chronikon Holsatiae c. 26 p. 282.

Gleichzeitig vermochte er die verwittwete Herzogin Rixe, Mutter des regierenden Herzogs Heinrich von Schleswig, ihn als Vormund und Vertreter für ihr ganzes Leibgedinge: ganz Alsen mit Sonderburg, den ganzen Sundewitt und große Teile des heutigen Nordschleswig, zu wählen und ihm das Recht zuzugestehen, alle davon abhanden gekommenen Kirchspiele, Harden, Güter, Schlösser und Höfe einzulösen und zu behalten, außer wenn ihr Sohn sie von ihm wieder einlösen wolle¹. Damit gewann der König eine scharfe Waffe gegen die Grafen. Mit ihnen und dem jütischen Adel schloß er unter Vermittlung der Mecklenburger am 24. Januar 1373 im eben eroberten Flensburg einen Frieden, der ihn wieder zum Herrn auf der jütischen Halbinsel im selben Umfange, wie er es vor 1368 gewesen war, machte². Und in demselben Umfange wie vor 1368 beutete Waldemar mit aller Energie und Rücksichtslosigkeit seine Vorteile aus. Die in Nordjütland gebrochenen königlichen Festen wurden wieder gebaut, Pfandschaft um Pfandschaft brachte er wieder in seine Gewalt.

Auch über die Königsau hinaus ins Herzogtum griff er nach geschlossenem Frieden. Im Februar 1374 warf er die Nordfriesen nieder. Gleichzeitig faßte er den Plan, das Herzogtum Schleswig, welches nach Heinrichs unbeerbtem Tode an die Krone Dänemark zurückfallen mußte, aber durch Verpfändungen größtenteils in andere, besonders holsteinische Hände übergegangen war, auf dem Wege der Einlösungen schon jetzt allmählich zu erwerben. Die Zustimmung des Herzogs zur Einlösung Gottorps von den Grafen erlangte er leicht, wurde aber von ihnen natürlich abgewiesen. Dagegen ließ er sich von Graf Adolf dessen Rechte auf Hadersleben gegen 1000 Mark abtreten und suchte die haseldorfer Marsch an der Elbe, deren Schloß ihm eine vorzügliche Angriffsstellung gegen Holstein bieten konnte, allerdings vergeblich, an einen seiner Getreuen zu bringen. Da starb im Sommer 1375 Herzog Heinrich, seine Wittwe schloß sich an Waldemar an³. Er selbst aber sollte den Ausbruch des Kampfes mit Holstein auch nicht mehr erleben.

War sein Streben nach Wiederaufrichtung der durch den Krieg vernichteten politischen Größe Dänemarks an dieser Grenze von bedeutsamen, wenn auch nicht abschließenden Erfolgen begleitet gewesen, so war es auch sein seit 1372 wieder begonnenes rastloses Arbeiten, die gleichfalls durch den Krieg und durch seine lange Abwesenheit stark geschädigte Macht und Autorität der Krone auf die Höhe, welche sie 1368 eingenommen, zu heben. In Jütland und im ganzen Reiche ver-

¹ SchHLU. II n. 226.

² SchHLU. II n. 227.

³ SRD. I p. 313. SchHLU. II n. 236. 235. 238.

mehrte er durch Anwendung der alten, früher von ihm geübten Mittel die königlichen Güterkomplexe, Höfe und Schlösser ganz bedeutend. Ja, etwas, das die Stürme der Kriegsjahre überdauert hatte, befestigte er auch jetzt noch mehr und mehr, die monarchischen Gedanken in der Nation. Bei seinem Tode hinterließ er im Reichsrathe eine recht gewichtige, königstreue Partei, die zum großen Theil aus den deutschen Adligen bestand, welche durch Waldemar früher ins Land gezogen und durch Heiraten in dänische Geschlechter zu Macht und Ansehen und Reichtum emporgestiegen waren. Ihr Leiter und der treueste und uneigennützigste Diener des Königshauses war und blieb in dem beginnenden Streit um die Nachfolge in Dänemark Henning von Putbus¹.

Die Hanse allein war bei Waldemars Tode noch im Besitze der wesentlichsten im Stralsunder Frieden gemachten Er rungenschaften. Aber die von ihnen erhofften Vorteile hatten sich doch nicht in dem Maße eingestellt, wie die Städte erwartet hatten. Von Jahr zu Jahr waren sie gegen den König in eine ungünstigere Stellung geraten; er hatte alle Fragen, Forderungen und Beschwerden in der Schwebe gelassen, sich zu keinem Zugeständnis bereit gefunden, ja, sie glücklich aus verschiedenen Positionen zu drängen gewußt. Auf diplomatische Mittel, auf stillen Kampf hatte er sich ihnen gegenüber beschränkt. Auf allen Punkten war sein Streben von Erfolg begleitet, und nur sein schneller Tod hinderte ihn, die Ziele zu erreichen, auf die er mit der alten, ungeschwächten, seinen Gegnern genugsam bekannten Energie und Geschicklichkeit hinarbeitete. Mag man ihn auch in moralischer Hinsicht vielfach verurtheilen, und mit Recht; dem Betrachter seines Wollens und Wirkens nötigt er dennoch Achtung, zuweilen Bewunderung ab. Denn in unablässiger, harter Lebensarbeit diente er bis an seinen Tod nicht zunächst sich, sondern seinem Volke. Das rettete er vom Untergange, dessen nationales Bestehen sicherte er trotz aller Anfeindungen und Schläge, die ihn trafen. Ein ehrendes Zeugnis ward ihm auch ausgestellt von Graf Klaus, der bei der Nachricht von seinem Tode den Herrn pries, daß er ihn von einem so mächtigen Feinde befreit habe².

Auch die deutschen Städte atmeten wohl auf bei dem Tode ihres Drängers, gleichzeitig aber stellte sich bei ihnen die Besorgnis vor der Zukunft ein. Schon als ihre Boten aus Dänemark schieden, sprachen sie die Besorgnis aus, falls im Winter dort die Dinge keinen ruhigen Verlauf nähmen, werde es zum nächsten Sommer auf See unruhig werden. Auch über Räuber in Schonen klagten sie. Es fehlte eben der mächtige Arm des

¹ Reinhardt a. a. O. p. 480. Erslev a. a. O. p. 412 f.

² MGSS. XXI Chronicon Holsatiae c. 27 p. 283.

Mannes, der allem Unwesen — wenn überhaupt — nur einen beschränkten Spielraum gewiesen hatte. Entschied sich die Neubesetzung des dänischen Thrones nicht im Winter, so war zu fürchten, daß zum Frühjahr alle zügellosen Elemente auf eigene Faust ausbrechen würden. Ebenso besorgt schaute der dänische Reichsrat der kommenden Entwicklung entgegen¹.

¹ HR. II n. 105 §§ 9. 5.

Drittes Kapitel.

Der dänische Thronstreit und die Hanse.

Mit Waldemars söhnelosem Tode war das Geschlecht Svend Estrithsons ausgestorben. Anspruch auf den Thron erhoben seine zwei Enkel, Albrecht, der Sohn seiner älteren Tochter Ingeborg, die mit Herzog Heinrich von Mecklenburg vermählt, damals aber schon verstorben war, und Olaf, der Sohn seiner jüngeren Tochter Margrethe, Gemahlin Hakons von Norwegen¹. Waldemar hatte nichts gethan, die Nachfolge des einen oder des andern zu sichern, aus politischen Rücksichten allerdings dem Mecklenburger Aussichten gemacht, die jedoch wertlos waren, so lange des Reichsrats Beistimmung zu diesen Verheissungen fehlte. Da Dänemark im Princip ein Wahlreich, obgleich man sich an das alte Königsgeschlecht zu halten pflegte, war es für Albrecht belanglos, daß er der Sohn der älteren Tochter Waldemars war. Aber der alte Herzog hatte sonst nichts versäumt, nach seinen deutschen Thronfolge- und Erbrechtsbegriffen die Sache seines Enkels recht sicher zu stellen. Am 6. Juni 1373, am 28. April und 28. Mai 1374 liefs er sich und den Seinigen die Anwartschaft seines Enkels auf den dänischen Thron von Kaiser Karl und seinem Sohne Wenzel bestätigen². Und gewifs auf Bitte des Mecklenburgers forderte Karl am 6. November 1375 von Pritzwalk aus die Dänen auf,

¹ Der Thronstreit ist oft und eingehend behandelt worden. Ich verweise auf Suhm a. a. O. XIV p. 1 ff., Munch a. a. O. 2. Afd. II p. 1 ff., Rudloff a. a. O. p. 497 ff., Dahlmann a. a. O. p. 51, Fock a. a. O. IV p. 45 ff., Krarup: Kongeskiftet efter Valdemar Atterdags Död, in der Hist. Tidsskr. 4. Raekke V. 1876. Schäfer a. a. O. p. 549 ff., Denicke a. a. O. p. 241 ff., Lindner: Geschichte des deutschen Reiches unter König Wenzel II c. 21, Erslev. a. a. O. p. 52 ff.

² Styffe a. a. O. p. LXII und A. * und n. 53 p. 148, cf. n. 52 p. 147. HR. II n. 109. Die eifrige Verwendung Karls für die Mecklenburger erscheint doch in merkwürdig anderem Lichte, wenn er 1374 Mai 13. den

den jungen Albrecht als den nächstberechtigten zu wählen und ihm zu gehorchen¹.

Für beide Parteien kam es zunächst darauf an, die dänischen Großen zu gewinnen; die Stimmung des Volkes besagte wenig. Beide schlugen ganz verschiedene Wege ein. Albrecht stützte sich auf die Erbensprüche seines Enkels, legte ihm Titel und Wappen der dänischen Könige bei und ging ganz unkluger Weise ein enges Bündnis mit den holsteinischen Grafen ein, die gleich nach Waldemars Tode erobernd in Schleswig vorgezogen waren. Jütland und verschiedene Inseln und Schlösser wurden ihnen durch den präsumtiven mecklenburgischen Landesherrn am 21. Januar 1376 teils abgetreten, teils zum Pfande gesetzt, wogegen sie sich zur Kriegshilfe gegen Dänemark verpflichteten². Dieser Vertrag mit dem verhaßtesten Feinde Dänemarks stürzte die Sache der Mecklenburger, verschaffte Margrethe den Sieg. Allerdings stand eine Anzahl deutsch-dänischer Adliger zu Mecklenburg und versprach Kriegshilfe, doch die Mehrheit des Reichsrates trat nun entschieden für die norwegische Kandidatur ein. Margrethe war mit ihrem Sohne, wenn auch nicht schon am Sterbebette Waldemars, so doch ganz kurz darnach von Norwegen her in Kallundborg eingetroffen, und Hakon folgte ihr bald nach. Anhänger hatte sie bereits zuvor, an ihrer Spitze den Drost selbst, und sie eilte, jene zu verstärken und durch reichliche Vergabungen fester an sich zu knüpfen³. Viel half gewiß auch ihr persönliches Erscheinen und geschmeidiges Auftreten in Dänemark. Waren auf dem Herrentage zu Odense kurz nach Waldemars Tode die Meinungen der Reichsräte nach drei Richtungen geteilt gewesen, indem sogar einige für die Kandidatur eines aus ihrer Mitte aufgetreten zu sein scheinen⁴, der mit dem Königshause

dänischen Reichsrat aufforderte, seinen Herrn zu neuer Heirat anzuhalten, ne . . . eo sine prole decedente, gwerrarum in regno suscitentur dissidia. cf. Suhm a. a. O. XIII p. 872.

¹ Reg. dipl. hist. Dan. 2. Ser. I 1. n. 2907. Okt. 20.—30. war Karl in Lübeck, cf. über diesen Besuch die kritische Darstellung von Mantels in den H. Gesch. Bl. Jg. 1873. p. 109 ff.

² SRS. III 1. p. 199. SchHLU. II n. 244—247.

³ Reg. dipl. hist. Dan. I n. 2689—2691. Suhm a. a. O. p. 4 ff. und 493 ff. Bezeichnete sich Margrethe in ihren ersten Urkunden als heres Valdemari, sogar als Dacie . . . regina, so möchte ich nicht dem Urteile Suhms p. 4, auch nicht der Ausdeutung Erslevs, a. a. O. p. 61, mich anschließen, meine vielmehr, sie wollte damit vor den Dänen Mecklenburg gegenüber ebenfalls ihr Recht an den Thron betonen. Von dänischen Adligen, selbst vom Drost selbst ward sie Ende 1375 als koninginnen — tho Denemarken, Dacie regina bezeichnet; cf. Suhm a. a. O. XIV p. 495. u. p. 5.

⁴ Huitfeld a. a. O. p. 555. Mögen auch Erslev und Krarup seinen Bericht stark anzweifeln, so ist doch kein Grund da, ihn ganz zu verwerfen; im Gegenteil doch sehr wahrscheinlich, daß unter Leitung des Drostens bald nach Waldemars Tode eine Reichsratsversammlung stattfand, um über die nächsten Schritte Beschlüsse zu fassen.

zwar verwandt, aber sonst unbedeutend war, so war wohl schon um die Jahreswende, sicher Ende Januar, eine bedeutsame Majorität für Olafs Wahl gewonnen. Wenn der feierliche Akt derselben sich noch um vier Monate etwa verzögerte, so leitete die Reichsräte wohl der Gedanke, möglichst keine Spaltung innerhalb ihrer selbst herbeizuführen und die mecklenburgisch Gesinnten zum Übertreten auf ihre Seite zu bewegen, dann aber die notwendige Rücksichtnahme auf das Recht der Hanse, der die Entscheidung über die Besetzung des dänischen Thrones zustand, die ihnen bei ihren nationalen Bestrebungen möglicherweise eine Stütze gegen mecklenburgische Eroberungsgelüste sein konnte und deshalb nicht erzürnt werden durfte.

Der Hanse mußte am wünschenswertesten ein möglicher Gleichgewichtszustand innerhalb des Komplexes der nordischen Mächte sein. Das war wenigstens bisher traditionell lübische Politik gewesen. Wurde aber Albrecht oder Olaf gewählt, so vollzog sich entweder eine Union Mecklenburgs und Schwedens mit Dänemark, oder Norwegens mit Dänemark. Den Versuch dagegen, beides zu umgehen und einen dritten, ihr genehmen Kandidaten auf den Thron zu setzen, durfte sie ohne Krieg nicht durchzuführen hoffen. Sie wurde von der Erwägung geleitet, welche Union für sie politisch wie merkantil die meisten Vorteile böte. Erstere war nicht nur an sich bedrohlich, sondern im Bundes- und Freundschaftsverhältnis zu Mecklenburg standen außerdem die Holsteiner. Die wendische Städtegruppe, im Norden am meisten interessiert, wäre von allen Seiten durch diese Union umfaßt und zu Boden gedrückt worden. Dagegen schien eine Union Dänemarks und Norwegens zunächst den Städten nur Vorteile zu verheißsen, denn die politische Kraft Norwegens war nicht bedenklich. In beiden Reichen aber entbehrte die Hanse noch immer der endgültigen Bestätigung ihrer Privilegien. Als Preis ihrer Zustimmung zur Wahl Olafs durfte sie jene wohl fordern, vielleicht darüber hinaus noch Vorteile zu erringen hoffen¹.

Wie die Boten der fünf wendischen Städte bei ihrem Scheiden aus Dänemark im November 1375 verabredet, trat am 20. Januar 1376 die Versammlung zu Wismar zusammen; nur Greifswald fehlte. Beide Parteien, Albrecht und das norwegische Königspaar, außerdem der dänische Reichsrat warben um die Stimme der Städte, beide stellten Privilegien-Bestätigung und Vermehrung in Aussicht; persönlich waren in Stralsund zuvor

¹ Die größere Neigung der Städte für die Kandidatur Olafs mochte auch Karl IV nicht verborgen sein. Jan. 16. 1376 befahl er Lübeck (LU. IV n. 282, cf. HR. II p. 119 f.): Daz ir der egenanten kuniginne von Norwegen und irem sone wider denselben unsern oheimen und seines sones son nicht zuleget oder hilfe tut, und ouch, das ir den obgenanten unsern oheim und seines sones son nicht hindert oder irret an dem kunigriche zu Denemarken, dorezu sie recht haben.

schon erschienen Henning und Anders Jakobson, die eifrigsten Anhänger der norwegischen Kandidatur in Dänemark und Schonen, und warben um endlichen vollkommenen Friedensschluss zwischen der Hanse und Norwegen¹. Wegen Fehlens der Preußen und Süderseer verschoben die Städte eine Beantwortung dieser Werbungen auf einen neuen Tag, den 23. März, zu Lübeck, benachrichtigten beide Städtegruppen von dem Geschehenen und baten um Besendung der vorgeschlagenen Tagfahrt, um die Thronfrage zu entscheiden, wie es für die Städte und den gemeinen Kaufmann am meisten von Nutzen sei². Eben dies war für die Städte Ziel und Angelpunkt: möglichste Förderung der merkantilen Interessen.

Bereits hatte Stralsund vor dem 20. Januar, nach Eintreffen der beiden Dänen und der durch sie mitgebrachten schriftlichen Werbung Margrethes, eigenmächtig die Preußen von deren Mission benachrichtigt, eine Kopie des königlichen Schreibens mit eingesandt und sie zu einem Tage auf den 17. Februar eingeladen. Noch vor Empfang des städtischen Briefes vom 20. Januar hatten die preussischen Städte am 3. Februar Stralsund geantwortet: no wundert uns sere, das uch der vorgenanthe konig selben keyne brive noch gelobde hat gesant, wen is uns dunket grosse sachen syn, der vrouwen czu gelöbin und czu ir czu geen. Und allerdings mochte das erste, selbständige Eingreifen dieser nachmals öfter für die Hanse so bedrohlichen Frau die Preußen in Verwunderung setzen, wie es auch wohl Stralsund verblüfft hatte. Vielleicht entbehrt die Annahme nicht einer gewissen Wahrscheinlichkeit, daß es ihr politischer Verstand gewesen sei, der hinter Hakon und über ihn hinaus, wie er jetzt auf dem Wege war, die dänische Krone zu gewinnen, bereits thätig gewesen sei in den letztjährigen Verhandlungen zwischen Norwegen und der Hanse. Wenigstens weisen diese so manche für Margrethes spätere Diplomatie charakteristische Züge auch schon auf. Im übrigen riet das preussische Schreiben zum endlichen Friedensabschlusse mit Norwegen, den es also im städtischen Handelsinteresse für am besten hielt, bevollmächtigte die wendischen Städte zum Abschlusse und bedauerte, wegen Kürze der Zeit auf den 17. Februar keine Boten nach Stralsund senden zu können³. Die Wismarer Versammlung verschob zwar den Termin auf den 23. März, und obgleich sie ihn, doch wohl der Preußen wegen, im letzten Augenblicke noch nach Stralsund verlegte, blieben diese doch bei ihrer Weigerung; nur die fünf wendischen Städte, Stettin und Kampen, waren vertreten. Es war klar, die

¹ HR. II n. 114. 113 § 1. III n. 80.

² HR. II n. 114: ut extunc . . possimus . . tales reddere responsiones, que nostrum omnium et communis mercatoris commodo prosint et utilitati.

³ HR. III n. 80. cf. p. 68 f.

preussischen Städte wollten, so lange der Thronstreit schwebte, in keiner Weise den Schein aktiven Eingreifens erwecken, wollten mit beiden Parteien in möglichst guter Freundschaft fortleben, schoben alles Risiko in den politischen Fragen des Nordens den anderen, also vorwiegend wiederum den wendischen Städten zu.

Gesandte des Mecklenburgers und des dänischen Reichsrates, der nun schon ganz als Werber für die norwegische Kandidatur erscheint, vertrösteten sie auf einen neuen Tag, den 18. Mai zu Stralsund, indem sie wegen Ausbleibens der preussischen und süderseeischen Städte sich für beschlußunfähig erklärten. Auch war wohl überhaupt der Kampener Vertreter nicht bevollmächtigt, denn die Versammlung beschloß, Einladungsschreiben an die Preussen, Kampen und die Süderseer zu senden. Rostock und Wismar begannen gegenüber dem Beschlusse, daß am 18. Mai die Thronfrage entschieden werden sollte, eine reservierte Stellung anzunehmen; sie wußten, daß die Entscheidung der Städte nur für Olaf ausfallen konnte, und mußten natürlich als Städte des Mecklenburgers, so viel wünschenswerter ihnen vielleicht Olafs Wahl erscheinen mochte, ein offenes Eintreten für ihn vermeiden¹.

Wenn Erslev meint², es seien auf dieser Versammlung bindende Verabredungen zwischen den Städten und den dänischen Abgeordneten getroffen, wonach jene die Vornahme der Wahl Olafs gestattet, diese dagegen Bestätigung des Stralsunder Friedens und der norwegischen und dänischen Privilegien in Aussicht gestellt hätten, so ist diese Erwägung doch gesucht. Es liegt einzig die Thatsache vor, daß nichts eingehenderes berichtet wird über hansisch-nordische Verhandlungen. Es weist auch nichts darauf hin, solche geheime Übereinkunft anzunehmen. Daß die Stimmung der Städte Olaf geneigt war, wußte nicht allein der Kaiser, ward nicht allein durch das Verhalten der mecklenburgischen Städte klar; einfache Erwägung der politischen Konstellation mußte auch Margrethe zu derselben Ansicht führen. Sie hatte schwererwiegende Vorteile zu bieten als Mecklenburg, sie hatte in Dänemark feste Stellung gewonnen; selbst wenn die Wahl Olafs ohne vorher eingeholte Zustimmung der Städte erfolgte, so war sie sicher, daß diese sie gegen entsprechenden Entgelt gutheissen würden, über dessen Umfang sich ja nachher immer noch verhandeln ließe. Gerade dies Moment, möglichst in keiner Weise sich vorzeitig durch Abmachungen zu binden, alle Verhältnisse in der Schwebe zu halten, war ein Hauptzug in Margrethes sonstiger Politik. Wie nahe liegt die Annahme, sie habe ihn auch unter den gegenwärtigen Umständen angewandt. Ich glaube nicht, daß am 23. März dergleichen Abmachungen

¹ HR. II n. 115 § 3.

² a. a. O. p. 60 f.

erfolgt sind. Überhaupt aber mochte es den Städten lieb sein, wenn die Wahl Olafs eigenmächtig durch die Dänen vorgenommen ward. Wurde ihnen damit zwar die Entscheidung entzogen, so hatten sie daraus doch den Vorteil, sich mit keinem der Prätendenten überworfen zu haben, und durften hoffen, daß die Auseinandersetzung zwischen diesen beiden auf friedlich vermittelndem Wege möglich sein werde. Sie beschränkten sich also in besonnener Mäßigung und klarer Erkenntnis des für sie Vorteilhaftesten auf eine reservierte, abwartende Haltung, die sich vor allem bemühte, Frieden und damit Handelssicherheit aufrecht zu erhalten.

Indem aber die Städte die Entscheidung den Dänen selbst anheim gaben, war Margrethes und Olafs Sieg gewiß. Hatte Albrecht die Propaganda für seine Sache im dänischen Volke der mecklenburgischen Partei unter dem dänischen Adel überlassen und davon Erfolge gehofft, so sah er sich in dieser Erwartung getäuscht. Nationale Antipathien gewannen mehr und mehr Boden, seit Mecklenburg sich mit den Holsteinern verbündete, seit diese erobernd in Jütland vordrangen. Gerade die Jüten, denen die Erinnerung an die holsteinische Fremdherrschaft noch am lebendigsten sein mußte, gaben den Ausschlag. Noch vor dem 4. März erklärten sie sich für Olaf, am 4. März folgte ihnen die andere bedrohteste Landschaft des Reiches, Schonen, ihnen beiden die übrigen¹. Auf dem Danehofe zu Slagelse am 3. Mai ward Olaf vom Adel und Volk zum König von Dänemark erwählt und beschwor eine vom Reichsrat ihm vorgelegte Handfeste, deren Artikel dem Adel und dem Reichsrat das gute Zeugnis ausstellen, daß sie während der königslosen Zeit und durch die Wahl nicht eigentlich kleinlich egoistisch sich auf Kosten der Königsmacht und des Landes zu bereichern gesucht hatten, wenn auch natürlich einige Bestimmungen sich finden, durch welche Übergriffe des Königs, wie sie Waldemar sich erlaubt hatte, verhindert werden sollten².

Das war der erste große politische Sieg der jungen Margrethe. Ihr Sohn war König von Dänemark, sie die Regentin im Lande. Es blieb übrig, daß sie sich mit den Feinden des Reiches auseinandersetzte und mit den Städten, deren urkundliches Recht durch die eigenmächtig geschehene Wahl verletzt war.

Sie waren am 18. Mai zu Stralsund zusammengetreten. Der Teilnehmerkreis war noch kleiner als das letzte Mal; Ver-

¹ Huitfeld a. a. O. p. 556. Suhm a. a. O. p. 496.

² SRD. VI p. 534: Olavus filius regis Haquini de Norwegia electus est per Danos in regem Danorum concorditer in parlamento Slaulosiensi die beati Johannis. HR. III n. 81: universos et singulos . . de consensu et voluntate totius communitatis regni Dacie illustrem Olavum . . in regem Danorum concorditer elegisse. Die Handfeste cf. bei Suhm a. a. O. p. 496 ff.

treter Lübecks, Greifswalds, Stralsunds, Stettins, Kampens hatten sich eingefunden, denn wie vorauszusehen hatten Rostock und Wismar, da vermutlich auf diesem Tage über die Anerkennung Olafs seitens der Städte verhandelt werden würde, die Versammlung nur mit unbevollmächtigten Notaren besandt. Boten des Mecklenburgers fehlten gänzlich, Margrethe dagegen hatte den Bischof von Roskilde und Anders Jakobson als Bevollmächtigte beider Reiche hinüber geschickt. Sie bot gegen Anerkennung Olafs die Bestätigung aller Freiheiten und Privilegien¹, klagte die Städte an, durch Verschiebung ihrer oft erbetenen Zustimmungserklärung zur Wahl Olafs das Reich stark geschädigt, die vielen holsteinischen Eroberungen indirekt gefördert zu haben, und bat schliesslich um Hilfe gegen ihre auswärtigen Feinde. Jene Klage war ein recht guter Schachzug, durch welchen die Königin nicht nur geschickt die ohne städtische Beistimmung geschehene Wahl entschuldigte, sondern auch die Städte sich gegenüber geradezu in Nachteil setzte.

Wieder verschoben diese eine definitive Antwort wegen Abwesenheit der Preussen und Süderseer, vereinbarten aber schon auf etwa den 24. Juni eine neue Tagfahrt, die als Vorberatung gelten sollte für die auf Ende Juni zu Wordingborg in Aussicht genommenen Schlussverhandlungen mit Dänemark und Norwegen. Es war ihnen nun selbst Ernst, endlich zu Dänemark wie zu Norwegen in ein klares und geregeltes Verhältnis zu kommen².

Die Juniversammlung zu Stralsund war ausser von Lübeck, Greifswald, Stralsund und Kampen, dessen Vertreter sie hier abgewartet hatte, besandt von Zütphen, sowie Elbing und Thorn, als Vertretern der dringend eingeladenen Preussen. Rostock und Wismar hatten sich wieder auf Absendung von Notaren beschränkt³. Dänische Gesandte waren ebenfalls anwesend⁴. Die Anerkennung Olafs ward beschlossen⁵, die städtischen Boten

¹ HR. III n. 81. Wenn Margrethe zu Mai 18. anbieten läßt: omnes libertates et privilegia . . . debite sigillari, so ist das Wort »debite« nicht auf vorhergegangene Verhandlungen derart, etwa März 23., wie Erslev will (siehe Seite 64), zu beziehen, sondern bedeutet nur, daß diese Privilegien längst hätten bestätigt sein sollen, nämlich bis 1372 Jul. 25, cf. II n. 21.

² HR. II n. 117. III n. 81. Munchs Urteil a. a. O. II p. 67 f. über den Zweck des Verhaltens der Städte ist doch zu einseitig, entspricht auch nicht den Umständen.

³ Erslev a. a. O. p. 65 behauptet, sie seien garnicht vertreten gewesen. Doch scheinen mir die beiden Wismarer Handschriften, welche ihre Vertretung durch Notare melden, der Ledraborger Handschrift vorzuziehen, welche sie wohl fortgelassen hat, weil Notare in der Regel unbevollmächtigt waren.

⁴ HR. III n. 97 und dazu p. 83 A. 2.

⁵ HR. II n. 121, rückdatiert auf Juni 24. (cf. n. 122). Stralsund an Reval: meldet die Absendung von Boten pro libertatibus et privilegiis nostris a domino rege Dacie obtinendis et sigillandis. Merkwürdig, daß der Reces selbst, n. 120, nichts von Verhandlungen und Verabredungen erwähnt. Ich möchte schon an dieser Stelle den Hinweis nicht unter-

fuhren etwa am 7. Juli nach Dänemark über¹, wo sich auch bald Hakon einfand, der mißverständlich die Gesandten seit dem 24. Juni in Bohus erwartet hatte². Nur tagte man nicht zu Wordingborg, sondern mit Hakon und dem norwegischen Reichsrat in dem diesen bequemst gelegenen Kallundborg, mit dem dänischen in dem nahen Korsör. Beide Verhandlungen standen in enger Beziehung zu einander, beider Abschluß datierte nach fast monatlangen Debatten vom gleichen Tage, vom 14. August 1376, die städtischen Teilnehmer an beiden waren die gleichen.

In den Verhandlungen mit Norwegen wurden die gegenseitigen Schadenersatzansprüche aus den letzten zwölf Jahren aufgegeben³. Hakon bestätigte ohne Gegenleistung alle städtischen, für Norwegen jemals erlangten Privilegien und Freiheiten, nachdem vielleicht Jakob Pleskow von Lübeck die 1372 geforderten älteren Privilegien der Städte vorgelegt hatte⁴; ja er fügte für die gesamte Hanse zwei Rechte hinzu; vor Erlegung der Königsbusse sollten die Ansprüche der Hansen an den Übelthäter aus dessen Vermögen befriedigt werden, und mit dem heimischen Abzeichen am Maste durften ihre Schiffe in alle norwegischen Häfen einlaufen, erst beim Anlegen sollten sie es abnehmen. Über Rostock und Wismar wurden Sonderbestimmungen getroffen, welche ihnen einerseits jederzeit die Möglichkeit des Beitrittes zum Frieden ließen, andererseits Ungelegenheiten vorbeugen sollten, welche aus der Zugehörigkeit beider Städte zur Hanse für die übrigen folgen könnten⁵.

drücken, wie auffällig es doch ist, daß in den Verhandlungen zwischen Dänemark-Norwegen und den Städten, die sehr zahlreich im kommenden Jahrzehnt sind, das Material entweder nur sehr dürftig und fragmentarisch, oder garnicht erhalten ist. Es ist dies merkwürdigerweise immer gerade dann der Fall, wenn die Verhandlungen notorisch ungünstig oder mindestens resultatlos für die Städte verlaufen waren. Man geht gelegentlich nicht fehl, aus solcher Beschaffenheit des Stoffes sogar die angedeuteten Schlüsse zu ziehen. Ich lasse dahingestellt, ob hier eine Absicht waltete, ebenso, ob 1376 Juni 24. die Städte mit dem Ergebnisse der Vorverhandlungen nicht zufrieden waren. Es scheint allerdings so gewesen zu sein, da zu Kallundborg und Korsör nachher noch einen Monat lang verhandelt ward, ehe die Abschlüsse erfolgten. Siehe Seite 67 oben.

¹ HR. II n. 122: *Sumus eciam jam parati, habito vento valido, versus Wordingborch navigaturi*. Schreiben der lübecker Boten an Lübeck vom Juli 7.

² HR. II n. 122.

³ Obgleich die preussischen Städte sich noch 1376 Febr. 3 ganz entschieden gegen die Aufgabe ihrer eigenen ausgesprochen hatten. HR. III n. 80. cf. II n. 86 § 9, n. 96.

⁴ cf. Munch a. a. O. p. 83. Anrede Hakons an die Opsloer Reichsratsversammlung Jan. 1377. cf. HR. II n. 40 § 13, n. 42 § 1.

⁵ HR. II n. 123—125. 124b p. 464. n. 129—132. Die Ratifikationen cf. n. 126—128. 128b p. 464 n. 141 § 4. III n. 89. II n. 132. Dipl. Norweg. VIII n. 201. Über Rostocks und Wismars Ausnahmestellung HR. II n. 125. cf. II n. 5, n. 45 aus früheren Jahren die gleichen Bestimmungen. Rostock trat dem Frieden Nov. 10. bei, III n. 90. Über Wismar verlautet nichts

Zu Korsör bestätigte Olaf mit dem großen Siegel den Stralsunder Frieden und die Verpfändung der schonischen Schlösser und Zölle, ausgenommen zwei Rechte, das der dänischen Königswahl und das des Anspruches auf Warberg, welche letzteres die Städte bereits 1371 aufgegeben hatten¹. In diesen Verhandlungen verlautet nichts von den städtischerseits seit 1373 so oft an Dänemark erhobenen Schadenersatzansprüchen. Ob über sie verhandelt, wissen wir nicht, fest steht aber, daß sie nicht vergütet wurden.

Das waren die Verhandlungen von Kallundborg und Korsör, durch welche der volle Friede zwischen der Hanse und Dänemark-Norwegen, ein langgehegter Wunsch beider Teile, endlich hergestellt wurde. Beide durften mit dem Ergebnisse zufrieden sein. Die Errungenschaften der Kölner Konföderation und des siegreichen Krieges in Dänemark wie in Norwegen hatten die Städte in vollgültiger Form besiegelt erhalten. Ver-

¹ HR. II n. 134—136. cf. n. 135: uthgenomen doch allene den artikel des köres umme den köning to Denemarken unde umme dat slot to Wartberghe. Interessant ist die öftere Gegenüberstellung von Waldemars Besiegelung der Urkunden: de hee alle bezeghelet heft mit sime ynghezeghele, dar de crone inne steyt, und derjenigen Olafs: unse grote ynghezeghel. Auch erkennt Olaf die Versäumnis Waldemars n. 136 an. — Über die Laufbahn Hennings belehrt uns n. 135 und zeigt, daß er im Anschlusse an und durch das Wirken für das Königshaus und die Monarchie emporgestiegen ist: Henning van Putbusch, de nu unse unse rikes to Denemarken droste is, unde do was hovetman des rikes to Denemarken . . . , den unse eldervader koning Woldemar dar sulven to ghesat hadde. Wenn ich gelegentlich ihn schon zuvor »Reichsdrosten« genannt, so war das ein Vorwegnehmen, und ich hätte richtiger gesagt: Reichshauptmann. — Die Ratifikationen cf. II n. 137. 138. 1—10. 140. III n. 92—94. II n. 141 §§ 1. 3. — Wenn Koppmann HR. II p. 149 zu n. 138. 1 das Datum der Urkunde Zierixees, 1376 Juni 17., für richtig nimmt und ihr Vorhandensein in der Lübecker Trese, während die übrigen Ratifikationen im Stadtarchiv Kopenhagen sich befinden, wie »das verfrühte Datum« damit erklärt, daß die Urkunde in Lübeck deswegen zurückgehalten sei, so ist zu betonen, daß das Datum unmöglich richtig sein kann, daß der Schreiber sich um ein Jahr geirrt haben muß. Die Ratifikationsurkunde Zierixees für Hakon (II n. 128 b. p. 464) hat das einzig richtige Datum: 1377 Juni 17, befindet sich aber ebenfalls in der Trese. Womit es zusammenhängt, daß gerade Zierixees beide Urkunden dort liegen blieben, weiß ich nicht; vermutlich aber liefen sie zu spät an Lübeck ein, denn 1376 Okt. 31. ermahnt Stralsund Lübeck (III n. 93), die Ratifikationen möglichst schnell von den Städten ausstellen zu lassen; Nov. 20. Lübeck Kampen, die Einsendung der holländischen und seeländischen Ratifikationen zu veranlassen (II n. 132), schon 1376 Sept. 29. beschließt eine preussische Versammlung, die Ratifikationen möglichst schnell einzusenden (II n. 141 § 3) quanto cicius, tanto melius; debito tempore . . . , in quo . . . communi mercatori utilitas consistit grandis et profectus, sagt III n. 93, was übrigens Erslev a. a. O. p. 88 auf den Frieden bezieht, der Satzanknüpfung nach aber nicht angeht. Ein bestimmter Termin, bis zu welchem die Ratifikationen der dänischen Verträge eingelaufen sein sollten, war nicht verabredet, für die der norwegischen dagegen als solcher 1376 Nov. 11. für die wendischen Städte und Hamburg, 1377 Sept. 29. für die übrigen. Hiernach zu verbessern die Angabe Koppmanns HR. III p. 80 A. 1. — cf. II n. 125. 141 § 4.

zichteten sie auf das Recht der Königswahl und der Besetzung Warbergs, so gaben sie nur Rechte preis, deren eines durch den Gang der Ereignisse überhaupt belanglos geworden, überhaupt nur Bezug auf die nächste Wahl nach Waldemars Tode gehabt hatte¹, und deren anderes bereits von ihnen fallen gelassen war. Entsagten sie ihren Schadenersatzansprüchen an Hakon, so verzichtete andererseits sowohl er auf die früher für die Bestätigung der norwegischen Privilegien geforderte Geldleistung und auf Vergütung des mannigfachen Schadens, den die Deutschen in Norwegen verursacht hatten², als auch Olaf auf Entgelt für den Schaden, der dem Reiche aus der steten Verzögerung der städtischen Entscheidung erwachsen war. Den Stralsunder Frieden war er nach Wortlaut der Urkunden mit dem Reichssiegel zu bestätigen gezwungen. Gegen den Preis der Bestätigung der norwegischen Privilegien erkannte die Hanse Olaf als König an. Das dänische Königtum gewann damit an ihr einen gewissen Rückhalt gegen seine übrigen Widersacher, vermochte gegen sie mit mehr Festigkeit aufzutreten. Darüber aber hat sich Margrethe gewiß nie einer Täuschung hingeeben, daß die Städte ihr gegen jene keinen kriegerischen Beistand leisten würden. In den Verwickelungen, welche der Thronbesteigung Olafs folgten, schlugen nach Art ihrer Lage und eigenen Verhältnisse die Städte allerhöchstens einmal den Weg einer zwischen beiden Parteien vermittelnden Diplomatie ein.

Die Verträge von Kallundborg und Korsör bildeten gewissermaßen den Schlussstein zu den mächtigen Kriegsbewegungen, welche seit der Eroberung Schonens und Gotlands durch Waldemar die politischen Mächte der Ostsee in Spannung hielten und erschütterten. Zwei fürstlich-städtische Koalitionen hatten unglücklich und siegreich seine Lande mit schweren Kriegen überzogen. Dennoch war es ihm gelungen, sich und den Bestand seines Reiches in fast vollem Umfange zu behaupten; auch Gotland war ihm nicht verloren gegangen. Wie die Insel 1361 Waldemar als Herrn anerkannt hatte, so huldigte Wisby jetzt in den Tagen der dänisch-hansischen Verhandlungen seinem Nachfolger Olaf am 15. August 1376 mit dem Versprechen, für ewig treu bei der Krone Dänemark bleiben zu wollen; aber noch immer nicht wollte es den Anspruch, für eine deutsche Stadt geachtet zu werden, aufgeben³.

¹ Entgegen Denicke a. a. O. p. 100 f. und seiner Verurteilung dieser Erwerbung durch die Städte p. 267, die er durchaus nicht »in überzeugender Weise als eine übereilte Schöpfung im Siegesrausch, die in ihr sonstiges politisches Glaubensbekenntnis nicht hineinpassen wollte«, charakterisiert, und entgegen Schäfer a. a. O. p. 554 verweise ich auf die völlig einleuchtenden, berichtenden Bemerkungen Koppmanns in den H. Gesch. Bl. Jg. 1880/81 p. 159 f.

² HR. II n. 2. 4. 40 § 14. 42 §§ 2–8. 89.

³ HR. II n. 139. cf. LU. IV n. 501. HR. II n. 145: *Godlandenses non pro Danis, sed pro mercatoribus Theutonicis servare volunt et tenere.*

Im Herzogtum Schleswig war Olaf allerdings nicht Landesherr, in Schonen nicht unbedingt, denn die Abtretung und Verpfändung der schonischen Schlösser an die Städte hatte er noch soeben in vollgültiger Form besiegelt. Aber das wollte jetzt so wenig besagen wie zu Waldemars Zeit, den wohl nur sein schneller Tod hinderte, lange vor dem Verfallstermin die Rücklieferung der Pfandschaften durchzusetzen. Gleicher Ansicht mochte jetzt seine Tochter sein und einen günstigen Moment zu erspähen suchen, um mit gleicher Anforderung den Städten entgegen zu treten. Dazu jedoch war sie in den drangvollen Mühen der nächsten Jahre noch nicht imstande; erst galt es, den unsicheren und schwankenden Thron ihres Sohnes in Dänemark im Innern zu festigen, gegen Feinde und Nebenbuhler zu verteidigen.

Zweiter Teil.

Die Hanse, die schonischen Pfandschaften und Margrethe.

Neuherbst 1844

Die Hefen, die scheinbar
und Margarete

Erstes Kapitel.

Das Nachspiel des Thronstreites und die Hanse.

Der alte Herzog Albrecht ließ keineswegs schon seines Enkels Sache fallen, obgleich Olaf erwählt war, und die Hanse ihn anerkannt hatte. Glaubte er auch wohl schwerlich, ihm die dänische Krone noch verschaffen zu können, so mochte er immerhin darauf rechnen, ihm in Dänemark eine ansehnliche Entschädigung als Preis seiner Zustimmung zur Wahl Olafs sichern zu können.

Nachdem sich Albrecht auf einer Zusammenkunft in Weiden¹ kurz nach Olafs Wahl nochmals der Sympathien des Kaisers versichert hatte, rüstete er den Krieg. Im September lief seine Flotte aus. Er wandte sich direkt gegen das Centrum der feindlichen Stellung und bezog ein Lager vor Kopenhagen². Hier kam es schon am 21. September 1376 zu einem Vergleich zwischen beiden Parteien. Über die Ansprüche des jungen Albrecht an landen und sloten und an luden und wes eme angestoruen mach wesen und is an deme koningrike to Dene-marken sollte ein Schiedsgericht aburteilen. Finde sich kein Fürst dazu bereit, so sollten der dänische und mecklenburgische Reichsrat einen Richter erwählen. Nach dessen Entscheidung sollte innerhalb dreier Monate Albrecht in den Besitz dessen eingewiesen werden, was ihm zuerkannt. Dafür verbürgten sich sechs dänische Räte³. Albrecht erklärte, sich an der Entschei-

¹ cf. Rudloff a. a. O. p. 498.

² Detmar in den Chroniken der deutschen Städte XIX p. 556. SRS. III 1. p. 199. — Styffe a. a. O. p. LXVIII. Suhm a. a. O. p. 26. Erslev a. a. O. p. 66 u. p. 456 A. 19.

³ Nicht »gesamte dänische Reichsstände«, wie Rudloff a. a. O. p. 500 angiebt. Die Vertragsakte selbst cf. bei Suhm a. a. O. p. 500 ff.; cf. HR. II n. 145. Riga an Reval 1377 Febr. 14: nunciis innotuit, compositionem inter regem Danorum et ducem Magnopolensem fore factam.

dung genügen lassen zu wollen. Die ganze Vertragsakte ist im Wortlaut und Charakter ihrer Bestimmungen höchst undeutlich gehalten. Beide Parteien konnten sie zu ihren Gunsten auslegen. Klar aber erhellt daraus die Scheu beider, das Glück der Waffen zu versuchen. Daher der Vorschlag friedlichen Ausgleichs¹. Immerhin durfte Margrethe das Ergebnis der Kopenhagener Verhandlungen als ein für sie und den wankenden Thron ihres Sohnes vorteilhaftes betrachten. Es war ihr gelungen, einen gefährlichen, kriegerischen Streich gegen ihre noch wenig gefestete Position in Dänemark glücklich abzuwenden, wenigstens auf längere Zeit hinauszuschieben. Ein Vertragsentwurf war von beiden Parteien vereinbart und unter ganz verschiedenen Gesichtspunkten angenommen worden. Sie war in nichts durch ihn beschränkt, sein Wortlaut ließ eine für ihres Sohnes Thronanrecht günstigere Auslegung zu als für Albrecht. Der Entwurf in seiner ganzen diplomatischen Unklarheit und Vieldeutigkeit scheint nicht mit Unrecht für ein Werk ihres Geistes gehalten werden zu dürfen². Sie dachte garnicht daran, die Krone oder auch nur Reichsteile aufzugeben. Im Gegenteil; sie nutzte die durch den Kopenhagener Stillstand gewonnene Frist, suchte sich durch Bündnisse zu verstärken, Mecklenburg in den Flanken zu bedrohen. Am 26. Oktober ging sie eine enge Verbindung mit Pommern-Rügen, am 1. November mit Sachsen-Lauenburg ein, beides Länder, die von Ost und West an Mecklenburg grenzten³. Von Erich von Lauenburg ward ihr sogar gestattet, die Schlösser Oppensten, Falkenberg und Laholm in Halland, die in seinem Pfandbesitze waren, bis zum 15. August 1377 einzulösen. Wirklich kam Margrethe in ihren Besitz und verstärkte damit wesentlich ihre Stellung gegenüber Schweden⁴.

Herzog Albrecht war nach geschlossenem Vertrage heimgefahren, nicht ohne daß die Herbststürme seiner Flotte starken Schaden zugefügt hatten. Anfang 1377 sollte Markgraf Friedrich von Meissen sein Urteil in der mecklenburgisch-dänischen Sache zu Leipzig fällen, doch von vornherein protestierte der dänische Vertreter, der jüngere Konrad Moltke, obgleich er mit Albrecht sympathisierte, gegen die Anwendung eines andern als des dänischen Rechts auf dänische Verhältnisse. Da zeigte sich

¹ SRS. III 1. p. 199. Der Verfasser der mecklenburgischen Streitschrift meint, Albrecht habe es deshalb nicht auf einen Kampf ankommen lassen, so umme, dat se eres sones ryke unde syner armen lude dar mede nicht vorderven wolden. Es ist ja keineswegs unmöglich, daß auch dieser Gedanke Albrecht zum Abschlusse eines Vertrages bewogen haben mag.

² Auch der Verfasser der öfter genannten Streitschrift, welcher ca. 18 Jahre nach diesen Vorgängen schrieb, ist der gleichen Ansicht.

³ Huitfeld a. a. O. p. 560. Suhm a. a. O. p. 503 ff., cf. LU. IV n. 320. 331. 332. Munch a. a. O. p. 64.

⁴ Erslev a. a. O. p. 69.

in voller Schärfe die Haltlosigkeit des ganzen Vertrages; das Schiedsgericht war resultatlos¹. Beide Parteien aber verabredeten neue Verhandlungen auf die Zeit des Danehofs zu Nyborg und wandten sich um Vermittelung an die Städte, seitens Dänemarks durch Henning von Putbus, seitens Albrechts durch Vikko Moltke und Parow. Als jene am 24. Juni sich zu Lübeck versammelten, und die beiden streitenden Parteien wohl bereits bei Nyborg, wie verabredet, zusammengetroffen waren, erschienen die Gesandten und baten: Die Städte möchten zu gütlicher Vermittelung zwischen beiden bevollmächtigte Boten hinübersenden, damit der Kaufmann bei Rechte und Freiheit bleibe; thäten sie das nicht, darf man wohl zwischen den Zeilen lesen, so erklärten sie sich für unverantwortlich für den Schaden, der dem Handel aus einer Fortdauer der unsicheren Zustände in Dänemark erwachsen würde. Die Städte beschlossen daraufhin, ihre Boten hinüberzusenden. Etwas neues tritt uns damit nicht entgegen, denn bereits am 10. April wußte man in Dänemark, daß die Städte ebenfalls in Nyborg durch Gesandte vertreten sein würden. Es geschah also schon eine frühere Werbung an sie, vielleicht seitens der von Leipzig heimkehrenden Reichsräte, welche die Städte, oder richtiger, da vor dem 24. Juni in diesem Jahre keine Versammlung derselben tagte, wohl Lübeck zustimmend beantwortete².

Nicht zu Nyborg auf Fünen fanden etwa am 24. Juni die Gegner sich ein, sondern der dänische Reichsrat lag bei der Insel Aggersö, Albrecht und sein Anhang bei der Insel Omö, beide nicht weit von einander und nahe bei Nyborg im großen Belt. Auch erwarten wir die mehrfach erwähnte städtische bevollmächtigte Gesandtschaft hier zu finden, erwarten vielleicht, sie endlich die Entscheidung in ihre Hand nehmen zu sehen, um

¹ Verfasser der mecklenburgischen Streitschrift sagt von Konrad Moltke und seiner Haltung in Leipzig a. a. O. p. 199: De dar Dener wart. Anm. b daselbst vermutet hier einen Ausfall von Worten im Text, nämlich etwa: de erste mank den (Denen wart). Warum ist überhaupt ein Einschreiben nötig? Verf. sagt mit seinem Ausdrucke doch nur ganz klar, was ja Thatsache war in dieser Angelegenheit: er wurde Däne, zum Dänen, besann sich auf seine dänische Angehörigkeit. Dieser Sinn in jener Stelle würde im Hinblick auf das sonstige Verhalten Konrad Moltkes ganz annehmbar sein. — cf. auch sonst hier die Streitschrift a. a. O. p. 199.

² HR. II n. 150 § 1 . . . dat der stede sendeboden over teen scolen to Denemarken . . . vruntlike middeler to wesende an beyden syden, uppe dat se gutliken vorsceden werden, unde de kopman by syme rechte unde vryheit blyven moghe. — III n. 96. In einer Privatsache Olaf Björnssons, Hauptmanns von Gurre, mit Elbing nennt er bereits 1377 Apr. 10. als Verhandlungstermin zwischen Dänemark und Mecklenburg Nyborg ca. Jun. 24; quia parlamentum regni Dacie ibi celebretur termino prenotato, ad quod dominus dux Magnipolensis et alii plures principes una cum dominis proconsulibus et consulibus civitatum . . . veniant . . . Zeitlich steht auch nichts im Wege, die Werbung der dänischen Räte auf ca. Apr. 1 anzusetzen.

durch Herstellung eines definitiven Friedenszustandes Ruhe zu Lande und zu Wasser zu schaffen, dem gefährlichen Seeräuberunwesen, das mit wunderbarer Schnelligkeit Besorgnis erregenden Umfang angenommen hatte, den Boden zu entziehen, — nichts von allem geschah. Die Gesandtschaft, welche städtischerseits erschien, war zu nichts bevollmächtigt, bestand aus dem lübischen Ratsnotar Albert Rodenborch, welcher der Sprecher war, und vielleicht Ratsherren Rostocks, traf überhaupt erst am Vorabende der Auflösung der Versammlung ein, als die Beratungen schon geschlossen waren, entschuldigte ihre verspätete Ankunft mit der Ungunst des Windes und war überhaupt nur mit Sonderaufträgen an Henning, Albrecht und den Reichsrat versehen¹.

Lübeck handelte in der Ausführung dem Städtebeschlusse entgegen; ein einfacher Notar war nicht die Persönlichkeit, der man eine Vermittlerrolle übertragen haben würde. Und die Gesandten Rostocks, wenn solche den Notar begleiteten, konnten mit derselben schon aus dem Grunde nicht betraut worden sein, weil ihr Verhalten bedingt gewesen wäre durch die natürliche Rücksichtnahme auf ihren Herrn, der einer der beiden Kontrahenten war, ganz davon abgesehen, daß wir von ihrer Anwesenheit auf dem Danehofe nur fragliche Kunde haben, und daß die Sympathien der Städte vielmehr für die Aufrechterhaltung Olafs waren. Dies Verhalten Lübecks war ein Schritt weiter auf der Bahn, die es mit den wendischen Städten im Thronstreite 1376 und in der letzten Zeit vorher Waldemar gegenüber innegehalten hatte. Es stellte sich wieder auf den Standpunkt höflichst haltender Diplomatie, welche hier allerdings stark an schwächliche Passivität streifte. Es scheute sich, bestimmend in die entzweiten

¹ HR. III n. 97. Der Bericht Lübecks an Elbing über die Gesandtschaft seines Ratsnotars redet nur von dem Auftreten dieses in den Verhandlungen. II n. 171 erwähnt seine Reisekosten in Höhe von 325 ℥ lübisch, meldet aber weiter, quod communes civitates tenentur Rostockensibus et Wismariensibus 350 marcis expositis per eos ad reysam predictam eodem anno. 675 ℥ Reisekosten eines einzigen Gesandten in einer augenscheinlich kurzen und also wenig teuern Reise ist bei vergleichender Heranziehung anderer und zwar umfangreicher Gesandtschaftskosten eine geradezu unmögliche Summe. Auf dem Junitage 1377 zu Lübeck vernehmen wir von der Anwesenheit von Ratsherren Rostocks und Wismars (II n. 150 Eingang). Im Anschlusse an den Recessbeschluss § 4 dagegen heisst es: Dat wil Hartwicus bringhen to sinen heren, unde de van Wismer to ereme rade. Ersterer ist bekanntlich der Notar Rostocks, seine Herren aber, die eingangs des Recesses genannten Ratsherren, sind nicht anwesend, dagegen sind dort geblieben die Ratsherren Wismars, erklären sich aber für unbevollmächtigt und rekurrieren an ihren Rat. Beide Angaben, die zwei Kostenposten und die Stimmabgabe der Rostocker und Wismarer Vertreter, zusammengehalten, möchte ich den Schluß dahin ziehen, daß die Ratsherren Rostocks den ca. Jun. 24. abreisenden Rodenborch begleiteten und mit ihrer Vertretung auf dem Lübecker Tage ihren Notar Hartwich beauftragten. — Anders Koppmann HR. II p. 157, der dort u. III p. 81, ebenso wie Erslev a. a. O. p. 70 die Verbindung dieser Momente übersieht.

Ostseemächte einzugreifen, das Schiedsrichteramt in den großen politischen Differenzen des Nordens zu übernehmen. Es wich einer Entscheidung aus, um nicht vielleicht in einen Krieg verwickelt zu werden¹.

Und offener Kampf mußte nach Lage der Umstände jedenfalls vermieden werden. Erhöhter Abgabendruck infolge von harten Kriegslasten, erschwelter Verkehr, Steigen der Lebensmittelpreise, um wieviel mehr eine kriegerische Schlappe konnten die populären Massen, die Zünfte, die Ende 1374 schon zu Lübeck in Gährung gekommen waren², die zu Braunschweig 1374, zu Stade und Hamburg eben erst 1376 in offenem Aufruhr losgebrochen³, allenthalben in stürmische Bewegung bringen, ja den Zusammenbruch vielleicht aller aristokratischen Stadtreger zur Folge haben. Diese Rücksichten und der Wunsch nach ungestörtem Privilegiengenuss und friedlichem Handelsverkehr überwog bei den Städten 1376, 1377 und oft genug später die Aussicht, sich zu Trägern der großen politischen Entscheidungen aufzuwerfen, liefs sie verzichten auf aktive, energische Anteilnahme an der großen Politik; ein negatives, aber deutlich genug redendes Zeugnis, daß sie von der Entwicklung der nordischen Verhältnisse, welche durch die Hand Margrethes geformt und gelenkt wurden, überholt zu werden sich bewußt waren.

Die Verhandlungen zu Nyborg erzielten kein endgültiges Abkommen zwischen dem Reichsrat und Albrecht. Dem alten Herzoge wurde durch den jüngeren Konrad Moltke, Hauptmann von Wordingborg, sein Enkel, der Prätendent, der vielleicht seit zwei Jahren in Dänemark bei den mecklenburgisch gesinnten Adligen sich aufhielt, wieder zugeführt und übergeben⁴. Die

¹ Erslev a. a. O. p. 70 hat zum Verhalten der Städte nur die kurze und nicht zutreffende Charakteristik: Hanseaterne vare villige nok (sc. at mægle), men deres Udsending blev opholdt af Vejr og Vind og kom derved for sent.

² Die Gährung war hervorgerufen durch Einführung eines Schosses 1374 zur Deckung der durch den letzten dänischen Krieg aufgehäuften Schuldenlast. Richtig zu 1374 cf. Wehrmann: die ältesten lübeckischen Zunftrollen p. 40 u. Anm. 10. cf. Detmar a. a. O. p. 557 zu 1376, von Koppmann dort zu 1374 geführt, von demselben auch schon HR. II p. 97 A. 3 zu 1374 gewiesen, was Erslev a. a. O. p. 112 übersehen hat.

³ Siehe über Braunschweig: Seite 46 f., über Stade: HR. II n. 116, über Hamburg: Tratziger: Chronika d. St. Hamburg p. 94 ff. Der Aufstand zu Stade trägt eigentlich weniger den Charakter demokratischer Bewegung.

⁴ SKS. III 1. p. 198. Koningh Woldemar de leet noch by synes lyves wolmacht Hertoge Alberde, Hertogen Hinrikes sone, to sik halen in Denemarken unde behelt ene by sik wente in synen dot. HR. III n. 97 heißt es: nepotem suum . . . sibi per Conradum Molteken representatum fore. »Representare« in der Bedeutung »übergeben« kommt auch HR. III n. 108 vor; das »sibi« kann sich sehr wohl auf den im selben Satze genannten Herzog Albrecht beziehen. Auf die von Erslev a. a. O. p. 457 A. 25 hervorgehobene Thatsache, daß vor dieser Zeit in Mecklenburg von dem Prätendenten bereits verschiedene Urkunden besiegelt seien, er also

mecklenburgische Partei im Reichsrat aber setzte durch, daß dem Herzog als Abfindung ein weitgehendes Angebot gemacht wurde: Langeland, Laaland, Falster, Möen sollte sein Enkel erhalten, dafür dem König Olaf die Lehnshuldigung leisten, der Reichsrat jedoch genannte Gebiete und Burgen selbständig verwalten, bis jener zu seinen Jahren gekommen sei. Sterbe er ohne Erben, so sollten alle Landschaften an das Reich Dänemark zurückfallen.

Das war ein Anerbieten, welches doch weniger zu Gunsten Albrechts war, als die Interessen des dänischen Reichsrats in den Vordergrund schob. Ihm fielen die nächsten Vorteile aus der Annahme dieses Vorschlages durch Albrecht zu. Es läßt sich nicht leugnen, daß eine Partei im dänischen Reichsrat bestand, welche antimonarchische Bestrebungen pflegte und unter dem augenblicklich schwachen Regimente nach möglichster Machterweiterung und Verselbständigung strebte, für welche Mecklenburg nur der Hebel war, um das Königtum zu Zugeständnissen zu bewegen. Dänisch wollte diese Partei bleiben, sich nicht von Mecklenburg abhängig machen; diesen Standpunkt vertrat Konrad Moltke zu Leipzig, vertrat er, wenn wir ihn als den Leiter der Partei ansehen dürfen, auch jetzt. Es war ein guter Gedanke, für den ganzen Reichsrat den eventuellen Mitgenuß der erhofften Vorteile auszubedingen; man glaubte, dadurch seinem Streben nach Unabhängigkeit noch Anhänger zu gewinnen, das Königtum zu isolieren. Für dieses mußte eine Annahme des Vertrages durch Mecklenburg die größte Schwächung nach sich ziehen. Wir erfahren weder, wie das Königtum, noch wie die ihm ergebene Reichsratspartei unter Henning sich zu dieser Frage gestellt, ob sie Protest eingelegt, oder sich still verhalten habe. Es heißt nur, daß die zu Mecklenburg hinneigende Partei: *aliqui Dani, sibi (sc. Alberto) — magis quam regno Dacie favorabiliores*, dem Herzoge jenes Anerbieten gemacht habe. Dieser vermochte sich augenblicklich weder für Annahme noch Ablehnung des Antrages zu entscheiden, sondern verlangte ihn schriftlich und besiegelt, um sich erst mit seinem Sohne Heinrich, den holsteiner Grafen und seinen sonstigen Freunden darüber zu beraten. Außerdem aber forderte er zur Durchführung des Kopenhagener Vertrages die dänischen Reichsräte, welche ihn garantiert hatten, auf und erreichte es in der That, daß viele mit ihm sich an den Kaiser um eine Entscheidung wandten. Der Bericht Lübecks an Elbing über die Gesandtschaft seines aus Dänemark zurückgekehrten Notars vom 11. August 1377, dem wir alle diese Nachrichten verdanken, schließt mit dem zweifelnden: Was nun aber geschehen wird, ist uns unbekannt¹.

möglicherweise schon in Mecklenburg gewesen sei, möchte ich bei seiner Jugend gar kein Gewicht legen.

¹ HR. III n. 97.

Konrad Moltke folgte dem Herzoge nach Deutschland und verpflichtete sich, seinem Enkel in Dänemark bei dem Reichsräte sein Recht zu erwirken¹. Die beiden mächtigen schonischen Adligen, Tuve Galen und Anders Jakobson, die zuvor in freundschaftlichen Beziehungen zum nordischen Königshause gestanden, kamen ebenfalls nach Deutschland und traten in ein Verhältnis zu Albrecht, das man direkt als Landesverrat bezeichnen muß. Zu Wismar am 4. August gelobten sie, mit allen ihren Freunden, die sie auf ihre Seite ziehen könnten, und mit all ihren Festen, Schlössern und Gütern, die sie in Dänemark besäßen, für das Recht und Erbe des jungen Albrecht in Dänemark eintreten, auch im Kriegsfall zu Mecklenburg stehen zu wollen². Nur Konrad Moltke hielt auch jetzt konsequent und reserviert die bisher von ihm und der Partei beobachtete Haltung inne, dagegen warfen sich schon zwei ihrer bedeutendsten Mitglieder rückhaltlos Mecklenburg in die Arme. Das gleiche thaten drei andere dänische Adlige am 2. Mai 1378 zu Rostock, Jakob Axelson Tot, Peter und Jesse Duve. Sie wurden von Albrecht und Heinrich mit Ländereien in Ostschonen belehnt und verpflichteten sich dafür zu kriegerischer Unterstützung der Mecklenburger, damit dem jungen „König“ Albrecht sein Recht in Dänemark werde. Auch der Kaiser trat für dieses nochmals im September 1377 mit einer Reihe von Erlassen an die dänischen Schloßhauptleute ein³.

Waren auch die Verhandlungen bei Nyborg erfolglos verlaufen, so war doch die Möglichkeit weiterer friedlicher Besprechungen und Verhandlungen durchaus nicht abgeschnitten. Herzog Albrecht wandte sich Ende 1377 oder Anfang 1378 an Henning und Konrad und mahnte den dänischen Reichsrat an die Erfüllung seiner Gelübde, also des Kopenhagener Vertrages; er wandte sich auch an die Städte und bat sie, ebenfalls den Reichsrat darum zu mahnen. Diese tagten am 28. Januar 1378 zu Stralsund, und bei ihnen befanden sich Henning und Konrad. Beide erklärten, der dänische Reichsrat liege schon zur Überfahrt bereit, um Verhandlungen mit Mecklenburg auf deutschem Boden zu führen, und baten die städtischen Vertreter, seine Ankunft in Stralsund abzuwarten. Das lehnten diese zwar ab, weil der Zeitpunkt des Eintreffens der Reichsräte so ungewiß sei, beauftragten jedoch Stralsund und Greifswald, mit dem Reichsräte um Beihilfe zur Befriedung des Meeres zu verhandeln, auch einen Tag zu Friedensverhandlungen zwischen ihm und Mecklenburg zu vereinbaren. Die beiden dänischen

¹ SRS. III 1. p. 199 Anm. z: Curd Molteke, Knape, Hovetman to Wordingborg, will behülflich seyn, daß Herzog Albrecht zu seinem Rechte in Dänemark gestattet wird; dat. Arneborg 1377. Aug. 14. (dort citiert nach: Repertorium Fabricianum im Schweriner Archiv.)

² Styffe a. a. O. p. LXIX u. n. 68 p. 171.

³ Styffe a. a. O. n. 69—71 p. 173—176. cf. Erslev a. a. O. p. 73.

Räte aber richteten an die Städte das Ansinnen, zu dem voraussichtlichen Tage selbst auch Boten zu senden, und erhielten die Antwort, es thun zu wollen, wenn es auch mecklenburgischerseits gewünscht werde¹. In diesem Sinne verabredeten sie auf einer zweiten Versammlung zu Stralsund am 30. Mai: Wünschten beide Parteien Teilnahme der Städte an ihren Verhandlungen, so sollten Boten Lübecks, Rostocks, Wismars, Stralsunds und der Kampener Vogt namens der Städte dazu reiten, mit dem Reichsrat um die Schädigungen des Kaufmanns im Lande sprechen, überhaupt die Interessen der Städte nach Möglichkeit wahrnehmen und zwischen dem Reichsrat und Mecklenburg vermitteln². Wieder stellten die Städte die Möglichkeit ihrer Vermittelung in Aussicht, wenn auch Wahrung und Förderung ihrer merkantilen Interessen ihnen die Hauptsache auch bei der kommenden Tagfahrt blieb.

Sie fand wirklich auf deutschem Boden zu Rostock im Laufe des Juni 1378 statt und stand unter dem Drucke der Thatsache, daß der Anhang Albrechts im dänischen Adel sich mehr und mehr vergrößerte. Hin und her zogen sich die Debatten, der Reichsrat war soweit zum Nachgeben bereit, daß er dem Herzoge die vier kleinen Inseln und dazu die Hälfte von Fünen als Pfand für die ungeheuere Summe von 30 000 M. Silber anbot; Albrecht aber schlug, seines Sieges gewiß, das Gebot rund aus und begehrte Abtretung der Hälfte des Reiches an seinen Enkel. Daran scheiterten die Verhandlungen. In erhitzter Stimmung ward die Fortdauer des Friedens nur auf einen Monat, bis zum 25. Juli, festgesetzt³.

Auch die Städte waren durch Ratsherren gemäß ihrem am 30. Mai gefaßten Beschlusse zu Rostock vertreten. Doch erfahren wir nicht, daß sie irgendwie in den Gang der Verhandlungen eingegriffen hätten. Die Annahme hat auch etwas Unwahrscheinliches. Und wenn sie sich doch dazu aufgerafft, so waren ihre Bemühungen ohne jeglichen Erfolg gewesen. Sie begnügten sich aber wohl mit Überwachung der Verhandlungen, um wenigstens die Annahme aller Vereinbarungen, welche ihren Interessen und ihrer Stellung in Dänemark hätten gefährlich werden können, zu verhindern. So verfolgten sie auch zu Rostock nur ihre Sonderzwecke: sie baten Herzog Albrecht um Verwendung bei seinem königlichen Sohne, daß er im Falle ausbrechenden Krieges ihre Schlösser in Schonen, ihre Angehörigen und Kaufleute unbeschädigt lasse, daß überhaupt Handel und Fischfang nicht beunruhigt würde, ja daß selbst der dänische Fischer und Kaufmann zu Schonen und im Verkehr mit den Städten

¹ HR. II n. 153 § 1. Ungenau giebt Koppmann dort p. 163 diesen Beschluß der städtischen Anteilnahme an den Verhandlungen wieder.

² HR. II n. 156 § 27: dat se dar tho riden scolē van erer alre weghe, des besten tusschen en tho ramene an beiden siden . . .

³ HR. III n. 108.

Handelsfrieden und Sicherheit genieße; dem Reichsdrosten Henning entzogen sie bei Ablauf seines letztjährigen Termins am 25. Juli 1378 die schonischen Schlösser.

Das war vorsichtig und klug von ihnen gehandelt. Sie erwarteten, daß, wenn es zum Kriege zwischen Mecklenburg und Dänemark kam, Schweden diesmal ebenfalls losschlagen werde. Befanden sich dann aber ihre Pfandschaften in Schonen noch in Händen dänischer Hauptleute, Untergebener Hennings, so war zu besorgen, daß Albrecht unter diesem glücklichen Vorwande sich der Schlösser bemächtigen werde, daß die Städte vielleicht gar in den Krieg eingreifen müßten, um sie wieder zu erwerben. Dies zu vermeiden, nahmen sie dieselben vor Ausbruch des Krieges in eigene Verwaltung.

Der Entscheidungskampf schien sich vorzubereiten. Lübeck erklärte an Elbing, dem es wie vor Jahresfrist am 1. August 1378 Bericht über die Rostocker Tagfahrt sandte, die Weiterentwicklung der Dinge nicht abzusehen¹. Aber der kurze Stillstandstermin verlief, Albrecht schlug noch nicht los, er fuhr fort zu rüsten. Am 8. September schloß er ein Bündnis mit Albrecht von Braunschweig-Lüneburg; zur selben Zeit wechselte Herzog Erich von Sachsen-Lauenburg die Partei und schwenkte zu Mecklenburg hinüber, obgleich er durch Pfand und Lehn so nahe Beziehungen zu Dänemark hatte². Er zog seinen Unterlehnsman auf Gjedsörgaard auf Falster, keinen geringeren als den jüngeren Henning von Putbus, einen nahen Verwandten des Reichsdrosten, nach sich³, und bereits im August 1377 hatte durch die Erbvereinigung zu Schwerin Mecklenburg seine alten Differenzen mit den Herren von Werle, die lange zu Dänemark gehalten hatten, beglichen⁴. Im Herbst 1378 war die Stimmung in Mecklenburg schon so kriegerisch, daß die Städte sich für ihre zur Lübecker Tagfahrt am 25. November reisenden Boten vom Herzoge Geleitsbriefe geben ließen⁵. Mit dem Frühling 1379 sollte dann wohl der Krieg beginnen.

Margrethe befand sich in äußerst bedrückter Lage. So manche dänische GroÙe hatten sie verlassen, standen ihr in offener Feindschaft gegenüber⁶. Der Reichsrat war in sich un-

¹ Für die ganze letzte Darstellung: HR. III n. 108. Wie sehr es im Herbst 1378 nach Krieg aussah, dafür mögen als Beweise die Gesuche gelten, welche Lübeck an den Herzog um sicheres Geleit für die zur Lübecker Novembertagfahrt reisenden Ratssendeboten anderer Städte, auch der preussischen, richtete, und diejenigen, mit welchen Stralsund zu gleichem Zwecke für seine eignen nach Lübeck reisenden Gesandten sich an ihn wandte. cf. HR. III n. 113—115.

² Rudloff a. a. O. p. 502 u. p. 499 Anm. 1.

³ Sudendorf a. a. O. VII p. 224 n. 13.

⁴ Suhm a. a. O. p. 50.

⁵ HR. III n. 113—115.

⁶ Richtig geben die Ann. min. Wisbyens. SRD. I p. 260 die Situation dieser Jahre in Dänemark wieder: Domina Margaretha regina Norwegiae

einig, das Reich von allen Seiten bedroht, von ihren Verbündeten und Freunden in Deutschland hatte sie nichts mehr zu erwarten. Sie war so ziemlich machtlos; wenigstens gewinnt man diesen Eindruck aus den Verhandlungen der letzten Jahre, welche stillschweigend über sie hinwegschreiten. Im Falle eines Krieges bestanden die trübsten Aussichten für den Thron Olafs. Es war dies vielleicht der gefährlichste Augenblick in der langen Regierungszeit dieser großen Frau. Da rettete sie ein Ereignis, dessen Bedeutung für Dänemark nicht hoch genug angeschlagen werden kann; die Seele der gesamten antidänischen Bewegung, die alle so verschiedenartigen Elemente der Verbindung zu einigen und zu beleben verstanden hatte, der alte Herzog Albrecht starb zu Schwerin am 18. Februar 1379¹. Ihm folgte sein Sohn Heinrich, der Vater des dänischen Prätendenten, unähnlich dem Verstorbenen an Gaben und Energie. Das mecklenburger Unternehmen geriet sofort ins Stocken, der Weg der Unterhandlungen ward wieder betreten.

Um den 24. Juni 1379 ward Heinrich von dem Reichsrath auf dem Danehof erwartet, auch die Städte waren durch letzteren zur Teilnahme aufgefordert. Aber der Herzog fuhr nicht hinüber, und die Städte entschuldigten mit seinem Ausbleiben auch ihr Nichterscheinen durch ein Schreiben an Henning². Im Juni 1380 waren in selber Angelegenheit dänische Gesandte in Rostock bei den versammelten Vertretern Lübecks, Rostocks und Wismars und vereinbarten einen Tag zwischen den Städten und dem Reichsrath noch vor der Schonenzzeit zu Stralsund. Auch zeigten wohl sie schon das Ableben Hakons von Norwegen an, der am 1. Mai gestorben war³. Auf der Oktoberversammlung zu Wismar erschienen wieder Henning und Konrad und warben von neuem um eine Tagfahrt mit den Städten zu Stralsund, da die letztvereinbarte nicht stattgefunden hatte. Mit Führung der Verhandlung wurde Stralsund beauftragt, aber auch Lübeck um Teilnahme gebeten. Dessen Vertreter gingen indessen nicht auf den Wunsch der anderen Städte ein, sondern erklärten, ihn ihrem Rath vortragen zu wollen⁴. Dieser Umstand bestärkt mich in der Annahme, daß den letztvorgeschlagenen, wie diesen

ac filia Waldemari regis regnum Daciae jure hereditario post mortem patris suscepit gubernandum, licet pro tunc regnum Daciae multis guerris, tum a duce Henrico, qui sororem habuit dictae Margarethae, quam a nobilibus regni multipliciter fuit afflictum.

¹ Detmar a. a. O. p. 564. Beifügt er dort den letzten Rath, welchen der Herzog sterbend seinen Söhnen gegeben habe: he leerde in sineme testamente sine sone, hertogen Hinrike, hertogen Magnus, de bi eme weren, dat se vrede scholden holden mit den van Lubeke; also hadde he dan; dat hadde em sere vromet.

² HR. II n. 190 § 6.

³ HR. III n. 133. Koppmann dort p. 113.

⁴ HR. II n. 220 § 15.

Verhandlungen von seiten Dänemarks der Wunsch, die Städte zu einer endlichen Vermittelung in der noch immer schwebenden Thronfrage zu veranlassen, zu Grunde gelegen habe. Auch Herzog Heinrich bemühte sich um die Vermittelung der Städte. Auch er wandte sich an die zu Wismar tagenden Ratssendeboten mit der Bitte um Verwendungsschreiben an Königin und Reichsrat für seinen Sohn. Sie wurden ihm gegeben. Ferner ersuchte er sie, wenn der Reichsrat nach Deutschland überkomme, mit ihm über seines Sohnes Sache sprechen zu wollen¹. Es scheint dies eine kleine Wandlung im Verhalten der Städte zur mecklenburgisch-dänischen Frage. Indem sie dem Mecklenburger Verwendungsschreiben für seinen Sohn an die Königin gaben, traten sie ihm einen Schritt näher, Margrethe ferner. Vielleicht glaubten sie, gegen Margrethe bestimmter auftreten zu müssen, da die Klagen ihrer Kaufleute über Schaden in Dänemark, anstatt nach Albrechts Tode abzunehmen, im Gegenteil immer zahlreicher wurden; vielleicht meinten sie, daß ihre leise Drohung, die Ansprüche des Mecklenburgers zu begünstigen, am schnellsten die Königin bewegen werde, ihrerseits ein besseres Verhältnis zu den Städten zu suchen, umfassend und energischer für die Sicherheit von Handel und Wandel des Kaufmanns Sorge zu tragen. Zu Stralsund stellten sich am 25. April 1381 Henning und Konrad ein, aber der Thronfrage geschah keine Erwähnung mehr². Margrethe verlor allerdings noch einen Verbündeten, Herzog Wartislaw von Pommern-Stettin, mit dem am 24. Mai 1381 Herzog Heinrich ein Bündnis schloß, dessen Spitze offenbar gegen Margrethe sich richtete; aber praktische Kraft gewann es nicht, und der junge Albrecht bezeichnete sich in dieser Urkunde auch nur als Herzog; er ließ den Titel eines Königs von Dänemark wenigstens fallen³. Die Bündnisse, welche sein Großvater geschlossen, wurden hinfällig; langsam wandten sich die dänischen Adligen, welche seine Sache gefördert und vertreten, wieder der Königin zu; das Bedürfnis und der allgemeine Wunsch des Reiches nach Ruhe und Rechtssicherheit diente noch mehr dazu, die Autorität der Königin zu erhöhen; seit 1380 nahm sie in immer wachsendem Maße Waldemars innere Politik, so verhaßt sie war, freilich nicht mit seiner Rücksichtslosigkeit und Schärfe wieder auf. Und bedeutend hob sich ihre Stellung, als ihr Gatte Hakon starb, und sie auch Norwegen als ihres Sohnes Erbe verwaltete, wo die

¹ HR. II n. 220 § 27.

² HR. II n. 230. 231.

³ Rudloff a. a. O. p. 510 f. Albrecht nannte sich seitdem nur noch Erbe des Reiches Dänemark und bediente sich auch ferner des dänischen Wappens. — HR. III n. 147. Schreiben der wendischen an die preussischen Städte vom April 20. 1382, worin sie den Besuch Margrethes in Stralsund zu Michaeli mitteilen, also verne also se de herczoghe von Mekelburg unde von Stettin veligen wyllen.

Königsmacht weit unbeschränkter und freier als in Dänemark gestellt war¹.

Das feindliche Verhältniß zwischen Norwegen und Schweden hatte der Friede von 1371 nicht gestört. Die nächsten acht Jahre herrschte an dieser Grenze ein Zustand zwischen Krieg und Frieden, in welchem Hakon das Übergewicht behielt². Ein wahrscheinlich 1379 geschlossener Stillstand ward von König Albrecht durch einen Einfall in Schonen und Halland gebrochen. Zur Vergeltung rückte ein dänisch-norwegisches Heer 1380 tief nach Schweden hinein und legte Skara, Örebro, Westerås und Jönköping in Asche. Hakons Tod brachte ein Aufhören des Krieges³. 1381 stand Albrecht wieder in Schonen und schloß mit dieser Landschaft einen einjährigen Stillstandsvertrag bis März 1382. Möglicherweise kam gleichzeitig dort ein Friede zwischen Norwegen und Schweden zu stande, denn nach 1380 hörte der schwedisch-norwegische Krieg überhaupt auf⁴. Schonen wahrte seine selbständige Stellung, Albrechts Züge endeten also erfolglos⁵. Auch von dieser Seite war Margrethe zunächst nicht mehr bedroht. Gegenüber den Holsteiner Grafen, die fast ganz Schleswig inzwischen erobert hatten, erkannte sie diese Thatsache einstweilen stillschweigend an und wartete einer gelegeneren Zeit, es ihnen mit genügender Macht wieder zu entreißen.

Zunächst wandte sie jetzt gekräftigt und erstarkt seit 1380 ihre Aufmerksamkeit der Hanse und ihren Pfandschaften auf Schonen zu; politische Verhältnisse, von deren intensiver Pflege sie in den ersten drangvollen Regierungsjahren durch ihre eigene Machtlosigkeit und durch die bedingte Rücksichtnahme auf die Städte, die ein guter Mittler zwischen ihr und Mecklenburg hätten sein können, abgehalten worden war.

¹ cf. Erslev a. a. O. p. 122 ff.

² Styffe a. a. O. p. LXIX f. Munch a. a. O. p. 15 f., p. 78 ff. Rydberg a. a. O. p. 448 ff.

³ Dipl. Norweg. II n. 461. cf. n. 462: Hakons Kriegsaufgebot der Landschaft Sogn 1380 März 26. Das Volksheer soll zur Vereinigung mit den königlichen Scharen (Kongens haandgangne Maend og disses Svende) sich auf Konghelle zum Schutz des Reiches concentriren. — Styffe a. a. O. p. LXX f. cf. SRD. I p. 66. Munch a. a. O. p. 82.

⁴ Rydberg a. a. O. p. 451 ff. n. 409. Vertrag von Skeninge 1381 März 31. cf. SRS. I p. 66. 1381 factum est parlamentum magnum et pactum Skaeningiae inter primates Sweciae, Daciae et Norwegiae.

⁵ cf. Erslev a. a. O. p. 76.

Zweites Kapitel.

Die Verwaltung der schonischen Pfandschaften und die Seebefriedung in den Jahren 1376—1381.

Waldemars Politik hatte die Städte noch in letzter Stunde nachdrücklich auf eine erneute Einigung hingewiesen. Die wendischen Städte hatten sie energisch vertreten und den Widerspruch der preussischen und süderseeischen Gruppe zum Schweigen gebracht. Allseitige Aufteilung des Zolles der Jahre 1373 und 1374 war am 24. Juni 1375 erfolgt, damit der Wunsch der widerstrebenden Gruppen wenigstens zum Teil erfüllt. Aber die wendischen Städte erkannten, daß bei jährlich wiederholter Aufteilung sie wahrscheinlich lange noch oder überhaupt mit Forderungen im Rückstande bleiben würden über Summen, die zum Nutzen der Gesamtheit verausgabt waren. Sie beschlossen darum, nicht eher wieder den Zoll mit den anderen Gruppen zu teilen, als bis sie ihre Auslagen gedeckt hätten. Um seiner Berechtigung willen mag es ihnen von den anderen zugestanden worden sein¹. Zwar wurde allezeit die Anschauung aufrecht erhalten, daß alle Städte ein gleiches Anrecht auf den Zoll hätten. Der Rostocker Notar erhob ihn 1375 nomine universarum civitatum maritimarum zu Malmö²; wenn die wendischen Städte Specialsummen zu privaten Zwecken dem Zoll entnahmen, vergaßen sie nicht hinzuzufügen, daß es geschehe van ereme dele des tollen uppe Schone³, oder daß es eben Privatgelder seien, woran Preußen und Süderseer unbe-

¹ Siehe Seite 51 f.

² HR. III n. 64. 65. Daß mit jenem Ausdrucke die Konföderation, die Gesamtheit der Städte gemeint ist, braucht wohl nicht nochmals hervorgehoben zu werden. Siehe Seite 27 Anm. 4.

³ HR. II n. 86 § 10. Auch wenn sie dies nicht ausdrücklich hinzufügen, ist es so zu verstehen. cf. II n. 18 § 20 und n. 95.

schadet sein sollten¹; aber all dies besagte in Wirklichkeit sehr wenig, denn die preussischen, süderseeischen und livländischen Städte kamen überhaupt nicht mehr zum Mitgenuss des Zolles². Letztere Gruppe beschwerte sich deshalb bereits 1376 bei Lübeck und erhielt die Antwort, daß die Gefälle des Jahres 1375 zur Befriedigung der wendischen Städte gedient hätten, die von früher her noch Forderungen an den Zoll wegen der Schlösser gehabt. Damit verband Lübeck die Versicherung, daß es, sobald wieder Geld zur Verteilung unter die Städte vorhanden sei, ihren Vorteil wie seinen eigenen wahrnehmen werde³. Allerdings war die Einnahme von 1375 gewiß völlig durch die Forderungen der wendischen Städte aufgezehrt, etwa 3700 ℥ lübisch⁴. Vielleicht wurde darüber von ihnen am 24. Juni 1376 auf der Versammlung zu Stralsund, auf welcher auch Preußen und Süderseer vertreten waren, Rechenschaft abgelegt, wenigstens wurden dort über die Verwendung des 1376 fälligen Zolles Beschlüsse gefaßt. Die Reisekosten der städtischen Gesandtschaft nach Gurre 1375, die der bevorstehenden nach Wordingborg sollten aus dem diesjährigen Zolle gedeckt werden, ebenso die Kosten der Friedeschiffe. In der Voraussetzung, daß der Zoll dazu nicht mehr ausreichen werde, nahmen Lübeck und Stralsund sogleich mit Zustimmung der Preußen und Süderseer eine verzinsliche Anleihe von 2000 ℥ lübisch auf⁵.

Es wurde den Preußen und Süderseern klar, daß auch 1376 keine Zollaufteilung stattfinden werde, daß überhaupt eine Miterhebung ihrerseits durch Beamte die Kosten nur vermehren und zwecklos sein werde. So forderten sie denn wenigstens, daß Lange und Krudener, der Lübecker und Stralsunder Zollerheber, immer persönlich in Schonen während der Zeit

¹ HR. II n. 107: Unde . . . mid dessen 120 marken hebben de van Prutzen unde van der Sudersee nyn doent mede.

² Siehe darüber im Exkurs I die Erörterungen.

³ HR. III n. 87: nulle pecunie inter communes civitates sunt divise, postquam ultimo (sc. 1375 Juni 24.) a nobis recessistis, sed dumtaxat inter illas civitates, que antea pecunias suas pro possessione (?) dictorum castrorum exposuerunt.

⁴ Siehe Exkurs I zum Jahre 1375.

⁵ HR. II n. 120 § 10. n. 122. cf. III n. 81. Siehe Exkurs I Seite 165 Anm. 1. Daß die wendischen Städte zur Aufnahme der Summe erst die Zustimmung der Preußen und Süderseer einholten, beweist wenigstens, daß sie das Geld entweder aus dem von der Gesamtheit zusammenzusteuernenden Pfundgelde, oder aus dem schonischen Zolle zu decken wünschten, aus dem es auch faktisch genommen wurde. Ein Beweis mehr für das Nutznießungsrecht aller Städtegruppen an den Zoll, gerade wie III n. 87 schlagend das Verhältnis der Gruppen zu ihm erleuchtet, oder wie II n. 297 § 4 der Beschluß der preussischen Städte: tun sie (die wendischen Städte) rechinschaft von irem pontgelde und von dem czolle uf Schone, das man yn och rechinschaft thu von deme pontgelde, das hir ufgnommen is.

der Erhebung anwesend seien, wie es bisher auch üblich gewesen sei, und sich nicht durch ihre eigenen oder die Rostocker Schreiber vertreten ließen, damit keine Unregelmäßigkeiten, vielleicht gar Defraudationen vorkämen. Es war also in den letzten Zeiten vorgekommen, daß jene beiden gelegentlich sich durch Schreiber vertreten ließen. Sobald die wendischen Städte sich zur dauernden Anwesenheit ihrer Ratsherren auf Schonen nicht verpflichten wollten, erklärten die preussischen und der Kampener Vertreter, würden sie im vollen Umfange die vertragsmäßig ihnen zustehende Hälfte des Zolles erheben und einziehen. Das hätte die eben vor Jahresfrist erst beglichenen Differenzen von neuem zu scharfem Gegensatze erwecken müssen, der gerade jetzt um so gefährlicher sein konnte, weil die Städte zwischen zwei kriegführenden Mächten standen, weil es deshalb für sie doppelt geboten war, mit möglichst großer Einmütigkeit aufzutreten und zu handeln. Es war ja auch kein schweres und nachteiliges Zugeständnis, welches die Preußen und Süderseer von den wendischen Städten verlangten, im Gegenteil: wenn sie es annahmen und darnach thaten, erwuchs ihnen der Vorteil, daß die beiden Gruppen ihrer eigenen Erklärung gemäß auf die Miterhebung für alle Zeit Verzicht leisteten. Die lübischen Sendeboten zu Stralsund waren allerdings über ein Verfahren in dieser Angelegenheit, deren Verhandlung die wendischen Städte nicht hatten vermuten können, nicht instruiert, aber sie gaben auf eigene Verantwortung hin aus bester Überzeugung den anderen Gruppen namens Lübecks eine zustimmende Erklärung ab. Es ist wahrscheinlich, daß Stralsund in dieser Frage sich ebenso verhalten, daß Lübeck selbst die Erklärung seiner Sendeboten nachträglich gutgeheißsen hat¹.

Damit war nun definitiv die Alleinherrschaft der wendischen Städte im schonischen Zolle entschieden, Preußen, Süderseer und Livländer ausgeschlossen. Allerdings konnte er pekuniäre Vorteile ihnen allein auch von jetzt ab nicht bringen. blieb wirklich etwas übrig nach Abzug der Kosten für Schlösser, Friedeschiffe, Anweisungen, Besoldungen und Gesandtschaften, die zum allgemeinen Besten unternommen wurden², so bestand doch über alle diese hinweg an den bleibenden Zollrest das

¹ HR. II n. 122. Wieder nimmt Koppmann dort p. 133, offenbar irrtümlich, an, daß hier vom Pfundgelde die Rede sei. Denicke a. a. O. p. 258 f. erkennt zwar, daß der schonische Zoll gemeint ist, knüpft jedoch eigenartige Betrachtungen daran, aus denen wenigstens erhellt, daß er sich über Wesen und Charakter der ganzen Streitfrage bis an den Schluß seiner Darstellung nicht klar geworden ist. Daß er im Gegensatz zu obigem Schriftstück HR. I n. 475 § 7 heranzieht, ist vollends hart und ein Widerspruch. Siehe Seite 32 Anm. 1.

² z. B. hinsichtlich der Tunsberger Gesandtschaftskosten 1372: HR. II n. 40 § 24: tractatus . . . super expensis, quas nuncii consulares civitatum in legacionibus versus Norwegiam fecerunt pro utilitate communis mercatoris.

Nutznießungsrecht aller Städtegruppen. Die Zollerhebung fand 1376 ausschließlich durch Lübeck und Stralsund, durch den Beamten letzterer Stadt auch zu Malmö statt, 1377 ging die Erhebung zu Malmö wieder an Rostock-Wismar über, 1378 blieb alles ebenso, und selben Jahres ward sogar nochmals ausdrücklich bestimmt, daß Lübeck zu Skanör, Stralsund zu Falsterbo, Rostock und Wismar zu Malmö den Zoll einnehmen sollten. Und dieser Modus, der sich durch die ganze Zeit hin als der richtige und einfachste bewährt hatte, blieb auch bestehen, bis die Städte 1385 Schlösser und Zölle an Dänemark zurückgaben¹.

Auf der Maiversammlung 1378 zu Stralsund ward bestimmt, daß Ende 1378 über den Zoll abgerechnet werden sollte². Das geschah auch seitens der Zollbeamten vor der rein wendischen Versammlung zu Lübeck am 25. November 1378, seitens derselben aber dann nochmals vor der nächsten allgemein hansischen Mittsommertagfahrt zu Lübeck. Nicht allein die Einnahmen und Ausgaben des Zollertrages von 1378, auch die der zwei vorhergehenden Jahre wurden verrechnet. Seine Gesamthöhe belief sich auf etwa 11 300 bis 11 400 Mk . Nach Namhaftmachung und Abzug aller Gesandtschafts-, Schlösser- und anderen Kosten, auch des Aufwandes für die Seebefriedung 1376 und 1378 zeigte sich jedoch, daß selbst die Hinzufügung der gesamten 1378 erhobenen Pfundgeldsumme in Höhe von 6672 Mk lübisch noch nicht das Deficit Lübecks und Stralsunds vollständig ausglich³. Von einer Verteilung irgend welcher Zollportionen konnte somit gar nicht die Rede sein.

Es waren die Schiffsausrüstungen und die großen und immer wachsenden Kosten, welche die Befriedung des Meeres durch die Städte im Interesse ruhiger, gesicherter Handelsfahrt erforderte, die ihnen zur drückenden Last wurden.

Als die hansischen Sendeboten nach Waldemars Tode im November 1375 aus Dänemark schieden, sprachen sie ihre Besorgnis aus vor der Weiterentwicklung der allgemeinen Lage in Dänemark, die schon in jenem Jahre keine günstige mehr für den ruhigen Verkehr des Kaufmanns gewesen war. Am 20. Januar sollte zu Wismar über Maßregeln beraten werden, wie man den Kaufmann gegen Vergewaltigungen auf Schonen schütze und welche Maßregeln man ergreifen solle gegen ein Unsicherwerden des Meeres, das zum Frühjahr zu erwarten war, wenn nicht die Thronfolgefrage in Dänemark sich ruhig

¹ HR. II n. 171. 301. cf. n. 158 § 13: de van Lubek unde van deme Sunde scolē opboren den tollē tho Schonöre unde to Valsterboden, unde de van Rostok unde van der Wismar de scolē opboren den tollē thome Ellenboghe.

² HR. II n. 158 § 13.

³ HR. II n. 171. 191. III n. 124. Siehe Exkurs I zum Jahre 1378 und Seite 101 nebst Anmerkungen.

während des Winters erledige¹. Die hansischen Sendeboten sahen also Dänemark als den Herd einer voraussichtlichen Seeräuberplage an, fürchteten, daß Waldemars Tod und der beginnende Streit um die Krone Ordnung und Ruhe im Reiche lösen und zügellose Elemente allenthalben entfesseln werde, die während einer königslosen Zeit ihren Vorteil in einträglichem Kaperei und Beraubung der Kaufleute suchen würden. Darum wandten sich die wendischen Städte am 20. Januar von Wismar aus an die preussischen und süderseeischen und luden sie zur Besendung eines Tages auf den 23. März nach Lübeck ein, wo sie sich wie sie selbst darüber erklären möchten, wie man am wirksamsten vorgehe und Anstalten treffe, wenn zum Frühjahr das Meer durch Seeräuber beunruhigt werde². Aber auf der Märzversammlung konnte kein einmütiger Beschluß gefaßt werden, da die Preußen wieder ausgeblieben waren, und Kampen, das durch seinen schonischen Vogt vertreten war, un bevollmächtigt gewesen zu sein scheint. Wieder wurde die Frage einer Befriedung der See vertagt auf einen Tag zu Stralsund den 18. Mai, und die preussischen und süderseeischen Städte zur Teilnahme aufgefordert³. Doch auch er führte die Angelegenheit um nichts weiter, die Preußen fehlten wieder, und Kampen scheint wieder ohne Vollmacht erschienen zu sein⁴. Dagegen waren endlich, der Einladung der letzten Versammlung Folge leistend, Bevollmächtigte der preussischen und süderseeischen Städte am 24. Juni 1376 zu Stralsund bei den wendischen versammelt⁵. Inzwischen aber hatten Lübeck und Stralsund zwei Koggen, sogenannte Friedeschiffe, in See gehen lassen⁶. Sie standen unter dem Kommando hansischer Ratsherren, ihre Besatzung bestand aus Söldnern und deren Hauptleuten, gemachte Beute ward, wenn das Gut nicht hansischen Bürgern gehörte, unter die Mannschaft verteilt⁷. Beide Städte aber waren durchaus nicht geneigt, die ganze Kostenlast dieses von ihnen zum allgemeinen Besten aller hansischen Kaufleute, ihrer eigenen so gut wie der preussischen, livländischen und süderseeischen, ins Werk gesetzten Unternehmens auf sich allein zu nehmen. Sie ließen sich dabei im we-

¹ HR. II n. 105 §§ 10. 8. 9: Wered alzo, dat zik Denemarken nicht en satede over wynter, so were dar vare ane, dat id over somer ovele stan wolde uppe der see.

² HR. II n. 114: ut si pirate et maligni predones partes maritimas infestare aut perturbare machinarentur, quis modus melior possit inveniri, quod illorum rebellio et malicia compescantur et infrenentur.

³ HR. II n. 115 § 3.

⁴ HR. II n. 117.

⁵ HR. III n. 81 . . . super mari et mercatoribus defendendis.

⁶ HR. II n. 121. Über ihre Bezeichnung cf. Koppmann in den HR. IV Einleitung p. VI A. 6, denselben dort ff. im allgemeinen über die Seeräuberfrage von 1376—86.

⁷ HR. II n. 156 § 2. 220 § 5. 276 § 5. 300. cf. Koppmann a. a. O. IV p. VI.

sentlichen von dem gleichen Gedanken leiten, den sie 1373 bis 1375 in der Schlösserfrage vertreten hatten, daß nämlich die Lasten der Vorteile, welche sie für die Gesamtheit verträten und auf sich nähmen, auch von der Gesamtheit bestritten, ihnen also nach Verhältnis ersetzt werden müßten. Sie suchten daher die anderen Städtegruppen für Mitberatung über die Einrichtung der Seebefriedung heranzuziehen, suchten dann, als das sich verzögert hatte, und sie genötigt gewesen, die Friedeschiffe bald nach Beginn der Frühjahrsschiffahrt auszusenden, die Zustimmung der Preußen und Süderseer nach zur Aufnahme der Gelder, von denen zunächst die Kosten bestritten werden sollten, und erhielten sie¹. Daß diese Summen nicht reichen würden, war ihnen sogleich klar. Das Deficit beschlossen sie daher aus einer Quelle zu decken, auf welche ebenfalls die Gesamtheit der Städte ein Recht des Genusses hatte, aus dem schonischen Zolle, und zwar von der Restsumme, die nach Abzug der Gesandtschafts- und Schlösserkosten bleiben würde². In der Erwägung jedoch, daß diese entweder wahrscheinlich für den Zweck zu gering sein werde, oder der Zoll schon nach Deckung der gerade laufenden Ausgaben ganz verbraucht sein könne, vereinbarten die versammelten Städte am 24. Juni 1376 zu Stralsund die Einführung eines Pfundgeldes für ein Jahr, dessen Erhebung in jeder Stadt am 2. Februar 1377 beginnen sollte³.

Es war das dritte Mal, daß sie seit ihrer Vereinigung im Jahre 1361 diese Einrichtung beschlossen, einen Wertzoll, der auf je ein Pfund flämisch berechnet werden sollte und auf den Ausfuhrhandel der Hansestädte gelegt ward. Es wurde festgesetzt, daß von dem flämischen Pfund Grote ein englischer, d. h. von fünf lübischen Mark drei lübische Pfennige erhoben werden sollten. Damit wurde die Abgabe in allen Hansestädten gleichmäßig, nämlich auf $\frac{1}{320}$ des Warenwertes festgesetzt; die Schiffer sollten die Hälfte dieses Satzes im Verhältnis zum Werte der von ihnen geführten Waren von ihren Fahrzeugen zahlen, die Kaufleute den Zoll nur an den Orten, von welchen sie aus-

¹ Siehe Seite 86 u. daselbst Anm. 5. HR. II n. 122. Klar sprechen es die lübischen Sendeboten hier aus: *Nam dictis dominis consulibus Zundensibus et nobis magis videtur expedire, profectu nostro in hoc per nos considerato, quod communes civitates hujusmodi dampna et expensas tollent et sustineant nobiscum, quam quod nos cum Zundensibus solum ea supportaremus.*

² HR. II n. 120 § 10. 171. Anders Denicke a. a. O. p. 260. Das Bestreben der Friedeschiffe rüstenden wendischen Städte, dadurch keinen Schaden zu erleiden, ist auch deutlich ausgesprochen II n. 153 § 2: *dat de . . . dre stede (Lübeck, Stralsund, Greifswald) van der utmakinghe der sulven vredecooggen nenen scaden nemen scolen.*

³ HR. II n. 120 § 6: *men moete puntghelt nemen to enem jare, unde dat schal anstan nu to lichtmissen neghest to komende, alse to den vredecoogghen unde vele anderen groten koesten.* n. 121 sagt genauer: wegen verschiedener Reisen, Gesandtschaftskosten, anderer notwendiger Ausgaben und der Friedeschiffe.

segelten, entrichten und darüber Quittungen empfangen, welche sie vor der Nötigung zur Zahlung in andern Häfen, welche sie anlaufen würden, schützten¹. Für die Quittungen durften keine Gebühren vom Kaufmanne erhoben werden, wie es auch bei den früheren Pfundgelderhebungen gehandhabt war². Im Laufe des Jahres erklärten sich die Preußen mit der Erhebung einverstanden, vielleicht auch die Livländer, wenigstens begann Reval zum festgesetzten Termin mit der Erhebung; Kampen wurde nochmals brieflich von Lübeck gebeten, alle Städte Hollands und Seelands dazu zu veranlassen³. Dennoch ward sie im Jahre 1377 nicht allgemein ausgeführt; Lübeck, Stralsund und Greifswald schrieben Mitte März 1377 an die preussischen Städte, an Reval und die süderseeischen und baten, zunächst allenthalben von der Erhebung noch abstehen zu wollen, da einige ihnen, den wendischen, benachbarte Städte sie geweigert hätten, und es ihnen wegen dieses Zwiespaltes und bei Erwägung möglicher aus ihm entstehender Folgen nicht ratsam dünke, vor nochmaliger Beratung am 24. Juni zu Lübeck das Pfundgeld einzuführen⁴. Aber auch vom 24. Juni ab kam es noch nicht dazu, doch beschloß die Versammlung auf zwei Jahre vom 2. Februar 1378

¹ HR. II n. 120 § 6. n. 121. 144. III n. 85. cf. Stieda in der Einleitung zu den hansischen Geschichtsquellen V p. XIV f.

² HR. II n. 156 § 8: dat men in den steden nene penninge nemen scal vor de breve, de men ghift op dat puntghelt.

³ HR. II n. 141 § 6. 144. — III n. 86. Spricht aber nicht vielleicht der Umstand, daß wir Pfundgeldquittungen aus dem Jahre 1377 eben nur von Reval, aber weder von Riga, noch Windau, noch Pernau haben, dafür, daß die andern livländischen Städte die Erhebung überhaupt nicht begannen? cf. Stieda a. a. O. p. 10 3 Quittungen Revals aus dem April 1377, p. 20, p. 22 u. p. 23 für die andern drei Städte keine. Ein Schreiben Lübecks, Stralsunds und Greifswalds an Reval vom März 15. 1377, II n. 149, bestätigt die Erhebung des Pfundgeldes nur für diese Stadt: Quam vos, prout tenore litterarum vestrarum didicimus, secundum eandem concordanciam benivole recipere decrevistis. — II n. 132.

⁴ HR. II n. 149, 148: quia nonnulle sunt civitates nobis confines nondum plene de dicta librali pecunia recipienda deliberate, non videtur nobis expedire, quod . . . in hujusmodi discordia aliququaliter recipiatur, sed quod ob diversas causas, que ex hujusmodi discrepancia forte possent generari, . . . receptio . . . deferatur. — Merkwürdig ist, daß n. 148, datiert v. März 14., von den drei genannten Städten an die Preußen gerichtet, aus Stralsund unterm Siegel dieser Stadt abgesandt, n. 149, datiert vom März 15., von denselben an Reval adressiert, aus Lübeck unter dessen Siegel abgeschickt ist. Entgegen Koppmann HR. II p. 157 A. möchte ich deshalb gerade annehmen, daß sich nach Aufkündigung Rostocks und Wismars schnell die drei andern wendischen Städte ca. März 1. über ein Verhalten zu deren Protest auf einer kurzen Tagfahrt geeinigt, die Absendung der notwendigen Schreiben, die im Wortlaute fast völlig gleich, was auf einen gemeinsamen Entwurf schließen läßt, unter sich verteilt haben. Daß Stralsund zum Schlusse noch einen Bericht über eine eben eingelaufene Botschaft an die Preußen schrieb, kann daran natürlich nichts ändern. Das Schreiben an die Süderseer würde demnach vielleicht gleichzeitig unter Greifswalds Siegel abgelassen sein. — Mai 24. beschlossen die preussischen Städte, II n. 147 § 9, nachdem also das Stralsunder

ab die Erhebung wegen der verschiedenen Gesandtschafts- und Seebefriedungskosten. Rostock und Wismar nahmen diesen Beschluß ad referendum, obgleich ihnen die anderen Städte die Ausrüstung Bewaffneter gegen die Seeräuber für die nächsten zwei Jahre erließen, außer wenn zwischen Mecklenburg und Dänemark inzwischen Friede geschlossen werde, und trotzdem das Seeräubertreiben fort dauere¹.

Dieser Beschluß giebt Klarheit über zweierlei: Er zeigt, daß die mecklenburgischen Städte die diesjährige Pfundgelderhebung zu Falle gebracht, daß die anderen wendischen Städte eine fast ängstliche Rücksicht auf sie nahmen, die sich schwer erklären läßt, vielleicht zum Teil dadurch, daß die wendischen Städte einen Zwiespalt, eine Sprengung innerhalb ihrer engverbundenen Gruppe ganz besonders fürchteten, dann aber auch dadurch, daß sie eine Verschlechterung ihres Verhältnisses zu Mecklenburg in unter Umständen recht fühlbarer Weise zu entgelten besorgten. Eine solche schien aber in Aussicht, wenn sie zu einer energischen Bekämpfung der Seeräuber sich aufrafften und rüsteten. Denn das unterlag keinem Zweifel mehr, daß die Seeräuber zu Mecklenburg in engerer Beziehung standen, als zu Dänemark, wenn sie dort auch ihre Schlupfwinkel hatten². Herzog Albrecht machte wahrscheinlich, während er keinen offenen Krieg führte, seinen Adel zu Kapereien gegen Dänemark in weitestem Umfange mobil und erhielt von seinen dänischen Anhängern ihre Schlösser als Stützpunkte für ihn angewiesen, ein Übereinkommen zwischen beiden, das sich vielleicht auch auf die Beute erstreckte. Um mit ihrem Landesherrn nicht in Differenzen zu geraten, verhielten sich die mecklenburgischen Städte gegenüber den Beschlüssen der anderen über Pfundgeld und Friedeschiffe zurückhaltend, ja ablehnend³. Daß diese Adligen nicht nur dänische Schiffe, sondern wohl jedes Fahrzeug, das sich in den dänischen Gewässern blicken liefs, zu plündern suchten, entsprach ganz der Zügellosigkeit dieser Horden und der Zerfahrenheit und Anarchie in Dänemark.

Dort fehlte in diesen Zeiten, wo der Reichsrat selbst in sich gespalten war, jede Centralgewalt. Klagen über Vergewaltigungen und Schädigungen ihres friedlichen Verkehrs mußten die Städte

Schreiben längst bei ihnen eingegangen war: daz man phuntgelt neme, schiffe us zcu machinde, de viande von der ze zcu brenginde; was wohl so zu deuten, daß sie Juni 24. zu Lübeck den Vorschlag seiner Erhebung machen wollen.

¹ HR. II n. 150 § 4.

² HR. II n. 148. III n. 95. 99. Fünen, Jütland, Schonen und besonders der neue Lindholm bei Fünen werden als Stätten der Räuber in diesem Jahre genannt und blieben es auch später.

³ HR. II n. 150 § 4. 148. 149. Schon 1376 März 23. hatten beide Städte der Seebefriedung gegenüber eine reservierte Haltung angenommen, cf. II n. 115 § 3: ... umme de zee to vredende. Dit hebben de van Rostok unde van der Wismer ghetoghen an eren rat.

also an beide Parteien richten. Vielleicht verhandelten sie mit dem nordischen Königspaar darüber bereits zu Kallundborg und Korsör¹; inzwischen aber häuften die Beschwerden der Kaufleute sich. Zu Trelleborg, Ystadt und Sömmershavn klagte der Kaufmann über Bedrückungen durch Anders Jakobson. Die Städte drohten am 24. Juni 1377, falls er das nicht abstelle, ein Verkehrsverbot nach genannten Orten zu erlassen. Da Jakobson sich nicht daran kehrte, sahen sie sich genötigt, 1381 ihre Drohung wahr zu machen².

Alle Klagen über den durch die Seeräuber verursachten Schaden gaben sie der Gesandtschaft mit, die zu den Nyborger Verhandlungen hinübersegelte. Diese wandte sich damit an den Herzog. Albrecht, welcher die Stimmung der Städte auch nicht ganz verscherzen wollte, vermittelte zwischen dem Reichsrat und den städtischen Wünschen dahin, daß er sich bereit erklärte, mit Hilfe der Städte den Kaufmann auf alle Weise fördern zu wollen³. Mit dieser nichtssagenden Verheißung ließen sie den lübischen Notar heimreisen, ohne daß er ein neues Hilfsversprechen zur Seebefriedung erhielt, wie es der Reichsrat den Städten schon am 24. Juni 1376 geleistet und nachher nicht gehalten hatte⁴.

Die Städte blieben in dieser Frage auf sich selbst und ihren eigenen guten Willen, etwas zur Abhilfe zu thun, angewiesen. Der aber schien seit Jahresfrist einer ganz thatenlosen, mit ängstlicher Scheu sich zurückhaltenden Passivität gewichen zu sein. Mochten sie auch die Hoffnung hegen, daß sich die ruhelosen Zustände auf See nach Abschluß des Kopenhagener Vertrages bessern würden, und dies zu einem Teile sie ebenfalls bewogen haben, bereitwilliger auf die Wünsche der mecklenburgischen Städte nach Nichterhebung des Pfundgeldes und Nichtaussendung von Friedeschiffen für 1377 einzugehen⁵, so mußte ihnen eine

¹ HR. II n. 117 § 1: umme mengherleie stücke, sake unde ghebrek, de en unde den menen steden unde kopmanne anligghende sint.

² HR. II n. 147 § 2. 150 § 12. 232 § 7.

³ HR. II n. 150. §§ 1. 3. III n. 97.

⁴ HR. III n. 97: anno proxime preterito . . . mare pacificavimus . . ., nullo nobis ad hoc per . . . consiliarios auxilio facto vel inpenso, quamvis nobis magna dixerint et promiserint anno preterito, dum in Stralessunt essemus . . . ad invicem congregati, was mit Koppmann HR. III p. 83 A. 2 nur auf 1376 Juni 24. zu beziehen ist; cf. II n. 153 § 1 (1378 Jan. 25): se scolē spreken mit des rikes rade, wan he kumpt, wat hulpe dat se dar to doen willen umme de zee to vredende.

⁵ Damit würde es übereinstimmen, daß Riga 1377 Febr. 14. nach Bekanntwerden des Kopenhagener Vertrages an Reval HR. II n. 145 die Abänderung der Beschlüsse des letzten livländischen Städtetages zu Pernau mitteilt: dahin lautend: quod naves per Norszunt velificare volentes deberent in Golvitze congregari, revocatum fuit . . ., videlicet quod in Prutzia prope Heyle debent congregari uniformiter est concordatum. — Jener frühere Beschluß rechnete also darauf, daß die livländischen Schiffe im Hafenbecken Golvitz sich sammeln sollten, um unter dem Schutze der

solche als Täuschung erscheinen, nachdem schon vor dem 14. März zu Stralsund die Nachricht eingetroffen war, daß bei Fünen über 200 Mann lägen, von denen Beraubung des reisenden Kaufmannes zu fürchten sei, nachdem zu Lübeck am 8. April durch mündliche und schriftliche Schilderung bekannt geworden war, daß um Jütland, Schonen und Fünen sich sogar über 400 Seeräuber aufhielten, mit Vorbereitungen beschäftigt, den Kaufmann zu plündern¹. Dennoch vermochten sie sich auch nach dem 24. Juni nicht zu energischer Befriedung der See zu entschließen, vielleicht weil sie sich bei den Verheißungen Albrechts und des Reichsrats von Nyborg her beruhigten. Am Ende des Jahres fühlten sie denn auch, daß sie schweren Schaden durch die Seeräuber erlitten hatten. Lübeck hatte erfahren, daß ihrer 400 beim neuen Lindholm an der Nordküste Fünens lägen, deren Zahl noch immer wachse, und von denen zum Frühjahr 1378 neuer schwerer Schaden dem Kaufmanne drohe. Es sprach mit dem heimkehrenden Vogte von Kampen über die Gefahr und bat ihn, die Städte Hollands und Seelands zu einer Beratung über Gegenmaßregeln zu vereinigen und Mitteilung über den Ausfall derselben zu senden. Auch an die preussischen Städte wandte es sich mit der Bitte um Erwägung der drohenden Gefahren und Antwort bis Fasten².

Am 25. Januar 1378 aber beschloß eine Versammlung

wendischen Friedekoggen durch den Sund zu segeln, wie es vielleicht auch zum Teil die preussischen Kauffahrer machten. Nun wurden 1377 keine Koggen ausgerüstet; da sammelten sie sich mit den preussischen Schiffen bei Hela zu Flotten, um mit diesen zusammen in größerer Anzahl und Sicherheit den Sund zu durchsegeln. Um dessen Passierung drehen sich alle Beschlüsse. In den Rahmen und die Perspektive, welche dies Schreiben eröffnet, fügen sich gut und zwanglos alle sonstigen Nachrichten, welche wir über das Segeln in diesen Jahren haben, ein. — II n. 254 § 8: dat en jewelk stat de ere warnen schal, dat mallik se to syner zegelatze und in alzodane vlote segele, dat se des nenen schaden nemen. n. 313 § 1: Beschlufs einer Marienburger Versammlung von 1386: wo schiffe by den andir syn, als 8 adir 10, das die in eyner vlote czusamne dorch den Sund blibin, sich deste bas czu befriden. III n. 197 erfahren wir zum selben Jahre, daß bei Danzig eine Menge Kauffahrer versammelt, um mit den nach England reisenden Boten des Hochmeisters gemeinsam die Fahrt zu machen. n. 141: Eine Anzahl preussischer Schiffer meldet u. a.: dat wy dar leghen wol mit 40 scepen, nämlich vor der Sundeinfahrt bei Helsingör; die Friedeschiffe aber kreuzten nicht im Sunde, sondern lagen im Stralsunder Hafen; 1381 Juni 29. — Die Golwitz (Gholvicze) wird auch Anfang 1381, III n. 137, als Versammlungsort der Friedeschiffe erwähnt; mit II n. 145 zusammengestellt, mag dieser Punkt überhaupt öfter zu solchem Zwecke benutzt sein. Später sank der Hafen zu einem der beliebtesten Piratenschlupfwinkel herab, die hierher ihre Beute einbrachten. cf. darüber Koppmann: Zur Geschichte der mecklenburgischen Klipphäfen in den H.Gesch.Bll. Jg. 1885 p. 104 f.

¹ HR. II n. 148. III n. 95.

² HR. III n. 99. Weret dat it denne nicht ghesturet en worde, so vruchte wy, dat se also mechtich werden, dat men dat nicht wedderstan en kunne.

wendischer Städte zu Stralsund, daß diese Stadt nebst Lübeck und Greifswald für die Gesamtheit der Städte Friedeschiffe aussenden solle, deren Kosten aus dem nun vom 2. Februar ab zu erhebenden Pfundgelde und nach dessen Verbrauch aus dem schonischen Zolle zu decken seien¹. Auch mit dem Reichsrathe, wenn er dies Jahr zu Verhandlungen mit Mecklenburg nach Deutschland hinüberkomme, wollten sie über Beihilfe seinerseits zur Seebefriedung und über den Schaden, der dem Kaufmann in Dänemark geschehen sei, sprechen. Rostock und Wismar blieben natürlich befreit von der Ausrüstung von Bewaffneten und Schiffen, aber auch ein Sendebote Thorns stimmte trotz Bitte der Versammelten den Beschlüssen nicht bei². Diese wandten sich an die preussischen Städte, teilten die gefaßten Beschlüsse mit und baten sie dringend um Besendung eines Tages auf den 30. Mai zu Stralsund³. Hier waren sie und die Süderseer vertreten und stimmten, da wir von Widerspruch nicht hören, der Aussendung der Schiffe wohl nachträglich bei, ebenso erhoben sie keinen Einwand gegen die Pfundgelderhebung, auch Rostock und Wismar nicht; beide Städte beteiligten sich daran. Es wurde beschlossen, daß die Friedeschiffe in gleichstarker Ausrüstung, wie sie im Frühjahr ausgelaufen, bis Martini in See bleiben und die Seeräuber aufsuchen sollten, sobald sie Kunde von ihnen erhielten. Fänden diese auf Schlössern Zuflucht, und werde ihre Auslieferung verweigert, so sei gegen die Schloßherren ebenso zu verfahren, wie gegen die Seeräuber selbst. Es entsprach dem seither beobachteten Verhalten der mecklenburgischen Städte, daß sie gegen diesen Beschluß protestierten, es kennzeichnet aber zugleich wieder das Verhältniß der Räuber zu dem Herzoge⁴. Auch baten die Städte von der Versammlung aus König Hakon, mit den Seinen für den Frieden des Kaufmanns auf See sorgen zu wollen⁵. Sie waren des Unwesens gründlich müde und begannen es energisch zu bekämpfen. Über zwei Jahre dauerte nun schon die allgemeine Unsicherheit in den dänischen Gewässern, und auch zu Lande, auf Schonen,

¹ HR. II n. 153 § 2. Lübeck und Stralsund rüsteten ihre Koggen allerdings aus, und wir kennen ihre Kosten, welche aus dem Pfundgelde und schonischen Zolle bestritten wurden. (II n. 171. III n. 124.) Aus denselben Gefällen wären aber auch die Kosten eines Greifswalder Koggens bestritten worden; davon hören wir aber nichts, und andererseits lieferte die Stadt das dort 1378 eingegangene Pfundgeld, eine durchaus verhältnismäßige Summe, an die Bundeskasse ab (II n. 191). Dagegen scheinen Rostock und Wismar Geldbeiträge zur Ausrüstung gegeben zu haben (II n. 191).

² HR. II n. 153 § 1. cf. n. 150 § 4 u. p. 163 Note a. Zusatz der Ledraborger HS.: Poen (Sendebote Thorns) rogatus per dominos hic scriptos in nullo infrascripto consenciens.

³ HR. III n. 100. II n. 153 § 3.

⁴ HR. II n. 156 § 2.

⁵ HR. II n. 156 § 3.

hielt sich der Kaufmann nicht für sicher. Am 24. Juni 1376 ward in Anlehnung an frühere, in unruhiger Zeit gefasste Beschlüsse festgesetzt, daß jeder Mann, der nach Schonen wolle, seine Waffen bei Strafe mit ans Land nehmen müsse. Jeder solle gehorsam den städtischen Vögten sein, und einer sich zu dem andern halten. Ein Jahr später ward die gleiche Bestimmung wiederholt und galt gewiß auch noch 1378, als es so sehr kriegerisch gegen Dänemark heraufzog¹.

Mit größter Aufmerksamkeit aber mußte das Augenmerk der Städte auf ihre Pfandschaften, die Schlösser in Schonen, gerichtet bleiben. Diese reiche Landschaft, recht eigentlich in der Mitte zwischen den feindlichen Reichen gelegen, war zunächst von einem vereinigten mecklenburgisch—schwedischen Angriffe bedroht. Ward er ins Werk gesetzt, so war der Besitz der Schlösser für die Städte ungleich mehr gefährdet, wenn sie in der Verwaltung des dänischen Reichsdrosten, als wenn sie in den Händen städtischer Hauptleute sich befanden². Diese Erwägung leitete verschiedene Städte, auf der Juniversammlung 1376 den Antrag zu stellen, Henning bei Ablauf seines Amtes am 25. Juli der Leitung zu entheben und die Schlösser in eigene Verwaltung zu nehmen. Eine Gegenpartei allerdings sah in einer Fortdauer von Hennings Amtsführung noch keine Gefahr und wünschte daher, daß der Kontrakt mit ihm verlängert werde, wenn er sich verpflichte, die Städte und den Kaufmann bei Recht und Freiheit zu erhalten und ihnen die Einsetzung der Schloßvögte zu überlassen³. Es waren die wendischen Städte, welche die Schlösser den Händen Hennings entzogen wünschten, sie mußten nach Lage der Dinge am vorsorglichsten um dieselben bemüht sein. Anders die preussischen und süderseeischen. Ihnen kam es auf hohe Erträge aus dem schonischen Zolle an, aus dem immerhin für Hennings Verwaltung weniger verausgabt wurde, als für eine städtische jährlich aufgewandt war und in späteren Jahren wieder gefordert wurde. Die Städte entschieden sich nicht; sie gaben die Regelung der Frage den zu den Friedensverhandlungen nach Dänemark übersetzenden Boten zur Ordnung nach eigenem besten Ermessen anheim. Dort scheint sie keine Erledigung gefunden zu haben, denn noch im Herbst 1376 rekurrierten über die Frage nach der geeignetsten Verwaltung der Schlösser die preussischen Städtevertreter auf einem Partikular-

¹ HR. II n. 120 § 2. 150 § 8. cf. n. 11 § 6 u. I n. 522 § 6.

² Siehe Seite 81.

³ HR. II n. 120 § 1. cf. n. 117 § 1. III n. 81. Siehe Seite 54. Wenn die Städte die Einsetzung eigener Vögte sogar für sich forderten, so gingen sie damit immerhin schon Henning gegenüber einen Schritt weiter, als sie Ende 1375 (II n. 106) gestanden hatten. Es scheint darnach, als hätten sie wieder über die Vögte zu klagen (II n. 117), oder als habe Henning deren Einsetzung doch wieder eigenmächtig trotz seines Kontraktes vorgenommen.

tage an ihre einzelnen Stadträte¹. Wir haben auch keinen positiven Beweis dafür, daß die Städte nach dem 25. Juli 1376 den Kontrakt mit Henning verlängerten, es spricht sogar etwas dagegen. Unter den Zollausgaben der Jahre 1376, 1377, 1378 ist von den Einnahmen des Jahres 1378 das Gehalt Hennings für die Zeit vom 25. Juli 1377 bis 25. Juli 1378 abgezogen, und durch Nachprüfung ergibt sich, daß von den Einnahmen zu Skanör 1376 ebenfalls das Gehalt Hennings für das Amtsjahr 1375/1376 abgezogen wurde. Vom Zolle des Jahres 1377 ist kein solch Abzug gemacht, auch später verlautet nichts davon². Dennoch blieb Henning nach dem 25. Juli 1376 im Besitze der Schlösser, aber mit Absicht scheinen die Städte die Aufrichtung eines bindenden Kontraktes vermieden zu haben, um bei der Ungewißheit der kommenden Entwicklung der nordischen Verhältnisse jeden Augenblick in der Lage sein zu können, dem Drost ohne das Recht des Widerspruches und der Weigerung die Schlösser zu entziehen.

Als 1377 die Möglichkeit friedlichen Ausgleiches zwischen Mecklenburg und Norwegen nicht ausgeschlossen war³, zeigten sich die Städte am 24. Juni geneigt, ihm unter den 1376 gestellten Bedingungen die Statthalterschaft auf noch ein Jahr zu verlängern, und übertrugen die Verhandlung und Regelung der Angelegenheit ihrer zu den Nyborger Verhandlungen reisenden Gesandtschaft. Dort überließ Henning den Städten das Recht eigener Vögtesetzung und erhielt die Verlängerung seines Amtes bis zum 25. Juli 1378 zugestanden⁴. Am 30. Mai 1378 ward zu Stralsund auch über die schonischen Schlösser verhandelt. Einmütig be-

¹ HR. II n. 141 § 2. Koppmann p. 152 A. 1 verweist dazu richtig auf n. 120 § 1, faßt jedoch p. 151 bei Inhaltsangabe des Recesses jene Angabe unrichtig auf.

² Siehe Exkurs I Seite 166.

³ Vielleicht hatte Albrecht selbst zu Nyborg 1377 einen einjährigen Stillstand zugestanden. Dann ist es zum Teil leicht erklärlich, warum die nächsten Verhandlungen des Reichsrates mit ihm erst nach Jahresfrist im Sommer 1378 zu Rostock stattfanden. Dipl. Norweg. II n. 445 haben wir aus dem Oktober ohne Jahresangabe einen von Kallundborg aus an König Hakon gerichteten Brief Hennings v. Putbus, worin er ihn bittet, endlich nach Kopenhagen zu kommen um der Wohlfahrt seines Reiches willen und Konrad Moltke nebst seinen Dienern mitzubringen, und mitteilt, daß Herzog Albrecht sich brieflich bereit erklärt habe, den Waffenstillstand und Frieden bis nächsten Juni 24. zu halten. Das Schreiben wird zu 1376 gezogen, m. E. ohne rechten Grund. 1376 nach dem Kopenhagener Verträge war faktisch Friede, betrat Albrecht den Rechtsweg; 1377 dagegen scheint zu Nyborg eine Fortdauer des Stillstandes nicht ausgemacht zu sein; Lübeck sieht zweifelnd der Zukunft entgegen (III n. 97). Im Oktober dieses Jahres mag sich Albrecht dazu bereit erklärt haben. Klarheit wäre, wenn wir die Anwesenheit Hakons und Konrads im Oktober beider Jahre wüßten, ihren Aufenthaltsort kennten. Gen. Konrad ist aus naheliegenden Gründen nicht der Hauptmann v. Wordingborg, sondern der ältere Konrad Moltke.

⁴ HR. II n. 150 § 2. III n. 97.

schlossen die Städte, sie nach dem 25. Juli, nach Ablauf seiner Amtszeit, Henning zu entziehen und in eigene Verwaltung zu nehmen. Als geeignete Persönlichkeiten wählte man zwei Stralsunder Ratsherren, Gregor Schwerting und Nikolaus Seifried, und übertrug ihnen auf drei Jahre gegen 1000 Mk sundisch jährliche Besoldung die vier Schlösser. Halbjährige Kündigungsfrist, wenn einer von ihnen vor der Zeit ausscheiden wolle, ward festgesetzt. Mit Brief und je zwei Bürgen gelobten beide treue Bewahrung des anvertrauten Pfandes¹. Als Direktive wurden den neuen Hauptleuten verschiedene, die schonischen Verkehrsverhältnisse betreffende und regelnde Bestimmungen gegeben. In allen Fragen sollten sie sich z. B. an die dänischen Privilegien der Städte halten, so wegen schiffbrüchigen Gutes und wegen der verschiedenen Zollabgaben, deren willkürliche Erhöhung, — man dachte vielleicht an jenen Übergriff des von Henning gesetzten Vogtes zu Malmö 1375, — ihnen verboten ward. Mit Schadenersatzforderungen aus ihrer Verwaltung sollten sie nachträglich nicht kommen dürfen². Das sollte Henning aber auch nicht; dennoch erklärte er, zwar gern die Schlösser herausgeben zu wollen, dagegen Deckung seines Kostenaufwandes für Bauten, Reparaturen und andere Ausgaben beanspruchen zu müssen³.

Diese Einnahme der vier Schlösser war ein Ereignis, welches entschieden ungünstig für die Königin Margrethe war. Sie verlor dadurch die Vorzüge, welche ihr Vater durch eine Verwaltung Hennings gegen die Städte reichlich ausgebeutet hatte. Andererseits entsprach die That dem energischeren Hauch, der 1378 durch die Politik der wendischen Städte wehte. Sie erwarteten damals den Krieg, erwarteten, daß auch Schweden durch Invasion in Schonen sich daran beteiligen werde. Denn das ließ sich jetzt voraussehen, daß Albrecht nach zweijährigen diplomatischen Manövern des Gegners endlich die Geduld verlieren werde, länger auf sein vermeintliches gutes Recht zu warten; das mochte er auch selbst erklärt und die Rüstungen langsam begonnen haben. In dieser Erwartung wandten sich auch die hansischen Gesandten auf der Rostocker Tagfahrt im Juni 1378 an ihn und baten um Befürwortung bei seinem königlichen Sohne, daß im Fall eines Krieges mit Dänemark die Neutralität der Hanse auf Schonen geachtet werde⁴. Darum berieten sie auch bereits am 30. Mai zu Stralsund über Verlängerung der Kölner Konföderation. Der Zweck der den Antrag stellenden Gruppe der wendischen Städte war ein doppelter, einmal sollte die formelle Erneuerung des Bundes die verschiedenen Gruppen wieder fest vereinigen zu einem Defensivbündnisse

¹ HR. III n. 100. II n. 156 § 24.

² HR. II n. 158.

³ HR. III n. 108. II n. 190 § 6. — cf. II n. 104.

⁴ HR. III n. 108.

mit der Absicht, die eigene Neutralität und den eigenen Besitz zu schirmen; dann aber leitete sie möglicherweise die Besorgnis, die übrigen Gruppen möchten, da die Schlösser wieder in wendische Verwaltung übergingen, ein gleiches Verhalten zeigen, wie sie 1373—1375 zur Schau getragen hatten, welches damals fast schon das gemeinsame Band zerrissen und zum Verluste der Pfandschaften geführt hätte. Einem Rückfalle in gleichen Zustand, in neue diplomatische Kämpfe suchten die wendischen Städte vorzubeugen, indem sie durch Erneuerung der Konföderation deren Errungenschaften als von der Gesamtheit erworben, als von ihr auch zu verteidigen betonen wollten¹. Um mündliche oder schriftliche Antwort auf ihren Vorschlag baten sie zum nächsten Städtetage; am 9. Oktober noch wandte sich Lübeck an die preussischen Städte mit der Bitte um Besendung eines Tages, den 25. November, wozu es ihnen Geleitsbriefe des Herzogs ausgewirkt habe². Als die wendischen Städte sich aber am 25. November 1378 zu Lübeck versammelten, waren sie noch immer ohne Antwort von den anderen Gruppen, setzten einen neuen Tag auf den 13. März 1379 an und wandten sich mit dringendsten Worten an die preussischen Städte, die nächste Tagfahrt um allerlei notwendiger Dinge willen, darunter Beratung über Verlängerung der Konföderation, Weitererhebung des Pfundgeldes und Aussendung von Friedeschiffen im Jahre

¹ HR. II n. 156 § 28. Noch 1377 Mai 24. beriefen sich die preussischen Städte, II n. 147 § 13, auf die Konföderation. Darnach betrachteten sie dieselbe damals noch als formell bestehend. Allen Anforderungen der Akte I n. 413 entsprechen die Friedensschlüsse von Korsör und Kallundborg 1376 Aug. 14. Von diesem Termin ab würde sie also noch drei Jahre Gültigkeit gehabt haben und also erst im Hochsommer 1379 abgelaufen sein. Wie kamen aber dann die Städte dazu, 1378 Mai 30. als Verfallstermin des Bündnisses anzugeben? § 28: Vortmer sint de stede des menliken to rade worden, na deme dat dat vorbund drade ut gheit, dat malk spreke an sime rade, wer men dat vorlenghen wille, dar en antworde af to seggende to deme neghesten daghe. Denicke würde es vermutlich wieder für einen Irrtum der Städte erklären, aber es ist eher anzunehmen, daß die städtischen Ratsherren sich über ihre Worte und Erwägungen immer ganz klar gewesen sind und mit solchen zu bestimmten Zeiten auch bestimmte Zwecke verfolgt haben. Die Zwecke haben hier wie 1374 einen tiefern Hintergrund, den ich in den Thatfachen der oben gegebenen Erörterung suchen und erkennen möchte. — Von anderer Anschauung über derartige Angaben der Städte geht auch Schäfer a. a. O. p. 560 aus, ohne sich über diesen Fall und den von 1374 speciell zu äußern, ebenso wenig Lindner a. a. O. II, Beilage XI p. 478 ff.

² HR. III n. 113: Lübeck erklärt an die preussischen Städte Okt. 9., den 25. Nov. gewählt zu haben, presertim ut advocati sive nuncii consulares de mari meridiano pronunc in Schania constituti eisdem placitis una nobiscum ante eorum recessum de Lubic valeant interesse. cf. III n. 114. 115. Einen analogen Fall, wo 1383, auch der Süderseer wegen, eine Tagfahrt durch Lübeck auf Mai 31. angesetzt wird, cf. II n. 262. III n. 167.

1379, doch ja zu besenden¹. Da starb in dem Augenblicke, als das Kriegsunwetter gerade loszubrechen drohte, der alte Albrecht am 18. Februar 1379, sein Unternehmen mit ihm. Neue Friedensaussichten wurden in verstärktem Maße lebendig und ließen eine formelle Erneuerung der Kontöderation gerade so unnötig erscheinen, wie eine Fortführung der Seebefriedung und Pfundgelderhebung.

Am 13. März waren die wendischen Städte zu Lübeck wiederum unter sich. Die preussischen Städte hatten ihr Ausbleiben am 16. Januar bereits entschuldigt, ihr Erscheinen zur Juniversammlung dagegen zugesagt und die wendischen gebeten, bis zu diesem Termine die Befriedung der See im gleichen Umfange wie im verflossenen Jahre übernehmen zu wollen. Ob sie das Pfundgeld weiter erheben wollten, darüber schrieben sie nichts; da aber Lübeck von der Märzversammlung aus über das von den livländischen Städten 1378 erhobene und 1379 bis zum 1. Mai eingehende in dem Sinne disponierte, daß es seinen Überkauf nach Lübeck in einem Schreiben an Reval regelte und diese Stadt bat, es nebst ihren Genossinnen, wie man ja beschlossen habe, überhaupt weiterzuerheben, außer wenn sie anders informiert würden, so werden auch die Preußen ohne weiteres Sträuben in der Aufnahme des Geldes 1379 fortgefahren sein². Auf der Juniversammlung zu Lübeck waren alle vier Gruppen zahlreich vertreten, ward über das Pfundgeld von 1378 abgerechnet, über welches die wendischen Städte bereits am 25. November 1378 eine Zusammenstellung gemacht hatten. Am Schlusse der Gesamtabrechnung heisst es, daß die livländischen und süderseeischen Städte nichts beigebracht hätten³, ebensowenig erfahren wir, ob auf das livländische Pfundgeld von Lübeck wirklich Wechsel gezogen worden sind. Dagegen klagten Anfang 1381 die wendischen Städte, daß Livländer, Süderseer und Preußen noch nicht alles Pfundgeld von den Jahren 1378 und 1379 an Lübeck abgeliefert hätten. Für die Preußen konnte die Klage nur auf 1379 zutreffend sein, für die beiden anderen Gruppen vielleicht auf beide Jahre⁴. Überhaupt läßt sich bei Fixierung, Angabe und Zusammenstellung der Geldsummen so schwer das richtige ermitteln, daß man sich am besten immer mit einem „vielleicht“ begnügt, da die gemachten

¹ HR. II n. 170 § 5. III n. 116: quatenus omni postposita excusacione nuncios vestros consulares plenipotenter informatos ad hujusmodi locum et terminum indubie transmittatis, concordialiter attendentes, quanta nobis omnibus et communi mercatori vis consistit in negociis . . . arduis agendis et expediendis . . .

² HR. III n. 118. II n. 173. Ich wende die Bezeichnungen »Überkauf« und »überkaufen« im selben Sinne wie Koppmann H.R III p. 116 ff. z. B. an.

³ HR. II n. 191.

⁴ HR. II n. 226. 227.

Angaben meist ganz knapp, ohne Erklärung und immer lückenhaft gegeben sind. Die Höhe des von den wendischen und preussischen Städten eingelieferten Pfundgeldes belief sich auf 5932 ℥ 4 β lübisch unter Hinzurechnung dessen, was in Wisby und Schonen an Pfundgeld erhoben worden¹. Die Kosten für den 1378 in See gewesenen Lübecker und den Stralsunder Koggen aber betrugen 10410 ℥ 7 β ². Beide Städte mußten dafür aus dem Pfundgelde entschädigt werden. Dessen Gesamthöhe betrug aber nur 6672 ℥ . Beide wurden außerdem auf 1147 ℥ von verschiedenen Seiten noch ausstehende Forderungen, darunter 275 ℥ von Rostock und Wismar als Beitrag zur Seebefriedung, angewiesen. Da diese Einnahmequelle aber zur Deckung der Unkosten auch noch nicht ausreichte, waren die Städte genötigt, die Zollüberschüsse anzugreifen. Diese ergaben für die Verwaltungsjahre 1376—1378 ein Plus von 2397 ℥ 3 β nach Verrechnung Lübecks und Stralsunds. Alles gegen einander gestellt erklärten die beiden Städte, noch mit 197 ℥ im Rückstande zu sein³. Also

¹ HR. II. n. 191. — Koppmann p. 212 A. 1 hat sich um 100 ℥ geirrt, wenn er den Pfundgeldbetrag auf 6032 ℥ 4 β angiebt. Auch jene Summe ist noch nicht die Gesamtsumme, sondern diese betrug, wie Danzig in sein Stadtbuch einzeichnen läßt (III n. 124), und wie eine Nachrechnung von II n. 191 (cf. Koppmann p. 212 A. 2) ergibt: 6672 ℥ lübisch. Woher das Plus von ca. 740 ℥ lübisch kommt, erfahren wir nicht. Ist vielleicht bereits von den livländischen Städten Pfundgeld übergekauft worden? — Über das Pfundgeld auf Schonen seit 1378 und die an dessen höchst geringe Beträge geknüpften Vermutungen cf. Stieda a. a. O. p. XLVI. Übrigens war die Erhebung von Pfundgeld in Schonen nichts neues und bereits von 1368—71 durchgeführt. Die Pfundgeldabrechnungen dieser Jahre im allgemeinen geben interessante Aufschlüsse über die Handelsbewegung in den Städten und ihren Umfang in jeder einzelnen, ebenso wie über die Stellung der verschiedenen Städte im schonischen Verkehr; cf. die Tabellen bei Stieda a. a. O. p. XXVIII und XLVII. — Die preussischen Städte hatten über das 1378 bei sich und durch ihren Vogt auf Schonen (III n. 123) erhobene Pfundgeld 1379 Jan. 16. zu Marienburg abgerechnet. cf. HR. III p. 102. II n. 171b, 180, III n. 118. 119. Es waren 1700 ℥ preussisch, — irrtümlich spricht III n. 118 von 1900 —, wovon im Oktober und November 1378 1000 ℥ preussisch (= 1500 ℥ lüb.) von Lübeck übergekauft waren, (II n. 181. Tratten 1—8) und 400 ℥ pr. von Stralsund im Dezember (II n. 181. 9. III n. 118), während 300 ℥ pr. noch für Lübeck bereit standen (III n. 118) am 16. Januar. Juni 24. zu Lübeck geben sie ihre Pfundgeldeinnahme aber, jenen Summen entsprechend, nicht auf 2550 ℥ lüb. an, sondern nur auf 2258 ℥ lüb., was 1505 ℥ 5 β 4 ss pr. entspricht. Die fehlenden 292 ℥ lüb. mögen als Besoldungen der preussischen Einnehmer und Reisekosten verwendet sein (II n. 191).

² HR. II n. 171. III n. 124. Siehe folg. Anm.

³ Es ist schwer, die ganze Rechnung genau zu fixieren. HR. II n. 171. III n. 124. — Die 1147 ℥ lüb. noch ausstehende und einzufordernde Summen zerlegten sich so, daß Gotland bezahlen sollte 600 ℥ , (über diese Forderung der Städte an Wisby als einer Beisteuer zum zweiten Waldemarischen Kriege cf. II n. 53 § 8 u. A. 3. n. 62. 120 § 7. 156 § 12. 191), Kampen 232 ℥ (die ihm aus dem schonischen Zolle geliehen waren: cf. II n. 171. 232 § 16. 276 § 6. 306 § 18. Exkurs II). Zierixee 40 ℥ (die ebenfalls daraus entliehen waren: cf. II n. 171. 232

nicht einmal das Pfundgeld eines Jahres und die Zollreste dreier Jahre hatten die Kosten zweier Friedeschiffe eines Jahres decken können. Es war ein für die Städte wenig ermutigendes Resultat; wenig machte es aus, daß das Pfundgeld der Süderseer für 1378, das der Livländer und eine Beihilfe Amsterdams noch in Aussicht stand, ebenso ein Koggen den Städten geschenkt war¹. Die Versammlung faßte keinen bindenden Beschuß über Fortgang der Seebefriedung und Pfundgelderhebung in der zweiten Jahreshälfte, beides geschah aber bis Ende des Jahres, wenn es auch scheint, als sei jetzt nur der lübische Koggen in See geblieben².

Lichtmeß 1380 lief dann der Termin ab, bis zu welchem das Pfundgeld erhoben werden sollte. Seine Verlängerung hatte man 1379 garnicht mehr ins Auge gefaßt, denn die Preußen hatten sich schon 1379 am 17. April so entschieden dagegen ausgesprochen, daß ein auf allgemeine Weitererhebung desselben zielender Beschuß nutzlos gewesen wäre, hatten dann ihrerseits dieselbe auch unterlassen³. Auch dem Überkauf der bei ihnen erhobenen Gelder durch Lübeck setzten sie Schwierigkeiten und Widerspruch entgegen. Darauf erwiderte in verweisendem Tone

§ 16. 306 § 18. Exkurs II), Rostock-Wismar 275 ℥ (vielleicht die Summe, welche sie aus der Zollabrechnung 1376/78 übrig behielten: cf. II n. 171. Exkurs I): Einnahmen und Forderungen einer-, Ausgaben andererseits zusammengestellt, macht:

Pfundgeldeinnahme	6672 ℥ (II n. 191)
Ausstehende Forderungen	1147 ℥ (II n. 191)
Zollreste 1376/78	2397 ℥ 3 β (II n. 171)
bleibendes Deficit	197 ℥ (II n. 191)

Sa. 10 413 ℥ 3 β lübisch (doch siehe unten).

Ausgaben:

Koggenkosten Lübecks	5964 ℥ 7 β (II n. 171. III n. 124)
Koggenkosten Stralsunds	4446 ℥ (II n. 171. III n. 124)

Sa. 10 410 ℥ 7 β lübisch.

Die Berechnung stimmt also bis auf einen ganz unwesentlichen Bruchteil von 2 ℥ 12 β lüb.; und auch dieser fällt ganz fort, wenn wir uns auf die Ledraborger HS. (II p. 212 Note f.) stützen, welche das Deficit beider Städte auf 194 ℥ angiebt, wovon auf Stralsund 30 ℥ (33 nach der von Koppmann zu Grunde gelegten Wismarer Handschrift), auf Lübeck 164 ℥ entfallen. Das Danziger Stadtbuch zeichnet III n. 124 als Deficit 196 ℥ für beide Städte auf, was nach II n. 232 § 22 richtig scheint, weil hier Stralsund auch nur mit 32 ℥ verzeichnet ist.

¹ HR. III n. 124. II n. 191.

² HR. II n. 190 §§ 14. 15. III n. 130. Schreiben Lübecks an Joh. Kordelitz v. Thorn (cf. III n. 131) v. 1379 Okt. 23. bestätigt die Seebefriedung in der zweiten Jahreshälfte. cf. II n. 178. 179, zwei Schreiben v. Aug. 22. u. Nov. 13, deren erstes nach seiner Stellung im Stadtbuch Danzigs allerdings 1378 zugehören könnte, im Zusammenhange aber nebst dem folgenden sehr wohl zu 1379 bezogen werden dürfte.

³ HR. II n. 174 § 8: umme mengarhande ghebreche tuschen den seestedin unde uns, den wy gar unbequemelichen degheleichen moeten liden, is unse syn unde meninghe, dat wy nyn puntgelt vorbat wyllen mer gedin over dat, dat ghelovet is. n. 227: Ok so wer et by den van Prusen ave geleget, dat were nu tho grotem schaden komen.

im Juni 1380 eine Versammlung wendischer Städte zu Rostock, sie wüßten doch, daß das Pfundgeld zu dem Zweck eingeführt sei, die See zu Frieden, und daß Lübeck und Stralsund bisher die Kosten der Befriedung ausgelegt hätten, und bat, was sie noch an Pfundgeld hätten, an eine der beiden Städte zu übersenden. Als Antwort gaben die Preußen nur im allgemeinen die Erklärung ab, ihnen auf der nächsten Versammlung Rechenschaft ablegen zu wollen, wovon aber später nichts verlautet¹.

Hatten die preussischen Städte für 1380 die Pfundgelderhebung zu Falle gebracht, so fanden sich die wendischen nicht bewogen, auf eigene Gefahr im selben Jahre eine kostspielige Seerüstung zu unternehmen; beide, preussische wie wendische, mochten sich zudem mit der Hoffnung schmeicheln, daß nach Herzog Albrechts Tode und der Einstellung der Feindseligkeiten durch seinen Nachfolger auch die Seeräuber allmählich sich mindern würden. Gleichwohl beunruhigten diese die See², und im Herbst 1380 sahen sich die Städte genötigt, auf die früheren Maßregeln zu ihrer Bekämpfung in weit verstärktem Maße zurückzugreifen. Da nun aber schon drei Jahre lang (1376, 1378, 1379) Lübeck und Stralsund die Lasten der Ausrüstung getragen hatten, war ihr Wunsch gerechtfertigt, sie für 1381 den preussischen Städten zuzuschieben³. Deren Vertreter erklärten auf der Oktoberversammlung 1380 zu Wismar, über das Ansinnen an ihre Auftraggeber berichten zu wollen. Ein Bote Lübecks begleitete sie und sollte die Antwort der Preußen auf den Vorschlag entgegennehmen, an dessen Ablehnung die wendischen Städte kaum zu zweifeln schienen⁴. Er kehrte Anfang 1381 mit dem Danziger Rats Herrn Hallenberg zurück, der einer schnell nach Rostock zusammengerufenen Versammlung der vier wendischen Städte das Resultat der preussischen Sonderberatung unterbreitete: die wendischen Städte möchten für die Gesamtheit die Seebefriedung übernehmen. Nach vieltägigen erregten Debatten erklärte aber Lübeck, der Kaufmann müsse zu Hause bleiben, es sei denn, daß die Preußen Friedeschiffe ausrüsteten. Da that Hallenberg den notwendig entgegenkommenden Schritt; er erklärte namens der preussischen Städte, falls die wendischen sich zur Auslegung von Schiffen verständen, wollten sie nach Mannzahl Kosten und Risiko derselben mitübernehmen⁵. Dar-

¹ HR. III n. 133. cf. III n. 132, wozu II n. 228. 6.; II n. 215. — III n. 134. cf. II n. 220 § 22.

² HR. III n. 139: Lübeck 1381 Apr. 23. an Reval: bene scitis, quod . . immensa dampna sint mercatori per piratas illata.

³ HR. II n. 226: dat it jw wol mochte toborin, de scepe ut tho makende de zee tho vredende, also wy nu wol dre jare tovore ghedaen hebben. cf. n. 220 § 22.

⁴ HR. II n. 220 § 22. cf. n. 226.

⁵ Hallenberg (II n. 227) an die preussischen Städte: Wante dat was unse meste gebrek, we dat gelt solde utlegen.

aufhin waren Stralsund und Lübeck bereit, je einen Koggen und drei Schnicken, Rostock und Wismar ein Schiff und zwei mit zusammen 250 Bewaffneten bis zum 24. Juni in See gehen zu lassen. Von den Preußen forderten sie dazu einen Vorschuss von etwa 1000 ℥ preussisch (= 1500 ℥ lübisch). Aber schon im Februar bewilligte eine preussische Versammlung 1200 ℥ preussisch, welche im März und April von Stralsund und Lübeck übergekauft wurden¹. Zur Deckung der Befriedungskosten griffen die wendischen Städte am 27. Januar abermals zur Einführung des Pfundgeldes. An die Süderseer, Preußen und durch letztere an die Livländer teilten sie den Beschluß mit, es nach alter Weise vom kommenden 2. Februar ab allgemein erheben zu lassen, und baten sie zugleich, das noch von früheren Jahren zurückbehaltene mit den ersten Schiffen nach Lübeck zu übersenden, das neu eingenommene aber zur Juniversammlung dorthin mitzubringen. Sie wählten keinen festen Ablaufstermin, waren aber sicher, daß ihr Vorschlag den Preußen nicht unbecquem sein werde, weil diese für die zur Seebefriedung ausgeworfene Summe mit Hilfe des Pfundgeldes die beste Möglichkeit, sie zu decken, erhielten². Auch die Livländer tagten, durch die Preußen von den Rostocker Beschlüssen in Kenntnis gesetzt, schon am 24. März zu Dorpat. Aber am 23. April wandte sich Lübeck selbst in der Pfundgeldfrage nochmals besonders an Reval³. Über das Verhalten der Süderseer zu den wendischen Vorschlägen und Forderungen wissen wir nichts. Ende März lag die Friedeflotte im Hafen Golwitz zur Ausfahrt bereit⁴. Auf die den Preußen und Süderseern abgeforderte sofortige Erklärung: dat gy uns wyllen staen unde scadelos holdin van allen kosten unde schadin — na mantale unde bornisse, also jw thoborin mach, war Lübeck schließlich auf Bitte der Preußen erbötig, bis zum nächsten Städtetage warten zu wollen⁵.

Die Mittsommerversammlung zu Lübeck setzte zwar erst die Erhebung des Pfundgeldes nach dem Modus des 1376 beschlossenen fest, dennoch wurde es bereits den Rostocker Beschlüssen gemäß seit dem 2. Februar erhoben und von den meisten Teilnehmern nach Lübeck mitgebracht. Die abwesenden Städte

¹ HR. III p. 116 f. n. 136—138. II n. 228 Tratten 1—5 und von Ende 1381 2 Tratten II n. 241. 242.

² Über die ganze gegebene Darstellung vergleiche HR. II n. 226, ein Schreiben der vier wendischen Städte an die preussischen im Anschluß an die mit Hallenberg gepflogenen Verhandlungen, und n. 227, den Bericht Hallenbergs über seine Verhandlungen mit den wendischen Städten zu Rostock 1381. Jan. 27.

³ HR. III p. 118 und n. 139.

⁴ HR. III n. 137: liburni ad mare pacificandum . . . expedite debebunt fore constitute in portu, qui dicitur Gholvicze, 31. März. Siehe Seite 93 Anm. 5.

⁵ HR. II n. 226. III n. 137.

hatten nichts eingesandt und mußten deswegen wieder gemahnt werden. Gleichzeitig ward über den schonischen Zoll der Jahre 1379 und 1380 und das bisher eingelaufene Pfundgeld einer-, Seebefriedungs- und andere allgemeine Auslagen, natürlich auch die für die Schlösserverwaltung gemachten, andererseits abgerechnet. Es fehlten Rostock 132, Stralsund 134, plus den ihm 1379 fehlenden 32 also 166 ℥ und Wismar 133 ℥ lübisch. Zur Deckung ihres Deficits wurden sie auf das nächste bei ihnen fallende Pfundgeld angewiesen. Außerdem waren alle drei Städte noch an Lübeck Summen schuldig; das wollten sie auf wendischer Tagfahrt begleichen¹. Zur Abstellung der bei den Abrechnungen jedesmal zu Tage getretenen Mifsstände verpflichteten sich die anwesenden Deputierten, das in ihren Städten gesammelte Geld ohne Zögern gleich nach ihrer Rückkehr und dann wieder nach dem 29. September an Lübeck zu Behuf der Friedeschiffe zu übersenden², — den nicht vertretenen Städten sollte die gleiche Mitteilung zugehen —; reiche das einlaufende Pfundgeld nicht, so solle das fehlende wieder dem schonischen Zolle entnommen werden; reichten beide Einnahmequellen nicht hin, so verpflichteten sich die Städte, — und es waren alle Gruppen vertreten, — Lübeck, Rostock und Wismar er gebrek na bornisse und na mantale wedder to leggende³. Hand in Hand damit ging der Beschluß einer Fortführung der Seebefriedung mit verminderter Stärke bis Martini. Lübeck, Rostock, Wismar stellten je ein großes Schiff und zwei Schnicken mit zusammen 180 Bewaffneten⁴.

So war es in gut geführter Diplomatie den wendischen Städten gelungen, auch in der Seeräuberfrage trotz des drohenden Zerfalles mit den preussischen wieder eine Einmütigkeit aller Gruppen zu erzielen. Was es gewesen, das sie 1379 in so heftige Erbitterung gegen die wendischen Städte⁵ versetzte, ist schwer zu sagen. Gewiß trugen dazu die Beschwerden der preussischen Schiffer und Kaufleute über den Kaufmann zu Bergen bei, worin sie über Beeinträchtigung ihres Handels dorthin durch die wendischen Schiffer und über ganz ungewohnte Abgaben in Bergen Klage führten. Möglicherweise liefs der Hochmeister für diese und ähnliche Belastungen seiner Unterthanen an wendischen Bürgern Repressalien nehmen⁶.

¹ HR. II n. 232 § 13. III n. 137. II n. 232 § 22. Siehe Exkurs I Seite 167.

² HR. III n. 150.

³ HR. II n. 232 § 14: und de stede schullen und willen int gemene alle koste und schaden van der vredeschepe wegen, it sy van vangen, edder war it af sy, allike tosamen dregen na bornisse und na mantale.

⁴ HR. II n. 232 § 14.

⁵ HR. II n. 174 § 8.

⁶ HR. II n. 177: Unde dyt dun de sciphern de ut den Wendeschen stedin zegelin umme des wyllen, dat se ere vrucht tovorin upborin. Unde der vrucht wyllen de Bergersvarer de scriphern ut Prussen nicht dun;

Auch in anderer Richtung haben wir eine unverkennbare Erbitterung der preussischen Städte auf die wendischen zu suchen; in dem Interessengegensatze, dessen erste Anzeichen im Mai 1378 sich kundgeben durch die verschiedene Haltung beider Gruppen gegen England, das die 1377 aufgehobenen hansischen Privilegien nicht bestätigen wollte und Gewaltthätigkeiten gegen den Kaufmann gestattete¹. Die Handelsbeziehungen der preussischen Städte zu England waren viel inniger und lebhafter, als die der wendischen. Sie hatten daher am lautesten über Schädigungen zu klagen und drangen zuerst auf energische Gegenmafsregeln, trafen jedoch auf die Weigerung Lübecks und der wendischen Städte, die den Standpunkt einer unter allen Umständen möglichst friedlichen Politik zu wahren bestrebt blieben. Neue Klagen und Vergewaltigungen liefsen die Preußen mit aller Entschiedenheit auf allgemeinen Abbruch des

u. § 3: Klage über den vom Bergener Kaufmann von den dorthin handelnden Kaufleuten erhobenen Schofs. — Über vermutliche Repressalien, womit allerdings auch irgend eine Privatsache gemeint sein könnte, cf. II n. 220. § 17. 257 § 5. III n. 169. 170. — Über den Pfundzoll zu Bergen hat neuerdings noch Stieda a. a. O. p. XXXIII ff. gehandelt. Nach eigener Durcharbeitung des über die Frage vorhandenen Materials möchte ich mich in allem Wesentlichen mit seiner Auffassung und Behandlung derselben einverstanden erklären. Das Kontor zu Bergen ist eine Schöpfung wendischer, vorwiegend lübischer Angehöriger. Die drei bedeutendsten wendischen Städte scheinen sich in den Handel und Aufenthalt an den hauptsächlichsten norwegischen Verkehrsplätzen derart geteilt zu haben, dafs Lübeck ganz besonders in Bergen, Rostock und Stralsund in Opslo und Tunsberg Fuß fafsen. Eine erstmalige Nachricht vom Vorhandensein des Bergener Kontors haben wir HR. I n. 233 § 6. Es heifst dort im Berichte des Rostocker Stadtschreibers über seine Gesandtschaft nach Dänemark vom 26. Juni bis 29. Juli 1360 ganz beiläufig: *fuit eciam eodem tempore tactum de quadam nova et inconsueta exactione, per mercatores in Berghen existentes novis mercatoribus primo ibidem venientibus imposita*. Mit der Bitte, einen Schofs vom Kaufmanne erheben zu dürfen, wandte sich der Bergener Kaufmann 1365 zum erstenmal an die Städte; 1369 im Oktober gestatteten ihm die Städte sogar die Erhöhung desselben, gewifs wegen des Schadens, den er durch die Räumung Bergens, Abbruch der alten Verbindungen 1368, Einnisten der Engländer in seine dortigen Positionen (Dipl. Norweg. VIII n. 184. HR. II n. 41 § 4, III n. 311) genommen hatte. Schofserhöhungen kommen übrigens auch sonst noch gelegentlich vor, cf. II n. 156 § 11, wo es vom livländisch-gotländischen Schofs heifst: *ok dunket den steden nutte wesen, dat se dat schot vorhoeghen uppe dat, dat se er ghelt de er tho hus crighen, unde dar na weder tho minnerden*. 1375 lief der letztbewilligte Schofserhebungstermin für den Bergener ab; von erneutem Nachsuchen bei den Städten um nochmalige Weiterbewilligung hören wir nichts; da aber 1379 sich die Preußen über den Schofs beschwerten, erhoben sie ihn nach 1375 also fort. Was später daraus geworden, wie die Städte sich zu der preussischen Beschwerde und zum Schofs gestellt, darüber wissen wir garnichts weiter; möglicherweise wurde er von dem Bergener Kaufmann, nachdem er nun schon 10 Jahre lang eingefordert war, als »altes Recht« betrachtet und weitererhoben.

¹ Über die preussisch- und hansisch-englische Frage überhaupt cf. Koppmann HR. III, Einleitung p. VII ff., denselben in den H.Gesch.Bll. Jg. 1883 p. 115 ff. u. Keutgen a. a. O. p. 25 ff.

Verkehrs und Repressalien an englischem Gute dringen; die wendischen Städte waren genötigt, ihnen beizupflichten, bewirkten aber, wenn auch mühsam, Verzögerungen der in Aussicht genommenen Feindseligkeiten durch Verhandlungen mit dem Hochmeister und seinen Städten und erzielten Anfang 1381 einen Vergleich mit England, der für einige Jahre eine Ruhepause in den englisch-hansischen Streitigkeiten schuf; hierdurch beugten sie glücklich einer weitergreifenden Differenz mit den preussischen Städten vor und bewiesen ihnen zugleich eine Berechtigung ihrer Politik.

Noch ein anderer Streitpunkt hat wahrscheinlich die preussischen und wendischen Städte in dieser Zeit gegen einander wieder einmal erhitzt; die Preußen sahen sich in ihren Erwartungen auf Anteil an dem schonischen Zolle getäuscht. Die wendischen Städte verbrauchten seine Restbestände für die Friedeschiffe. Im April 1380 beschwerten sich die preussischen bei den wendischen, nichts vom Zolle, wie ihnen von rechtswegen gebühre, empfangen zu haben. Diese antworteten Mitte des Jahres: in ihres Vertreters, Johann Kordelitz von Thorn, Gegenwart sei im Juni 1379 über den ganzen Zoll und über seinen Verbrauch abgerechnet worden¹. Sie drückten sich hier wohl wissentlich falsch aus, denn sie sprachen vom Zolle des Jahres 1378, während die preussischen augenscheinlich den von 1379 meinten. Darum schrieben diese auch bald darnach am 13. Juli an Lübeck die Forderung, ihrem schonischen Vogte ihren Anteil am Zolle verabfolgen zu lassen, was bisher trotz ihres Gesuches nicht geschehen sei². Den weiteren Verlauf dieses Streitpunktes kennen wir nicht, dürfen aber eine Entgegnung der wendischen Städte vermuten dahin lautend, daß sie erst nach Abzug aller Schlösser-, Friedeschiffs-, Gesandtschaftskosten und der Summen, mit denen sie noch von den Koggen und der letzten Abrechnung her im Rückstande, gewillt seien, mit den Preußen nach vereinbartem Satze den Rest zu teilen. Ob solche Reste in diesen Jahren blieben, verlautet nicht, ist aber unwahrscheinlich, da bei der Gesamtabrechnung über die Verwaltungsjahre 1379 und 1380 am 24. Juni 1381 Lübeck und die anderen drei wendischen Vororte mit viel größeren Summen im Rückstande blieben als am 24. Juni 1379 und noch nicht einmal die damals fehlenden hatten ersetzen können. Da alle vier auf das nächste bei ihnen fallende Pfundgeld angewiesen wurden, ist mit einer gewissen Sicherheit anzunehmen, daß die bisher aufgebrauchten Pfundgeldsummen nebst den Zollresten für die Seebefriedung im Jahre 1381 auf-

¹ HR. III n. 133. cf. II n. 215.

² HR. III n. 134. Unde bitten uwer wyssheyt mit denstliken betin, das ir unserm voyte uf Scone unsern teyl czolles losit volgin unghehendert, also wyr uch czu jore botin, das doch nicht en gheschach.

gebraucht waren¹. Dieser Einsicht konnten sich die Preußen auch wohl nicht verschließen. Sie gaben ihren Widerspruch gegen Auskehrung der zurückgehaltenen Pfundgeldsummen auf, ja, ihren wahren Vorteil recht wohl erkennend, verstanden sie sich zu pekuniärer Beihilfe für die Koggen, garantierten sogar den wendischen Städten die geforderte Schadloshaltung. Deren Diplomatie errang einen Sieg über die Preußen, es gelang ihr, sie der Gesamtheit wieder anzugliedern, sie wie die anderen Gruppen zu Mitträgern des aus den Friedeschiffen erwachsenden Risikos zu machen. Neugeeint waren die verschiedenen Gruppen unter Führung der wendischen Städte in der wichtigen Frage, wie die Seefahrt des hansischen Kaufmanns am wirksamsten zu schirmen sei gegen das Unwesen der Seeräuber².

¹ HR. II n. 232 § 22. cf. § 14: und werit also, dat den dren steden irghenomed in dem puntgelde gebrek worde, so schullen se tasten in den tolne up Schone. Siehe Exkurs I Seite 167.

² Soeben gelangt in meine Hände: Oehler, Die Beziehungen Deutschlands zu Dänemark von der Kölner Konföderation bis zum Tode Karls IV. Diss. Hall. Febr. 1894, eine Arbeit, die auf Denicke fußend m. E. nichts Bemerkenswerthes bietet.

Drittes Kapitel.

Die Verwaltung der schonischen Pfandschaften und die Seebefriedung von 1381—1385. Die Hanse und Margrethe.

Hatten die Städte 1379 die Erwartung gehegt, daß die Piraten sich zerstreuen und beruhigen würden, so sahen sie sich darin bitter betrogen. Das Jahr 1380 hatte ihnen viel Schädigung eingetragen, und 1381 trafen sie Befriedungsrüstungen in so umfassendem Maßstabe, wie in keinem Jahre zuvor. Und jetzt beteiligten sich auch Rostock und Wismar aktiv an Aufbringung von Schiffen und Anwerben Bewaffneter. Das war charakteristisch. Daß diese beiden Städte beitraten und energischen Anteil an der Seebefriedung nahmen, besagte, daß sie den Seeraub nicht mehr als von Mecklenburg gehegt ansahen. Da er aber nicht aufgehört hatte, sondern im Gegenteil eher im Zunehmen begriffen war¹, bleibt nur die Möglichkeit, daß ihm von Dänemark aus Vorschub geleistet wurde, daß er auf den Schlössern der dänischen Großen, wie vormals auf denen der Anhänger Albrechts in Dänemark, die sich auch wohl nach wie vor noch daran beteiligten, Schutz und Zuflucht fand. Selbst die königlichen Vögte der Reichsschlösser nahmen an dem Unwesen teil², und den Städten war jetzt schon und wurde von Jahr zu Jahr immer mehr klar, daß Margrethe das Treiben ihrer Unterthanen im Stillen billigte, daß sie selbst ge-

¹ Das ist zu schließen aus der umfassenden Rüstung des Jahres 1381, auch aus HR. III n. 180: *naves defensorias pronunc oportet esse in duplo forciores, quam ad annum exstiterunt*; Schreiben Stralsunds an die preussischen Städte vom 7. März 1384.

² HR. IV n. 154. 4. 7. 9—11. 185. 8. II n. 240 § 2. 255. 276 § 4. 290 § 2, auch n. 230 § 1 und IV n. 236 Art. IV 8. 9.

legentlich gern gerade wie der Lunder Erzbischof z. B. oder Henning von Putbus und andere höchst- und hochgestellte Adlige mit den Piraten den Raub teilte¹. Dies darf uns bei Margrethe nicht sehr wundern, denn ihre Anfänge in Dänemark waren klein und ärmlich, und gewiß nicht verfügte sie über bedeutendere Geldmittel, wenn auch Detmar wohl übertreibt in seiner Schilderung, daß sie selbst eine Mahlzeit zu bezahlen zu arm gewesen sei².

Die Thatsache aber, daß jetzt hinter diesen Seeräubern nicht mehr und nicht weniger als ein gut Teil des dänischen Volkes und Reichsrates, die Königin selbst stand, wirft ein erläuterndes Licht auch auf zwei andere Punkte. Die Städte traten ungemein vorsichtig und zurückhaltend an die Befriedung der See heran, sie warteten immer erst die äußerste Notwendigkeit ab und beschränkten sich dann nur auf den Schutz der Wasserstraßen; auf ein Aufsuchen der Räuber, eine Bekämpfung derselben ließen sie sich nicht ein; das hätte einen von vorn herein unglücklichen und aussichtslosen Kampf gegen ein Volk

¹ HR. IV n. 185. 8: 1380 wird im Sunde vor Helsingör ein Schiff gekapert, das Gut nach Warberg geführt, das ein Hauptstützpunkt für die Seeräuber gewesen zu sein scheint. Das wart do geteilet in keginwortheit der konyginne und behilt das meiste teil an deme gewande. — IV n. 154. 4: Ein 1386 gekapertes Schiff wird nach Warberg geführt, do die koniginne keginwortik was; was ir dovon wart, das weys sie wol. — IV n. 154. 5: Das Gut eines 1387 bei Kap Skagen gestrandeten Schiffes wird in die Kirche geborgen: Dis gut lis die koniginne nemen unde in iren nucz brengen. — IV n. 185. 9: 1390 strandet ein Schiff bei Bornholm: Des gutis hat sich dy konigynne ouch undirwunden. — II n. 230 § 1. 1381 verteidigt sich Margrethe bei den Städten gegen den Verdacht, die Seeräuber zu hegen. — II n. 240 § 12 aber zeigt, daß es zum guten Teil in ihrer Gewalt lag, dem Unwesen Vorschub zu leisten oder zu steuern. Schwerlich möchte man so ganz Munch a. a. O. II p. 218 f. beipflichten, der zwar zugiebt, daß auch von königlichen Schlössern aus Kaperei geübt wurde, entschuldigend aber hinzusetzt: over hvilke Dronningen endnu ikke havde tilbørlig Raadighed. Auch ist es verständlich, warum Erslev dieser Beispiele nicht und der Mitwirkung der Königin auch nirgends prägnant Erwähnung thut. — Für den Erzbischof von Lund cf. IV n. 185. 10. 236 Art. IV 15. — Für Henning von Putbus wird sich später Gelegenheit finden, verschiedene Nachweise zu geben. Von geringern Edelleuten sehe ich ganz ab, z. B. von dem besonders gewaltthätigen Hennieke Lembeck in Jütland (z. B. IV n. 154. 6. 185. 2. 5. 236 Art. IV 3), von dem entsetzlich räuberischen Herrn Günther v. Wedhausen, Vogt zu Marstrand, der alle Augenblicke mit solchen Kapereien in Verbindung gebracht wird und darin wohl auch einmal ein wohlverdientes Ende gefunden zu haben scheint. — Alle diese Beispiele heben mit 1378 bzw. 1380 an und reihen sich dann durch die Jahre hin aneinander. Sie können wohl als Beweise für die Teilnahme Margrethes und ihres Adels am Seeraube oder an dessen Gewinn überhaupt gelten. Vorstehend namhaft gemacht sind ganz überwiegend nur positive Klagen der preussischen Städte; wie mag sich im Verhältnis zu ihnen das Klageregister der wendischen Städte stellen?

² Detmar a. a. O. p. 590: se was so arm, dat se nicht vormochte to ghevende ene, maltiid brodes sunder vrundehulpe.

eröffnen geheissen. Und als die Seeräuber wirklich einmal 1381 eine empfindliche Schlappe erlitten, da ward sie ihnen nicht durch die Friedeschiffe beigebracht, — diese lagen ruhig im Stralsunder Hafen und nicht, wo es notthat, — sondern preussische Handelsschiffe in Vereinigung mit englischen fingen sie ab und richteten zehn derselben¹.

Unter solchen Umständen und bei diesem Charakter der Seeräuberfrage blieb es sehr bald den Städten nicht mehr verborgen, daß sie bei längerer Fortdauer ihres halb kriegerischen, halb friedlichen Verhältnisses zu Dänemark der stets am meisten verlierende Teil waren und sein würden. Es ergab sich für sie daraus der lebhafte Wunsch, durch Verständigung mit den Leitern der gegen sie arbeitenden Bewegung jenen Zustand zu beenden. Bereits am 24. Juni 1379 wandten sie sich an Henning mit der Bitte, zum 8. September zwei oder drei bevollmächtigte Mitglieder des Reichsrates nach Schonen hinüberzusenden zu Verhandlungen mit den städtischen Vögten und Ratsherren über verschiedene Schädigungen, die dem Kaufmanne in Dänemark widerfahren². Es ist unbekannt, ob diese Verhandlungen stattfanden. Mitte 1380 waren die Städte geneigt, an Verhandlungen in der dänisch-mecklenburgischen Frage teilzunehmen, dabei auch den Schaden des gemeinen Kaufmanns zur Sprache zu bringen³; aus dem vorgeschlagenen Tage ward nichts, aber im Herbst 1380 ersuchten Henning von Putbus und Konrad Moltke die Städte um einen neuen zu Stralsund, und diese beauftragten die vorgeschlagene Stadt mit Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen⁴. Endlich am 25. April 1381 tagten zu Stralsund Vertreter Dänemarks, Henning und Konrad, mit Boten der vier wendischen Städte. Außerdem aber waren zwei besondere Gesandte Margrethes mitgekommen, durch welche sie sich gegen den Verdacht verteidigte, die Seeräuber zu hegen und auf ihren Schlössern zu fördern. Henning und Konrad dagegen erklärten, umsonst ihnen von den geraubten Gütern nichts herausgeben zu wollen; und als die Städte vollen Ersatz alles erlittenen Schadens beanspruchten, entgegneten die Dänen, daß sie sich über die städtischen Forderungen erst mit Königin und Reichsrat verständigen müßten⁵. Ebenso verschoben sie auf eine nächste Tagfahrt die Beantwortung der Forderung der Städte, ihnen die Schlösser belagern zu helfen, von welchen aus sie geschädigt seien, und auf welche das geraubte Gut gebracht werde⁶. Es war ein kühnes Ansinnen, das die Städte

¹ HR. III n. 141.

² HR. II n. 190 § 6.

³ HR. III n. 133.

⁴ HR. II n. 220 § 15.

⁵ HR. II n. 230 § 1.

⁶ HR. II n. 230 § 2. Wenn n. 230 § 3. n. 231 die Versammlung an die Preussen und Süderseer berichtet: Ok hebben se sik dar to ge-

an den Reichsrat stellten und durch welches sie einen Druck auf die Königin auszuüben dachten.

Margrethe wich einer Entscheidung einfach aus. Am 24. Juni erschien zu Lübeck keine dänische Gesandtschaft. Dennoch wollte sie die Brücke einer Verständigung mit den Städten nicht abbrechen. Nach dem 15. September 1381 verhandelte sie, begleitet von Reichsräten und anderen Dänen, auch von Piraten, auf Schonen mit Ratssendeboten und Vögten der wendischen, preussischen und süderseeischen Städte. Die Boten richteten die heftigsten Klagen gegen Königin und Reichsrat über den unerträglichen Schaden, der alljährlich dem Kaufmann auf See und in Schonen widerfahre; sie zählten vielleicht auch ihre Klagepunkte auf¹. Die Dänen entgegneten mit einigen Beschwerden über Schaden, den sie durch die Friedeschiffe erlitten hätten², und Margrethe wies im Anschlusse daran auf den Artikel in den hansischen Privilegien hin, daß der Unschuldige nicht statt des Schuldigen leiden dürfe, eine Analogie, welche die städtischen Boten gänzlich überraschte und verblüffte³. Schließlich übernahm sie zwischen einer Anzahl Seeräuber und den Städten die Vermittelung eines Stillstandes, der bis zum 1. Mai 1382 dauern sollte, und für dessen Beobachtung durch jene sich die bedeutendsten dänischen Adligen verbürgten. Die vertragsschließenden Piraten waren Ludeke Schinkel, Eler Rantzow, Hennicke Grubendal, Swarte Schoning, Nickel und Holger

boden, wolde wy wes doen up de slote, . . . dar de zeerover gheheget werden, dar wolden se uns gerne to helpen mit eren vrunden und mit erer macht, so widerspricht dies der deutlichen Recessangabe, wonach beide Herrn das Ansinnen der Städte ad referendum nahmen.

¹ Es macht den Gang der Darstellung schleppend, ist auch wenig lohnend, hie und da im Texte die Klagen anzuführen; die hauptsächlichsten mögen hier zusammengestellt werden, wobei ich verweise auf Seite 110 Anm. 1. Daß wirklich Schädigungen in weitestem Mafse vorgekommen sind, dürfen wir den Städten wohl glauben; am besten sind wir wieder über die den Preussen widerfahrenen unterrichtet: Klagen über Henning v. Putbus: HR. IV n. 154. 3. 185. 7. 6. II n. 232 § 15. III n. 121. II n. 174 § 9; weitere Besprechungen und Verhandlungen mit ihm II n. 215. 220 §§ 7. 15. 230 § 1. 231. 232 § 15; weitere Mahnungen an Henning II n. 276 § 17. 290 § 13. IV n. 236 Art. IV. 1. — Andere Streitigkeiten der preussischen Städte mit dänischen Adeligen von 1376—83, die nebensächlicher sind, hat Koppmann III p. 144 ff. zusammengestellt. — Klagen über Hennicke Lembeck in Jütland: II n. 156 § 15. 220 § 6. 248 § 6. III n. 211. 440. 441. IV n. 154. 6. 185. 2. 5. 236 Art. IV 3. — Klagen der Preussen über den Herzog von Sachsen: II n. 174 § 12. 220 § 23. — Klagen und Differenzen des Malmöer Kaufmannes: II n. 170 § 6. 190 § 7. 232 § 8. 240 § 2. — Sonstige Klagen: IV n. 185. s. 236 Art. IV 2. — II n. 156 § 25. 190 § 6. 220 § 7. 230 § 1. 232 § 7. 240 §§ 1. 2 etc. etc.

² HR. II n. 240 §§ 6. 7. cf. §§ 8 und 10 und III n. 123.

³ HR. II n. 240 § 2: Unde nemen den artykel to helpe ut unsen privilegie, dat de unsculdeghe des sculdeghen nicht untghelten en sal, unde nemant vor den anderen beteren en darf, mer elc vor sic zelven. (cf. I n. 513. 528).

Jonsson, Trut Mus, Heinrich Wartberg und Paschdach; ein anderer, Detlef Knut, hatte schon früher mit den Städten Frieden gemacht¹. Die Frage nach Schadenersatz und Bekämpfung der Seeräuber verschob die Königin zur Entscheidung auf eine neue Tagfahrt bis zum 16. März zu Nyköping, wohin sie die Hauptleute »der Seeräuber und Mordbrenner« mitbringen und wo sie bei ihnen Schadenersatz an die Städte durchsetzen wolle². Das war das ganze Ergebnis dieser Verhandlungen. Ein merkwürdiger Vertrag! Und dennoch bewies er gerade, was für weit mächtigere Kräfte hinter dieser handvoll Seeräuber standen, daß sie ihre nächste und sicherste Stütze an Königin und Adel hatten.

Margrethe hatte in geschickt hinhaltender Art die Städte momentan beschwichtigt. Seit fünf Jahren zum erstenmale war sie jetzt wieder in direkte, persönliche Beziehungen zu ihnen getreten. Aber innerhalb dieses Zeitraumes war ganz leise und unmerklich eine Wandlung ihrer Stellung in Dänemark vor sich gegangen. In hartem Ringen hatte sie an Macht und Ansehen zugenommen, war der schwierigen Verhältnisse, welche sie drückend umgaben, Herr geworden. Ihres Sohnes Thron stand sicher, seit Mecklenburg den Kampf um die Krone aufgab. Von anderen Widersachern hatte sie nichts zu fürchten. Nur einer der Gegner ihres Vaters hielt nach wie vor an seinen Kriegserrungenschaften in der besten Provinz des Reiches fest, die Städte an den schonischen Schlössern; und sie standen dort sogar freier und gesicherter, seit sie einen Vorteil, den Waldemar über sie gewonnen, die Statthalterschaft Hennings in ihren Pfandschaften 1378 abgeschafft, die Schlösser wieder in Selbstverwaltung genommen hatten, ohne daß Margrethe in der Lage gewesen war, es zu verhindern. Offenen Kampf gegen die Städte um Rückgewinnung derselben konnte und durfte Margrethe nicht versuchen; auch lag es nicht in ihrer Art, zum Äußersten zu greifen, so lange sich diplomatisch noch genug Mittel und Wege fanden, die zum selben Ziele und wahrscheinlich mit besserem Erfolge führen konnten. Zwei Waffen ruhten in ihrer Hand, die für die Städte scharf und schädigend waren: den Seeräubern gewährte sie Schutz und Unterschlupf auf ihren eigenen wie den Schlössern ihres Adels, und die norwegischen Privilegien der Hanse, vor fünf Jahren erst nach langen Mühen und Verhandlungen von Hakon bestätigt und als rechtsgültig anerkannt, entbehrten seit dessen Tode am 1. Mai 1380 formell weiterwirkender, rechtlicher Kraft; zahlreicher schon wurden die Klagen des Kaufmanns zu Tunsberg und Opslo über schwere Beschatzung und Verunrechtung durch die königlichen Vögte, die rund heraus erklärten, daß nach des Königs Tode die Pri-

¹ HR. II n. 240 § 3.

² HR. II n. 240 § 2.

vilegien erloschen seien¹. Klagebriefe der Städte an Königin und Vögte beantwortete der norwegische Reichsrat damit, daß er Margrethe zum Abschlusse von Vereinbarungen über Frieden und Freiheiten der Kaufleute bevollmächtigte, die, bis Olaf mündig sei, Gültigkeit haben sollten². Als aber in den Septemberverhandlungen auf Schonen die Boten Bestätigung der norwegischen Privilegien begehrten, fand es die Königin besser, auch diesen wesentlichen Punkt in der Schwebe zu lassen. Sie erklärte, worüber die Städte mit Recht verwundert waren, weil es ein Widerspruch war, sich bis zum nächsten Tage zu Nyköping Vollmacht vom norwegischen Reichsrat zu Verhandlungen geben lassen zu wollen, da sie selbst wie dieser der Ansicht sei, daß mit des Königs Tode die städtischen Privilegien hinfällig geworden seien³.

Das waren ihre beiden Waffen, die sie den Städten wies: die Seeräuber und die Vorenthaltung der Privilegien, Waffen, mit denen sie um die Wende des Jahres 1380, zur Zeit, wo sie erstmalig selbst aktiv in die Beziehungen der Städte zum Norden eingriff, den versteckten Kampf gegen sie auf See, in Dänemark, in Norwegen diplomatisch-dilatorisch eröffnete und sie beunruhigte. Es war der richtigste Weg, sie der langen Plagen und resultatlosen Verhandlungen müde zu machen, zu Zugeständnissen zu bewegen.

Gleichzeitig jedoch, während sie die Leistungsfähigkeit ihrer Mittel die Städte fühlen liefs und für später in Aussicht stellte, trat sie schon in den Septemberverhandlungen 1381 dem Ziele näher, das sie durch ihre Operationen zu erreichen strebte. Sie forderte plötzlich die militärische Besetzung der schonischen Schlösser und ihre abermalige Übertragung an Henning, wie es bis 1378 gewesen war. Alle Gefälle und Vogteibestellungen während der Märktezeit, ebenso die Einsetzung eigener Vögte auf den Schlössern Skanör, Falsterbo und Malmö, aber nur zu Erhebungs- und Gerichtszwecken, wollte sie ihnen dagegen bis zum Termin des Ablaufs der Verpfändungen gestatten. Auf die 1000 L , die Henning sonst erhalten hatte, verzichteten sie beide gern, und die Königin verhiels ausdrücklich, daß, wenn ihr die Schlösser überliefert würden, die Hauptleute sämtlicher schonischen Schlösser den Kaufmann zu Lande und zu Wasser fördern und frieden würden. Die Boten verschoben nach Wunsch Margrethes eine Antwort auf dies Ansinnen ebenfalls auf den Nyköpinger Tag⁴. Als Äquivalent gegen

¹ HR. II n. 232 § 17: Ok so is den steden geopenbart, wo dat de vogede gezecht hebben: de privilegia des konynges, deme kopmanne gegheven, hebben nene macht na des konynges dode.

² HR. II n. 239.

³ HR. II n. 240 § 13.

⁴ HR. II n. 240 §§ 11. 12. cf. n. 120 § 1. Siehe Seite 96 u. dort Anm. 3.

eine Überlieferung der Schlösser an Henning bot sie also eine Einstellung der Seeräuberplage und war entgegenkommend, wenn sie sogleich den Städten wenigstens einen Stillstand mit den Piraten gewährte. Es war die Politik ihres Vaters, die sie in sehr erweitertem Umfange auf die Städte anzuwenden begann.

Wie ihr Vater einstmals hatte auch sie den Zeitpunkt günstig gewählt. Selbst wenn sie mit Kriegsmafsregeln sich hätte in Besitz der Schlösser setzen wollen, würden die Städte sich doch kaum dazu verstanden haben, einen Krieg gegen die Königin aufzunehmen. Aufs neue war gegen die herrschende Ratsaristokratie, diesmal in Lübeck, eine demokratische Bewegung ausgebrochen. Mitte Dezember 1380 hatten sich die Ämter unter Führung des Amtes der Knochenhauer tumultuarisch gegen den Rat aufgelehnt. Mord und Streit schien unabwendbar. Dennoch gelang es dem Rate, diesmal noch einem blutigen Ausbruche der Empörung vorzubeugen¹. Aber wieder und wieder gemahnten solche Bewegungen, nun zumal eine in der leitenden strengstaristischen Bundeshauptstadt, die auf die übrigen Städte von nachhaltiger Wirkung sein mußte, den Bund an die Grenzen seiner Kraft, zwangen ihn zu vorsichtigem, möglichst friedlichem Auftreten und Verhalten in den großen politischen Fragen des Nordens. Wenig besagte und wirkte dabei im entgegengesetzten Sinne die Unterwerfung Braunschweigs im Sommer 1380 und ihre Wiederaufnahme in die Hanse. Denn einen vollkommenen Sieg ihres Principis hatten die Städte dort keineswegs errungen².

Die Septemberverhandlungen auf Schonen 1381 hatten zwischen Margrethe und den Städten zu keinen definitiven Abschlüssen geführt; die Erledigung aller von den Boten wie von der Königin aufgeworfenen Fragen war auf eine neue Tagfahrt, 1382 den 16. März zu Nyköping, verwiesen worden. Da die Süderseer wegen winterlicher Zeit den Tag nicht besenden zu können sich entschuldigt hatten, bemühten sich die wendischen Städte, wenigstens die Preußen zur Teilnahme zu vermögen³. Das mißlang trotz anfänglicher Bereitwilligkeit dieser schließlic doch. Sie begnügten sich mit der Bitte an die wendischen Städte, zu Nyköping auch ihre Interessen zu vertreten und die Königin zum Schadenersatz zu mahnen⁴. Nur die vier wendischen

¹ Detmar a. a. O. p. 569 f.

² HR. II n. 218. 219 §§ 1. 2. Detmar a. a. O. p. 568 f. cf. Nitzsch a. a. O. p. 238.

³ HR. II n. 240 §§ 2. 4. n. 241.

⁴ Nachdem der preussische Vogt die Nachricht von den Septemberverhandlungen heimgebracht, schrieb Nov. 30. nochmals Lübeck an die Preußen (HR. II n. 241). 1382 Jan. 6. schreibt Lübeck an Danzig, prout alias dominis consulibus Stralessundensibus asscripsistis, von Stralsund die Bereitwilligkeit der preussischen Städte (oder Danzigs?) zur Besendung

Städte und Hamburg fanden sich zu Vorberatungen am 9. März in Wismar ein, Hamburg nur zur Mitberatung über flandrische Angelegenheiten¹. Zum 16. März fuhren Boten Lübecks, Stralsunds, Rostocks und Wismars hinüber nach Nyköping auf Falster. Es waren unter ihnen die gewiegtsten Leiter der hansischen Diplomatie, der Lübecker Hermann von Osenbrügge, der besonders in die norwegischen Fragen eingearbeitet, und Bertram Wulflam aus Stralsund, der wie sein Sohn Wulf besonders mit Dänemark vertraut war².

Margrethe hatte ihr Versprechen erfüllt und außer dem dänischen Reichsrat zu dem Tage eine Anzahl Seeräuber mitgebracht. Die städtischen Boten jedoch waren über die der Königin wichtigste Frage nach Auslieferung der Schlösser dahin angewiesen, sie mit diplomatischem Geschick hinzuhalten, damit erst die Städte in ihrer Gesamtheit am 24. Juni darüber beraten könnten³. Dagegen erzielten sie ein Zugeständnis der Privilegienbestätigung und des Schadenersatzes nicht. Den Klagen und Forderungen der Boten setzte Margrethe denselben Schachzug entgegen wie im vergangenen Herbst auf Schonen; sie wandte die Privilegien der Städte zur Widerlegung ihres Begehrs an. Aber diese, damals zum Schweigen gebracht, ließen sich nicht wieder abweisen, sondern nahmen das Reich in Anspruch für den erlittenen Schaden, der ihnen von des Reiches Einwohnern, Schlössern und Höfen aus zugefügt sei, und stützten sich auf den Friedenstraktat von 1376, worin ihnen eine ganze Zone vor

des nyköpinger Tages erfahren zu haben, (III n. 145) und ersucht sie, rechtzeitig ihre Boten zu Vorverhandlungen nach Lübeck zu senden. Demnach haben sich im Dezember die Preußen über die Besendung des Tages verständigt und Stralsund davon benachrichtigt. Jan. 20. lädt Thorn zu einer Versammlung in Marienburg auf Jan. 29. auch in Betreff des nyköpinger Tages ein (II n. 243). Hier erfolgte ein Umschlag der Ansichten, die Zustimmungserklärung ward in einem Schreiben an die wendischen Städte widerrufen (II n. 246. III n. 147).

¹ HR. II n. 244 und ibid. p. 294 A. 1. Warum diese Versammlung, die anfangs zu Lübeck stattfinden sollte (III n. 145), in letzter Stunde nach Wismar verlegt ward, ist unklar. Vielleicht bequemerer Überfahrt oder Eisverhältnisse halber? Letzteres dürfte kaum zutreffen, denn 1380 finden wir gleichfalls, daß die Versammlung, welche Okt. 13. zu Lübeck abgehalten werden sollte (II n. 219 § 3. III n. 133--135), eine Woche später zu Wismar tagte (II n. 220).

² Das Fehlen eines Mannes aber möchte zunächst auffallen, dessen, der seit 1364 ununterbrochen an der Spitze seiner Vaterstadt Lübeck gestanden und deren Politik und damit auch bis zu gewissem Grade die der wendischen Städte und der Hanse überhaupt in umfassendstem Sinne geleitet, der Lübeck auf den meisten Tagfahrten und Gesandtschaften vertreten hat: Jakob Pleskow. Er war 1381 Aug. 1. gestorben. Einen kurzen, schönen Aufsatz über Abstammung, Geschlecht, Familie, Leben und Wirken dieses Mannes von Brehmer cf. in den H.Gesch.Bll. Jg. 1882 p. 51 ff.

³ HR. II n. 247: wi . . . hebt en (sc. unsen boden) bevalen, dat andword van den sloten op to antwerende, also dat ze dat verholden unde tögheren schölen, also ze wyslikest unde best könet unde möghet.

dat gancze rike unde vor alle de inwonere des rikes besiegelt sei¹. So endeten die Verhandlungen nach etwa einmonatlicher Dauer resultatlos. Wegen des Schadenersatzes, der Privilegienbestätigung und der anderen schwebenden Fragen schlug Margrethe den Städten einen neuen Tag auf den 29. September nach Stralsund vor, sagte ihr Erscheinen zu und versprach, auch den norwegischen Reichsrat mitzubringen, wenn die Herzöge von Mecklenburg und Pommern-Stettin ihr Sicherheit zusagten².

Einzig in der Seeräuberfrage wurde zu Nyköping ein neues Abkommen erreicht. Der mit verschiedenen Seeräubern bis zum 1. Mai 1382 in Schonen geschlossene Stillstand wurde mit den meisten derselben und einigen neu beitretenen verlängert, mit den reicheren nur bis zum 15. August, dar umme, dat se mest hebben to verlesende, mit den ärmeren, de nicht to verlesende hebben, bis zum 2. Februar 1383³. Darum baten die städtischen Boten nach ihrer Rückkunft von Wismar aus am 20. April die preussischen Städte, falls ihre Schiffe mit Seeräubern sich begegneten, ihnen nichts Arges zu thun, damit der mühsam errungene Stillstand nicht gefährdet werde⁴. Damit waren diese einverstanden. Mit den reicheren Seeräubern ward am 24. Juni zu Lübeck der Stillstand bis zum 11. November 1382 verlängert⁵. Diese Abschlüsse mit den bösesten Piraten machten nach Meinung der wendischen Städte eine Befriedung der See überflüssig. Sie schrieben dies nach Schluß der Nyköpinger Verhandlungen an die preussischen Städte und motivierten es obendrein damit, daß auch Königin und Reichsrat der gleichen Ansicht seien und daß sie in Folge dessen eine Beratung darüber auf den 24. Juni ver-

¹ HR. III n. 147. cf. II n. 135—137. Die Preußen trafen das Richtige, wenn sie 1384 März 30. zu diesem Schachzuge Margrethes bemerkten: das en habe wir ir noch nymand besigelt (II n. 275 § 4).

² HR. III n. 147. Siehe Seite 83 und dort Anm. 3.

³ HR. III n. 146.

⁴ HR. III n. 147: weret sake, dat de jwe boven de zerovere quemen, dat se en nicht arges en duen, dat wy dar umme in nenen scadin komen. III n. 149: dar wyl wyr uns gerne an haldin unde richtin (Antwort der Preußen 1382 Jun. 7).

⁵ Kurz möchte ich hier auf die uns durch die Friedensschlüsse 1381, 1382, 1386 bekannt gewordenen Seeräuber hinweisen: Über Wartberg und Paschdach, Hennicke Grubendal, Nickel Jonsson, Trut Mus und Holger Jonsson, Vicko Grubendal und Kurd Hovenschild, Swarte Schoning, Ludeke Schinkel und Eler Rantzow cf. Erslev a. a. O. p. 95 und die in den zugehörigen Anmerkungen gegebenen Nachweise nebst HR. III n. 141. II n. 240 § 3. III n. 146. II n. 248 § 4. II n. 220 § 7. II n. 330. III n. 207. IV n. 236. Art. IV 2. — Tönnies und Berthold Quaas scheinen auch Dänen gewesen zu sein (III n. 330. II n. 207), Detlev Knut wohl auch (II n. 240 § 3. III n. 146. II n. 330. III n. 207) Deutsche sind Hennicke von Oertzen, Henning von der Osten (II n. 240 § 3. III n. 146. II n. 248 § 4. n. 330. III n. 207. — III n. 141), Rambow, der Weib und Kind zu Wismar hatte (III n. 141), Peter Darsow, der aus Stralsund war (III n. 141). Ein sächsischer Edler, der durch die nahen Beziehungen Herzog Erichs zu Dänemark wohl dorthin übergesiedelt, war endlich Hennicke Schacke (III n. 207. II n. 330).

tagt hätten, wozu sie die Preußen einluden. Diese, die Anfang des Jahres an die wendischen das Ansinnen gestellt hatten, Friedeschiffe auszulegen, wogegen allgemein das Pfundgeld weiter erhoben werden solle, begnügten sich mit dem in dieser Hinsicht günstigen Ergebnis des Nyköpinger Tages. Die von ihnen vorgeschlagene weitere Erhebung des Pfundgeldes beschlossen jedoch ihrerseits die wendischen Städte ebenfalls, da die Kosten der vorjährigen Seebefriedung ihnen noch nicht voll gedeckt seien, und damit nach dem 24. Juni Gelder vorhanden seien, wenn man dann die Ausrüstung von Schiffen für nötig halte. Demgemäß baten sie die Preußen, auf diesen Tag das bereits erhobene Pfundgeld mitzubringen und alle gemachten Mitteilungen an die Livländer weiterzumelden; an die Süderseer schrieben sie selbst¹. Die Preußen waren mit allem einverstanden, beschickten aber so wenig wie die Livländer die Juniversammlung zu Lübeck. Da hier mit den wohlhabenden Seeräubern der Stillstand über den 15. August bis Martini verlängert ward, so hielten die Städte eine Auslegung von Friedekoggen auch für die zweite Jahreshälfte für unnötig. Das Pfundgeld aber ward ruhig weiter erhoben und sollte zum 29. September nach Stralsund gebracht werden, wo die Städte mit Margrethe verabredetermaßen tagen wollten. Preußen und Livländer wurden auch noch besonders eingeladen².

Und wenigstens preussische und wendische Städte waren reichlich genug vertreten, dagegen weder livländische, noch süderseeische. Auch hatten weder Margrethe, noch der dänische Reichsrat ihr Nyköpinger Versprechen erfüllt. Kein nordischer Vertreter war erschienen, nicht einmal eine befriedigende Erklärung und Entschuldigung war eingelaufen. Das entzog der Tagfahrt den Boden. Die ersehnte Beilegung der strittigen Fragen war damit wieder in unbestimmte Zeit hinausgerückt. Die Fäden und Beziehungen zwischen Dänemark-Norwegen und der Hanse, welche anscheinend fester und besser wurden und sich zu entwirren begannen, wenn man mit der Königin über die Seeräuberfrage in ein erträgliches Vertragsverhältnis kam, verwickelten sich wieder, da die Stillstände mit den Seeräubern am 11. November bzw. am 2. Februar abliefen und da sie außerdem von

¹ HR. II n. 247. III n. 147. cf. von 1381 Nov. 30. II. n. 241: Tratte Lübecks auf das Danziger Pfundgeld in Höhe von 100 ℥ preussisch: quia de navibus defensoriis ad salaria stipendiariorum multo adhuc indigemus, und von 1381 Dez. 29. andre Tratte über den gleichen Betrag: de expedicione navium defensoriarum et salariis stipendiariorum adhuc magnum habemus defectum. Eine dritte Tratte in gleichem Betrag, auch in dieser Zeit von Lübeck auf das Danziger Pfundgeld gezogen, ist nicht erhalten.

² HR. III n. 149. Auch diesmal zogen die Preußen eine bereits betreffs Besendung der Mittsommertagfahrt gemachte Zusage am 7. Juni zurück. — II n. 248 § 4. — III n. 150. 152.

ihnen gar nicht einmal streng eingehalten wurden¹. Es waren bedenkliche, wenig freudige Aussichten, welche sich den Städten für 1383 eröffneten. Sie mußten sich auf einen neuen zügellosen Ausbruch der Plage in Dänemark und den angrenzenden südnorwegischen Landschaften gefaßt machen. Sie beschlossen daher, daß vom nächsten Frühjahr ab nur in so starken Flotten gesegelt werden dürfe, daß man gegen Piratenangriffe widerstandsfähig sei und keinen Schaden erleide, daß zudem in jeder Stadt beraten werde, ob man nicht schon bis zum 1. März Friedeschiffe rüste. Diese und andere gemeinsame Angelegenheiten, so die einer neuen Regelung der Schösserverwaltung und des Schadens, den der Kaufmann durch die Piraten erleide, wurden auf eine neue Versammlung vertagt, die man am 5. April 1383 zu Lübeck halten wollte². Zu derselben lud man auch die Königin und den Reichsrat ein, ersuchte sie, wenn sie selbst und der Reichsrat behindert sei zu kommen, wenigstens Bevollmächtigte zu senden. Es war ein kühles, dringend und kurz gehaltenes Schreiben, worin die Städte über den großen Schaden sich beschwerten, der ihnen immer und immer noch von den Dänen und deren Schlössern aus geschehe, Ersatz desselben forderten und kurz und bündig schlossen: voghet dat also, dat uns umme der sulven sake willen vorder neynerleye manynghe eder claghe not en sy³.

Wahrscheinlich am 15. Februar 1383 erklärten die Livländer den Preußen, diese am 1. März in ihrem und der livländischen Städte Namen den wendischen, die Aprilversammlung nicht besenden zu mögen, auch weil es noch so früh im Jahre sei, und baten Lübeck, ihre Interessen wahrzunehmen⁴. Auch Bevollmächtigte der Königin und des Reichsrates erschienen nicht. Aber brieflich und durch Wulf Wulflam wandte sich Margrethe an die Versammlung und warb um Verhandlungen in Stralsund. Die Städte antworteten ihr, Stralsund mit Führung derselben beauftragt zu haben, und drangen auf Ersatz des Schadens⁵. Sie nahmen sich schon nicht mehr die Mühe, einen bestimmten Termin vorzuschlagen und die anderen Gruppen zur Teilnahme an demselben aufzufordern; sie waren der Ansicht, daß es in der einen wie anderen Form wohl nutzlos sein werde.

Laut dem Vorschlage der letzten Septemberverhandlungen hatten die wendischen Städte schon gegen den 1. März die Friede-

¹ Klagen über und Besorgnis vor den Seeräubern: HR. II n. 254 §§ 4. 8. n. 255: groten drapliken schaden, de uns und dem kopmanne... noch alle daghe schut van den inwonern des rikes tho Denemarken, ute dem ryke und wedder in dat ryke, van den sloten des sulven rykes wedder up de slote . . ., und n. 259.

² HR. II n. 254 § 8. Siehe dazu Seite 93 Anm. 5. — II n. 254 §§ 4. 16. III n. 152.

³ HR. II n. 255.

⁴ HR. III p. 135 und II. n. 257 §§ 1. 2.

⁵ HR. II n. 258 §§ 1. 2. n. 259.

schiffe auslaufen lassen. Nachträglich baten sie die Preußen, den Rest des 1382 erhobenen Pfundgeldes an Lübeck übersenden zu wollen, dasselbe im laufenden Jahre weiter zu erheben, und verlangten von ihnen die schriftliche Garantie, die aus der Rüstung und Aussendung der Friedeschiffe erwachsenden Kosten nach Verhältnis mitzutragen, andernfalls würden sie die Koggen wieder abrufen¹. Die Antwort der Preußen auf diese Lübecker Zuschrift vom 5. April und auf die Einladung zur Besendung eines nach Lübeck auf den 31. Mai angesetzten Tages, der aus Rücksicht auf die Süderseer so gewählt und die Anteilnahme der Preußen an der diesjährigen Seebefriedung zu regeln bestimmt war, lautete ablehnend. Zwar erklärten sie, das Risiko der Friedeschiffe mit übernehmen zu wollen, wozu sie sich auch früher schon bereit erklärt hätten, jedoch nur, wenn diese zur Befriedung der See im Sund lägen. Begäben sie sich in andere Gewässer oder nähmen sie die Belagerung der Raubschlösser in Angriff, so wollten sie damit nichts zu schaffen haben². Daran eben lag allein den Preußen, daß die Koggen die Sundstrasse freihielten und sicherten, nicht daß sie die Nester der Seeräuber ausnahmen und zu dem Zwecke auch die übrigen dänischen Binnengewässer durchkreuzten. Das dünkte sie außerdem zu gewagt, weil es leicht und namentlich jetzt, wo die Stimmung auf beiden Seiten gereizt war, zu offenen Konflikten mit Dänemark führen konnte, welche jetzt wie in der Folgezeit die Preußen entschieden vermieden sehen wollten. Es tritt auch hier der Interessengegensatz der wendischen und preussischen Gruppe an der Seebefriedung deutlich genug hervor. Ihr Haupthandel bewegte sich durch den Sund weiter nach England und Flandern, der aus den wendischen Städten dagegen ging zum großen, vielleicht wohl größeren Teil durch die verschiedenen dänischen Gewässer und suchte die große Menge dänischer Hafenplätze in dem Inselkomplex, an der langen schonischen, halländischen, südnorwegischen und ostjütischen Küste auf; er hatte sein Hauptgebiet in diesem Teile des Ostseebeckens, das für die preussischen Städte in vergleichsweise nur sehr geringem Maße in Frage kam. Hier war er fest basiert durch die engsten Beziehungen, welche ein Jahrhunderte alter Verkehr mit dem Nachbarlande geknüpft und ausgebildet hatte³.

¹ HR. II n. 262. cf. n. 258 § 7. — Preußen und Livländer erhoben 1383 thatsächlich das Pfundgeld. Schon am ersten Mai etwa erklärten erstere den wendischen Städten: ir wol wisset, das ir alreyd ufgehaben hat thusent mark Prussz, und mit dem andern wolle wir is vort halden, als is geret ist (II n. 262 b p. 471 Schluss). Von Danzig besitzen wir nur eine Aufzeichnung über das 1383 von Lübeck übergekaupte Pfundgeld in Höhe von 100 $\frac{1}{2}$ (III n. 171). Auch die Livländer erhoben 1383 wie die Preußen das Pfundgeld, cf. III n. 160. 161. 172, waren aber wie auch sonst öfter in seiner Ablieferung an die Bundeskasse säumig.

² HR. II n. 262 b p. 471.

³ Ich entnehme diese ganz skizzenhaft gehaltenen Notizen meinen

Wieder waren also am 31. Mai Preußen und Livländer nicht zu Lübeck erschienen, aber das Pfundgeld erhoben sie zwecks Ausrüstung der Koggen fort¹. Eine wirkliche Verständigung über die Art der Seebefriedung war wieder unmöglich geworden. Die wendischen und süderseeischen Städte aber beschlossen, die Koggen bis zum 11. November in See zu lassen, deren Kosten vom Pfundgelde, und wenn das nicht reiche, vom Zoll zu decken und über grössere, notwendig werdende Summen Anleihen zu machen². Äußerst dringend wandten sich aber nun die versammelten Boten der wendischen und süderseeischen Städte, sowie Kölns, Dortmunds und Münsters an die preussischen, beehrten von ihnen Ansetzung eines Tages binnen jetzt und dem 29. September, den sie mit Boten besenden würden, und stellten ihren Räten anheim, was für Schritte man zu thun gedenke, falls die Antwort der Preußen wieder verneinend sei³.

Ihre energische Haltung wirkte; am 9. Juli kündigten die preussischen Städte ihre Bereitwilligkeit zur Besendung einer Versammlung, die sie in Lübeck am 29. September abgehalten wünschten, an⁴. Auch die Livländer wurden nach erhaltener Anzeige der Preußen, ebenso die anderen Gruppen eingeladen und das bisher erhobene Pfundgeld zu Behuf der Friedeschiffe zu überbringen aufgefordert. Riga war dann am 4. Oktober zu Lübeck vertreten, Reval übersandte noch im Laufe des Jahres das 1382 und 1383 bei sich erhobene Geld⁵. Aber wieder

Excerpten, die ich aus dem hansischen Urkundenbuch und den Recessen bis in diese Zeit hinauf von den Anfängen deutsch-dänischen Verkehrs an gesammelt habe. Für die früheste Zeit gewähren ein zwar nicht besonders reiches, aber desto schätzenswerteres Material die verschiedenen Scriptores.

¹ Siehe vorige Seite Anm. 1.

² HR. II n. 263 § 2. — Schon Juli 22. behauptete Lübeck III n. 172 von den Friedeschiffen: *quas in mari sub magnis expensis et sumptibus hoc anno tenuimus et adhuc tenemus.*

³ Die Schreiben cf. HR. II n. 264 nebst III n. 167 und III n. 168: Die drei Binnenstädte, deren Vertreter sich übrigens auch als *nuncii consulares civitatum maritimarum* Colonie Tremonie, Monasteriensis bezeichnen (siehe Seite 27 Anm. 4), bitten die Preußen: *dorch sunderlige bede unde gunste wyllen, de wy to jw hebben, dar umme dat wy syn in enem dordendele.* — II n. 263 § 4. — Dafs man hier den Preußen die Wahl des Tages anheim gab, findet aus dem Jahre 1378 eine Analogie in III n. 116.

⁴ HR. III n. 170. cf. II n. 265. III n. 176, gleichlautende Schreiben Dortmunds und Kölns unterm gleichen Datum Sept. 22., den vorgeschlagenen Tag *propter gwerrarum disturbia* nicht besenden zu können. Demnach waren in gemeinsamer Reise die Vertreter beider Städte wohl schon auf dem Wege nach Lübeck und wurden durch die Kriegsunruhen wieder zurückgerufen.

⁵ HR. III n. 172—175. 161. Dorpat, das ebenfalls einen Boten hatte senden wollen (n. 175), scheint in letzter Stunde seine Ansicht geändert zu haben. — Über das Pfundgeld der Livländer aus dem Jahre 1383 cf. die Gesamtabrechnung 1385, II n. 301 § 1.

ward die Abrechnung über Pfundgeld und Zoll auf die nächste Versammlung verschoben¹.

Am 4. Oktober erschien vor den Städten Albert Kalenberg, Margrethes Schreiber, und begehrte in ihrem Namen Verhandlungen; wahrscheinlich brachte er ein Anerbieten der Königin, gegen Aufgabe der Schadenersatzansprüche die hansischen Privilegien in ihren Reichen vermehren zu wollen, vor. Die Städte schlugen ihr den 24. April 1384 und als Ort entweder Nyköping oder Wordingborg vor, baten sie, falls eine Tagfahrt zu stande komme, den Reichsrat und die Hauptleute der Schlösser zu den Schadenverhandlungen mitbringen zu wollen, und richteten die gleiche Bitte an die beiden Leiter des dänischen Adels, Henning von Putbus und Konrad Moltke von Wordingborg. Jede Stadt sollte ihren Sendeboten ein Verzeichnis des ihr in Dänemark zugefügten Schadens mitgeben. Zeige Margrethe zum Besuche des vorgeschlagenen Tages sich willig, so sollten die Boten entweder, wenn sie Nyköping wähle, zu Rostock, oder, wenn sie Wordingborg wähle, zu Stralsund sich acht Tage zuvor einfinden, um von dort überzufahren. Komme der Tag nicht zur Ausführung, so wollten die Städte doch am 24. April in Lübeck sich zu Verhandlungen über die Schadenersatz- und Schlösserfrage versammeln. Die Besendung der dänischen wie der Lübecker Tagfahrt machten die Preußen von der Entscheidung ihrer Räte abhängig².

Margrethe scheint ihre Forderung an die Städte vom September 1381, die Schlösser ihr zurückzugeben, nicht wiederholt zu haben. So verwalteten sie denn die wendischen Städte zu Händen der Gesamtheit³ ruhig fort und regelten wie zuvor die Besetzungsangelegenheiten. Die ersten städtischen Hauptleute seit dem 25. Juli 1378, Gregor Schwerting und Nikolaus Seifried, zwei Stralsunder, waren allerdings nicht die geeigneten Persönlichkeiten gewesen; wenigstens Seifried erwies sich als höchst unzuverlässig. Gegen Ablauf seiner Amtsdauer wußten manche nicht viel rühmliches von ihm zu berichten; wenig besseres von Schwerting. Der Vogt von Kampen und andere Kaufleute klagten über die Hauptleute und erklärten sich geschädigt „durch Raub und Brand auf Schonen“. Untersuchung und Erledigung ihrer Klagen vertagten die Städte auf eine Sondernversammlung der vier wendischen Städte, wo über ihn nach lübischem Recht gerichtet werden sollte. Desgleichen beschwerten sich über Seifried nach Ablauf seiner Amtsdauer der Erzbischof von Lund und viele Bauern Schonens. Auch sahen sich

¹ HR. II n. 266 § 18. Die wahrscheinlich letzte Abrechnung hatte 1381 Juni 24. stattgefunden. Siehe Seite 105.

² HR. II n. 267. 266 § 8 und § 3.

³ Dafs diese Anschauung principiell aufrecht erhalten ward, erhellt aus HR. II n. 248 § 9 in Verbindung mit III n. 152, cf. III p. 132 A. 1.

die Städte genötigt, ihnen eigennützige Bereicherung durch Beugung des Rechtes zu verbieten¹. Ganz gegen Schluss ihrer Amtsdauer jedoch verging sich Seifried auf sehr böse Art gegen das ihm seitens der Städte geschenkte Vertrauen. Als die Friedeschiffe gerade nicht im Sunde kreuzten, sammelten sich die Seeräuber Swarte Schoning, Wartberg, Henning von der Osten und Rambow bei Helsingborg. Seifried als Hauptmann des Schlosses setzte sich mit ihnen in Verbindung, nahm sie bei sich auf und gab sie für seine Leute aus. Auch Peter Darsow aus Stralsund, auf den die Schiffer seiner Räubereien halber besonders schlecht zu sprechen waren, befand sich dort. Als sie endlich Helsingborg verliessen, um nach Seeland hinüberzusegeln, war es der Energie preussischer und englischer Handelsschiffe zu danken, daß sie nicht sämtlich entschlüpften. Von diesen wurden die Räuber angegriffen und Rambow, der in Wismar Weib und Kinder besaß, nebst neun Genossen gefangen, fünf von ihnen ins Meer geworfen, die andern bei Helsingör enthauptet. Ueber den Kampf und die Umstände, unter denen er sich entsponnen, berichteten die preussischen Schiffer nach dem 29. Juni, dem Tage des Ereignisses, an ihre Heimat und setzten warnend hinzu: wetet, dat wy scipheren den vogit von Helsingborch nicht holden vor also guden man, dat he vogit von der stede weghene sulle wesen up den hus, wente he de zeerovere to sik velegede, do de vredescepe to dem Sunde weren². War es schon schlimm, daß sich die Städte bei der von allen dänischen Schlössern womöglich drohenden Seeräuberplage nicht einmal ihrer eigenen Schloßhauptleute sicher wissen durften, doppelt bedenklich war es, daß durch diesen Vorfall bei den übrigen Städtegruppen, so namentlich bei der preussischen, leicht ein gewisses Mißtrauen gegen die Verwaltung der Pfandschaften durch die wendischen, da sie durch die verräterische Haltung ihrer Vertrauensmänner so unangenehm bloßgestellt waren, Platz greifen konnte.

Am 25. Juli 1381 wurden denn auch die Schlösser in andere Hände gegeben. Der Wismarer Ratsherr Peter Stromekendorf und der Stralsunder Wulf Wulflam empfangen sie unter den gleichen Bedingungen, wie ihre Vorgänger³. Nach Jahresfrist, am 24. Juni 1382, beklagten sich beide über große Unkosten, die sie bei Haltung der Schlösser hätten, und beehrten von den Städten Vergütung am Schlusse ihrer Amtsführung oder Beihilfe in Gestalt sofortiger Vorschüsse. Als die Städte bis zum 29. September Bedenkzeit nahmen, erklärten jene, ihnen nach Ablauf

¹ HR. II n. 232 § 18. — 240 § 8. — 232 § 10.

² HR. III n. 141. Sie nannten ihn sogar einen »vorredir der menen stede«. — Unrichtig Fock a. a. O. IV p. 47.

³ HR. II n. 220 § 25. Man vermißt unter den Schlössern Malmö, wohl aus Flüchtigkeit oder Vergeßlichkeit des Schreibers.

dieser Frist, wenn ihnen keine Hilfe bewilligt werde, hiermit die Schlösser aufgekündigt zu haben¹. Darauf trat am 29. September, als die Städte nicht willens waren, ihnen außer den vertragsmäßigen 1000 ℥ sundisch noch einen Ersatz zu gewähren, Stromekendorf von der Verwaltung zurück; Wulflam allein übernahm sie unter Stellung noch zweier Bürgen bis zum 25. Juli 1383. Am 5. April desselben Jahres sollte auf der Versammlung zu Lübeck die Neubesetzung der Posten beraten werden². Dort fanden wieder beide mit nun spezialisierten Klagen und Schadenrechnungen sich ein; die zu den Schlössern gehörenden Harden seien in so verderbtem Zustande gewesen, daß sie gegen 300 ℥ Silber Schaden daran genommen; bei der Befriedung des Schonenmarktes 1382, wozu sie von den Städten übrigens 100 ℥ lübisch empfangen hatten, seien sie auch in Schaden geraten, wofür sie um Ersatz baten, wie er ihren Vorgängern auch geleistet sei. Einen solchen versprachen die Städte für kommenden Herbst in der Form, daß Wulf dann zur Befriedung des Marktes 150 ℥ lübisch erhalten solle. Er dagegen weigerte sich, die Schlösser nach dem 25. Juli fortzuhalten, außer wenn er jährlich statt der 1000 ℥ sundisch nun 1000 ℥ lübisch (= 1500 ℥ sundisch) erhalte, und forderte Vergütung für die Bestellung der Äcker, wenn bei seinem Weggange am 25. Juli das Korn noch auf dem Halme stehe. Auch die gestanden ihm die Städte zu und vertagten die Beratung über Neubesetzung der Stellen bis zum 31. Mai³. Auf Mitteilung dieser Angelegenheit erwiderten die Preußen, man möge es bis zum Termin der Rückgabe beim Alten belassen⁴. In diesem Sinne beschlossen auch die Städte am 31. Mai zu Lübeck, — die wendischen, daher der Zusatz: *de stede, den dat anrorende is*. Wulf blieb alleiniger Hauptmann der Schlösser bis zum Rücklieferungstermin der Pfandschaften an Dänemark, bis Himmelfahrt 1385; für ihn sagten wie bisher vier Mitbürger gut. Zur Bestreitung der Verwaltung erhielt er jährlich 1150 ℥ sundisch, die erste Hälfte zum Herbste, die zweite bei Ablauf des Verwaltungsjahres. Da die Städte auch jetzt weder seine noch Stromekendorfs Kostenansprüche befriedigten, wurden sie von beiden mehrfach darum gemahnt, auch von den preussischen Städten, die der Ansicht waren, daß, wenn ihnen etwas gelobt sei, es ihnen gehalten werden müsse. Erst auf der Märzversammlung 1385 gaben die Städte beiden Mahnern zusammen 150 ℥ lübisch,

¹ HR. II n. 248 § 9.

² HR. II n. 254 §§ 3. 4.

³ HR. II n. 258 § 6. n. 262.

⁴ HR. II n. 262 b p. 471: *von haldunge der huser uff Schone is unsir begerunge und bete, das man is vorbas halde mit den selben husern, wene dy cziit kortz is, als is bisher do mete is gehalten.*

Wulf besonders noch 50 ℥ ¹. Damit sollten alle Ansprüche erledigt sein.

Als im Jahre 1381 die Hanse in England die Wiedererlangung der Privilegienbestätigung erreichte, trat zunächst auf dieser Seite für sie leidliche Ruhe ein, fiel ein Gegensatz zwischen preussischen und wendischen Städten, der in der beiderseits verschiedenen Behandlung der englischen Frage gelegen hatte, fort. Dennoch wollte auch dann kein volles Einvernehmen und Zusammenwirken zwischen beiden Gruppen Platz greifen, denn inzwischen war ein anderer Streitpunkt aufgetaucht, der ebenfalls eine Entzweiung preussischer und wendischer Städte herbeiführte, weil wieder beide eine verschiedene Behandlung der Frage für geboten erachteten: Die Preußen wie in der englischen eine energischer durchgreifende, die wendischen wie ebenfalls in der englischen und wie stets, so lange es irgend anging, eine friedsame, welche zunächst alle Friedensmittel anwendet, um zum selben Ziele zu gelangen.

Arrestierungen hansischen Gutes und Gefangensetzung hansischer Kaufleute hatten 1378 ein Zerwürfnis zwischen der Hanse und Flandern herbeigeführt, das nach langen, resultatlosen Verhandlungen mit Graf Ludwig zum vollständigen Bruche ward, indem der Graf im Frühjahr 1380 die fremden Kaufleute Landes verwies². Dies Gebot kam jedoch nicht zur Ausführung, weil die flandrischen Städte ihnen Schutz verhiessen. Aber in den folgenden Jahren setzten sich die Schädigungen hansischer Kaufleute fort, und Unruhen im Lande, der Krieg Gents unter Philipp von Arteveldes Führung gegen den Grafen, die Einnahme Brügges durch Philipp fügten den bisherigen Verlusten der Kaufleute neue empfindliche hinzu³. Schmerzlicher noch mußte es für die Hanse sein, daß schon 1382 ein Umschlag der Machtverhältnisse in Flandern erfolgte. Philipp verlor bei Roosebeke Schlacht und Leben gegen Karl VI. von Frankreich und Graf Ludwig. Brügge ward zurückerobert, und auch vom hansischen Kontor daselbst eine schwere Kontribution gefordert⁴. Da nun die wendischen Städte umständliche Verhandlungen anzuspinnen begannen, suchten die Preußen sich selbst zu helfen. Sie wandten sich an ihren Hochmeister, und dieser legte sich bei Karl wie dem Grafen 1383 für seine Unterthanen ins Mittel. Die preussischen Städte schlugen ihren eigenen Weg ein, unbekümmert um die wendischen und ihre Tagfahrten;

¹ HR. II n. 263 § 1 (cf. n. 232 § 18. —). Hier tritt uns die andere Seite der Verwaltung der Pfandschaften entgegen. In deren internste Regelung und Ausübung erkannten die wendischen Städte den andern ein Einspruchsrecht nicht zu. — II n. 266 § 13. 276 § 15. 293 § 6. 294. — II n. 290 § 12. 297 § 9. — II n. 298 § 5. 301 § 10.

² HR. II n. 204.

³ HR. III n. 148. II n. 249.

⁴ HR. II n. 256.

und die livländischen, die in dieser Frage größeren und schnelleren Vorteil durch Anschluß an den Orden und seine Städte zu erreichen hofften, hielten sich zu ihnen. Die Spaltung trat offen zu Tage, als die preussischen und livländischen Städte Anfang 1383 die Schifffahrt nach Flandern verboten und von den wendischen Städten Arrestierung auch des normannischen Gutes in Schonen und bei sich forderten¹, diese aber die Fahrt nach Flandern nicht nur fortsetzten und in der normannischen Angelegenheit ihr Verhalten nicht änderten, sondern sogar den Hochmeister baten, ihre eigenen und die Kaufleute aus der Südersee und anderen Gegenden, die sich zur Zeit in Preußen aufhielten, an der Fahrt nach Flandern nicht hindern zu wollen, worauf der Hochmeister im Mai das Verbot überhaupt fallen liefs. Seine Städte waren genötigt, ihm Folge zu leisten und auch auf Durchführung ihrer Beschlüsse über die normannischen Güter am 4. Oktober in Lübeck zu verzichten². Inzwischen hatten seit dem 5. April 1383 auf Angebot des Herzogs von Holland die wendischen und süderseeischen Städte über Verlegung des Stapels von Brügge nach Dordrecht verhandelt. Die Preußen schlossen sich ihnen am 4. Oktober an und verhandelten später im Anschluß an den Hochmeister selbständig mit Holland³. Es waren Erörterungen, die sich durch eine Reihe von Jahren noch hinzogen, den preussischen Städten freilich zu schleppend waren, dennoch zu keinen erneuten Weiterungen zwischen ihnen und den wendischen Anlaß gaben. Vielmehr wurde Ende 1392 zwischen Flandern und der Hanse das alte Friedensverhältnis wieder hergestellt; die deutschen Kaufleute kehrten nach Brügge zurück, die Fläminger leisteten Abbitte und Schadenersatz. Die hansische Staatskunst hatte einen sehr ehrenvollen Sieg errungen. Neue Differenzen zwischen wendischen und preussischen Städten traten erst 1385/1386 hervor, als die preussischen in ihrem auf's neue ausbrechenden Streite mit England von den wendischen im Stiche gelassen wurden.

Außer den Verhandlungen auf der Oktoberversammlung 1383, die zur Vereinbarung eines Tages zwischen den Städten und der Königin führen sollten⁴, wurden auch solche über die Seebefriedung im kommenden Jahre geführt. Dazu schien selbst von dänischer Seite ein gewisses Entgegenkommen vorhanden, insofern dänische Adlige eine Beihilfe zur Befriedung in Aussicht stellten. Da die Versammlung aber auf ein solches Aner-

¹ HR. II n. 254 § 9. Koppmann irrt p. 304, wenn er dort vom norwegischen Gute spricht.

² HR. II n. 257 §§ 1. 3. 257 b p. 470. 261. 262. 262 b p. 471. 266 §§ 14. 1. und III n. 162—166.

³ HR. II n. 258 § 5. 260. 263 § 5. 266 § 1. Die Verhandlungen ziehen sich noch bis in die neunziger Jahre hin. cf. Koppmann. III p. 171. Lindner a. a. O. II p. 256.

⁴ Siehe Seite 122.

bieten nicht vorbereitet war, verwies sie eine Beratung darüber auf die nächste Versammlung¹ und faßte ihrerseits eine Befriedung für das künftige Jahr ins Auge. Sie schlug die Ausrüstung von zwei Koggen und vier Schnicken mit hundert Gewaffneten vor und forderte sie von den Preußen. Diese trugen Bedenken, sich zu entscheiden, und wollten darauf schriftlich Lübeck Antwort geben, ebenso darüber, welchen Städten sie sonst die Ausrüstung zuschieben und wieviel Geld sie im letzteren Falle dazu vorschießen wollten. Auch die Forderung der wendischen Städte: dat ze lik den anderen steden willen stan schaden unde koste van der vredeschepe weghene in allen weggen, wor me de vredeschepe keret unde lecht up de zerovere, wollten sie ihren Auftraggebern erst unterbreiten².

Die ganz zweifelhafte und unbestimmte Haltung der preussischen Städte in der dänischen wie Seebefriedungsfrage war die Einleitung zu der am 13. Januar 1384 zu Marienburg an die wendischen Städte ergehenden, fast völligen Aufsaye jeder Mitwirkung in beiden Fragen. Einzig das Pfundgeld erboten sie sich nach alter Weise bei geschworenen Eiden im neuen Jahre forterheben zu wollen; wünschten aber die letzthin in Aussicht genommene Abrechnung bis auf den nächsten allgemeinen Hansetag verschoben³. Besendung der vorgeschlagenen dänischen Tagfahrt lehnten sie einfach ab; brieflich wollten sie die teilnehmenden Städte bitten, auch für Ersatz ihres Schadens zu wirken; ein Bündnis mit dänischen Adligen gegen die Seeräuber einzugehen, weigerten sie sich ebenfalls⁴, und die Ausrüstung von Friedeschiffen verneinten sie schließlich auch, weil es ihnen „nicht bequeme noch gelegin“ sei. Würden die wendischen Städte genau so viele Schiffe, Schnicken und Bewaffnete rüsten wollen wie das Jahr zuvor, so waren sie erbötig, ihnen die gleiche Summe wie damals, 1000 ℥ preussisch vermutlich, vom Pfundgelde vorzuschießen, wenn weniger, so wollten sie auch dementsprechend weniger Pfundgeld herausgeben. Wegen der von jenen geforderten vollen Mitübernahme alles Risikos bei der Seebefriedung verwiesen sie auf ihr Schreiben vom Mai 1383 und schlugen damit die Forderung der wendischen Städte wiederum ab⁵.

Danzig meldete die Beschlüsse an Lübeck⁶, größte Bestürzung herrschte darüber in den Seestädten. In aller Eile

¹ HR. II n. 266 § 9.

² HR. II n. 266 § 20.

³ HR. II n. 269. 270 § 3.

⁴ HR. II n. 270 §§ 1. 4: Item wy das sich die von Denemarken begern czu vorbynden mit den gemeynen steten widir die seeroubir: unsir syn ist, das wir uns mit nymande verbinden wollen; wolde uns ymand helfin widir unse vyende, das stunde uns czu vordynen.

⁵ HR. II n. 270 § 2. cf. n. 262b p. 471 und siehe Seite 120.

⁶ HR. II n. 271.

lud Lübeck zur Tagfahrt auf den 28. Februar seine drei Nachbarstädte Wismar, Rostock und Stralsund ein, auch Hamburg und Lüneburg erschienen¹. Es war höchste Zeit, daß die wendischen Städte allein über ein Verhalten gegen Dänemark-Norwegen und zur Seebefriedung sich schlüssig wurden, nachdem die preussischen so positiv alle Mitwirkung abgelehnt hatten. Aber die eilige Entbietung zur Tagfahrt ließ den Ratskollegien der anderen benachrichtigten Städte nicht mehr Zeit zur Vorberatung und Bevollmächtigung ihrer Boten. Der Februarrecess zu Lübeck gewährt daher den Eindruck der Hast und augenblicklichen Beschlufsunfähigkeit. Über die Ausrüstung von Schiffen ward beschlossen, daß, wenn Rostock, Stralsund und Wismar an Lübeck sich dazu bereit erklärten, sie selbviert je einen Koggen und zwei Schnicken mit je 50 Bewaffneten, also im ganzen vier Koggen mit 200 Mann bis zum 3. April rüsten, Lasten, Mühen und Kosten derselben zu gleichen Teilen tragen wollten, bis sie die preussischen Städte vermocht hätten, mit einzustehen für Kosten und Schaden. An sie wandte sich Stralsund am 15. März und erklärte, daß überhaupt keine Schiffe ausgesendet würden, wenn sie nicht das ganze Risiko derselben mit ihnen, den wendischen Städten, mitübernehmen wollten². Auch in der Besendung einer Tagfahrt mit Margrethe waren nun die wendischen Städte wieder schwankend geworden; wenn Rostock, Stralsund und Wismar nach nochmaligen Ratssonderberatungen sich an Lübeck dagegen aussprechen würden,

¹ HR. II n. 273. Koppmann in der Inhaltsangabe zu dieser Tagfahrt p. 330 wundert sich über die Scheidung zwischen den wendischen Vertretern, die *pertractaverunt*, und den andern, die nur *presentes* waren. Die Angelegenheiten, welche zur Besprechung standen und kamen, waren ganz evident seestädtischer Natur, gingen, namentlich die Seebefriedung, Hamburg und Lüneburg sehr wenig oder garnichts an. Daher scheint mir die Scheidung im *Recess*seingange am erklärlichsten. Auch 1382 März 9. war Hamburg in der wendischen Versammlung zu Wismar, die der dänischen Angelegenheiten halber tagte, nur erschienen, um neues aus Flandern mitzubespochen. Von Teilnahme an dem darauf folgenden Tage zu Nyköping hielt es sich fern. cf. II p. 294 A. 1 und III n. 146. Vollends Lüneburg ließ sich auf hansischen Tagfahrten nur blicken, wenn naheliegende binnenländische Interessen verhandelt werden sollten.

² HR. II n. 273 § 2: *debeant iidem (sc. die 4 wendischen Städte) dampna et expensas de navibus defensoriis equaliter inter se tollerare, donec ab aliis civitatensibus, quos concernit, illas expensas et dampna valeant extorquere.* — II n. 274 ist richtig datiert als vom 14. März (Montag nach Gregorstag), III n. 180 dagegen hat einen Fehler in der Datierung. *feria tertia post dominicam oculi mei* ist 1384 nicht der 7. März, sondern der 15. — III n. 180: *naves defensorias pronunc oportet esse in duplo forciores, quam ad annum exstiterunt.* Damit motiviert Stralsund am 15. März an die Preußen den Beschlufs der Februarversammlung. Die oben entwickelten Momente, aus denen sich das Verhalten dieses Tages zur nordischen Frage herleitete, erkennt Erslev a. a. O. p. 99 nicht, da er das Verhalten der wendischen Städte auf gleiche Stufe stellt mit dem der preussischen einen Monat zuvor und deren offenbare Absage an die wendischen ignoriert.

sollte diese Stadt der Königin und dem Reichsrath, ebenso den Süderseern namens aller abschreiben¹.

Hatte Margrethe nun schon weit über ein Jahr immer zögernd und hinschleppend, hie und da sondierend, wie weit sie vorgreifen dürfe, die Städte in Ungewißheit und Spannung gehalten, hatte der Kaufmann in dieser Zeit wieder viel von der allgemeinen Unsicherheit in den dänischen Gewässern zu leiden gehabt, war deshalb der Unwille namentlich bei den Preußen so hoch gestiegen, daß sie überhaupt alle diplomatischen Beziehungen zu der Königin abbrechen wollten, und war deren Haltung augenscheinlich nicht ohne Einfluß auf die jetzige Stellungnahme der wendischen Städte geblieben, so hielt es Margrethe, als sie von dieser Stimmung Kenntniss erhielt, für ratsamer, sich den Städten freundlicher und entgegenkommender zu zeigen. Im März theilte plötzlich Henning an Stralsund mit, daß seine Königin etwa am 26. März in Stralsund eintreffen werde, da sie erfahren habe, daß die Preußen sich weigerten, den Nyköpinger Tag zu besenden; er bat diese Stadt, die preussischen Städte hiervon zu unterrichten, und hielt für besser, daß preussische Ratssendeboten sich vor dem Nyköpinger Tage zu Stralsund einfänden, sonst sei zu fürchten, daß de werve, de de stede to deme ryke hebben, to nyneme reddeliken ende lopen wolden to dessen tyden. Überdies habe Margrethe die Vollmacht der meisten Schloßhauptleute, die zu Nyköping sich nicht einfinden könnten².

Umgehend übersandte Stralsund den Preußen eine Kopie des Schreibens und lud sie ein, auf etwa den 26. März Bevollmächtigte nach Stralsund zu schicken, fürchtete, daß ihr Nichterscheinen dem gemeinen Kaufmann schädlich sein werde, und versicherte, daß die Ausrüstung von Friedeschiffen unterbleiben müsse, wenn sie nicht kämen³. Das wirkte. Am 30. März beschloß eine Versammlung preussischer Städte zu Marienburg Besendung des Stralsunder Tages und beriet die dort vorzubringenden Forderungen und Anerbietungen: Die schonischen Schlösser sollten nicht eher zurückgegeben werden, als bis man von der Königin und den dänischen Schloßhauptleuten Ersatz des erlittenen Schadens erhalten habe, der gemeinsam berechnet auf dem Stralsunder Tage vorgelegt werden sollte. Das Pfundgeld sollte bei Eiden weiter erhoben werden; hinsichtlich der Friedeschiffe verhiessen sie den wendischen Städten während dieses Jahres volle Mitübernahme des Risikos⁴; die Kehrseite dieses Entgegenkommens, durch das sie sich anscheinend ganz für

¹ HR. II n. 273 § 1.

² HR. II n. 274.

³ HR. III n. 180.

⁴ HR. II n. 275 §§ 3. 1. 6. 2: das wir die ebynthur mit den see-
stetin wollen steen dis jaer nach unsirm gebornisse vor den schaden der
vredeschiffe, ab sie den rouberen volgen uff wassir adir czu lande.

die wendischen Städte und die Seebefriedung engagierten, war aber der Beschluß, die über die Kölner Konföderation ausgestellten Bundesbriefe einfordern zu wollen, da diese erloschen sei. Damit wichen sie andererseits auch wieder jeder Gefahr aus, welche durch eine scharf gehandhabte Seebefriedung heraufbeschwoeren werden konnte, insofern sie sich gegebenen Falles auf das Verfallensein des Bündnisses berufen durften, welches bisher als vereinigendes Band die verschiedenen Gruppen umschlungen und sie als eine Gemeinsamkeit in manchen Fragen hatte auftreten und handeln lassen¹.

Die Stralsunder Tagfahrt verzögerte sich um einen Monat bis auf den Termin der Nyköpinger, die nun ganz fortfiel. Vertreten waren außer wendischen, preussischen und süderseeischen Städten Königin Margrethe und Mitglieder des dänischen Reichsrates².

Die Verhandlungen um Schadenersatz verliefen ergebnislos. Nur die Vergütung eines verhältnismäßig geringen Schadens, der zu Trelleborg und Ystadt und durch ihren Hauptmann Jakob Mus auf Lindholm und seine Diener in Schonen verübt sei, verhielt die Königin bestimmt³. Dagegen verbanden sich Königin und Reichsrat zur Bekämpfung der Seeräuber mit den Städten; sie selbst wollte zwei Schiffe, die gleiche Anzahl Henning, drei Konrad Moltke von Wordingborg und je eins der jüngere Putbus und Marquard Wüstenei mit je zehn bis zwölf Bewaffneten bis Pfingsten ausrüsten⁴. Sie versprachen, noch andere Adlige zur Teilnahme zu vermögen. Aber die Städte beehrten darüber hinaus, was sie am selben Orte genau drei Jahre zuvor gefordert hatten, und mehr noch: Königin und Reichsrat sollten ihnen behilflich sein bei Belagerung der

¹ HR. II n. 275 § 5. Schäfer a. a. O. p. 560 geht von dem Gedanken aus, daß man auf ein oder mehrere Jahre die Konföderation nach vorhergegangener Beratung formell zu verlängern pflegte. Für diese Anschauung ist kein Beleg zu erbringen. Schäfer meint infolgedessen zu dieser preussischen Erklärung, die Verlängerung sei nicht rechtzeitig beschlossen worden; auch Lindner a. a. O. p. 478 f. Beilage XI untersucht das öftere Auftauchen der Frage nach Gültigkeit oder Erlöschen der Konföderation nirgends.

² HR. II n. 276 § 4. — Auf diese Tagfahrt muß sich die Angabe in dem Klageschreiben Stralsunds über die vertriebenen Familien Wulflam und Gildehusen vom 7. März 1392 beziehen; IV n. 40 § 8: Wulf brak bynnen unser stat dat leyde mit toghenen zwerden der konyngynnen in den tiden, also se deghedinghede umme de slote. Die Angabe darf verwundern, da die Wulflams gute, vielleicht zu gute Freunde der nordischen Königin sonst und später waren.

³ HR. II n. 276 § 13. cf. n. 290 §§ 9. 10 und III n. 384.

⁴ Dahlmann a. a. O. p. 56 f. verkennt dies Anerbieten, wenn er daraufhin die dänische Seemacht entsetzlich heruntergekommen nennt, die Rüstung den Maßstab für das königliche Vermögen gegen das der ersten Vasallen sein läßt. Ersteres war ja gewiß der Fall, dokumentiert sich aber nicht in diesem Angebot, das vielmehr den Charakter eines Scheinmanövers zur Beschwichtigung der Städte trägt.

Schlösser, auf denen die Piraten Zuflucht fänden. Würden Schlösser von ihnen erobert, so sollten dieselben solange in ihrem Pfandbesitze bleiben, bis sie ihre bei der Belagerung gehaltenen Kosten daraus ersetzt hätten. Über diese maßlose Anforderung wollte die Königin mit dem Reichsrat Rücksprache nehmen. So war der Erfolg dieser Tagfahrt für die Städte wieder nur eine Anweisung auf die Zukunft: Am 8. September sollten alles abschließende Verhandlungen in Schonen stattfinden, zu denen die Königin den ganzen Reichsrat, die Hauptleute und alle Inhaber der dänischen Reichsschlösser, besonders die Herren Wendelbo und Günther mitbringen wollte. Auch die Schadenersatzverhandlungen sollten dort zu Ende geführt werden, und Margrethe wünschte die norwegischen Privilegien zu sehen, ev. um sie zu bestätigen¹.

Auf Grund des Hilfsvertrages gegen die Seeräuber setzten nun die Städte die im Februar beschlossene Rüstung um die Hälfte herab; Lübeck und Stralsund erklärten sich bereit, bis Pfingsten die Ausrüstung von je einem Koggen und zwei Schnicken mit 50 Bewaffneten übernehmen zu wollen, die anderen Städte, also besonders die preussischen, gelobten ihnen beiden entsprechend ihrem letzten Märzbeschlusse volle Mitübernahme des Risikos, ob und wo man zu Wasser und zu Lande die Piraten verfolge². Zugleich gestatteten die Preußen den Überkauf von 1000 R preussisch für die Koggen³; gemeinsam beschlossen die Städte Forterhebung des Pfundgeldes bei Eiden und Abrechnung über Pfundgeld und Zoll einmal wieder auf dem nächsten Tage, wo man auch sich entscheiden wollte, wie

¹ HR. II n. 276 § 4. cf. n. 230 § 2. Von den beiden genannten Hauptleuten hatte ersterer Aalborg Lehn und damit auch Kap Skagen, diesen für die Schifffahrt so gefährlichen Punkt. cf. Erslev a. a. O. p. 101 und p. 460 A. 67. Letzterer war nach II n. 293 § 1 Norweger und ward später zu Marstrand, wo er vielleicht Vogt gewesen, beim Seeraub erschlagen. cf. IV n. 154 § 4. 185 § 8.

² HR. II n. 276 § 7 (cf. n. 273 § 2. 275 § 2): ze willen myt den van Lubeke unde den van dem Zunde dyt jaer staen allen schaden unde koste van der vreedeschepe weghe, wo men de zeerovere zoeke to lande edder to watere.

³ HR. II n. 276 § 8. — n. 284—287, vier Tratten Lübecks auf das preussische Pfundgeld in Gesamthöhe von 500 R preussisch, datiert vom 22. und 26. Dezember, n. 282 und 283, zwei Tratten Stralsunds desgleichen in Gesamthöhe von 300 R preussisch, datiert vom 21. und 22. November. Aus den von Koppmann dieser Sammlung noch weiter angeschlossenen Tratten n. 278—281 möchte ich, indem ich für die andern 6 der Vermutung Koppmanns beitrete, der sie p. 333, diesem Jahre zuweist, für 1384 nur n. 280 auswählen; allerdings lassen sich Bedenken erheben, denn die n. 282 und 283 von Stralsund übergekauften 300 R machen es wahrscheinlicher, daß Stralsund die noch fehlenden 200 R preussisch anstatt Lübeck (n. 280) erhoben habe, außerdem ist das Datum letzterer Tratte der 15. Mai. n. 278. 279. 281 gehören einem früheren Jahre jedenfalls an. — Über die aus den Jahren 1383 und 1384 stammenden und an Lübeck eingegangenen Pfundgeldsummen cf. sonst II n. 301 § 1.

man sich hinsichtlich der Ablieferung der Schlösser zu verhalten gedenke. Über die von den Preußen angeregte Frage nach dem Erlöschen der Konföderation rief man nochmals die Entscheidung der Ratskollegien an¹.

Am 26. Juli zu Marienburg beschlossen die preussischen Städte, sich am 8. September bei den voraussichtlichen Verhandlungen auf Schonen durch ihren dortigen Vogt vertreten zu lassen. Den Verheißungen Margrethes trauten sie nicht besonders, sie erneuerten den Beschluß, daß die Schlösser nicht eher überliefert werden sollten, als bis dem Kaufmann der erlittene Schaden ersetzt sei; daß Margrethe gemahnt werden sollte um den versprochenen Ersatz der durch Jakob Mus und zu Ystadt, Sömmershavn und Trelleborg geschehenen Kränkungen und um Herabsetzung der dort geforderten hohen Zölle. Mit den wendischen Städten sollte ihr Vertreter hinsichtlich der Konföderation sich dahin einigen, daß sie ihm die Urkunden zur Vernichtung auslieferten, da das Bündnis längst erloschen sei².

Wieder aber waren die Sendeboten anderer Städte, die sich mit dem preussischen Vogte am 8. September in Schonen vereinigten, nicht der gleichen Ansicht, verschoben abermals die Entscheidung über Fortdauer oder Ungültigkeit der Konföderation auf den Tag am 5. März 1385 zu Lübeck, auf denselben auch wieder die Abrechnung über Pfundgeld und Zoll und Beratungen, ob man Himmelfahrt 1385 laut den Friedebriefen die Schlösser ausliefern wolle oder nicht, wie man sich in der Schadenersatzfrage verhalten, und ob man im neuen Jahre es mit Friedeschiffen und Pfundgeld wie bisher lassen wolle³. Hatten die wendischen Städte vielleicht im Gegensatze zu den preussischen den Zusagen und Verheißungen Margrethes hinsichtlich dieses Tages zu viel Wert beigemessen, so sahen sie sich momentan um so bitterer enttäuscht, als am 8. September sich weder Margrethe, noch irgend ein dänischer Vertreter einfand, dagegen eine Botschaft von ihr anlangte, welche die Gesandten einen Monat in Schonen ihre Ankunft erwarten ließ. Am 9. Oktober suchte sie dann allerdings nebst dem dänischen Reichsrat die städtischen Vertreter in Falsterbo auf, entschuldigte ihr und des Rates Ausbleiben zum Septembertage mit Kriegerunruhen, die sie festgehalten und beschäftigt hätten, und mit demselben Grunde auch das jetzige abermalige Fehlen der Schloßhauptleute. Nur Herr Günther war erschienen und

¹ HR. II n. 276 § 8. cf. n. 277. III n. 181. 182. — II n. 276 § 10. 15. 11.

² HR. II n. 289. 290 §§ 2. 3. 9. 10. 8. Faktisch hatten die preussischen Städte Recht mit der letzten Erklärung. Daß die Konföderation aber dennoch als fortbestehend angesehen wurde, entsprang daher, weil deren Errungenschaften noch in Händen der Städte und gewissermaßen der Einigungspunkt der Gruppen waren.

³ HR. II n. 291 §§ 1—5.

Jakob Mus. Ersterer gab zu, nach König Hakons Tode in dem Glauben, die hansischen Privilegien seien erloschen, schiffbrüchige Güter an sich genommen zu haben, und erbot sich zu Rechte, wenn der norwegische Reichsrat einmal zusammen mit den Städten tage; letzteren erklärten die Boten, als er sich seine Unschuld an dem Schaden, den der Kaufmann auf Schonen erlitten, zu erweisen erbot, für unglaubwürdig. Für die Schloßhauptleute sagte Margrethe in diplomatischer Form gut¹. Damit schob sie das, worauf es den Städten ankam, die Frage nach Schadenersatz, wieder ins Ungewisse und ebenso die Bestätigung der norwegischen Privilegien. Zum endlichen Abschlusse dieser Fragen und zur Begleichung aller gegenseitigen Ansprüche lud sie die Städte auf Himmelfahrt 1385 nach Helsingborg, up de tid alze men de zlate na utwizinge der breve schal van zik antworden. Das wollten die Boten an ihre Städte bringen, erhoben die Vereinbarungen, welche sie allein am 8. September getroffen, zum Beschlusse und schieden².

So war das ganz negative Ergebnis einer Tagfahrt, von der sich die Städte gewiß viel mehr versprochen hatten. Sie hatten die politischen und diplomatischen Fähigkeiten der nordischen Königin wieder einmal unterschätzt. Das Ergebnis mußte namentlich Eindruck bei den Preußen machen, denen so viel am Schadenersatz gelegen war. Überhaupt aber begannen sich nun auch Lübeck und die wendischen Städte ein wenig mehr zu regen. Zu Falsterbo war beschlossen worden, Livländer, Preußen und Süderseer zur Teilnahme mit Bevollmächtigten an der projektierten Märzversammlung zu Lübeck aufzufordern, wo man der nordischen Frage gegenüber endgültig Stellung nehmen wollte. Im Falle ihres Nichterscheinens erklärten die wendischen Städte, auch ohne sie beschließen zu wollen, und betonten besonders, ihnen für irgend welchen aus ihrem Vorgehen etwa entspringenden Schaden nicht haften zu wollen³. Mahnungen und dringende Schreiben ergingen an die drei Gruppen. Eine ganz allgemein hansische Versammlung, die wohl demonstrativ gegen die Königin auftreten sollte, suchte Lübeck zusammenzubringen. Dabei bleibt beachtenswert der zu Falsterbo nun zum erstenmale gefasste, den drei Gruppen mitgeteilte, am 18. Dezember und am 12. März erneuerte Beschluß, den Verkauf von Büchsen und Armbrüsten aus der Stadt heraus in jeder Stadt zu verbieten⁴. Kaum handelte es sich hierbei um

¹ HR. II n. 293 § 1: ze wille dar vore wezen, dat her Ghunter unde al de eren schullent mer alzo holden, dat de stede en danken.

² HR. II n. 293 §§ 2. 3.

³ HR. II n. 293 § 3. 295. 294 und 296.

⁴ HR. II n. 293 § 4. 294. 297 § 7. 298 § 3. — n. 293 § 4: dat men in nyner stad stede dar schotbussen to makende edder to ghetende to behuf der ghenen, de buten den steden bezeten zin. Am klarsten und prägnantesten giebt aber den Sinn des Beschlusses n. 297 § 7 wieder,

etwas anderes, als um ein Waffenausführverbot nach Dänemark und Norwegen. Nach Ablauf eines halben Jahres sollten die Städte gemäß den Friedenstraktaten von 1370 und 1376 die vier schonischen Schlösser an Dänemark zurückliefern. Thaten sie es unbeanstandet, so verzichteten sie damit nicht nur auf jeden ferneren direkten politischen Einfluß in Dänemark, sie gaben mit ihnen auch das Mittel aus den Händen, welches ihnen überhaupt nur noch eine Beobachtung ihrer Privilegien gewährleisten konnte. Wurden diese aber ohnedies schon genugsam übertreten, wess sollten sich die Städte erst versehen, wenn die Schlösser, welche ihre Hauptmärkte in Dänemark beherrschten, sich wieder in dänischen Händen befanden?

Es waren also den Städten zwei Möglichkeiten gegeben: Entweder beanspruchten sie gegen Rückgabe der Schlösser zum Verfallstermin Ersatz der bisherigen Schäden und resp. oder Bestätigung der norwegischen Privilegien, oder sie enthielten die Schlösser Dänemark überhaupt vor. Dieser Gedanke war ihnen auch gekommen, aber seine Ausführung ließ einen kriegerischen Gegenschlag Margrethes erwarten, den die Städte abzuschwächen versuchten, indem sie den Waffenverkauf außer Landes verboten. Und wären die Städte entschlossen gewesen, sich auf Krieg mit Dänemark-Norwegen einzulassen, so bot sich ihnen gerade jetzt eine günstige Gelegenheit, Verbündete zu finden, die vielleicht ihrerseits auf ein Losschlagen der Städte rechnen mochten.

1384 war Albrecht von Schweden, der nach seines Bruders Heinrich Tode 1383 auch die Regierung in Mecklenburg führte, von verschiedenen schonischen Adligen unterstützt, in Schonen und Halland eingefallen und hatte Laholm, vielleicht auch Öresten und Oppensten erobert, sich dann aber beim Herannahen eines dänischen Heeres fluchtartig zurückgezogen, ohne jedoch die Schlösser zu räumen, die er besetzt hatte. Diese kriegerische Aktion verhinderte Margrethe, den verabredeten Septembertag zu besuchen. Dann trat zwar wieder Ruhe ein, aber der Kampf gegen Dänemark war durch Albrecht doch wieder eröffnet und drohte jeden Augenblick wieder ernstlich auszubrechen¹. Diese

wenn die Preußen statt buten den steden sagen: bussen landis. Übrigens machten sie ihren Beitritt zu dieser Maßregel von unsirs herren des homeisters gnade abhängig.

¹ SRD. VI p. 534: 1384 Rex Suetiae Albertus, adjunctis sibi non paucis militaribus de Scania, intravit Scaniem et Hallandiam et obtinuit castrum Lawaeholm in manu forti; qui tamen superveniente Margareta — cum Dapifero, et aliis Danis fugam dedit versus Sueciam. — Siehe Seite 132. — Über Öresten und Oppensten cf. Erslev a. a. O. p. 108 und siehe Seite 74. — Styffe a. a. O. n. 77 p. 183. — Wenn Rydberg a. a. O. p. 456 n. 410 verzeichnet: Stillståndsfördrag mellan Konung Albrecht af Sverige och Konung Olaf . . samt Drottning Margareta 1384 om Hösten, und dies damit motiviert, weil von Krieg vorläufig nichts weiter verlautete, so ist diese Annahme hier deshalb weniger wahrscheinlich, weil Albrecht

Kriegsstimmung zu nützen, mochten sich auch die schauensburger Grafen entschließen, um endlich einen staatsrechtlichen Besitztitel auf das fast ganz von ihnen eroberte Herzogtum Schleswig von Dänemark zu erpressen¹.

Aber hatten denn die Städte wirklich noch die Möglichkeit, in ein neues Kriegsbündnis mit Mecklenburg-Schweden und Holstein zu treten, um wider Recht und Verträge Dänemark sein Eigen vorzuenthalten, die Schlösser wohl gar als Pfand von mecklenburgischer Seite weiter anzunehmen, zumal Albrecht sich 1384 an die Städte gewandt und seine Ansprüche und Rechte auf jene betont hatte²? Nein, die inneren Verhältnisse der Städte und der Städtegruppen zu einander verboten das. In einer Anzahl bedeutender Hansestädte waren die revolutionären Fluten bereits übergetreten und nur mühsam eingedämmt worden, allenthalben gährte der Boden unter den aristokratischen Stadtregimenten, bei denen jetzt die Entscheidung über Krieg oder Frieden lag. Selbst Lübeck hatte 1374 eine demokratische Bewegung, 1380 einen drohenden Aufstand in seinen Mauern gesehen. Und gerade Mitte September 1384 entging es nur wie durch ein Wunder einem radikalen Umsturz aller Verhältnisse. Wieder war es eine Verschwörung der Ämter gegen „den erbaren raad, rike koplude unde de rike“, an der Spitze standen die Knochenhauer. Sie waren mit Landadligen der Umgegend in Verbindung getreten, alles war zum Losbrechen und Morden bereit, da ward die weitverzweigte Verschwörung in letzter Stunde verraten. Energisch und grausam schritt der Rat gegen die Verbrecher ein, bis zum 21. Februar 1385 dauerten Untersuchungen und Hinrichtungen³.

Wie langsam und vorsichtig jeden Konflikt vermeidend war doch die vormals so kühne lübische Politik nach 1370 geworden! Die Stadt fühlte sich wie die anderen wendischen Hauptorte weder ihrer selbst, noch der thätigen Mitwirkung der mitverbundenen Gruppen sicher. Die preussischen Städte hatten zu oft gezeigt, daß sie alle Dinge vom Standpunkte ihrer Sonderinteressen aus behandelten. Sie waren jetzt entschieden die

zunächst noch daran gelegen sein mußte, die Verhältnisse in Schonen und gegenüber Dänemark im Unklaren zu lassen, da er ja noch längere Zeit darauf rechnete, daß die Städte gemeinsame Sache mit ihm machen würden. Ein friedliches Übereinkommen zwischen Albrecht und Margrethe möchte ich erst auf den Hansetag zu Lübeck 1386 Juli 13. verlegen, wo beide erschienen waren. cf. Detmar a. a. O. p. 593 f.

¹ cf. Erslev a. a. O. p. 109.

² HR. II n. 297 § 2: der Herzoge von Mekelborch die gemeynen stete geheisen und vorbothen hat, das sie dy slos nicht ufantworten sullen, wend her teyl und ansproche dar an habe.

³ Detmar a. a. O. p. 581 f. LU. IV n. 447. Auch die Streitigkeiten der Herzoge von Sachsen mit Lübeck in dieser Zeit mögen mit retardierend und sonst beeinflussend auf die Politik dieser Stadt eingewirkt haben. cf. eine Reihe von Urkunden im LU. IV und bei Sudendorf.

leistungsfähigsten, eine engverbundene Territorialgruppe von sechs mächtigen Städten, bis zu welchen die hochgehenden Wogen der demokratischen Bewegungen Süd- und Mitteldeutschlands noch lange nicht kommen zu wollen schienen¹, und deren politische Bedeutung namentlich seit 1380/1381, seit Margrethes Eingreifen in die hansischen Fragen im selben Maße wuchs, als sich die Politik Lübecks seit derselben Zeit vom öffentlichen Schauplatze immer mehr zurückzuziehen begann.

Der Schwerpunkt innerhalb der Hanse verschob sich in den zwei letzten Jahrzehnten des vierzehnten Jahrhunderts mehr und mehr in einer für die Preußen günstigen Richtung. Das war auch nicht mehr wie natürlich. Nicht nur durch ihre Anzahl waren sie den mehr oder minder vereinzelter Gemeinwesen des übrigen Norddeutschlands, die teils reichsfrei waren, teils unter schwachen Landesherrschaften wie z. B. Stralsund eine ähnliche Stellung einnahmen, überlegen; sie wurden geschirmt und zusammengehalten durch den preussischen Ordensstaat, die erste Militärmacht Europas. Er hatte durch Winrich von Kniprodes thatkräftige und konsequente Führung den Höhepunkt seiner politischen Macht erreicht, er hatte das Glück, in seinem Nachfolger seit 1382, Konrad Zöllner von Rothenstein, ebenfalls einen tüchtigen und politisch geschulten Regenten erwählt zu haben, der ihn auf der gewonnenen Stufe zu erhalten wußte². Durch Winrich hatte der Orden selbst eine merkantile Stellung neben der Hanse errungen. So kam er als handeltreibende Korporation zunächst für die Städte seines eigenen Landes, deren Handelswegen folgend er in England und Flandern Boden gefaßt hatte, in Betracht. Noch war nicht die Zeit, daß die Hochmeister als Landesherrn ihre Stellung ausbeuteten, um ihren Eigenhandel zu fördern und an Stelle des Handels ihrer städtischen Unterthanen zu setzen. Noch sahen beide, der Hochmeister und seine Städte, den größeren Vorteil in gegenseitigem Anschlusse an einander, noch fanden sie bei dem Meister eine stets bereitwillig erteilte Unterstützung und Vertretung ihrer Interessen bei fremden Mächten. Und wie nach außen hin politisch ihr Herr und Schützer, so war er auch im Innern der Landesherr und Förderer seiner Städte. Viel bedeutendere Einwirkungen standen ihm auf sie zu, als anderen Landesherrschaften auf ihre Städte. Er gestattete und verbot Verkehr und Handel mit anderen Ländern, er beraumte oft ihre Tagfahrten an, selten wohl nur ward seine Zustimmung zu ihren Beschlüssen nicht besonders eingeholt, stets wurde ihm wenigstens darüber be-

¹ 1378 ward zu Danzig allerdings der Versuch eines Aufstandes gemacht, darauf wurden seitens der preussischen Städte 1381 und 1385 scharfe und verschärfte Verordnungen gegen die Handwerke erlassen; erst 1410 regten sich die Zünfte in Danzig aufs neue. cf. Hirsch a. a. O. p. 293 f. und HR. III n. 194.

² cf. Voigt: Geschichte Preussens V p. 87 ff. und 404 ff.

richtet¹, An ihm hatten sie und bis zu gewissem Grade auch die Livländer Rückhalt und Stütze. Daher ihre in letzten Jahren so häufigen Sonderungen von der gemeinsamen städtischen Politik, wenn sie schneller und vorteilhafter durch Vermittelung des Hochmeisters ihr Ziel zu erreichen hofften. Daher das stete Bestreben der wendischen Städte, die preussischen bei den gemeinsamen Wegen und bei den Bundesaktionen festzuhalten und damit ihre eigene Politik auf eine breitere und festere Grundlage zu stellen. Daher die große Rücksicht Margrethes auf die Teilnahme der preussischen Städte an den Verhandlungen, ebenfalls darin begründet, daß sie hier sich einer wirklichen Staatsmacht gegenüber wußte, die stark genug war, den Interessen ihrer Unterthanen Geltung und Anerkennung zu erzwingen, die anderenfalls störend in ihre langvorbereiteten, langsam reifenden Pläne eingreifen konnte und faktisch später auch eingriff. Von dieser Macht, nicht aber von den wendischen Städten hätte sie jetzt vielleicht ein feindliches Auftreten erwarten können.

Denn es bleibt doch beachtenswert, daß die preussischen Städte wiederholt den Beschluß faßten, die Schlösser nicht eher abzugeben, als bis der erlittene Schaden vergütet sei, während die wendischen, welche militärisch über sie verfügten, sich bisher noch nicht darüber geäußert hatten, ob sie dieselben vorenthalten oder zum Termin ausliefern würden. Einzig im letzten Herbst hatten ihre Vertreter auf Schonen, angetrieben durch das energische Verlangen der preussischen Gruppe, an ihre Städte wenigstens zur Erwägung genommen, wie man es Himmelfahrt 1385 mit ihnen halten wolle. Die Haltung der wendischen, der ausschlaggebenden Gruppe war also völlig unbestimmt und zurückhaltend, die der preussischen ward dagegen nun desto energischer.

Sie war der ewigen, resultatlosen Tagfahrten mit der Königin reichlich müde, sie beschloß außer Weitererhebung des Pfundgeldes und fernerer Mitunterhaltung der Friedeschiffe im neuen Jahre, um deren Ausrüstung sie wieder die wendischen Städte bat, und außer Besendung der Märzversammlung zu Lübeck² am 18. Dezember, die schonischen Schlösser auf keinen Fall eher zurückgeben zu wollen, als bis der dem Kaufmanne zugefügte Schaden ersetzt sei, und aus dem Grunde die Konföderation

¹ HR. II n. 171b p. 468. n. 257b p. 470. n. 271. 309. III n. 185. 418 § 1. II n. 297 § 7 z. B. geben Belege dafür. Im allgemeinen cf. für die letztgemachten Auseinandersetzungen Hirsch a. a. O. p. 25 ff. Sattler: Der Staat des Deutschen Ordens in Preußen zur Zeit seiner Blüte, in der Histor. Zeitschr. N. F. 13 p. 229 ff. Derselbe: Die Hanse und der Deutsche Orden in Preußen bis zu dessen Verfall, in den H.Gesch.Bll. Jg. 1882 p. 69 ff. Derselbe: Handel des Deutschen Ordens in Preußen zur Zeit seiner Blüte, in den H.Gesch.Bll. Jg. 1877 p. 59 ff.

² HR. II n. 297 §§ 5. 6. 1.

noch als fortbestehend ansehen zu wollen¹. Es war ganz folgerichtig, wenn die Preußen, gewillt die Schlösser zu behaupten, ihren Charakter als der Gesamtheit gehörig hervorhoben, deshalb das Kölner Bündnis als noch bestehend erachteten, es nun auffaßten als ein Defensivbündnis gegen das Begehren Margrethes, die Schlösser abzutreten, ohne Schadenersatz erhalten zu haben. Man sollte meinen, nun die Preußen so energisch für Fortbestand der Konföderation und für Weiterbewahrung der Schlösser eintraten, werde eine Verständigung zwischen ihnen und den wendischen Städten erfolgt sein, Einmütigkeit im Handeln und Verhalten beider in der Schlösserfrage und gegen Dänemark sich eingestellt haben.

Am 12. März 1385 waren zu Lübeck die vier wendischen Hauptorte, drei preussische und vier süderseeische Städte vertreten. Sie schrieben der Königin betreffs des vorgeschlagenen Tages zu Helsingborg ab, weil ihnen weder Ort noch Zeit paßten, ersuchten sie, Bevollmächtigte zu Verhandlungen wegen der Schlösser, der norwegischen Privilegien und des Schadenersatzes nach Stralsund zu senden und einen ihr genehmen Zeitpunkt rechtzeitig dieser Stadt mitzuteilen, damit sie die übrigen Städte dazu entbieten könnte, weil man sich künftighin nicht länger mit Worten wolle hinhalten lassen, wie es bisher geschehen sei². Eine Versammlung sollte aber jedenfalls, auch wenn Margrethe nicht erscheinen könne, zu Stralsund am 24. Juni stattfinden. Damit sagten ja die Städte zugleich, daß sie auf die Schlösser noch nicht verzichten wollten, obgleich sie — wie auch zu erwarten — im Schreiben an Margrethe nichts davon erwähnten; dem entsprach es auch, wenn auf ihre Aufforderung hin Wulf Wulflam sich erbot, die Schlösser gegen besondere Vergütung nach Himmelfahrt fortbewahren zu wollen³, wenn demselben Wulf die Befriedung der See für das laufende Jahr übertragen, wenn das Pfundgeld nach alter Weise forterhoben und wenn das Waffenausfuhrverbot erneuert ward; alles Anzeichen, daß die Städte, wieder durch die preussischen gedrängt, bestimmter in Ton und Haltung gegen Margrethe aufzutreten begannen⁴.

Dennoch lassen uns zwei Angaben an der scheinbar großen Einmütigkeit innerhalb der Hanse zweifeln: die Preußen wandten

¹ HR. II n. 297 §§ 2. 3: Wunderlich ist die Motivierung der preussischen Städte, warum sie die Schlösser zurückhalten wollen: wend dy slos von der koningynnen vathir den stetin vorsatz syn und nicht von der koningynnen, syner dochter; doch wohl ihnen weniger diktiert im Hinblick auf die Meklenburger, wie Erslev a. a. O. p. 114 vermutet, als vielmehr hervorgeholt, um die rechtswidrige That durch irgend etwas zu stützen.

² HR. II n. 299.

³ Über diese Vergütung siehe Exkurs II Seite 172.

⁴ HR. II n. 298 §§ 10. 8. 6. 7. cf. n. 300 und unten ausführlicher darüber. §§ 12. 3.

sich wegen Besendung der Stralsunder Juniversammlung an ihre Räte, und die Erneuerung der Konföderation ward auf die nächste Tagfahrt verschoben¹. Die Gründe für beides gehen ganz klar aus den Beschlüssen der nächsten preussischen Versammlung hervor. Eine solche tagte bereits am 12. April zu Marienburg. Sei Margrethe geneigt, den Stralsunder Tag zu besenden oder selbst zu besuchen, so wollten die Preußen Boten dazu schicken, aber auf ein Erbieten der Königin, sich einer rechtlichen Entscheidung zu unterwerfen, nicht eingehen, auch wenn es die anderen Städte zulassen wollten, da man ihr den in den letzten fünfzehn Jahren erlittenen Schaden, den sie später auf 31 125 fl löth. Silbers bezifferten, zu beweisen imstande sei². Auch wenn sich die Tagfahrt mit Margrethe zerschlage, wollten sie doch Bevollmächtigte auf den 24. Juni nach Stralsund senden, um dahin zu wirken, daß die Schlösser so lange vorenthalten würden, bis dem Kaufmann sein Schaden erstattet sei. Seien Lübeck und Stralsund aber für Rückgabe der Schlösser, so sollten die Boten eine zeitweilige Verzögerung dieser Absicht herbeizuführen suchen, ob man vielleicht doch noch Schadenersatz erlange, da sie, die Preußen, zu allen Zeiten größern Schaden erlitten hätten, als die anderen Städte. Sei nur Lübeck für Rückgabe der Schlösser, und wollten also die anderen wendischen Städte bei der Konföderation aushalten, so wollten sich die preussischen mit den anderen auf einige Zeit zur Weiterbewahrung der Schlösser verbinden; seien dagegen alle wendischen für ihre Ablieferung, was den Zerfall des Bundes zur Folge haben würde, so wollten sie mit Hilfe des Hochmeisters eine Tagfahrt mit Livländern und Süderseern in Preußen anberaumen, um über die unter solchen Verhältnissen gedeihlichsten Mafsregeln zu beraten³. Sie dachten dann wohl an ein diplomatisches Einschreiten des Hochmeisters für seine geschädigten Städte bei der Königin, da sie an der Auslieferung der Schlösser die wendischen Städte doch nicht hindern konnten, und diese keinesfalls sich dazu verstanden haben würden, sie den Preußen zu öffnen, weil solche That für sie unangenehme Verwickelungen mit Margrethe nach sich ziehen konnte.

Aus diesen preussischen Beschlüssen ersehen wir, daß die Städte im März sich nicht über die Schlösserfrage und demgemäß auch nicht über die Verlängerung der Konföderation haben einigen können, weil die wendischen, sicher wenigstens Lübeck, entschiedene Neigung zeigten, die Schlösser abzutreten. Warum? Weil man fürchtete, die hansisch-nordische Frage könne sich bei Behauptung der Schlösser zu einem Kriege zuspitzen, und weil Lübeck durch seine eigenen inneren ungünstigen und un-

¹ HR. II n. 298 §§ 10. 2.

² HR. III n. 188 §§ 1. 4. 10. cf. II n. 305 § 8.

³ HR. III n. 188 §§ 6. 1. 3. 5.

ruhigen Verhältnisse gezwungen war, seit mehr als einem Jahrzehnt nun schon stärker und stärker ausgeprägt den Weg rein friedlicher Diplomatie in allen politischen Fragen zu wandeln; eine Notwendigkeit, die in diesem so wichtigen Augenblicke die Stadt zu völliger Passivität zwang. Das konnte eines Eindruckes auf die Preußen immerhin nicht verfehlen, und als sie sich nach Verlauf des Rückgabetermines am 13. Juni wieder zu Marienburg versammelten, um über die Möglichkeit eines aus der Vorenthaltung der Schlösser erwachsenden Krieges zu beraten, fügten sie ihren Aprilbeschlüssen nur den ganz kurzen aber inhaltsreichen hinzu: man halde die slos adir nicht, so welle wir jo nicht orlogen¹.

Damit leisteten eigentlich auch sie gerade wie Lübeck Verzicht auf die Schlösser, die nach Lage der Verhältnisse eben jetzt sich nur durch Krieg behaupten ließen. Und die Pfandschaftenfrage, die fünfzehn Jahre lang die Hanse zu Dänemark in die engsten und eingreifendsten politischen Beziehungen gesetzt hatte, trieb nun schnellern, friedlichem Abschlusse entgegen. Der 11. Mai 1385, Himmelfahrt, war der Verfallstermin der Schlösser. König Olaf, Margrethe, die Reichsräte beider Länder und viele Schloßhauptleute, natürlich mit Dienergefolge, also ein kleines Kriegsheer, fanden sich vor Helsingborg ein und forderten Wulf Wulflam vergebens zur Übergabe der Schlösser auf. Erst zehn Tage später erhielt die Königin vor Helsingborg das Schreiben

¹ HR. II n. 305 § 4. cf. n. 304. — Der Junirecess der preussischen Städte II n. 305 stimmt mit dem zwei Monate ältern III n. 188 wörtlich überein. Die Paragraphen 1 und 6—8, welche sich auf damals gerade wesentliche Angelegenheiten bezogen, hat der Aprilrecess mehr als der spätere, dieser dagegen mehr als jener den oben citierten § 4 und § 8. Koppmann III p. 165 erklärt, eine Erklärung dieser befremdenden Übereinstimmung nicht zu wissen. Sie scheint aber doch auf der Hand liegend. Erstens ist es dieselbe Städtegruppe, deren Recesse wir vor uns haben, zweitens ist inzwischen seit April keine hansische Tagfahrt gewesen, wohl aber war auf den 24. Juni ein Hansetag nach Stralsund anberaumt: es war natürlich, daß sich die preussischen Städte kurz vor Absendung ihrer Boten dorthin nochmals zu Vorberatungen versammelten und ihre letzten Beschlüsse vom April einer nochmaligen Kontrolle unterzogen, weil sich inzwischen durch Vorenthaltung der Schlösser über den Termin hinaus die ganze politische Situation geändert hatte. Der Niederschlag derselben ist der öfter genannte charakteristische § 4 und der seit dem April specialisierte und präcisierte § 8 (= n. 188 § 10). Die Hinzufügung dieser Paragraphen entsprach also wie der Fortfall der vier andern des frühern Recesses den veränderten Umständen. Drittens können wir als wahrscheinlich annehmen, daß die vereinbarten Recesse der preussischen Städte meistens abschriftlich von den Boten ihren heimischen Ratskollegien zugetragen wurden, wenn auch erst 1411 eine Festsetzung in diesem Sinne getroffen ward, was meines Erachtens auch darauf rückschließen läßt, daß es früher die Regel war und mit der Zeit in Vergessenheit geriet. (Über diese Bestimmung von 1411 und 1420 besonders cf. Hirsch a. a. O. p. 26 A. 116.) — Erslev a. a. O. p. 462 A. 87 erkennt die Gründe dieser Übereinstimmung beider Recesse nicht, zweifelt deshalb an der Richtigkeit der Datierung.

der Lübecker Versammlung, worin sie die Besendung des vorgeschlagenen Helsingborger Tages ablehnten und ihr eine Tagfahrt zu Stralsund vorschlugen, hinsichtlich einer Rückgabe der Schlösser jedoch nichts erwähnten. Gleich nach Empfang des städtischen Briefes gingen dänischerseits drei Schreiben an Stralsund ab. König Olaf beschwerte sich über Vorenthaltung der Schlösser, gewährte noch eine Frist Bedenkzeit und Antwort, ob die Städte zur Rückgabe sich verstehen wollten, begehrte diese und drohte, im Falle ablehnender Antwort sich bei Papst, Kaiser, Königen, Fürsten und Herren, Rittern und Knechten, Städten und Landen und bei allen ehrbaren Leuten über sie zu beklagen, sie des Vertragsbruches zu zeihen¹. Gleichzeitig schrieb Henning, wunderte sich, daß seine früheren Briefe nicht angekommen seien, worin er einen andern als den damals vorgeschlagenen Tag abgelehnt habe, und ermahnte die Städte eindringlich, auf ihren guten Ruf Rücksicht zu nehmen, den sie doch nicht umme der elenen sake wille als umme die slote aufs Spiel würden setzen wollen². Auch Margrethe schrieb; keine Drohungen, keine Mahnungen; in höflichster und freundlichster Form bot sie Vermittlerdienste zwischen den Städten und ihrem Sohne an, der sich schwer durch sie benachteiligt glaube³. Es war ein Schreiben, ganz charakteristisch für die diplomatische Überlegenheit dieser staatsklugen Frau, die doch das ganze Manöver in Scene gesetzt hatte, die alle den Städten widerstrebenden Bewegungen in ihrer Person vereinigte und lenkte.

Kurz nach Erlaß dieser Briefe zogen Königin und König durch Schonen und zu Lund im mächtigen Dome huldigten die Schoninger am 27. und 28. Mai dem jungen Olaf⁴. Die Vornahme dieses Aktes sagt eigentlich, was Margrethe von den Städten erwartete. Diese versammelten sich, wendische, preussische und süderseeische, wie verabredet am 24. Juni zu Stralsund; nordischerseits war natürlich niemand erschienen, dagegen König Albrecht von Schweden und der junge Herzog Albrecht, Sohn Heinrichs. Beide, die schon 1384 an die Städte die Forderung gestellt, die Schlösser nicht auszuliefern, da sie selbst Ansprüche darauf hätten, forderten die Städte zu einem Bündnis gegen Dänemark zu gemeinsamer Durchsetzung ihrer Ansprüche auf und erboten sich, den Städten Landschaften und Schlösser zum Pfande dafür setzen zu wollen, daß sie ihnen auch getreulich

¹ HR. III n. 190.

² HR. III n. 191.

³ HR. III n. 189: und konde wy wes ramen, dat use sone und gy wol over eyn gedregen mochten, dat scole gy vor war weten, dat wy willen mit guden truwen dar thu helpen, wend use sone und syne beddirven radgeven und mannen duncket des wol, gy hebben ene sere vorsumet. cf. Erslev a. a. O. p. 116 f.

⁴ SRD. VI p. 534: Schanienses fecerunt sibi homagium in ecclesia Lundensi. cf. Munch a. a. O. II p. 222.

Hilfe leisten würden¹. Vielleicht hatte zuvor schon der König Lübeck zu gewinnen gesucht, wenn er sich mit ihm und seinen eigenen beiden Hansestädten zu thatkräftiger und in ihrem Verlauf auch glücklicher Bekämpfung des räuberischen mecklenburgischen Landadels verband². Aber Lübeck und Stralsund lehnten ein kriegerisches Unternehmen gegen Dänemark, obgleich alle städtischen Boten den Bündnisantrag des Königs ihren Ratshkollegien mitteilten, obgleich die Preußen sich eifrig bemühten, die nächstbefreundeten Süderseer und Livländer zu einem engeren Bündnis zu bestimmen, ab und sandten den Lübecker Ratsherrn Heinrich Westhoff und den Stralsunder Bürgermeister Gregor Schwerting nach Helsingborg hinüber, um die Schlösser an Dänemark zurückzugeben. Mit gaben sie beiden einen Vertragsentwurf zur Besiegelung durch Olaf³.

Nach Vereinbarung dieser Beschlüsse ward vor der Versammlung die Urkunde über die Kölner Konföderation verlesen: Da meinten die Städte, daß sie gemäß dem Wortlaut der Akte ein Ende habe. Doch gab man den Boten zur Erwägung in den Räten anheim, ob man sie nicht verlängern wolle⁴.

Die städtische Gesandtschaft traf Anfang Juli Margrethe, Olaf und den Reichsrat zu Helsingborg, brachte den Verzicht der Städte auf die Schlösser und erhielt Bestätigung der mitgebrachten Urkunde, die auf den 11. Mai, den eigentlichen Verfallstermin der Schlösser zurückdatiert ward. Darin bescheinigte Olaf den Städten den Empfang der Schlösser, gab alle etwaigen Ansprüche, die aus unrechtmäßiger Ausbeutung der Pfandschaften an sie entstanden sein könnten, auf, verhielt ihnen die erneute Bekräftigung ihrer dänischen Privilegien, wann sie dieselbe wünschten, und erkannte alle ihre sonstigen Schadenersatzansprüche an Dänemark-Norwegen als vollgültig auch ferner zu Rechte bestehend an. Verhandlungen über Bestätigung der norwegischen Privilegien und über Ersatz des Schadens, welche die Boten anknüpften, waren ganz ergebnislos⁵.

So trat Dänemark auf dieser Seite wieder in den von Walde-
mar Atterdag geschaffenen Besitzstand zurück. Margrethes kluge Politik hatte einen zweiten bedeutenden Sieg errungen, sie hatte sich als der Hanse überlegen erwiesen, diese gezwungen, ihren direkten politischen Einfluß auf Dänemark aufzugeben, die Schlösser, worauf er begründet war, auszuliefern, auf die

¹ HR. II n. 306 § 21.

² Detmar a. a. O. p. 588 f.

³ HR. II n. 306 §§ 21. 23. 20. 19. cf. n. 308. Ich hebe als beachtenswert die ungemeine Dürftigkeit des Materials in dieser Frage, die entschieden ungünstig für die städtischen Wünsche sich vollzogen hatte, hervor. Siehe Seite 66 Anm. 5 und Seite 152.

⁴ HR. II n. 306 § 22.

⁵ HR. II n. 308. cf. n. 311b und 311c. p. 472 f.

Harden und Zolleinkünfte zu verzichten. Damit ward die Kölner Konföderation, die eine Existenzberechtigung eben nur so lange hatte, als die Hanse die durch sie gemachten Errungenschaften behauptete, hinfällig¹. Beides, die unruhigen Strömungen, welche die Festigkeit der norddeutschen Stadtreger bedenklich in Frage stellten, sie dadurch zu einem höchst vorsichtigen und unter allen Umständen friedlichen Verhalten in der großen Politik nötigten, und die widerstreitenden Handelsinteressen der verschiedenen durch die Konföderation verbundenen Gruppen, welche in jeder von ihnen eine andere Auffassung und Behandlungsweise der dänischen Verhältnisse erzeugten, beides verursachte diesen für die Hanse so überaus kläglichen und ruhmlosen Ausgang der Pfandschaftenfrage. Sie gab, ohne irgend ein Äquivalent zu erlangen oder auch nur zu fordern, die vier starken Sundfesten, welche ihr eine Mittlerstellung zwischen Dänemark und Schweden und eine dominirende Stellung über Seeland, die Basis dänischer Macht, verliehen, den rechtmäßigen Eigentümern zurück, verzichtete damit vollkommen auf die großen politischen Errungenschaften des Stralsunder Friedens, trat in dieselbe Stellung zurück, welche sie vor dem siegreichen Kriege gegen Waldemar eingenommen hatte.

Und hatte denn überhaupt der Besitz der Pfandschaften den Städten Nutzen und Vorteile gebracht? Zölle und Gefälle auf den schonischen Märkten waren den Städten auf fünfzehn Jahre abgetreten worden zum Ersatz ihres in Dänemark und den dänischen Gewässern vor dem zweiten Kriege gegen Waldemar erlittenen Schadens, so nach Wortlaut der Übertragungsakte; — zum Ersatz der Kriegskosten und des Kriegsschadens nach Ansicht der Städte². Sie scheinen sich auch wirklich Illusionen darüber, daß die Zölle ihnen derartigen Ersatz gewähren würden, hingegeben zu haben. Diese Hoffnung setzt in Verwunderung, da sie wohl ziemlich zutreffend die Höhe der jährlichen Gefälle auf den schonischen Märkten berechnen konnten, — wenn sie dieselbe nicht sogar wußten, — und nach den Erfahrungen, die sie mit Schloß Borgholm 1362—1366 gemacht hatten³, die Kosten einer Schlösserverwaltung ebenfalls sehr wohl veranschlagen konnten. Gleich die ungünstigen Resultate der ersten Verwaltungsjahre und andere daraus entspringende Bedenken ließen die Preußen den Wunsch äußern, die Schlösser

¹ Ich hoffe, daß nach diesen durch die Arbeit hin an die charakteristischen Punkte angeknüpften Erörterungen über Begriff der Konföderation und Ansicht der Städte über dieselbe die Ausführungen bei Schäfer a. a. O. p. 559 f. und Lindner a. a. O. p. 478 ff. Beilage XI erledigt sind.

² cf. HR. I n. 524: umme mengherleye scaden, den ze unde ere borghere ghenomen hebben in jaren, de vorgaen syn vor dessem oerleghe, und II n. 220 § 3: to wedderlegginge erer koste unde eres schaden, den se nemen in dem lesten orleghe.

³ cf. Schäfer a. a. O. Exkurs IV p. 592 ff.

überhaupt wieder an Dänemark zurückzugeben. Allerdings erfolgte einmal eine Aufteilung von Zollrestsummen der Jahre 1372—1374, woraus die preussisch-süderseeische Gruppe und die wendisch-livländische je 3254 Mk 8 S lübisch erhielt. Das blieb aber auch die einzige und eine glückliche Ausnahme, weil jene drei Jahre die denkbar friedlichsten im hansisch-dänischen Verkehr waren, und daher keine hohen, außerordentlichen Auslagen von den Zollerträgen bestritten zu werden brauchten. Eine Reihe von Ausgaben, die im Dienste und zum Nutzen der Gesamtheit meist von den wendischen Städten geleistet wurden, ward den jährlichen Zolleinkünften entnommen; zunächst die jährlichen Verwaltungskosten der Schlösser. 1370 und 1371 hatten die wendischen Städte allein mit großen Kosten, wie sie erklärten, dieselben gehalten, 1372 und 1373 erhielt Henning als städtischer Statthalter jährlich ein Viertel des städtischen Anteils, ca. 925 Mk lübisch, in den folgenden Jahren jährlich nur 1000 Mk sundisch. Er vermochte damit auszukommen, was ihm erleichtert ward durch seine eigene Ansässigkeit in Schonen, dann aber, weil das Privatunternehmen eines einzelnen meist nicht mit den Kosten verknüpft ist, wie der Beamtenmechanismus eines großen Gemeinwesens. Deshalb vermochten auch die städtischen Hauptleute, welche nach Hennings Absetzung die Verwaltung der Schlösser leiteten, mit dem gleichen Gehalte nicht auszukommen; die Städte mußten sich zu verschiedenen Vergütungen verstehen, schliesslich das Gehalt auf 1150 Mk sundisch erhöhen. Wären diese Kosten allein es gewesen, welche auf den Zoll entfielen, so wären jährlich noch ganz anständige Summen zur Verteilung übrig geblieben. Allein daneben kostete auch das Zollbeamtenpersonal jährlich bestimmte Summen, ferner wurden die Reise- und Unterhaltskosten der verschiedensten Gesandtschaften sämtlich dem Zoll entnommen, und da diese fünfzehn Jahre ganz besonders reich waren an Verhandlungen und Tagfahrten hin und her zwischen Dänemark, Norwegen und den Städten, so waren die Summen, welche in dieser Hinsicht vom Zolle abgezogen wurden, beträchtlich. Schliesslich aber nahmen die Städte aus den nach solchen Abzügen bleibenden Restportionen anfangs die Kosten der notwendigen Seebefriedungen, und als sie sahen, daß jene zu diesem Zwecke nicht ausreichten, beschlossen sie, dieselben aus einem eigens dazu eingeführten Pfundgelde zu decken. Da auch dieses oft nicht die erwünschten, hohen Erträge lieferte, waren die Städte dann doch wieder genötigt, die noch fehlenden Summen den Zollresten zu entnehmen. So blieb in den meisten Jahren nichts übrig, ja es ergaben sich wohl gar in einzelnen kleine Deficits. So sind die Städte in den fünfzehn Jahren, obgleich der Zoll jährlich 3600—4000 Mk , also im Laufe der ganzen Zeit, daß er der Hanse verpfändet war, etwa 57 000 Mk lübisch (ca. 570 000 RM.)

einbrachte,¹ nie dazu gelangt, sich den 1360—1370 erlittenen Schaden oder die Kriegskosten zu ersetzen². Nehmen wir aber selbst an, sie wären von vornherein von diesem Resultat überzeugt gewesen, und die Übertragung der Zölle sollte nur den Zweck haben, daß sie bei der Verwaltung der vier Schlösser schadlos blieben, nehmen wir mit Grund an, daß der Besitz der Schlösser ihnen die Hauptsache war, daß sie durch deren Besetzung ihre Privilegien und Freiheiten am wirksamsten zu schützen, Dänemark von Übergriffen, wie sie früher so oft geschehen, am nachhaltigsten abzuhalten glaubten, so fragte sich doch, ob sie diese Absicht in den vergangenen fünfzehn Jahren erreicht hatten.

Wir haben aus dem Verlauf der hansisch-dänischen Geschichte dieser Jahre ersehen, daß sich das Gegenteil des von ihnen Erhofften auch in dieser Hinsicht ereignet hatte. Nach wie vor unter Waldemars und unter Margrethes Regierung litt der hansische Kaufmann in Dänemark und den dänischen Gewässern schweren Schaden; unrechtmäßige Abgaben wurden erhoben, gestrandete Güter beschlagnahmt, ja der reisende Kaufmann selbst und sein Schiff von Piraten, die ihren Raub mit Königin und Adligen teilten, allenthalben aufgebracht. Es hätte kaum schlimmer zugehen können, wenn die Städte die Schlösser überhaupt nicht besessen hätten. Außerdem waren gerade sie auch eine Quelle neuer, bedrohlicher Verwickelungen mit dem Norden für die Städte geworden. Da der langjährige, teils offene, teils versteckt fortwachsende Zwist zwischen Margrethe und den Mecklenburgern jeden Augenblick auszubrechen, den Entscheidungskampf herbeizuführen drohte, und die Städte möglicherweise in ihn verwickelt werden konnten, gaben sie ohne weitere Gegenbedingungen und Forderungen die Schlösser an die rechtmäßige Eigentümerin heraus mit dem unausgesprochenen Gedanken, daß ihre Inpfandnahme denn doch ein Mißgriff gewesen sei, der weder politisch, noch merkantil, noch pekuniär die Stellung der Hanse in Dänemark wesentlich gefördert hatte.

¹ Von 70—80 000 Å lüb., wie Denicke a. a. O. p. 95 veranschlagt, kann nach der Klarlegung durch meinen Exkurs I nicht die Rede sein.

² Siehe meinen Exkurs I über die ganze Zollfrage.

Viertes Kapitel.

Ausgang der hansisch-dänischen Streitfragen.

Jetzt nach Rückgabe der Schlösser weit weniger als zuvor konnten die Städte noch die Hoffnung hegen, daß Margrethe hinsichtlich der Schadenersatzforderungen und Bestätigung der norwegischen Privilegien ihnen sich entgegenkommend zeigen werde. Etwas anders lagen die Dinge in der Seeräuberfrage. Mochte die Königin es aus politischen Rücksichten für geraten halten, die Erbitterung der Städte nicht doch einmal in verzweifelte Selbsthilfe ausbrechen zu lassen, so lag es zum guten Teile in ihrer und ihrer nächsten Umgebung, also des Reichsrates Macht, jederzeit auf ein augenblickliches Nachlassen des Unfugs hinzuwirken.

Im Herbst 1384 war es den einzelnen Städtegruppen zur Beschlussfassung anheimgegeben worden, ob man für 1385 wieder Friedeschiffe ausrüsten und das Pfundgeld weitererheben wolle¹. Am 18. Dezember erklärten sich die Preußen mit beidem einverstanden und beschlossen, die wendischen Städte wie vormals um die Ausrüstung von Schiffen zu ersuchen. Das Pfundgeld wurde 1385 augenscheinlich bis zum Jahresschlusse allgemein erhoben², und auf der Märzversammlung zu Lübeck ward die so lange verzögerte Abrechnung über Pfundgeld und schonischen Zoll, an welche die Preußen noch am 18. Dezember die Bedingung geknüpft hatten, daß sie nur dann über das in ihrem Lande erhobene Pfundgeld Rechenschaft ablegen wollten, wenn die wendischen Städte das gleiche über Pfundgeld und schonischen Zoll der Jahre 1383 und 1384 thäten, vollzogen. Da weder die livländischen Städte, noch Stettin, Greifswald, Kolberg und andere von dem 1384 bei ihnen erhobenen Pfundgelde geschickt,

¹ HR. II n. 291 § 5. 293 § 3.

² HR. II n. 297 §§ 5. 6. 306 § 17.

die süderseeischen aber überhaupt nur sehr wenig mitgebracht hatten, betrug die Pfundgeldeinnahme, welche die vier wendischen Städte namens der Gesamtheit verrechneten, von beiden Jahren nur 8132 ℥ 11 ß 3 d lübisch, die des schonischen Zolls aus dem gleichen Zeitraume nach verschiedenen Abzügen auch nur 3087 ℥ 1 ß 1 d lübisch. Nach Begleichung sämtlicher Ausgaben aber waren nur 158 ℥ 8 ß 2 d lübisch übrig, eine Anzahl von Forderungen der Gesamtheit an verschiedene Städte in Höhe von 992 ℥ 10 ß lübisch (— 49 alte Schilde) aber noch unerledigt¹. Wie die preussischen waren auch die wendischen Städte zur Befriedung der See im Jahre 1385 geneigt, aber sie umgingen die Unannehmlichkeit, von den Preussen erst wieder mühsam ein Miteinstehen für ev. Schaden erhandeln zu müssen, geschickt, indem sie die Befriedung an einen Privatmann, an ihren Schloßhauptmann Wulf Wulflam vergaben, der sich verpflichtete, alles Risiko auf sich selbst zu nehmen. Gemäfs dem Vertrage, den die Städte am 16. März mit ihm schlossen, stellte er gegen Empfang von 5000 ℥ sundisch² einen Koggen mit 100 Bewaffneten; dazu liehen ihm die vier wendischen Städte 4 Schnicken, armiert mit sechs Büchsen, sechs Tonnen Pulver und 32 Armbrüsten, für welche sie auch das Risiko übernahmen und Schaden aus dem Pfundgelde bestreiten wollten³. Aller materielle Vorteil fiel ihm zu, gefangene Seeräuber aber durfte er nicht gegen Lösegeld freigeben, sondern nur entweder selbst hinrichten lassen oder an die Städte zum gleichen Zweck übersenden. Wer nach sicherer Kunde den Räubern Zuflucht gewährte, den sollte er auch befehlen, wante wy se allike schuldich holden. Von vierzehn Tage nach Ostern bis zum 11. November sollte er auf See sein⁴. Erfolg hatte das Unternehmen Wulfs

¹ HR. II n. 301 §§ 1—10. cf. III n. 186. Unter den Ausgaben hebe ich hervor die Lübecks für die Seebefriedung 1383: 3000 ℥ 12 ß lübisch, und Stralsunds dafür: 2333 ℥ 5 ß 4 d lübisch; Lübecks 1384: 2737 ℥ 1 ß 6 d lübisch, und Stralsunds 1384: 1733 ℥ 5 ß 4 d lübisch. Über Verwendung des Zolles dieser Jahre siehe Exkurs I Seite 168, über Verwendung der Restsummen siehe Exkurs II.

² Über die Bezahlung dieser Summe siehe Exkurs II.

³ HR. II n. 300 (cf. n. 298 § 7): ses bussen . . und ses tunnen mit schote. Vielleicht gehört auch die Nachricht II n. 293 § 4 vom Jahre 1384 hierher. Über Anwendung des Pulvers im Norden cf. den Exkurs XI bei Fock a. a. O. III p. 263 ff. und ergänzende Stellen von Koppmann in den H.Gesch.Bll. Jg. 1880/81 p. 154 f. Über die von den Hochmeistern vorzüglich gepflegte Artillerie des Ordens, die dennoch Westeuropa um circa 15 Jahre nachstand, cf. Köhler: Entwicklung des Kriegswesens und der Kriegführung in der Ritterzeit II p. 677 ff.

⁴ HR. II n. 300. 298 § 7. Wenn Fock a. a. O. IV p. 53 meint, dem Vertrage zufolge habe Wulflam aufer einem Koggen noch 5—6 Schnicken auf eigene Rechnung gestellt, so scheint mir das aus dem Wortlaut der Vertragsurkunde nicht sicher hervorzugehen. Die Städte selbst liehen ihm ja auf ihre Rechnung 4 Schnicken, und Wulf hat, soweit wir ihn in Geldangelegenheiten kennen, schwerlich gerade bedeutende Anstrengungen für die 5000 ℥ sund. gemacht.

garnicht. Dazu trug gewiß die für die gestellte Aufgabe allerdings ungenügende Rüstung bei, andererseits aber scheint Wulf selbst seinen Verpflichtungen nicht mit der notwendigen Energie nachgekommen zu sein, oder es fehlte ihm an militärischen Fähigkeiten. Zufrieden aber waren die Städte nicht mit ihm, ja sein Verhalten während jener Zeit fand mehrfache Verurteilung¹.

Seit Rückgabe der Schlösser scheinen indessen dänischerseits selbst Anstalten zur Befriedung der See getroffen zu sein. Das geschah mit ganz bestimmtem Zweck. In den Städten sollte der bittere Eindruck, den die Rücklieferung der Schlösser, die ganz resultatlosen Verhandlungen zu Helsingborg im Juli über Schadenersatz und Bestätigung der norwegischen Privilegien, welche wieder nur zur Vereinbarung eines neuen Tages auf den 29. Juli 1386 zu Nyköping geführt hatten, etwas verwischt, die Städte freundlicher gegen Dänemark gestimmt werden. König Olaf sandte Anfang August 1385 eine Flotte seiner Getreuen in See, um die Piraten aufzuspüren. Das wäre nun nicht schwer gewesen, und die dänischen Schiffe müßten viele Gefangene gemacht haben; daran lag aber dem Könige nicht. Es genügte ihm, der Hanse ein gewisses Entgegenkommen zu zeigen. Bei Mitteilung der Erfolge seiner Flotte gegen die Räuber im September konnte er denn auch nur Lübeck melden, daß die Seeräuber sich zerstreut hätten, und man nicht wisse, wo sie lägen, daß er allen Hauptleuten und Schloßsvögten anbefohlen habe, nach Möglichkeit zur Befriedung der See und zur Vertilgung der Räuber mitzuwirken. In seiner Antwort aber betonte Lübeck als das Wünschenswerteste, *quod pirate spolia non committerent e regno Dacie*².

Gegen eine Seebefriedung im Jahre 1386, eine Frage, die schon am 24. Juni nebst der, ob man im neuen Jahre Pfund-

¹ HR. II n. 320 § 4: Ok sint dar somelike lude, de dar seggen, dat Wulflam mit den vredeschepen nicht geholden hebbe, alse eme toborde. cf. die Klageschrift Stralsunds über die Wulflams und Gildehusens 1392, IV n. 40 § 12: Dit is de sulve Wulf, de zik underwant, de ze to vredende, dar he vele gheldes van upborde van deme meynen kopmanne; wo he de vredet heft, dat is jw unde deme menen kopmanne wol witlik. — Später erhielt Wulf durch den Einfluß seines Vaters gegen 6000 Mk von Stralsund die Bewahrung von Schloß Triebsees gegen die mecklenburgisch-vorpommerschen Straßenräuber übertragen. Hierbei sollte er sich noch schlimmer benommen haben als sein Landsmann Seifried 1381 mit den Seeräubern zu Helsingborg (cf. III n. 141). Auch diese Anklage stammt aus der erwähnten Schrift und zwar von der politischen Gegenpartei. Man mag daher die Glaubwürdigkeit für beide nicht im ganzen Umfange ansprechen, dennoch bleibt beachtenswert, daß die erste Klage eben auch aus früherer Zeit und von anderer Seite her Bestätigung erfährt.

² HR. II n. 311 b—d p. 472 ff. Mit Grund glaube ich die Auffassung Erslevs a. a. O. p. 119 f. von der Beteiligung des dänischen Königtums an der Befriedung der See bestreiten zu dürfen unter Hinweis auf die letzten Ausführungen und Seite 149.

geld erheben wolle, zur Beratung gegeben war, sprachen sich wie gegen Forterhebung des Pfundgeldes die Preußen in mehrfachen Beschlüssen entschieden aus; sie verließen sich auf das Gelübde des Königs, das er — doch wohl 1385 zu Helsingborg — den Städten gegeben habe, mit aller Macht die Befriedung des Sundes durchführen zu wollen. Dafs dies angebliche Versprechen Olafs den wendischen Städten nicht genügen konnte, ist klar, dennoch hemmte und verhinderte die Weigerung der Preußen eine von ihnen allein getragene Seerüstung¹. Diese aber gaben die Fahrt durch den Sund frei und rieten den Schiffen, in Flotten von acht bis zehn Schiffen zu segeln, damit eines das andere schirmen und verteidigen könne². Am 1. April 1386 aber fanden es die zu Lübeck versammelten Städte doch ratsamer, den König nochmals ernstlich an seine Zusage betreffs der Seebefriedung zu mahnen³. Von Piraten hören wir in diesem Jahre nichts weiter, einzig, dafs zu Wordingborg am 28. September zwischen den Städten und Dänemark-Norwegen einer-, mehreren Piraten andererseits ein Friede unter vierwöchentlicher vorheriger Aufsage geschlossen wurde⁴. Derselbe hatte für die nächsten Jahre Bestand; Ruhe und Frieden kehrte in den dänischen Gewässern ein, Klagen des Kaufmanns über Seeräuber verlauteten in der nächsten Zeit nicht viele mehr⁵. Das ist ein Beweis, wie sehr Königin und König der Piraten mächtig waren, wie sie bisher eine Waffe in Margrethes Hand gegen die Hanse gewesen waren, wie das zeitweise Vorgehen der Königin 1384, Olafs 1385 und 1386 mehr den Charakter von Scheinmanövern als wirklich bezweckter Bekämpfung hatte. Der Friedensschluß und die Ruhe der folgenden Jahre deutete aber auch klar darauf, dafs Margrethe inzwischen andere Fragen ins Auge gefafst hatte, in denen wir sie nun thätig sehen.

Die lange Aussetzung einer Tagfahrt mit den Städten um mehr als Jahresfrist nach den Helsingborger Verhandlungen hatte Margrethe damit motiviert, weil im Hochsommer 1386 der Danehof stattfinde, wo sich der gesamte Adel einfinden werde⁶.

¹ HR. II n. 312 § 4. 306 § 16. 313 § 2. 317. 319.

² HR. II n. 313 § 1: wo schiffe by en andir syn, als 8 adir 10, das die in eyner vlote czusamne dorch den Sund blibin, sich desten bas czu befriden. Siehe Seite 93 Anm. 5.

³ HR. II n. 322: Vortmer beghere wy des, dat ghy dar juwen guden willen to keren und dar truweliken vor wesen, dat de se gevredet werde, also ghy uns hebben ghescreven, dat gy it don willen.

⁴ HR. II n. 320, cf. III n. 207. Siehe auch Seite 117 Anm. 5.

⁵ HR. III n. 211. 383. 384. 429. 440. 441 etc. finden sich Klagen, namentlich über Hennicke Lembeck.

⁶ HR. II n. 311 c p. 473: Asserebant itaque Dani, quod hujusmodi placitorum terminus super illo tempore estatis affuturo, quamvis valde longa sit protelacio, sic concepissent, obinde quod ipsi eodem tempore debeant generalia placita, dicta vulgariter Dantzshof, observare, ubi tunc communiter Dani convenient, quos alia vice nequeant ita prompte convocare.

Da wendische und preussische Städte einmütig entschlossen waren, am 29. Juli in Nyköping zu sein, obgleich sie die Besorgnis nicht unterdrückten, daß die Verhandlungen wahrscheinlich wieder resultatlos verlaufen würden, nahmen sie zu letzten Vorberatungen einen Tag zu Lübeck auf den 19. Juli in Aussicht. Am 1. April aber erschien König Olafs Schreiber Albert Kalenberg vor den Städten zu Lübeck und wünschte Verlegung des Termins und Ortes auf den 25. Juli nach Wordingborg. Auch damit waren die Städte einverstanden, baten den König, die Hauptleute und Reichsräte beider Reiche, besonders den norwegischen, nach Wordingborg zu entbieten, damit endlich abschließende Vereinbarungen getroffen werden könnten. Allerdings stellten am 1. Mai die Preußen ihr Erscheinen zu beiden Tagen in Frage und am 19. Juli waren sie zu Lübeck auch nicht vertreten¹. Dieser Tag aber ward bedeutsam für die Weiterentwicklung Dänemarks. Margrethe war, durch Holstein, über Hamburg und Stade kommend², persönlich anwesend, ebenso König Albrecht von Schweden und die Holsteiner Grafen. Zwischen den Städten und der Königin ward allerdings wieder nichts erzielt. Sie erklärte, ohne Teilnahme der Preußen keine Verhandlungen führen zu wollen, schob deshalb den Tag zu Wordingborg bis zum 15. September hinaus und stellte bis dahin den Städten ein Ultimatum namens ihres Sohnes, ob die Städte ihre Schadenersatzansprüche aufgeben wollten dorch der gunste und vordernisse willen, de se van eme und der koninginnen und van erme rade hebben mochten, oder ob sie über dieselben sich mit ihm einer Rechtsentscheidung von Fürsten und Herren unterwerfen wollten³. Während sie einerseits so scharf gegen die Städte auftrat, wünschte sie aber wenigstens Lübeck in guter Stimmung zu erhalten und vermittelte zwischen der Stadt und den holsteinischen Grafen die Beilegung eines Streites⁴.

Die Verhandlungen mit der Hanse auf diesem Tage waren aber mehr nebensächlicher Natur. Margrethe schritt nach Rückgewinnung der schonischen Schlösser zur Klarstellung eines anderen, seit 1375 schwebenden und unerledigten Verhältnisses, der schleswiger Frage. Nachdem gewiß jetzt zu Lübeck eine Verständigung zwischen ihr und den anwesenden Grafen von Holstein erfolgt war, fand zu Nyborg etwa am 15. August ein voller Friedensschluß zwischen Dänemark und Holstein statt. Knieend empfing der junge Gerhard, Graf Heinrichs Sohn, die erbliche Belehnung mit dem Herzogtum, gelobte dagegen Mann-

¹ HR. II n. 311 c p. 473. 312 §§ 2. 3. 320 § 1. 322. III n. 206. II n. 323.

² HR. II p. 382 A. 2 u. 3.

³ HR. II n. 323 § 1. 325.

⁴ Detmar a. a. O. p. 594.

schaft und Kriegsdienste dem Reiche Dänemark¹. Das Abkommen war für das Reich nicht sonderlich günstig, denn die Holsteiner wurden im Besitz aller Eroberungen des letzten Jahrzehnts erblich bestätigt. Mir scheint, der ganze Akt und die Nachgiebigkeit Margrethes darf nur als etwas Provisorisches aufgefaßt werden, das die Königin keineswegs stets anzuerkennen gewillt war. Sie vermied zu Nyborg augenscheinlich wie elf Jahre später zu Kalmar die Ausstellung von staatsrechtlich vollgültigen Urkunden über die neugeschaffenen Zustände, eben um sich ein freies Handeln zu bewahren, um nicht die Möglichkeit einer Änderung voreilig aus der Hand zu geben.

Zu diesem vorsichtigen und nachgiebigen Auftreten in Schleswig ward die Königin veranlaßt, weil ihr Hauptinteresse sich seit lange einer andern Grenze ihres Reiches, einem andern Nachbarlande zugewandt hatte. Nie hatte ihr Gatte Hakon, nie auch sie den Verlust der schwedischen Krone verschmerzt. Deren Wiedererwerbung hatte sie stets im Auge behalten. Sie war nicht möglich gewesen, so lange die schonischen vier Schlösser sich in den Händen der Hanse befanden, und die Verbindung Dänemarks mit Schonen durchschnitten war. Sie war es jetzt, nachdem die Schlösser an Dänemark zurückgefallen waren. Kaum war Olaf im Frühjahr 1385 mündig geworden, so ließ Margrethe ihn den Titel eines *verus heres regni Swecie* annehmen und in seinen Urkunden führen². Dennoch mochte sie das schwedische Unternehmen nicht ins Werk setzen, ehe nicht an den anderen Grenzen Ruhe um jeden Preis geschaffen war. So schloß sie mit Holstein Frieden und Bündnis. Auch im Innern hatte in dem Jahrzehnt seit ihren ersten dürftigen Anfängen ihr und der Krone Ansehen einen so gewaltigen Aufschwung genommen, daß der scharf beobachtende Lübecker Detmar sich 1386 höchlichst wunderte über die absolut herrschende Autorität, welche die Königin sich in Dänemark errungen hatte, und ihr das Lob nicht vorenthalten konnte: *it is hoge tho vorwunderende in ener vrouwen*³. Welcher Art Verhandlungen am 19. Juli 1386 mit Albrecht von ihr zu Lübeck geführt wurden, ist ungewiß. Im Sommer 1387 waren Margrethe und Olaf in Schonen, neue Verhandlungen standen bevor, aber der Tod Olafs am 3. August verhinderte sie⁴. 1388 starb der junge Albrecht von Mecklenburg, sein Rival um den dänischen und

¹ Detmar a. a. O. p. 596. MGSS. XXI p. 284. cf. Erslev a. a. O. p. 130 ff. Dahlmann a. a. O. p. 58 f.

² HR. III n. 190. II n. 308. 311 b. cf. Erslev a. a. O. p. 466 A. 1.

³ Detmar a. a. O. p. 589 f.

⁴ Rydberg a. a. O. II p. 457 f. A. 2 citiert nach Voigt: Codex dipl. Pruss. V. n. 128: *Bref af tolf svenske och danske herrar till högmaestaren och tyska Orden om konung Olofs Död 1402; uppe de zulven tyd, do he starf, do was unse gnedighe vruwe de koningynne tho Ustede unde schulde eynen dach holden met koning Albrechte.*

nach seinem Tode der Prätendent auf den norwegischen Thron. Margrethe und König Albrecht standen sich allein gegenüber, und die Entscheidung fiel gegen ihn. Auf den Feldern bei Falköping am 24. Februar 1389, fast zur selben Zeit, da sein Vater vor zehn Jahren seines Hauses Ruhm und Gröfse mit sich ins Grab nahm, verlor er Schlacht und Freiheit und Krone an seine gewaltige Gegnerin¹.

Die Städte hatten nicht gewagt, in Ausbau, Stärkung und Erweiterung der dänisch-norwegischen Macht hemmend und störend einzugreifen, sie waren nach Lage ihrer eigenen Verhältnisse dazu nicht imstande gewesen. Zug um Zug² hatte diese Frau es mit wunderbarer diplomatischer Kunst verstanden, sich und ihr Reich zu festigen, zu einigen, den politischen Einfluß der Hanse daraus zu entfernen. Siegreich war sie von Erfolg zu Erfolg emporgestiegen, hatte von Jahr zu Jahr mehr seit 1380 die Städte in Nachteil und Schaden gesetzt; unerledigt blieben deren Klagen und Forderungen, nachdem auch die oft genannte Tagfahrt zu Wordingborg vom 15. September 1386, außer daß mit einigen Seeräubern ein endlicher Friede geschlossen ward, so völlig ergebnislos verlaufen war, daß die Städte sich schämten, über die langwierigen Verhandlungen näheres verlauten zu lassen³. Schadenersatz und Bestätigung der norwegischen Privilegien blieben auch fernerhin offene Fragen, zu denen schon 1387 eine schwerwiegende dritte sich gesellte, als ganz plötzlich am 3. August der achtzehnjährige Olaf zu Falsterbo auf Schonen, der letzte Sproß der Folkunger wie der Estrithiden, starb⁴.

Mit seinem Tode erloschen auch die dänischen und schonischen Privilegien der Städte, deren vollgültige Bestätigung sie erst nach so langen Mühen am 14. August 1376 erreicht hatten, und deren staatsrechtliche Gültigkeit natürlich nur durch die Lebensdauer Olafs gewährleistet war⁵. In Dänemark wie in

¹ Über die Schlacht cf. die schon citierte Studie Erslevs in der *Histor. Tidsskr.* 5. Raekke III p. 333 ff.

² Ihr schrittweises Vorgehen betont am meisten die holsteinische Chronik MGSS. XXI. p. 284: *regina, astutissima mulier, plures ignes simul eodem tempore succendere nolebat.*

³ HR. II n. 327 § 3. 328. III n. 208 schreiben die zu Lübeck versammelten Boten nach Heimkehr von den Wordingborger Verhandlungen an die Livländer: *wes wy dar gheworven hebben, dat schal jw wol tho wetende werden*, III n. 207 die preussischen Boten an ihre Städte: *Das (wyr) von den sachen . . . keyn ende czu eyner berichtunge konden vogen, das wyr uch munthlichen wol usrichten wyllen, . . . was schelunghe das dar ane is geweset*. III n. 209 übersendet Reval an Riga den Bericht III n. 208 und fügt hinzu: *uns dat sere zeltzen duncket, dat se uns nicht thoschriven van dingen, de se nu in erer dachvard unde an der dachvard tho Werdingborgh ghehandelet hebben*. Siehe Seite 142 Anm. 3.

⁴ SRD. VI p. 534. Die Untersuchung über seinen Todestag bei Erslev a. a. O. p. 468 f. A. 16. In der Klosterkirche zu Sorö bei seinem Großvater ward er beigesetzt.

⁵ Verletzungen der Privilegien blieben denn auch nicht gar lange mehr aus. cf. HR. III n. 380 § 4. 383—388. 429. 433. 440. 441 etc.

Norwegen waren die Städte jetzt rechtlos und mehr als zuvor auf Margrethe angewiesen. Dabei war ihre Lage jetzt viel ungünstiger als 1367 Waldemar und Hakon gegenüber. Die Königin ward von den Sympathien zweier Reiche getragen, von einer Landschaftsversammlung nach der andern als *Nor-ighes ok Swerighes Drotning*, — *fuldmechtech fruwe ok* — *husbunde ok* — *gantze Rigens af Danmark formynder* ausgerufen¹; mächtig war ihre Herrschaft gewachsen an Autorität und Machtmitteln²; beide nordische Reiche waren in ihrer Hand vereinigt, befanden sich, von zielbewußter Politik geleitet, in schnellem Aufblühen. Wie anders das Gegenbild: Zwiespalt in merkantilen Fragen³, innere Erschütterungen⁴, Kleinmütigkeit und Kleinlichkeit legten eine neue, gemeinsame, kräftige Aktion der Städte gänzlich lahm und zwangen sie zu zurückhaltender, nachgiebiger Friedenspolitik. Im Gegensatze dieser beiden Bewegungen lagen die tieferen Gründe dafür, daß die Städte weder ihr Bündnis, die Kölner Konföderation, noch die großen politischen Erfolge des Stralsunder Friedens zu behaupten und zu verteidigen vermocht hatten. Beide Momente bewirkten auch, daß Albrecht vom schwedischen Thron gestossen, die Union der drei Reiche, der sich die Städte unter anderen Umständen gewiß widersetzt haben würden, vollzogen ward. Selbst die günstigsten Augenblicke, welche in den neunziger Jahren ihnen ein erfolgreiches Auftreten gegen Margrethe verhieß, verzichteten sie mit der Energie, deren es ihr gegenüber bedurft hätte, sich zu Nutze zu machen. Einmal noch faßte Lübeck einen großen, imposanten Gedanken. Es war 1394. Von den Niederlanden bis Livland hinauf sollten die Städte sich nochmals einmütig zusammenschließen wie in den Tagen der Kölner Konföderation und des großen Krieges gegen Waldemar. Wieder sollte eine gewaltige Flotte, doppelt so stark wie 1367 vereinbart wurde, 36 Koggen und doppelt so viele Schnicken und Schuten und vier Rheinschiffe mit 3500 Mann Besatzung, in den Sund segeln, den Vitalienbrüdern wie Margrethen gleicherweise eine drohende Demonstration⁵. Aber die preussischen Städte lehnten die Ausrüstung ab, die süderseeischen zogen sich daraufhin auch zurück, Rostock und Wismar stan-

¹ Suhm a. a. O. XIV p. 189 ff.

² Detmar a. a. O. p. 589 f.

³ Grade war von neuem eine sehr böse Differenz zwischen wendischen und preussischen Städten über die englische Angelegenheit ausgebrochen, worin die letztern von den wendischen im Stiche gelassen wurden, cf. Koppmann in den HR. III Einleitung und in den H.Gesch.Bll. Jg. 1883 p. 118 ff. Keutgen a. a. O.

⁴ In Anklam brach 1386 der Aufstand los, cf. Stavenhagen: Beschreibung der pommerschen Kauf- und Handels-Stadt Anklam p. 195 ff. HR. III n. 366. Fock a. a. O. IV p. 26 ff., in Stralsund 1391, cf. Fock a. a. O. IV p. 78 ff.

⁵ HR. IV n. 192 § 6.

den überhaupt seit 1390 in Streit und Feindseligkeiten gegen die anderen Städte, — das großartige Projekt ward hinfällig. 1398 überlieferten die Städte Stockholm an die Königin, nachdem selben Jahres am 28. August ihnen ihre dänischen und norwegischen Privilegien endlich bestätigt worden waren. Bedingungen und Schadenersatzforderungen knüpften sie nicht weiter daran, und am 29. September 1398 zog Margrethe in die schwedische Hauptstadt ein. König Albrecht hatte sein Land verloren.

Dem politischen Übergewichte Margrethes waren die Städte nicht gewachsen. Auch ferner hielt sie bis an ihren Tod jede Einmischung der Städte in ihre Pläne und Reichsangelegenheiten fern. Ihrem unfähigen Nachfolger Erich von Pommern blieb es vorbehalten, das politische Übergewicht der Hanse im Norden noch einmal bis zum gänzlichen Zerfall der Union heranwachsen zu lassen ¹.

¹ cf. von der Ropp: Zur deutsch-skandinavischen Geschichte des XV. Jahrhunderts.

Exkurs I.

Die rechnerischen Ergebnisse des schonischen Zolles 1368—1385.

Nach dem 10. August 1368 begannen die wendischen Städte für ihren eigenen Nutzen die ihnen vertragsmäßig zu Schonen von den präsuntiven Landesherren, den Mecklenburgern, überlassene Erhebung von Zöllen und aller Art Gefällen¹. Die Schonenfahrt, die in Friedenszeiten am 25. Juli begann und im Oktober schloß, war kurz vor dem 10. August, allerdings noch nicht in vollem Umfange, freigegeben worden, nachdem die Hansen die Hauptschlösser der schonischen Märkte Skanör, Malmö, wohin die Fahrt übrigens noch längere Zeit verboten blieb, und Falsterbo gewonnen hatten. Verminderte nun zwar der Krieg die Lebhaftigkeit des Verkehrs, so ward dieser Ausfall in den Zolleinkünften, wenn auch nicht ganz, dadurch ausgeglichen, daß die Gefälle ungeteilt und ungeschmälert an die wendischen Städte kamen. Die Summe, welche auf der Versammlung zu Rostock am 25. November 1368 zur Verteilung unter die gesamten am Kriege teilnehmenden wendischen Städte² gelangte, war dementsprechend hoch:

¹ Siehe Seite 31 f. und Seite 32 Anm. 1.

² 1380 wurde Stargard, das ja am zweiten Kriege teilgenommen hatte, mit Geldforderungen auf den schonischen Zoll, die sich vom ersten Kriege herschrieben, abgewiesen mit der Erklärung HR. II n. 220 § 3: de tolne op Schone, de wart itswelken steden ghesettet unde ghedan to wedderlegginge erer koste unde eres schaden, den se nemen in dem lesten orleghe. Das war eine ganz natürliche und erklärliche Motivierung: Stargard gehörte sowohl zu den konföderierten wie zu den Hansestädten, aber es forderte nicht Ersatz für Schaden im zweiten Kriege, sondern im ersten, und der Zoll bezog sich eben nur auf jenen. Eben aus diesem Grunde ward 1371 Rostock, Wismar und Kiel gelegentlich der Abrechnung und Überweisung des Pfundgeldes gestattet, nach drei Jahren die Summen, welche ihnen dann noch vom zweiten Kriege her fehlten, den Einkünften

2315 ℥ 14 ß 6 d lübisch (ca. 23 159 RM.)¹. Davon wurden zunächst die Unterhaltungskosten der Zollbeamten abgezogen², Stralsund eine Summe überwiesen, die es für Kriegszwecke ausgelegt hatte³, der Rest in Höhe von 2016 ℥ 4 ß 6 d ward nach Mannzahl verteilt unter die kriegführenden wendischen Städte⁴, und zwar:

Kontingent 940 Mann, zur Verteilung 2016 ℥ 4 ß 6 d ,
also je 100 Mann erhalten 214 ℥ 8 ß .

Demnach	Mann	erhält	℥	ß	d
Lübeck	300	„	643	8	—
Rostock	140	„	300	4	8
Stralsund	200	„	429	—	—
Wismar	100	„	214	8	—
Greifswald	60	„	128	11	—
Stettin und Stargard .	100	„	214	8	—
Kolberg	40	„	85	12	8
Summa	940	„	2016	4	4

Leider lassen sich Höhe und Verwendung der Zollerträge der Jahre 1369 und 1370 nicht feststellen, wie denn überhaupt das vorhandene Material über den schonischen Zoll nur selten sogleich zufriedenstellende Aufschlüsse giebt. Meist bleibt es nötig, aus den fragmentarischen, zerstreuten Notizen und unter Berücksichtigung der laufenden Ausgabenposten, die jedes Jahr vom Zolle abgezogen wurden, eine nach Möglichkeit wahrscheinliche Kombination über Höhe, Ausgaben und Verwendung der Restbestände des jährlichen Zolles zu machen. Eine Aufteilung der Erträge von 1369 an die wendische Gruppe, von 1370 an die konföderierten Städte insgesamt ist nicht erfolgt⁵, denn Lübeck erklärte, nach Abzug der für Schlösser, Söldner u. s. w. gemachten Auslagen nur noch ein Plus von 57 ℥ 15 ß 8 d ,

des schonischen Zolles zu entnehmen (II n. 18 § 20). 1375 Jul. 15. ward ihnen dies Zugeständnis nochmals ausdrücklich von Lübeck und Stralsund bestätigt (II n. 95). Deckung ihrer Ansprüche scheint aber schließlic doch auf andere Weise erfolgt zu sein. — Zur Stargarder Angelegenheit cf. Koppmann, HR. II Einleitung p. VII, doch wird mir aus seinen Worten nicht klar, ob er das Richtige meint.

¹ Nach Stieda a. a. O. p. XII und XXXII entspricht die lübische Mark 10 Mk. heutiger Reichswährung.

² = 99 ℥ 10 ß lübisch, HR. I n. 486 und Note c dort die berichtigende Konjektur Koppmanns. cf. n. 475 § 8.

³ = 200 ℥ lübisch. cf. HR. I n. 486.

⁴ cf. HR. I n. 485. 486.

⁵ Siehe Seite 33.

Stralsund sogar ein Minus von 435 ℥ 11 β lübisch zu haben¹. Letztere Stadt empfing den lübischen Überschufs und Anweisung auf 392 ℥ sundisch aus dem nächstfälligen Zolle, wovon sie sofort an ihren Hauptmann Gregor Schwerting von Helsingborg 350 ℥ sundisch zu Händen des Nikolaus Soldis, an Gerhard Lowen 93 ℥ sundisch, an Nikolaus Soldis nochmals 39 ℥ sundisch verausgabte. Darnach stellte sich ihr Minus auf etwa 425 ℥ lübisch, das wie die eben zugestandene Zollsumme erst aus den nächstfälligen Erträgen gedeckt werden sollte². Wohl mochten Rostock und Wismar sich getäuscht sehen, wenn sie gehofft hatten, Teilsummen aus dem Zolle zu empfangen. Es lag nach allen Abzügen ein stärkeres Deficit vor, und eine Forderung Greifswalds auf 170 ℥ sundisch, die es bei der Besetzung Skanörs ausgegeben, konnte jetzt nicht befriedigt werden und ward es erst 1375³.

¹ HR. II n. 9 § 8. Es ist undenkbar, daß die ganzen Erträge beider Jahre einzig durch die Bewahrung der Schlösser verschlungen seien, zumal wenn wir jetzt sehen, daß damit noch nicht einmal alle Kosten derselben in diesen zwei Jahren gedeckt wären, und später erfahren, daß die vier wendischen Städte immer noch mit enormen Summen von über 2700 ℥ lübisch im Rückstande waren (II n. 94 § 3). LU. III n. 737 besitzen wir eine undatierte Kostenrechnung der lübischen Kämmerei über eine Expedition gegen die Seeräuber, geführt mit einem Geldaufwande von 3162 ℥ 8 β 9 δ lübisch. Die Rüstung wurde befehligt von den lübecker Ratsherren Simon Schwerting und Dankwart vom See und ist im LU. dem Jahre 1370 angehängt worden. — Denicke a. a. O. p. 183 verlegt sie ins Jahr 1372. Dann aber müßten wir von Aufbringung der Kosten dafür, die aus dem schonischen Zolle genommen wären, etwas vernehmen. Der Zoll aber ist hierfür nicht angegriffen, siehe Seite 160 ff. und 36. Andererseits ist nichts wahrscheinlicher, als daß nach dem Friedensschlusse 1370 mit Dänemark dennoch hansische Kreuzer auf See blieben, ebenso wie sie 1371 noch in See gelegt werden mußten. Diese verschiedenen Gründe bestimmen mich, jene Seeexpedition dem Jahre 1370 und ihre Kosten dem schonischen Zolle desselben Jahres zuzuweisen, die ihn nahezu, da es noch Kriegszeit und der Handel nach Malmö noch nicht freigegeben war, verschlungen haben werden. — Für den Zoll von 1369 und seinen Verbrauch möchte ich auf einen andern sehr interessanten Punkt hinweisen, auf den mich eine Andeutung von Mantels in den H.Gesch.Bll. Jg. 1875 p. 150 f. brachte. Wie Koppmann bezieht auch er HR. I n. 486 auf den schonischen Pfundzoll, dessen Receptor in jenem Jahre Johannes Lange gewesen sei. Er meint aber das Richtige: die 800 ℥ Silbers, welche den Fall Helsingborgs veranlaßten, sind den Zolleinnahmen des Jahres 1369 in Schonen entnommen und, da deren Erheber lübischerseits Johann Lange war, durch denselben an die Kommandanten Helsingborgs ausbezahlt worden. Die Quittung über 350 ℥ Silbers besitzen wir HR. III n. 307. Der Herr Johann van Lubeke, wie ihn Koppmann dort nennt, ist also identisch mit Johann Lange aus Lübeck. Es entzieht sich meiner Kenntnis, in welchem Verhältnis die Mark Silbers zur Mark lübisch stand, da sie aber nicht wenig höher gestanden haben kann, möchte ich annehmen, daß auf die Bezahlung der 800 ℥ Silbers der größte Teil, wenn nicht das ganze Zolleinkommen 1369 oder gar noch mehr verwandt werden mußte.

² HR. II n. 9 § 9. cf. Denicke a. a. O. p. 148.

³ HR. II n. 9 § 10. n. 94 § 2. Nach I n. 438 war Greifswald für 1368 und 1369 den vier andern wendischen Städten gleichberechtigt.

Die Gesamteinnahme der Sommer- und Herbstzeit 1371 gelangte am 27. Oktober in Stralsund zur Verrechnung vor den Städten. Sie belief sich auf 3516 ℥ 8 ß 4 d lübisch laut Recefsangabe (etwa 35165 RM.)¹, wovon nur 63 ℥ in Malmö erhoben waren, wo der Verkehr noch nicht die gewöhnliche Lebhaftigkeit wiedergewonnen hatte, weil erst am 25. Mai dieses Jahres die Fahrt nach Schonen im ganzen Umfange freigegeben war. Von der angegebenen Summe erhielt Gregor Schwerting 461 ℥ 8 ß , die er bei Verwaltung Helsingborgs ausgelegt hatte², Nikolaus Soldis 200 ℥ , die Söldner zu Skanör 99 ℥ 10 ß 8 d , Stralsund und Lübeck für die Ausrüstung von Friedekoggen in diesem Jahre ersteres 757 ℥ 8 ß , letzteres 1709 ℥ 2 ß ³. Als Rest blieben nach Abzug von 11 ℥ für den Lübecker und Stralsunder Beamten und Verwendung der 63 ℥ von Malmö für Besoldung des niederen Beamtenpersonals⁴ nur 215 ℥ 1 ß lübisch. Obendrein erklärten nun die wendischen Städte, ihre Auslagen bei der Schlösserverwaltung noch nicht gedeckt zu haben und sich dafür am nächstjährigen Zolle schadlos halten zu wollen. Auf denselben legte man auch 600 ℥ lübisch, die Henning bis zum 25. Juli und gew. als Angeld bei Antritt seines Amtes erhalten sollte, und die zunächst als verzinsliche Anleihe zu Stralsund aufgenommen wurden⁵. Als jährliches Gehalt wurden ihm außerdem bis zum 25. Juli 1374 überwiesen ein Viertel des städtischen Anteils an den Zöllen zu Skanör, Falsterbo und Malmö, das die königlich dänischen Erheber gleich mit einforderten, sowie die gesamten Hardeneinkünfte, was jährlich 900—950 ℥ lübisch war⁶.

Dunkel, verworren und sehr mangelhaft ist das Material, welches uns vorliegt für die Jahre 1372—1374⁷. Aber doch läßt sich bei eingehender Erwägung und namentlich bei Berücksichtigung der Höhe anderer specialisierter Zollsummen aus Jahren, die uns genau bekannt sind, nämlich 1371, 1377, 1378, ein zwar hypothetisches, immerhin aber sehr wahrscheinliches

¹ HR. II n. 18 § 14. Vielleicht müssen zu dieser Summe noch ca. 250 ℥ lüb. anlässlich Falsterbos hinzugerechnet werden, sodaß die Gesamtsumme des eigentlich den Städten gehörigen Zolles sich auf ca. 3760 ℥ lüb. belaufen haben würde. Siehe Seite 33 f.

² HR. II n. 18 § 15. 14. Seine n. 11 § 13 erwähnte Besoldung scheint Schwerting aber Michaelis noch nicht empfangen zu haben, sondern nur die andre hier gen. gleichhohe Summe.

³ HR. II n. 18 § 15. cf. III n. 46: Lübeck meldet an seine Ratssendeboten zu Stralsund *computum expensarum de navibus defensoriis*, nämlich seine eigne Kostenrechnung, wonach verglichen auch mit der Kostensumme Stralsunds Lübeck sicher zwei Koggen aussandte. Darnach zu verbessern Denicke a. a. O. p. 178.

⁴ HR. II n. 18 § 15.

⁵ HR. II n. 18 § 3. (cf. n. 9 §§ 8. 9. n. 11 § 13.) — II n. 19.

⁶ Unrichtig Schäfer a. a. O. p. 543. A. 1. Siehe auch Seite 36 f.

⁷ HR. II n. 86 § 25. n. 94. 95.

Bild für die Höhe auch der Erträge in den Jahren 1372—1374 gewinnen. Dabei ist wohl zu beachten, daß gerade diese Jahre solche tiefsten Friedens mit Dänemark waren, wogegen die hohen Zolleinnahmen der Jahre 1377 und 1378 in Zeiten erzielt wurden, in denen Mecklenburg gegen Dänemark in verstecktem Kriege lag, in denen eine schreckliche Plage, die Seeräuber, in allen dänischen Gewässern die friedliche Fahrt des reisenden Kaufmanns störte.

Zollabrechnungen und Verteilungen waren in genannten Jahren unmöglich, weil die preussischen Städte wohl ungeschmälert ihren Anteil forderten, sich aber keinesfalls zur Mitübernahme von Kosten und Risiko bei der Schlösserverwaltung geneigt zeigten. Nachdem die wendischen Städte dies dennoch in langen Verhandlungen durchgesetzt, und die preussischen sich murrend gefügt hatten, war endlich am 24. Juni 1375 auf der großen Versammlung zu Lübeck Raum für eine Abrechnung¹. Zunächst rechneten die wendischen Städte unter sich über die Einnahmen von 1372 ab, wie sie wegen ihrer Forderungen daran schon 1371 hatten verlauten lassen. Die Summen der Jahre 1373 und 1374, in Stralsund zurückgehalten, bis die Gruppen über ihre Verteilung einig sein würden², wurden zwischen beide Gruppen, die preussisch-süderseeische und die wendisch-livländische, aufgeteilt zu halb und halb³. Denn die Summe, welche die wendischen Städte auf einem Partikulartage am 15. Juli zu Rostock namhaft machten, ist unmöglich, auch wenn man noch so viele etwaige Ausgaben auf sie in Anschlag bringt, die Restsumme des Zolles dreier Jahre, die zudem nach Erklärung der Beamten auch bereits zum größten Teile verausgabt war, wohl aber kann sie bei einer Nachrechnung als die Teilquote gelten, welche den wendischen Städten zufiel. Alles dies läßt sich am anschaulichsten machen durch tabellarische Postenansetzung und Verrechnung.

Bei vergleichender Betrachtung der Jahre 1371, 1377, 1378 ist die Durchschnittseinnahme an Zoll jährlich 3700 bis 4000 ℥ lübisch, wovon auf Skanör im Durchschnitt entfallen 2400—2600 ℥ , auf Falsterbo 1000—1400 ℥ , auf Malmö 250 bis 350 ℥ ⁴.

Ferner ist zu berücksichtigen, daß wir zu den angegebenen Restsummen etwa 100 ℥ jährlicher Beamtenkosten schlagen dürfen⁵, ebenso für jeden der drei Orte noch ein Viertel als Hennings abgezogenen Anteil für 1372 und 1373 ergänzen müssen.

¹ Siehe Seite 38 ff.

² HR. II n. 77. § 8. 9.

³ HR. III n. 87.

⁴ Siehe die Tabelle I Seite 169. HR. II n. 18 § 15. n. 171.

⁵ HR. I n. 486. II n. 18 §§ 14. 15. Ich wähle rund 100 ℥ jährlich. Meist sind sie ja nicht besonders namhaft gemacht, oder nur sehr teil-

Einnahmen 1372:

Rest zu Skanör	1 081	9		1
+ Angeld für Henning .	600			2
+ ev. Beamtenkosten . .	70			
Demnach $\frac{1}{4}$ für Henning .	583			
Summa zu Skanör	2 334	9		
Rest zu Falsterbo	999	15		1
Demnach $\frac{1}{4}$ für Henning .	333			
Summa zu Falsterbo	1 332	15		
Rest zu Malmö	168	2		1
+ ev. Beamtenkosten . .	30			
Demnach $\frac{1}{4}$ für Henning .	66			
Summa zu Malmö	264	2		
Gesamteinnahme 1372	3 931 ℥	10 β	—	(ca. 39320 RM.)

wovon Lübeck und Stralsund 2081 $\frac{1}{2}$ ℥ lübisch, Rostock 168 ℥ 2 β lübisch Rest blieben.

Wenden wir uns zunächst zur Feststellung der Einnahmen für 1373 und 1374. Das irreführende „dar de vorsecrevene summe van is“ der Abrechnungsakte der vier wendischen Städte vom 15. Juli 1375 ist nicht auf die im Text angegebenen drei Jahre auszu-dehnen, sondern gehört seiner Hauptbedeutung nach nur zu den Zöllen der Jahre 1373 und 1374, denn wie unten ausgeführt werden wird, kann nach dem rechnerischen Ergebnis von 1372 keine Halbierung der Einnahmereste jenes Jahres stattgefunden haben; sie blieben den wendischen Städten zugeteilt, was auch alles durch die Art ihrer Angabe im Recessu wahrscheinlich gemacht wird³. Dagegen werden wir die am 15. Juli genannten 3254 ℥

weise wie II n. 171 zu 1378. Entweder also nahmen die Erheber sofort in Schonen ihren Verbrauch vom Zolle und legten nachher darüber Rechnung ab, wie z. B. der Ratsnotar zu Malmö 1375, III n. 65; oder sie thaten dies, kamen nachträglich aber noch mit Forderungen vor die Städte wie m. E. II n. 18 § 15 u. n. 171 zu 1378. In allen diesen Fällen wo wir nicht, wie augenscheinlich 1368, I n. 486, die vollen Verbrauchskosten vor uns haben, dürfte der angegebene Zollertrag um ca. 100 ℥ zu erhöhen sein.

¹ HR. II n. 86 § 25.

² HR. II n. 19.

³ cf. HR. II n. 86 § 25. Merkwürdig, daß außer dieser kurzen, dem Junirecess 1375 angehängten Zollnotiz direkt keine Angabe erhalten, ist überhaupt über die ohne Frage hier vollzogene Auseinandersetzung über die in den wendischen Städten zurückgehaltenen Erträge der Jahre 1373 u. 1374 zwischen beiden Städteparteien.

8 β ansehen müssen als Teilquote der wendisch-livländischen Partei. Da sie von den lübischen und stralsundischen Beamten namhaft gemacht und verrechnet werden, sind die Einnahmen der Rostocker zu Malmö doch wohl mit inbegriffen. Dementgegen ist dann eine gleich hohe Teilsumme für die preussisch-süderseeische Partei anzusetzen. Hennings Anteil am Zolle mochte sich wieder auf 950 ℔ und die Kosten für die Beamten in beiden Jahren auf wieder 200 ℔ belaufen. Die Einnahmen der Jahre 1373 und 1374 wären darnach:

Preussisch-süderseeische Quote	3 254	8
Wendisch-livländische Quote	3 254	8
Anteil Hennings 1373/74	950	—
ev. Beamtenkosten	200	—
Summe der Einnahmen beider Jahre	7 659 ℔	lübisch,

was im Durchschnitte für jedes der beiden Jahre einen Zollertrag von etwa 3830 ℔ (38300 RM.) ergab.

Nachdem so im allgemeinen zwischen beiden Parteien eine Aufteilung erfolgt war, hatten die wendisch—livländischen Städte noch unter sich nach Mannzahl abzurechnen über den ihnen zu-gefallenen Anteil in Höhe von 3254 $\frac{1}{2}$ ℔ lübisch. Davon war aber zur Verteilung nichts Rechtes mehr übrig¹. Rostock hatte 1373 zu Malmö erhoben 298 ℔ 10 β ² und behalten, dafür aber die ganze 1374 erhobene Summe an die Gegenpartei abgeliefert. Ging nun auch jene Summe ab von der ganzen zur Verteilung stehenden, wo kamen dann aber die enormen Ausgaben her, welche die Teilsumme bis auf ein Geringes aufzehrten? Ich weiß nicht volle Rechenschaft darüber zu geben, möchte als gewiß nur anführen, daß eine Summe von 400 ℔ entsprechend dem Mannschaftsverhältnis an die livländischen Städte ausgezahlt wurde³; möglich ist ferner die Vermutung, daß die wendischen Städte, um nicht die mühsam errungene Eintracht sogleich wieder zu gefährden, die Besoldung Hennings für 1374 Juli 25 — 1375 Juli 25 in Höhe von 1000 ℔ sundisch⁴ auf ihr eigenes

¹ HR. II n. 94 § 1.

² cf. HR. II n. 95: 466 ℔ 12 β (Einnahmen Rostocks 1372 u. 1373) — 168 ℔ 2 β (Rest d. Rostocker 1372 zu Malmö. II n. 86 § 25) = 298 ℔ 10 β Einnahme d. Rostocker 1373 zu Malmö. Plus $\frac{1}{4}$ Anteil Hennings, also ca. 75 ℔ , stellt sich die Gesamthöhe der eigentl. städtischen Einnahme zu Malmö 1373 auf 373 ℔ lüb. Eine ähnliche Summe, — in der Tabelle I Seite 169 gleich 350 ℔ angesetzt, — dürfen wir für 1374 vermuten.

³ HR. III n. 87. Warum wahrscheinlich das Verhältnis: 400 ℔ auf je 100 Mann, gewählt wurde, siehe Seite 162.

⁴ HR. II n. 77 § 4. Diese Höhe der Besoldung behielten die Städte später für Henning bei, ebenso zunächst für die dann folgenden städtischen Verwaltungsbeamten.

Konto übernahmen, ebenso vielleicht die Kosten von Reisen und Gesandtschaften aus dem gleichen Grunde, z. B. die Tunsberger Gesandtschaftsreise, die zum Nutzen des gemeinen Kaufmanns unternommen, an deren Bestreitung aber die Preußen vielleicht ebensowenig hatten teilnehmen wollen, wie 1375¹. Nehmen wir auch an, daß es sich in Wirklichkeit mit diesen Abzügen so verhalten habe, so bleiben doch noch gegen 1500 ℥ lübisch, über deren Verwandtwordensein nichts zu sagen ist. Und dabei erklärten die vier wendischen Städte, mit etwa 2700 ℥ lübisch noch im Rückstande zu sein von der Zeit vor Oktober 1371².

Es drängt sich hier die Frage auf, wie denn Lübeck und Stralsund die 1372 überschüssigen 2081 $\frac{1}{2}$ ℥ verwendet, da sie nicht mit verteilt wurden? Sie findet ihre Beantwortung durch HR. II n. 95, den Entwurf einer endgültigen Abrechnung zwischen den vier wendischen Städten. Der Satz, in welchem sie nach Mannzahl geschehen soll, wird hierin festgesetzt auf 400 ℥ für 100 Mann. Warum gerade ist diese Höhe gewählt, in der man auch mit den Livländern aufteilte, und warum wird nur von einer Entschädigung Rostocks und Wismars geredet, während Lübeck und Stralsund mit Stillschweigen übergangen werden? Offenbar hatten sie sich bereits selbst entschädigt, Summen für sich aus dem Zolle abgeführt. Wenn wir ihrer Mannschaftsstärke den auf Wismar und Rostock angewendeten Satz zu Grunde legen und darnach berechnen, in welcher Höhe sie sich entschädigt haben, so gelangen wir auf 2000 ℥ lübisch, was sehr nahe der Summe kommt, welche sie vom 72er Zolle zurückbehielten. Für diese angedeutete Verwendung derselben möchte ich mich mit Zuversicht entscheiden, zumal wir sonst von anderweitiger nichts vernehmen, und die Annahme nahe liegt, Lübeck und Stralsund hätten nach Höhe dieser Summe die Höhe der Entschädigungssummen für Rostock und Wismar normiert: die Frage ward also folgendermaßen geregelt:

	Mann	hat erhalten	℥	β	soll erhalten	℥	β
Wismar . . .	100	„	—	—	„	400	—
Rostock . . .	140	„	466	12	„	93	4
Lübeck . . .	300	„	1 200	—	„	—	—
Stralsund . .	200	„	800	—	„	—	—
livländ. Städte	100	„	400	—	„	—	—
Zusammen	840	„	2 866	12	„	493	4 lüb.

¹ HR. II n. 96. cf. n. 40 § 24.

² HR. II n. 94 § 3. Daß diese Forderungen sich auf die Zeit vor Okt. 27. 1371 beziehen, geht aus dem Zusatze: van kosten unde zoldeneren

Das fühlbare Deficit dieser Abrechnung überzeugte die wendischen vier Städte, daß mit dieser Art Gesamtaufteilung des Zolles ihre Verluste von den jedesmal für sie abfallenden Teilportionen sich schwerlich je würden decken lassen. Sie faßten den Beschluß, zunächst die von ihnen ausgelegten Summen sich zu ersetzen und zu dem Zwecke die Zolleinkünfte so lange sämtlich für sich einzuziehen, bis das geschehen sei¹. So aber blieb die Lage bis zum Schlusse, bis zur Herbsthebung 1384.

Und auf den Zoll von 1375 waren bereits genug Anweisungen vorhanden. Von seiner Höhe und Verwendung wissen wir garnichts, einzig bekannt sind — aber leider unvollständig nur von Koppmann wiedergegeben — die Einnahmen des Rostocker Ratsnotars nomine universarum civitatum maritimarum zu Malmö². Wir sind deshalb auf Vermutungen angewiesen und genötigt, aus den teils für dies Jahr erwähnten, teils sicher geschehenen Ausgaben unsere Schlüsse zu ziehen. Dabei erhalten wir ein gewisses Kriterium für die Richtigkeit derselben dadurch, daß uns Einnahmen und Ausgaben der drei folgenden Jahre ganz genau bekannt sind, und wir demnach einer Reihe von Summen, die in ihnen nicht mehr als vom Überschusse beglichen aufgezählt werden, ihre Erledigung aus dem Zolle des Jahres 1375 zugestehen müssen:

Anspruch Greifswalds	113 ⥄	5 β	4 δ	lüb. ³
Entschädigung Rostocks und Wismars .	493	4	—	4
+ Wartegeld auf diese Summe	30	—	—	4
Entschädigung eines wendischen Bürgers	200	—	—	5
Beamtenkosten ca.	100	—	—	
Ansprüche der vier wendischen Städte .	2 713	5	4	6
Gesamtsumme		3 649 ⥄	14 β	8 δ

der slote to Schone, hervor, liefert zugleich den Beweis dafür, daß die damals (II n. 18 § 3.) geklagten Summen inzwischen nicht aus den Zöllen der Jahre 1372—1374 gedeckt waren. — Woher Denicke a. a. O. p. 234 übrigens nach dem Mannschaftsverhältnis $2932\frac{2}{3}$ ⥄ für die vier Städte zusammenrechnet, verstehe ich nicht. Lübeck hatte ein Deficit von 1100 ⥄ , demnach Stralsund von 733 ⥄ 5 β 4 δ , Rostock von 513 ⥄ 5 β 4 δ , Wismar von 366 ⥄ 10 β 8 δ , in Summa $2713\frac{1}{3}$ ⥄ Lüb. Deficit.

¹ HR. II n. 94 § 3: so willet se den tollē to Schone upboeren unde under sik delen na mantale also langhe, wente se dat gheld to hus hebben, unde dar na den anderen steden, de dar mede tohoeirt, tosteeden unde eer nicht. Siehe dazu Seite 51 f. Anders die ganze Abrechnung und sehr unklar bei Denicke a. a. O. p. 230 ff.

² HR. III n. 64. Die Ausgaben cf. n. 65.

³ HR. II n. 94 § 2. cf. n. 9 § 10.

⁴ HR. II n. 95.

⁵ HR. II n. 86 § 10.

⁶ HR. II n. 94 § 3. Siehe vor. Seite Anm. 2.

Ob noch kleinere Anweisungen und Auslagen aus dem diesjährigen Zoll gedeckt wurden, wissen wir nicht¹; wir gehen aber nicht fehl, als Durchschnittshöhe für 1375 etwa 3650 ℥ lübisch (36 500 RM.) anzunehmen.

1376 wurden eingenommen durch den Stralsunder Beamten de theolonio Schaniensi (also nicht heißt es: in Falsterbode!) et in Malmogia 2038 ℥ lübisch, wovon 1000 ℥ an Lübeck abgegeben wurden, das selbst zu Skanör nur 400 ℥ einnahm². Da nach dem Beschlusse der Juniversammlung 1376 auch die Gesandtschaftskosten nach Gurre und Kallundborg aus dem nächsten Zolleinkommen entnommen werden sollten³, wird jene Summe noch um ein Bedeutendes vermehrt. Die Kosten der letztern Reise konnten aber erst aus den Einnahmen von 1377 ersetzt werden und betrugen 600 ℥ lübisch⁴; für die umfängliche Reise nach Gurre dürfen wir mindestens die gleiche Summe, wenn nicht gar 700 ℥ lübisch annehmen. Dazu kommen außerdem 533 $\frac{1}{3}$ ℥ lübisch (800 ℥ sundisch), die Henning noch zu fordern hatte für sein Verwaltungsjahr 1375/1376⁵. Rechnen wir wie jährlich noch etwa 100 ℥ Beamtenunkosten dazu, so stellt sich die 1376 erhobene Summe auf etwa 3670—3700 ℥ lübisch (37 000 RM.).

Ist es erlaubt, diese Summe in verhältnismäßigen Zahlen auf die einzelnen Erhebungsstellen zurückzuführen, so kommen auf Skanör, wo der Stralsunder Erheber augenscheinlich längere Zeit für den lübischen die Erhebung mitbesorgte, wohl wie gewöhnlich 2400 ℥ Einnahmen, auf Falsterbo 1000 ℥ , auf Malmö 300 ℥ . Dies Verhältniß trifft auch in anderen Jahren, wo wir die Höhen der einzelnen Einnahmen genau kennen, zu.

Die Restsumme, welche nach genannten Abzügen geblieben war, 2438 ℥ ⁶, wurde jedoch durch die Kosten der Seebefriedung dieses Jahres mehr als verschlungen. Da der lübische Koggen 1672 ℥ , der Stralsunder 1348 ℥ kostete, behielten beide

¹ Für Henning noch 1000 ℥ sundisch zu rechnen, würde eine ganz unwahrscheinliche Höhe des Zolls 1375 ergeben, auf den zunächst diese besser beglaubigten Ausgaben angewiesen wurden. Über sein Gehalt bis 1375 Juli 25., siehe Seite 161, bis 1376 Juli 25., das er übrigens voll und ganz erst am Ablaufstermin seiner Amtsführung erhalten sollte (II n. 107), siehe oben.

² HR. II n. 171.

³ HR. II n. 120 § 10.

⁴ HR. II n. 171 unter 1377.

⁵ 200 ℥ sundisch waren ihm bereits durch die nach Schonen und Gurre reisenden Boten im Herbst gegeben worden yn mynrynghe der 1000 marc, de he hebben scal van den sloten uppe den neghesten sunte Jacobes dach (II n. 107). Diese hatten zu Stralsund eine Anleihe von 500 ℥ sundisch aufgenommen, die nicht zur Deckung der Reisekosten, sondern zu andern Entschädigungen und Vergütungen verbraucht und aus dem Zolle 1377 zurückgezahlt wurden. HR. II n. 107. n. 171.

⁶ Hiernach zu verbessern Stieda a. a. O. p. XLVIII, Erslev a. a. O. p. 461 A. 76.

Städte an die Gesamtheit, d. h. zunächst an die künftigen Zollerträge eine Forderung von 582 ℔ , wovon Lübeck 272 ℔ , Stralsund 310 ℔ ¹. Da die notwendig gewordene und durch die wendischen Städte getragene Seebefriedung zum allgemeinen Besten geleistet ward, beanspruchten sie mit vollem Rechte ihre Auslagen dafür, wenn das speciell zur Deckung der Koggenkosten von 1378 2. Februar ab erhobene Pfundgeld nicht reiche, aus dem schonischen Zolle zu nehmen².

Genau sind wir unterrichtet über Einnahmen und Ausgaben der Jahre 1377 und 1378, sowie über das ganze Abrechnungsgeschäft für 1376—1378³.

Einnahmen 1377:

Lübecks zu Skanör	2 470	12	8
Stralsunds zu Falsterbo	1 088	12	—
Rostock-Wismars zu Malmö	356	12	—
Gesamtsumme	3 916 ℔	4 β	8 δ lüb.;

dazu kommen die wahrscheinlich vor Angabe dieser Summen abgezogenen Beamtenkosten, die für 1378 zwar, aber nicht ganz vollständig namhaft gemacht sind, in Höhe von wohl 100 ℔ , die zu verteilen etwa zu je 40 auf Skanör und Falsterbo und 20 auf Malmö⁴; wonach die Zolleinkünfte des Jahres 1377 die stattliche Höhe von 4016 ℔ (ca. 40 160 RM.) erreicht hätten. Interessant ist, daß von einem Gehalte Hennings für das Jahr 1376/1377 nichts verlautet, auch nirgends eine Summe dafür angegeben ist, mit welcher er für dies Jahr besoldet sein könnte⁵.

¹ HR. II n. 171. cf. n. 120 § 10. 122. 1376 um Juni 24. nahmen die an der Seebefriedung nächstinteressierten Städte zu Stralsund eine verzinsliche Anleihe von 2000 ℔ lübisch auf zur Deckung der ersten Unkosten. Da wir von ihrer spätern oder anderweitigen Auszahlung nichts hören, ist mit aller Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß sie nebst Zinsen sogleich von der Restsumme des 1376er Zolles abgezogen und zurückgenommen wurde. Die noch überschießenden Mehrkosten der Koggen (1020 ℔ lübisch) wurden dann vom letzten Reste genommen und, da dieser lange nicht ausreichte, mußten sie zunächst unerledigt bleiben. — Jene 2000 ℔ teilten Lübeck und Stralsund wie gewöhnlich im Verhältnis von 3 : 2, nahmen beide sogleich zur Bestreitung der Koggenkosten Stralsund 800 ℔ , Lübeck nur 1000 ℔ , letzteres gab von den übrigen 200 ℔ 120 an einen Mann, der auch zur Seebefriedung in Beziehung gestanden zu haben scheint, den Rest verwandten die Sendeboten für sich als Gesandtschaftskosten nach Stralsund. Alles HR. II n. 122.

² HR. II n. 120 § 10. n. 153 § 2. So geschah es auch: II n. 171. 191.

³ HR. II n. 171. 191. III n. 124. Siehe Seite 101 f. u. Anm. 1 und 3.

⁴ An jenen beiden Orten war die Erhebung komplizierter als zu Malmö, wo nur ein Ratsnotar ihr vorstand.

⁵ Siehe Seite 97.

Einnahmen 1378:

Lübecks zu Skanör	2 511	2	4
Stralsunds zu Falsterbo	988	3	—
Rostock-Wismars zu Malmö	275	—	—
Gesamtsumme	3 774 ℥	5 β	4 δ lüb.

Nach Abzügen verschiedener Art, darunter Rückzahlung der 1375 gemachten Anleihe von 500 ℥ sundisch¹ nebst 8 % Zinsen von 120 ℥ sundisch für drei Jahre, zusammen also 620 = 413 ℥ 5 β 4 δ lübisch, nach Abzug der Reisekosten nach Kallundborg von 600 ℥ lübisch blieben Lübeck und Stralsund 1377: + 1375 ℥ 7 β ; nach Abzügen vom Zoll 1378, so 1000 ℥ sundisch für Henning für das Verwaltungsjahr 1377/1378 und 500 ℥ sundisch als halbes Jahresgehalt an die neuen städtischen Hauptleute vom 25. Juli 1378 ab (zusammen 1000 ℥ lübisch), für Notare etc. beiden Städten 1378: + 1928 ℥ 12 β ; für beide Jahre zusammen also beiden: + 3304 ℥ 3 β . Rostock und Wismar für beide Jahre: + 631 ℥ 12 β . Letztern wurde erlaubt, von dieser in Malmö durch sie eingenommenen Summe sich die Kosten der Nyborger Gesandtschaftsreise 1377 in Höhe von 350 ℥ lübisch zu ersetzen². Was aus den bleibenden 281 ℥ 12 β geworden, darüber weiß ich nicht Rechenschaft zu geben. Die oben genannte Summe, welche Lübeck und Stralsund in Händen hatten, ward vermindert durch Ersatz der Mehrkosten der Seebefriedung 1376 — 582 ℥ — an beide, und durch Bestreitung der Gesandtschaftskosten des lübischen Notars nach Nyborg 1377 — 325 ℥ —. Nach diesen Abzügen blieben noch 2397 ℥ 3 β vom Zolle. Dagegen stellte Lübeck in Rechnung für Befriedung der See im Jahre 1378 5964 ℥ 7 β und Stralsund 4446 ℥ , zusammen 10410 ℥ 7 β lübisch (ca. 104105 RM.). Sie wurden ihnen ersetzt zunächst durch Überweisung des gesamten 1378 erhobenen Pfundgeldes im Betrage von 6672 ℥ , sodann dieses Zollrestes von 2397 ℥ 3 β und schließlich Anweisung auf eine Reihe von ausstehenden Summen, an welche die Konföderation ebenfalls als Ganzes ein Recht hatte, so 600 ℥ , welche Gotland noch schuldete, 232 ℥ , welche dem Kampener, und 40 ℥ , welche dem Zierixer Vogt aus dem schonischen Zoll beider Jahre geliehen waren, und 275 ℥ , welche Rostock und Wismar aufbringen und beitragen sollten, und wofür vielleicht die oben genannte Restsumme des Malmöer Zolls verwendet wurde. Nach Entgegenstellung und Verrechnung aller dieser Summen hatten Lübeck und Stralsund noch immer ein Deficit von ca. 197 ℥ lübisch³.

¹ HR. II n. 107. Siehe Seite 164. Anm. 5.

² Siehe Seite 75 f.

³ Siehe Seite 101. Anm. 3.

Über die Höhe der 1379 und 1380 erzielten Zolleinnahmen erfahren wir nichts, einzig wird mit einigen rechnerischen Notizen beiläufig zum 24. Juni 1381 erwähnt, daß auf diesem Tage eine Abrechnung über das 1379 und 1380 gemachte Zolleinkommen stattgefunden habe. Aus den Notizen jedoch, daß nach Abschluß der Abrechnung zwischen dem vereinigten Zoll und Pfundgeld einer-, den Seebefriedungs-, Schlösser- und andern großen Kosten andererseits Stralsund außer den 32 ℥ seit der letzten Abrechnung 1379 noch 134 ℥ mehr fehlten, Rostock 132 ℥ , Wismar 133 ℥ und daß alle drei dazu noch Summen an Lübeck schuldig waren, erhellt, daß die Zolleinnahmen der Jahre 1379 und 1380 wieder nicht im Stande gewesen waren, selbst in Verbindung mit dem Pfundgelde alle von den wendischen Städten zum Nutzen der Gesamtheit gemachten Rüstungen und Auslagen zu decken¹. Kampen und Zierixee hatten nicht nur nicht die aus dem Zoll entliehenen Summen zurückerstattet, sondern ersteres noch dazu 120 ℥ lübisch, jährlich 60 ℥ , letzteres 20 ℥ sich über weisen lassen². Kampen scheint später einen Teil seiner Schuld abgetragen zu haben³. 1385 am 24. Juni hören wir, daß alle drei Städte die vorgenannten Summen noch schuldig sind, Kampen die verringerte⁴. Wenn diese Summen später jemals an die Gesamtheit der Städte erstattet wurden, was übrigens nach Zerfall der Konföderation und nach Auslieferung der Zölle unwahrscheinlich, so konnten sie nur noch aus dem Pfundgelde ersetzt und für allgemein hansische Zwecke auf diese Weise verwandt werden.

Hatte so die Abrechnung über die Jahre 1379 und 1380 ein weiteres Deficit für die wendischen Städte ergeben, so verbesserte sich deren finanzielle Lage etwas durch die Zollabrechnung, welche sie vornahmen Ende 1382 (25. Nov.) über die Einnahmen der Jahre 1381 und 1382. Die Notizen sind äußerst dürftig; das aber wenigstens sagen sie, daß sie auch durch diese Abrechnung noch im Rückstande blieben. Dabei ist von vornherein auf den Versuch zu verzichten, eine auch nur irgend befriedigende Hypothese über den Verbleib der Zollsummen zu geben. Thatsache ist nur, daß sie ausgegeben waren.

(Siehe Tabelle auf folgender Seite oben.)

Am 12. März 1385 fand die letzte Abrechnung über den schonischen Zoll und zwar der Jahre 1383 und 1384 statt. Wir

¹ HR. II n. 232 § 22. 248 § 11. Siehe Seite 104 f.

² HR. II n. 232 § 16. 276 § 6.

³ HR. II n. 301 § 10. Kampen bezahlte damit auf Wunsch der Städte zwei gesamtstädtische Angelegenheiten, die eine im Betrage von 150 ℥ lübisch, die andre von 49 olde schilde, deren Wertverhältnis zur lübischen Münze mir unbekannt (cf. II n. 276 § 6). Siehe Seite 171 die Tabelle im Exkurs II.

⁴ HR. II n. 306 § 18.

Deficits der Abrechnungen über 1379/80				und 1381/82		
Lübeck	— ? (1378 = 164 ℥)			+ 29	15	4
Stralsund	— 166	—	—	— 68	—	—
Rostock	— 132	—	—	— 100	—	—
Wismar	— 133	—	—	— 100	—	—
Sa. 1379/80 mindestens	— 595 ℥	Sa. 1381/82	— 238 ℥	—	8 δ	¹

kennen nur das Resultat derselben, wie es vorlag nach Abzug jedenfalls einer Reihe von grossen Summen, so für die schonischen Schlösser z. B. sicher, ebenso für Unterhalt der Beamten.

Die am 12. März 1385 gemeldeten Restsummen aus dem schonischen Zolle betrugen 1383 für

Lübeck zu Skanör.	728	11	6
Stralsund zu Falsterbo	719	5	4
Rostock-Wismar zu Malmö	206	—	—
1383 Restsumme	1 654 ℥	—	10 δ

1384 für

Lübeck zu Skanör	631	—	3
Stralsund zu Falsterbo	586	—	—
Rostock-Wismar zu Malmö	206	—	—
1384 Restsumme	1 423 ℥	—	3 δ

Mit dieser Abrechnung vereinigt ward die über die verschiedensten aus den letzten Jahren eingelieferten Pfundgeldportionen einer ganzen Reihe von Städten. Nach Summierung aller Einnahmen und Abzug aller Kosten der letzten Jahre blieb Lübeck und Rostock ein geringes Plus, Stralsund und Wismar ein noch geringeres Minus².

Das Jahr 1385 brachte natürlich keine Zollerhebung mehr für die Städte.

Die finanziellen Ergebnisse dieses Pfandbesitzes in städtischen Händen haben wir nach Möglichkeit klarzulegen versucht Jahr für Jahr. Analogieschlüsse und Hypothesen waren öfter

¹ HR. II n. 232 § 22. n. 301 §§ 1—4. In letztrer Nummer scheint Koppmann die Angaben ex theolonio Schanie als Pfundgeld zu fassen, was unrichtig nach ihrer Höhe, Art der Einlieferung u. Verrechnung.

² HR. II n. 301. §§ 1—4. cf. § 10. Lübeck hat Überschufs nach ganzer Abrechnung 60 ℥ 5 β 6 δ , Rostock 268 ℥ , Wismar fehlen 60 ℥ 8 β , Stralsund 109 ℥ 5 β 4 δ . Siehe die Tabelle Seite 171 im Exkurs II.

nötig, wurden aber nur immer da gemacht, wo sie einer wirklich großen Wahrscheinlichkeit nicht entbehrten. Die festgestellten Resultate nochmals kurz durchzugehen und in Worten zusammenzufassen, wäre bei einer derartigen Bearbeitung eine nicht angebrachte Wiederholung. Tabellen, Zahlen reden in solchem Falle immer viel deutlicher. Deren zwei möchte ich noch anfügen; eine stellt die Gesamthöhen der jährlichen Einnahmen und die auf jeden der drei Erhebungsorte entfallenden Einzelportionen dar, eine zweite stellt im großen Zuge die jährlichen Gesamteinnahmen und Ausgaben einander gegenüber.

Tabelle I.

Jahr	überhaupt			zu Skanör			zu Falsterbo			zu Malmö			wahr- schein- liche höhere Ein- nahmen
	℥	β	δ	℥	β	δ	℥	β	δ	℥	β	δ	
1368	2 315	14	6							keine Erhebung			ca. 3760
1369/70										keine Erhebung			
1371	3 516	8	4							63			
1372 ca.	3 931	10		2 334	9		1 332	15		264	2		
1373 ca.	3 830									373			
1374 ca.	3 830									350			
1375 ca.	3 650												
1376 ca.	3 700			2 400			1 000			300			
1377	3 916	4	8	2 470	12	8	1 088	12		356	12		
1378	3 774	5	4	2 511	2	4	988	3		275			
1379/80													
1381/82													
1383	1 654		10	728	11	6	719	5	4	206			
1384	1 423		3	631		3	586			206			
												sämtlich nur Rest- summen nach vielen Aus- gaben	

Tabelle II.

Jahr	Einnahmen			Restsummen			nach allen Abzügen in ℥ lübisch
	℥	β	δ	℥	β	δ	
1368	2 315	14	6	+ 2 016	4	4	verteilt unter die 8 wendischen Städte.
1369/70				— 377	11	4	ein Teil von den hohen Nachforderungen der 4 wendischen Städte.
1371 ca.	3 760			+ 215	1		
1372 ca.	3 931	10		+ 2 081	8		2000 verteilt unter Lübeck und Stralsund.
1373 ca.	3 830			+ 4 121	4		verteilt unter Preußen (3254 ℥ 8 β), Livländer (400 ℥), Rostock (466 ℥ 12 β).
1374 ca.	3 830						
1375 ca.	3 650			nichts			
1376 ca.	3 700			— 582			Forderungen Lübecks und Stralsunds, gedeckt durch den Zoll von 1377/78.
1377 ca.	4 016			— ca. 197			Forderungen Lübecks und Stralsunds nach Mitverwendung des ganzen Pfundgeldes von 1378.
1378 ca.	3 800						
1379/80				— 595 oder mehr			Forderungen der 4 wendischen Städte.
1381/82				— 238		8	(Nach Deckung der frühern Deficits) Forderungen Stralsunds, Rostocks, Wismars.
1383/84				+ 158	8	2	nach Deckung des letzten Deficits unter Verwendung des Pfundgeldes.

Mit Recht bemerkt schon Stieda,¹ und ich schliesse mich ihm an, daß man aus diesen Daten unmöglich auf den Handel selbst schliessen kann; nur der Gang der Handelsbewegung tritt in allgemeinen Umrissen, gelegentlich auch in besondern Zügen für die drei Handelsplätze hervor. Will man die volle Höhe des jährlich dort eingegangenen Zolles erfahren, so müssen die oben gegebenen Einnahmen der Städte noch um die Hälfte vermehrt werden.

¹ a. a. O. p. XLVIII.

Exkurs II.

Befriedigung der Forderungen Wulf Wulflams wegen der Schlösserverwaltung und Seebefriedung 1385.

Die Zollreste der Jahre 1383 und 1384 hatten nebst einem großen Teil des in denselben Jahren erhobenen Pfundgeldes kaum hingereicht, alle Kosten und Auslagen für Friedeschiffe, Reisen, Gesandtschaften etc. zu decken. Nach Schluß der Abrechnung war das Verhältnis der einzelnen Städte über Plus und Minus zur Gesamtheit¹:

Lübeck	+	60 ℥	5 β	6 δ	lübisch ² .
Rostock	+	268			" ³ .
Wismar	—	60	8		" ² .
Stralsund	—	109	5	4	" ⁴ .
Preussische Städte	+	400 ℥	Preussisch		(= 600 ℥ Lübisch). ⁵
Amsterdam . . .	+	130	10		Lübisch ⁶ .
Kampen	+	202			" (— 49 alte Schilde). ⁶
Zierixee	+	60			" ⁶ .

Die Livländer, Stettiner, Greifswalder, Kolberger etc. hatten von 1384 überhaupt kein Pfundgeld beigebracht⁷.

¹ HR. II n. 301 § 10. Siehe Exkurs I Seite 168.

² HR. II n. 306 § 15. Lübeck und Wismar beglichen sich, indem erstres sein Plus an letzteres abgab.

³ HR. II n. 306 § 13. Die Summe wurde an Wulf Wulflam überwiesen.

⁴ HR. II n. 306 § 13 wurden diese Summen Stralsund aus dem Pfundgelde ersetzt. Siehe Seite 172.

⁵ HR. II n. 306 § 14. Siehe Seite 172.

⁶ HR. II n. 306 § 18. Die Bezahlung der Summen wurde verschoben, es verlautet später nichts mehr von ihnen. cf. II n. 333 § 8.

⁷ HR. II n. 301 § 10. cf. n. 306 § 13.

Wulf, der seit 1383 25. Juli jährlich zur Verwaltung der Schlösser 1150 ℥ sundisch erhielt und dessen frühere Forderungen beglichen waren¹, hatte den ersten Teil seines Gehaltes in Höhe von 575 ℥ sundisch zum Herbst erhalten, der zweite Teil war ihm wohl in gleicher Höhe von den Städten zugestanden worden, weil er nach dem 11. Mai noch bis Anfang Juli, also beinahe bis zum Ablauf seines Amtsjahres, die Schlösser in Händen gehabt. Um dessen Bezahlung handelte es sich 1385 am 24. Juni. Ihm wurden durch die Hand Stralsunds die 268 ℥ lübisch (402 ℥ sundisch) des Rostocker Überschusses überwiesen, ebenso vielleicht 26 ℥ sundisch, die Stralsund nach Deckung der ihm fehlenden 109 ℥ 5 β 4 δ lübisch von 190 ℥ sundisch, die dem Pfundgelde entstammten, das Stettin und Greifswald auf den 24. Juni mitgebracht, noch übrig hatte². blieb also Wulflam noch eine Forderung von 147 ℥ sundisch.

Am 16. März 1385 schlossen die wendischen Städte mit Wulflam den Kontrakt über die Seebefriedung dieses Jahres. Er sollte von ihnen 5000 ℥ sundisch empfangen, außerdem verpflichteten sich die preussischen Städte zur selben Zeit, ihm eine Beihilfe von 1000 ℥ preussisch (= 1500 ℥ lübisch = 2250 ℥ sundisch) zu gewähren, also daß die wendischen ihm nur 2750 ℥ zu zahlen hatten³. Jene hatten sich verpflichtet, sogleich die ersten 400 ℥ preussisch, zu Pfingsten die letzten 600 ℥ zu entrichten, und waren prompt in der Bezahlung. Zunächst ließen sie die 400 ℥ durch Wulflam übergekauft werden, wozu sie ihren Überschuss aus der letzten Abrechnung verwendeten, dann noch vor dem 24. Juni oder auf diesen Tag brachten ihre Boten die letzten 600 ℥ preussisch, die sie aufgenommen hatten, ohne eine genügende Pfundgeldsumme zu ihrer Deckung in Händen zu haben³. Sie wurden deshalb angewiesen auf Schadloshaltung an dem dies Jahr noch bei ihnen fallenden Pfundgelde⁴. Aus Stettins Pfundgeld von 1384 und der ersten Hälfte von 1385 und Greifswalds von 1383 und 1384 in Höhe von 337 ℥ 8 β sundisch bzw. 102 ℥ 8 β sundisch (Sa. 440 ℥ sundisch) wurde nach Überweisung jener 190 ℥ sundisch an Stralsund der Rest, 250 ℥ sundisch, an Wulf gegeben, wodurch die Hälfte der kontraktlichen Summe voll gemacht wurde. Damit waren ihm die wendischen Städte noch 2500 ℥ sundisch schuldig⁵; nirgends hören wir, daß sie ihm vor oder an dem 24. Juni oder Teile davon schon früher bezahlt waren, nirgends, daß Wulflam sich mit Tratten, wie wegen der 400 ℥ preussisch, auch wegen der 600 ℥ preussisch

¹ HR. II n. 263 § 1. n. 301 § 10.

² HR. II n. 306 § 13.

³ HR. III n. 187. II n. 306 § 14. 319.

⁴ HR. II n. 306 § 14.

⁵ HR. II n. 306 § 13: 250 marc Sundisch, de em noch enbreken van der helfte der 5000 mark Sundisch, de he hebben scholde van den vrede-schepen.

nachher an die preussischen Städte gewandt habe; wohl aber wissen wir, daß am 24. Juni bereits 2250 ℥ sundisch ihm bezahlt waren. Das entspricht der Höhe des preussischen Beitrages, woraus der Schluß eben nahe liegt, daß er es auch sei. Dagegen erfahren wir später, daß Wulf sich mahnend wegen der 2500 ℥ sundisch an die wendischen Städte wandte¹. Diese wandten sich weiter an die preussischen, wünschten Rechenschaft über das noch erhobene Pfundgeld und Mitübernahme der letzten Zahlungen an Wulf. Deren Antwort war im Frühjahr 1386: Sie seien wegen der 1000 ℥ preussisch, die an Wulf bezahlt, noch selbst im Rückstande und hätten zur Deckung derselben kein Pfundgeld mehr; sie forderten die wendischen Städte auf, von allen Seiten sonst noch rückständiges Pfundgeld einzutreiben. Seien nach Eingang des fehlenden livländischen, süderseeischen, gotländischen Pfundgeldes die Forderungen Wulfs noch nicht gedeckt, so wollten sie gern eine verhältnismässige Summe noch beisteuern².

Die Befriedigung Wulfs wurde 1386 am 1. April zu Lübeck auf den Sommer verschoben, wenn inzwischen von irgendwoher noch Pfundgeld einlaufe. Daß dies reichen werde, da ihm noch immer die 2500 ℥ sundisch fehlten, bezweifelten die wendischen vier Städte und beschlossen, ihm zusammen 800 ℥ sundisch (Wismar und Rostock 300, Lübeck 300, Stralsund 200) zu geben. Reiche beides, Pfundgeld und diese Summe, nicht zu seiner Befriedigung hin, so wollten ihm die vier Gruppen, malk sin andel na bornisse, das fehlende ersetzen³.

Die wiederholten und dringenden Mahnungen Wulfs bestimmten dann die Städte, zur Deckung seiner Forderungen bezüglich der Schlösser und Friedeschiffe dar umme, dat wy des vare hadden, dat he uns alle noch swarliker unde hogher dar umme manen scholde unde dat unghemack unde schade dar van entstaen mochte, ihm vor alle ansprake unde maninge, de he heft tho den steden, 1000 ℥ lübisch zu geben. Lübeck sollte die Summe als verzinsliche Anleihe aufnehmen. Die Preussen, Stralsund, Rostock-Wismar und Lübeck verpflichteten sich, je für ein Viertel der Summe nebst Zinsen einzustehen. Zu ihrer Deckung beschlossen die Städte im Herbst 1386, ein Pfundgeld 1387 in den vier wendischen Städten, in Preussen und Livland zu erheben⁴.

¹ HR. II n. 317: wente Wulveken Wulflam uns hardeliken manet umb de 2500 mark Sundesch.

² HR. II n. 317. 319. II n. 320 § 4. III n. 206.

³ HR. II n. 320 § 4. 333 § 8.

⁴ HR. II n. 333 § 7. III n. 208. Die Preussen waren schon vorher zur Pfundgelderhebung geneigt gewesen. II n. 327 § 2. Diesmal sollten nur 2 lüb. ℥ vom fläm. Pfund Grote genommen werden: mit dem puntgelde to mynrende und tho betalende hovetstol und rente van den 1000 marken und schulde und koste, de den steden van des gemenen kopmannes weghe anliggende zin. Zur Ausführung kam die Erhebung in

Am 1. April hatte Wulf bereits jene 800 Ű sundisch empfangen, am 19. Juli weitere 97 Ű 8 β sundisch von Lübeck, nochmals 97 Ű 8 β sundisch von süderseeischen Städten aus dem Pfundgelde, ferner von Lübeck 150 Ű sundisch und von dem Vogt von Kampen 100 Ű sundisch. Jetzt empfing er von der gemachten Anleihe 1455 Ű sundisch. In Summa: 2700 Ű sundisch. Da er am 1. April noch von der Seebefriedung 2500 Ű zu fordern hatte, waren die übrigen 200 Ű zur Deckung seiner anderen Forderung, die noch 147 Ű sundisch ausmachte, bestimmt. Über den Empfang der Summen forderte man von Wulf Quittungen, daß damit die Städte aller Mahnungen von seiner Seite über Friedeschiffe und Schlösser ledig und los sein sollten¹.

den wendischen Städten nicht, nur in Preußen (III n. 211. 214). Komme Lübeck bei den 1000 Ű lüb. irgendwie in Schaden, so verpflichteten sich die Preußen, Rostock-Wismar und Stralsund, je ein Viertel desselben zu tragen, während Lübeck das letzte Viertel auf sich nahm. Zur Deckung dieses erhoben überhaupt die Preußen das Pfundgeld 1387 (III n. 362 § 5.) und verpflichteten sich, bis Weihnachten 1387 ihr $\frac{1}{4}$ an Lübeck zu entrichten (III n. 362 § 5. 365.) in Höhe von 250 Ű . Rostock-Wismar, scheint es, verweigerten die Bezahlung ihres $\frac{1}{4}$'s an Lübeck (III n. 362 § 5.): dat leste verdendel . . dat blift stande oppe recht, we dat betalen schal. Wie die Abtragung dieser Summe weiter vor sich gegangen, weiß ich nicht.

¹ HR. II n. 333 §§ 8. 7.

Richard Hausmann, Das Ringen der Deutschen und
Dänen um den Besitz Estlands bis 1227. 1870.

Preis 2 M. 40 Pf.

G. Freiherr von der Ropp, Zur deutsch-skandinavischen
Geschichte des XV. Jahrhunderts. 1876. Preis 4 M.

Ernst Bernheim, Lehrbuch der historischen Methode. Mit
Nachweis der wichtigsten Quellen und Hilfsmittel zum Studium
der Geschichte. 2. Auflage. 1893. Preis 12 M.

Alexander Bergengrün, Die Aufzeichnungen des rigaschen
Rathssecretärs Johann Schmiedt zu den Jahren 1558—1562,
bearbeitet. 1892. Preis 4 M. 40 Pf.

Heinrich Gerdes, Geschichte des deutschen Volkes und
seiner Kultur im Mittelalter. In drei Bänden.

I. Band: Geschichte des deutschen Volkes und seiner Kultur
zur Zeit der karolingischen und sächsischen Könige. 1891.

Preis 13 M.

geb. in Halbfrz.

Preis 15 M. 40 Pf.

Carl Schirren, Beiträge zur Kritik älterer holsteinischer
Geschichtsquellen. 1876. Preis 6 M. 80 Pf.

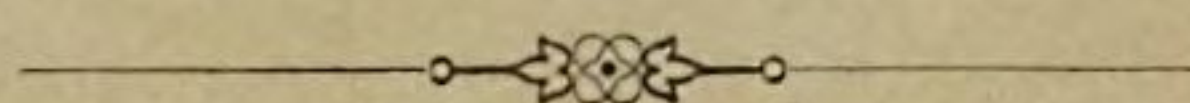
Inhalt: I. Die Versus de vita S. Vicelini und die Epistola Sidonis. II. Hel-
mold und die Legende von Vicelin. III. Die alten Bischöfe von Aldenburg. IV. Der
Slavenheinrich. V. Die ältesten Privilegien von Neumünster. VI. Die ältesten
Privilegien von Segeberg.

Karl Lamprecht, Beiträge zur Geschichte des französischen
Wirtschaftslebens im elften Jahrhundert. 1878. Preis 4 M.

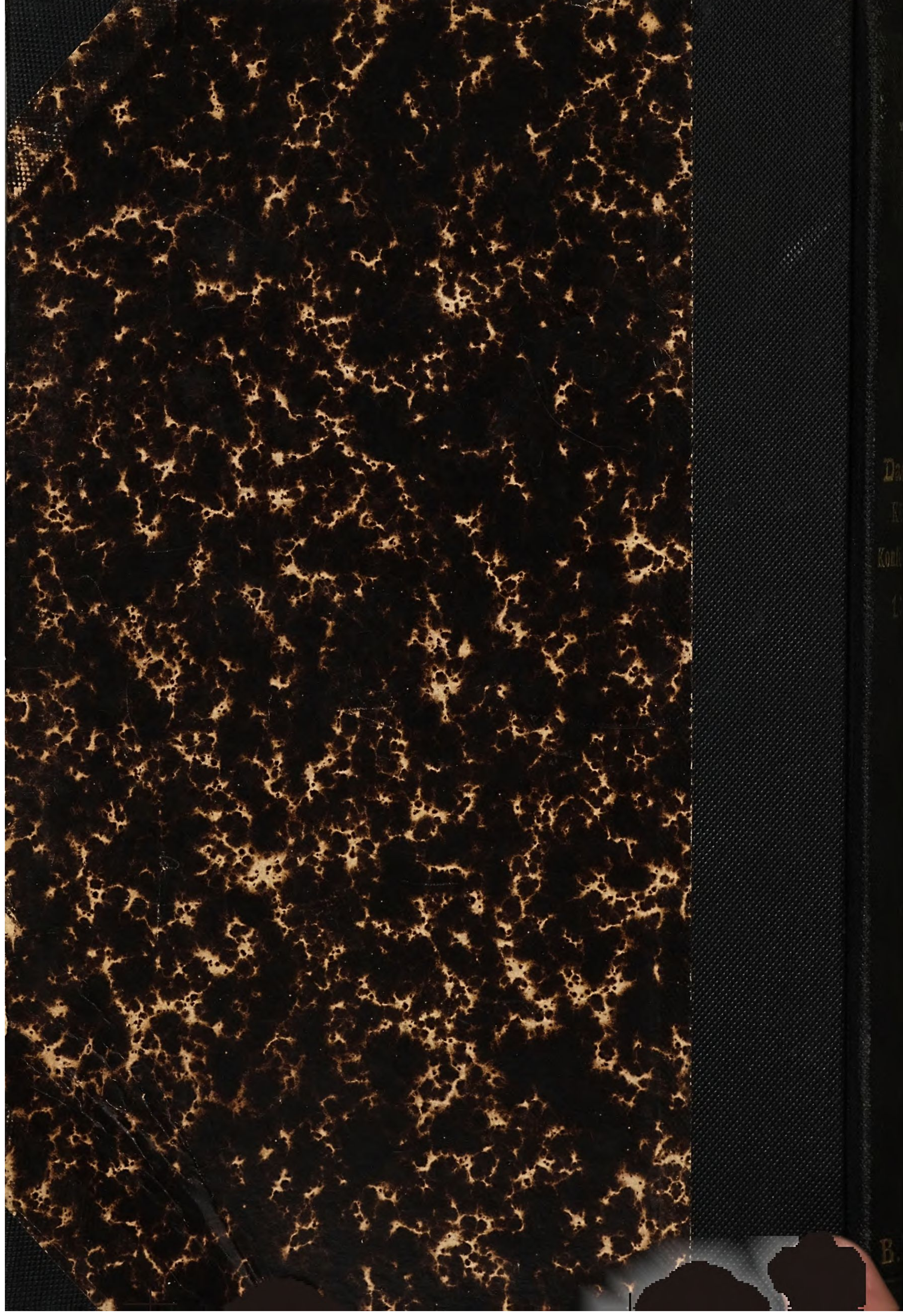
Karl Hegel, Städte und Gilden der germanischen Völker
im Mittelalter. Zwei Bände. 1891. Preis 20 M.

C. Sattler, Handelsrechnungen des deutschen Ordens.
1887. Preis 12 M.

Rudolf Sohm, Die Entstehung des deutschen Städtewesens.
1890. Preis 2 M. 40 Pf.



JOHANNMESSERER
BUCHBINDEREI
MÜNCHEN



Daenell, Ernst

Die Kölner Konföderation vom Jahre 1367 und die schonischen Pfandschaften
Hansisch-dänische Geschichte 1367 - 1385

Leipzig 1894

Germ.sp. 104 hb

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11609738-1